

Sitzungsbericht

42. Sitzung der Tagung 2001/02 der XV. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich

Donnerstag, den 4. Oktober 2001

Inhalt:

1. Eröffnung der Session 2001/2002 durch Präsident Mag. Freibauer (Seite 3).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 3) und Bekanntgabe nach dem Unvereinbarkeitsgesetz (Seite 5).
3. Rede anlässlich des Ausscheidens von Abg. Breiningner (Seite 6).
4. Angelobung eines Mitgliedes des Landtages sowie Mitteilung über die Zusammensetzung von Ausschüssen (Seite 6).
5. Ltg. 822/A-8/28: Antrag der Abgeordneten Sacher u.a. gemäß § 35a LGO auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Die Bedeutung der öffentlichen Infrastruktur für die Regionen Niederösterreichs“.
Redner: Abg. Sacher (Seite 7), Abg. Mag. Riedl (Seite 9), Abg. Buchinger (Seite 11), Abg. Mag. Weinzinger (Seite 12), Abg. Gebert (Seite 14), Abg. Lembacher (Seite 17), Abg. Haberler (Seite 18), Abg. Präs. Schabl (Seite 21), Abg. Ing. Hofbauer (Seite 23), Abg. Präs. Schabl (Seite 24).
- 6.1. Ltg. 804/B-13/3: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds – Jahresbericht 2000.
Berichterstatterin: Abg. Roth (Seite 25).
- 6.2. Ltg. 805/B-8/3: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Wirtschaftsförderungsfonds- und Strukturverbesserungsfonds – Jahresbericht 2000.
Berichterstatter: Abg. Friewald (Seite 25).
Redner zu 6.1. – 6.2.: Abg. Keusch mit Resolutionsantrag betreffend Schaffung einer „Tourismus ECO-PLUS“ für NÖ (Seite 26), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 29), Abg. Dipl. Ing. Toms (Seite 32), Abg. Rupp (Seite 35), Abg. Mag. Weinzinger (Seite 37), Abg. Hrubesch (Seite 41), Abg. Sacher mit Resolutionsantrag betreffend Beteiligung der Anrainergemeinden am Nutzungsentgelt für die Personenschiffahrtsländen (Seite 42), Abg. Hinterholzer (Seite 43).
Abstimmung (Seite 46).
*(Ltg. 804/B-13/3 einstimmig angenommen, Resolutionsanträge Abg. Keusch, Abg. Sacher abgelehnt.
Ltg. 805/B-8/3 mehrheitlich angenommen.)*
7. Ltg. 829/J-3/1: Antrag des Verfassungs-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Jugendgesetzes.
Berichterstatter: Abg. Mag. Wilfing (Seite 46).
Redner: LHStv. Prokop (Seite 47), Abg. Marchat (Seite 49), Abg. Mag. Fasan (Seite 50), Abg. Weninger mit Resolutionsantrag betreffend Maßnahmen zum verstärkten Schutz junger Menschen vor den Folgen von Alkohol- und Tabakkonsum (Seite 53), Abg. Erber (Seite 56), Abg. Vladyka (Seite 58), Abg. Friewald (Seite 59).
Abstimmung (Seite 60).
(Ltg. 829/E-3/1 mehrheitlich angenommen, Resolutionsantrag Abg. Weninger einstimmig angenommen.)
- 8.1. Ltg. 781/B-4/3: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zum Bericht des Rechnungshofes über die Flughafen Wien AG (Auftragsvergaben) und die Stadtgemeinde Baden.
Berichterstatter: Abg. Buchinger (Seite 60).
- 8.2. Ltg. 835/B-1: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zum Bericht des Rechnungshof-

- Ausschusses Nr. 9 der XV. Gesetzgebungsperiode.
Berichterstatter: Abg. Buchinger (Seite 60).
Redner zu 8.1. – 8.2.: Abg. Gebert (Seite 60), Abg. Mag. Heuras (Seite 62), Abg. Mag. Fasan (Seite 63), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 65), Abg. Kautz (Seite 67), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 69), Abg. Moser (Seite 69), LR Kranzl (Seite 71), Abg. Mag. Fasan (Seite 72).
Abstimmung (Seite 72).
(*Ltg. 781/B-4/3, Ltg. 835/B-1 einstimmig angenommen.*)
9. Ltg. 814/B-44/3: Antrag des Gesundheits-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend Rechnungsabschluss und Tätigkeitsbericht des NÖGUS für das Jahr 2000, Bereich Gesundheit und Soziales.
Berichterstatter: Abg. Krammer (Seite 72).
Redner: Abg. Pietsch (Seite 73), Abg. Mag. Fasan (Seite 74), Abg. Rosenkranz (Seite 77), Abg. Kautz mit Resolutionsantrag betreffend Abschaffung der Ambulanzgebühren (Seite 78), Abg. Ing. Gansch mit Resolutionsantrag betreffend Ausgleichsfonds des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger (Seite 79).
Abstimmung (Seite 81).
(*Ltg. 814/B-44/3 mehrheitlich angenommen, Resolutionsantrag Abg. Kautz abgelehnt, Resolutionsantrag Abg. Ing. Gansch einstimmig angenommen.*)
10. Ltg. 820/H-11/15: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Landesnervenklinik Klosterneuburg/Gugging; Neubau der Anstaltsküche.
Berichterstatter: Abg. Kautz (Seite 82).
Abstimmung (Seite 82).
(*einstimmig angenommen.*)
11. Ltg. 826/B-42/3: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Energiebericht 2000 – „Bericht über die Lage der Energieversorgung in NÖ 1999“.
Berichterstatter: Abg. Dipl.Ing. Toms (Seite 82).
Redner: Abg. Mag. Weinzinger mit Resolutionsantrag betr. Kennzeichnungsverordnung für Stromhändler und Resolutionsantrag betr. Sicherheitsdefizite beim AKW Temelin als Hindernis für den Abschluss des Energiekapitels (Seite 82), Abg. Haberler (Seite 87), Abg. Rupp (Seite 90), Abg. Mag. Weinzinger (Seite 92), Abg. Dr. Prober (Seite 92).
Abstimmung (Seite 94).
(*Ltg. 826/B-42/3 mehrheitlich angenommen, Resolutionsantrag Abg. Mag. Weinzinger abgelehnt, Resolutionsantrag Abg. Mag. Weinzinger u.a. betr. Sicherheitsdefizite beim AKW Temelin einstimmig angenommen.*)
12. Ltg. 828/S-5/13: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Tonkünstler Betriebsgesellschaft mbH.
Berichterstatter: Abg. Moser (Seite 94).
Redner: Abg. Mag. Fasan (Seite 95), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 97), Abg. Jahrmann (Seite 97), Abg. Roth (Seite 98), Abg. Mag. Fasan (Seite 100).
Abstimmung (Seite 100).
(*mehrheitlich angenommen.*)
- 13.1. Ltg. 824/J-2/1: Antrag des Sozial-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Jugendwohlfahrtsgesetzes 1991.
Berichterstatter: Abg. Hintner (Seite 100).
- 13.2. Ltg. 806/S-2/1: Antrag des Sozial-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Sozialhilfegesetzes 2000.
Berichterstatter: Abg. Weninger (Seite 101).
Redner zu 13.1. – 13.2.: Abg. Vladyka (Seite 101), Abg. Mag. Fasan (Seite 103), Abg. Rosenkranz (Seite 105), Abg. Cerwenka (Seite 105), Abg. Nowohradsky (Seite 106).
Abstimmung (Seite 107).
(*Ltg. 824/J-2/1, Ltg. 806/S-2/1 einstimmig angenommen.*)
14. Ltg. 831/A-1/52: Antrag des Europa-Ausschusses zum Antrag mit Gesetzentwürfen der Abgeordneten Schittenhelm, Kadenbach u.a. betreffend Euro-Anpassungen – Gemeindeabgaben und –gebühren (NÖ Kurzparkszonenabgabegesetz, Änderung; NÖ Hundeabgabegesetz 1979, Änderung; NÖ Gemeindewasserleitungsgesetz 1978, Änderung; Gesetz über den Gemeindewasserleitungsverband der Triestingtal- und Südbahngemeinden, Änderung).
Berichterstatterin: Abg. Schittenhelm (Seite 107).
Abstimmung (Seite 107).
(*einstimmig angenommen.*)

Sitzungsbericht

42. Sitzung der Tagung 2001/02 der XV. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich

Donnerstag, den 4. Oktober 2001

* * *

Präsident Mag. Freibauer (*um 13.00 Uhr*): Hoher Landtag! Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt, es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten. Von der heutigen Sitzung hat sich Herr Landesrat Knotzer entschuldigt. (*Präsident Mag. Freibauer erhebt sich.*)

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie alle am Beginn der ersten Landtagssitzung nach der Sommerpause recht herzlich begrüßen. Die tagungsfreie Zeit war diesmal überschattet von dem schrecklichen Terroranschlag in den Vereinigten Staaten von Amerika. Der 11. September 2001 hat die Welt verändert und alle bisherigen Vorstellungen von Sicherheit erschüttert. Dieses Ereignis fordert uns heraus, über die Wurzeln des Terrorismus nachzudenken und daraus Konsequenzen zu ziehen, aber auch, mit vereinten Kräften dem Terror und der Gewalt Widerstand zu leisten. Für Terrorismus gibt es keinerlei Rechtfertigung!

Tausende Menschen haben ihr Leben verloren. Und wir müssen fürchten, dass der fanatische Kampf gegen Freiheit und Demokratie noch viele weitere Opfer fordern wird. Es wird nicht leicht sein, mit den Mitteln eines Rechtsstaates anarchistische und terroristische Strukturen zu bekämpfen. Aber genau das ist weltweit unsere Aufgabe und Herausforderung. Mehr Sicherheit für unsere Mitbürger, die wird es nur geben, wenn wir im eigenen Land alle Anstrengungen unternehmen und auch im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit solidarisch unseren Beitrag leisten. Die österreichische Bundesregierung hat sich entschlossen, mit einem Aktionsplan für Frieden und Sicherheit gegen das Netzwerk des Terrors einen wichtigen Beitrag zu leisten. Das wird aber noch nicht alles sein was die Politik zu leisten hat. Ich will jetzt nicht von

den Politikern reden, die für die große Weltpolitik verantwortlich sind. Von diesen erwarten wir einerseits Besonnenheit und Angemessenheit der Maßnahmen und andererseits konsequente Verteidigung der Werte der freien Welt. Fragen wir aber auch unser Gewissen: Welchen Beitrag können wir als Politiker des Landes Niederösterreich einbringen? Als Abgeordnete und als Regierungsmitglieder sind wir aufgerufen, nach bestem Wissen und Gewissen auch in unserer Arbeit und insbesondere in der Diskussion mit politisch Andersdenkenden zu zeigen, dass nur Toleranz, gegenseitige Achtung und auch der Verzicht auf eigensinnige Durchsetzung von Standpunkten zu einem Klima des Friedens und der Gewaltlosigkeit führen können.

Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie jetzt um eine Minute des Innehaltens und Gedenkens. (*Die Damen und Herren Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.*)

Wir gedenken der Opfer des 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten wie auch aller anderen unschuldigen Opfer von Gewalt und Terror in der ganzen Welt. (*Schweigeminute*) Ich danke für Ihre Teilnahme. (*Die Damen und Herren Abgeordneten nehmen ihre Plätze ein.*)

Freude und Trauer liegen im Leben oft sehr nahe beieinander. Es gibt aus der Sommerpause auch Erfreuliches zu berichten. Wir gratulieren der Klubobfrau der Freiheitlichen Partei, Frau Barbara Rosenkranz, sehr herzlich zur Geburt ihres zehnten Kindes. Alles Gute! (*Beifall im Hohen Hause. – Präsident Mag. Freibauer nimmt Platz.*)

Wir kommen nun zum Punkt 1 der Tagesordnung. Ich bringe dem Hohen Haus folgenden Einlauf zur Kenntnis:

- Ltg. 833/A-1/53 - Antrag der Abgeordneten Dipl.Ing. Toms u.a. betreffend Deregulierung der Kindergarten- und der Schulbauordnung – dieses Stück weise ich dem Bau-Ausschuss zu.
- Ltg. 809/J-2 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Jugendwohlfahrtsgesetzes 1991 – dieses Stück habe ich am 9. August 2001 dem Europa-Ausschuss zugewiesen.
- Ltg. 831/A-1/52 - Antrag mit Gesetzentwürfen der Abgeordneten Schittenhelm, Kadenbach u.a. betreffend Euro-Anpassungen - Gemeindeabgaben und -gebühren – dieses Stück habe ich am 25. September 2001 dem Europa-Ausschuss zugewiesen und es steht nach Erledigung im Ausschuss bereits auf der heutigen Tagesordnung.
- Ltg. 814/B-44/3 - Bericht der Landesregierung betreffend Rechnungsabschluss und Tätigkeitsbericht des NÖGUS für das Jahr 2000, Bereich Gesundheit und Soziales – dieses Stück habe ich bereits
- Ltg. 812/L-2/2 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der NÖ Landarbeitsordnung 1973 – dieses Geschäftsstück habe ich bereits am 16. August 2001 dem Landwirtschafts-Ausschuss zugewiesen.
- Ltg. 825/B-11/3 - Bericht der Landesregierung betreffend NÖ landwirtschaftlicher Förderungsfonds; Bericht über die Gebarung und Tätigkeit im Jahre 2000 - sowie
- Ltg. 836/B-14/3 - Bericht der Landesregierung betreffend Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich für das Jahr 2000 - und
- Ltg. 837/B-9/3 - Bericht der Landesregierung betreffend Bericht über die Tätigkeit und Wahrnehmungen der NÖ Land- und Forstwirtschaftsinspektion im Jahre 2000 - weiters
- Ltg. 838/J-1/2 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Jagdgesetzes 1974 – diese vier Stücke weise ich dem Landwirtschafts-Ausschuss zu.
- Ltg. 835/B-1- Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 9 der XV. Gesetzgebungsperiode – dieser wurde am 27. September 2001 vom Rechnungshof-Ausschuss beschlossen und steht ebenfalls bereits auf der heutigen Tagesordnung.
- Ltg. 824/J-2/1 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Jugendwohlfahrtsgesetzes 1991 – dieses Stück habe ich am 20. September 2001 dem Sozial-Ausschuss zugewiesen. Dieses Geschäftsstück steht nach Erle-

digung im Ausschuss auf der heutigen Tagesordnung.

Ltg. 834/U-1/1 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Umweltschutzgesetzes 1984 – dieses Stück weise ich dem Umwelt-Ausschuss zu.

Ltg. 811/E-1/28 - Eingabe der Marktgemeinde Kaltenleutgeben betreffend Landesgesetz, einheitliche Regelung für das Halten von Hunden – dieses Stück habe ich am 16. August 2001 dem Verfassungs-Ausschuss zugewiesen,

Ltg. 815/E-1/29 - Eingabe der Marktgemeinde Brunn am Gebirge vom 13. Juli 2001 betreffend Landesgesetz, einheitliche Regelung für das Halten von Hunden – dieses Geschäftsstück habe ich am 29. August 2001 dem Verfassungs-Ausschuss zugewiesen,

Ltg. 817/E-1/30 - Eingabe der Marktgemeinde Münchendorf vom 24. Juli 2001 betreffend Landesgesetz, einheitliche Regelung für das Halten von Hunden – dieses Stück habe ich am 6. September 2001 dem Verfassungs-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 829/J-3/1 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Jugendgesetzes – dieses Geschäftsstück habe ich am 20. September 2001 dem Verfassungs-Ausschuss zugewiesen und ich setze dieses Geschäftsstück nach Erledigung im Ausschuss am 2. Oktober 2001, wie bereits angekündigt, auf die heutige Tagesordnung, und zwar als neuen Verhandlungspunkt 6. Die bisherigen Tagesordnungspunkte 6. – 14. erhalten die Bezeichnung 7. – 15.

Ltg. 840/A-2/22 - Antrag der Abgeordneten Sacher u.a. betreffend zwischenzeitiger Einsatz der für den Semmering-Basistunnel zweckgewidmeten Mittel – dieses Stück weise ich dem Verkehrs-Ausschuss zu.

Die folgenden drei Geschäftsstücke

Ltg. 820/H-11/15 - Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Landesnervenklinik Klosterneuburg/Gugging; Neubau der Anstaltsküche -,

Ltg. 826/B-42/3 - Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Energiebericht 2000 - „Bericht über die Lage der Energieversorgung in NÖ 1999“ - und

Ltg. 828/S-5/13 - Vorlage der Landesregierung vom 11. September 2001 betreffend NÖ Tonkünstler Betriebsgesellschaft mbH –

habe ich am 20. September 2001 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen. Alle drei Geschäftsstücke wurden im Ausschuss bereits erledigt und stehen daher auf der heutigen Tagesordnung.

Die nächsten fünf Geschäftsstücke

Ltg. 819/B-27/3 - Bericht der Landesregierung betreffend Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal, Geschäftsbericht 2000 –,

Ltg. 821/E-1/31 - Eingabe der Gemeinde Miesenbach vom 21. August 2001 betreffend Änderung des NÖ Tourismusgesetzes 1991 -,

Ltg. 823/E-1/32 - Eingabe der Marktgemeinde Aggsbach vom 29. August 2001 betreffend Änderung des NÖ Tourismusgesetzes 1991 - und

Ltg. 827/E-1/33 - Eingabe der Marktgemeinde Emmersdorf vom 6. September 2001 betreffend Änderung des NÖ Tourismusgesetzes 1991 - sowie

Ltg. 832/E-1/34 - Eingabe der Marktgemeinde Rossatz/Arnsdorf vom 21. September 2001 betreffend Änderung des NÖ Tourismusgesetzes 1991 - und

Ltg. 839/E-1/35 - Eingabe der Stadtgemeinde Melk betreffend Änderung des NÖ Tourismusgesetzes 1991 –

weise ich dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zu.

Weiters eingelangt sind die Anfragen:
An Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll:

Ltg. 810/A-4/139 - Anfrage des Abgeordneten Marchat betreffend Direktmail an Haushalte.

Ltg. 816/A-4/140 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan betreffend Versetzung von LandeslehrerInnen.

Ltg. 818/A-4/141 - Anfrage des Abgeordneten Weninger betreffend Untertunnelung der B17 in Wiener Neudorf.

Ltg. 830/A-4/142 - Anfrage des Abgeordneten Sacher betreffend Stand der Planungen für Lärmschutzmaßnahmen an der B 304 im Bereich der Gemeinde Gedersdorf - Katastralgemeinde Altweidling.

Anfragen an Herrn Landesrat Dipl. Ing. Plank:

Ltg. 813/A-5/151 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl betreffend fragwürdige Vorgänge bei der Hagelversicherung.

Alle eingelangten Anfragen wurden an das zuständige Regierungsmitglied zur Beantwortung weitergeleitet. Eingelangt sind auch zahlreiche Anfragebeantwortung:

Von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll zu Ltg. 771/A-4/128, Ltg. 810/A-4/137, Ltg. 816/A-4/140 und zu Ltg. 818/A-4/141; von Frau Landeshauptmannstellvertreter Onodi zu Ltg. 755/A-4/127, Ltg. 778/A-4/130, Ltg. 796/A-4/131, Ltg. 797/A-4/132, Ltg. 798/A-4/133, Ltg. 799/A-4/134, Ltg. 800/A-4/135, Ltg. 801/A-4/136, Ltg. 802/A-4/137, Ltg. 803/A-4/138; von Herrn Landesrat Dipl. Ing. Plank zu Ltg. 754/A-5/147, Ltg. 779/A-5/150 und Ltg. 813/A-5/151; von Herrn Landesrat Mag. Sobotka zu Ltg. 773/A-5/148.

Herr Abgeordneter Ludwig Buchinger teilt mit Schreiben, eingelangt am 28. Juni 2001 in der Landtagsdirektion, uns mit, dass er keine leitende Stellung im Sinne des § 4 Abs.1 Unvereinbarkeitsgesetz ausübt. Mit Schreiben, eingelangt am

11. Juli 2001 gibt Herr Landesrat Ernest Windholz bekannt, dass er ebenfalls keine leitende Stellung im Sinne des § 4 Abs.1 Unvereinbarkeitsgesetz ausübt. Ich darf das Hohe Haus um Kenntnisnahme ersuchen. Mit Schreiben, eingelangt vom 29. August 2001, gibt Herr Abgeordneter Prof. August Breiningen bekannt, dass er sein Landtagsmandat mit Wirkung vom 31. August 2001 zurücklegt.

Herr Landtagsabgeordneter Bürgermeister Prof. August Breiningen hat mit Wirkung vom 31. August 2001 sein Mandat als Abgeordneter des NÖ Landtages zurückgelegt. August Breiningen gehörte von 1. Dezember 1983 bis 31. August 2001, also über 17 Jahre lang, dem NÖ Landtag an. Schwerpunkte seiner Tätigkeit waren einerseits die öffentliche Förderung von Kunst und Kultur und andererseits die Angelegenheiten der Gemeinden. Und dabei konnte er viele praktische Erfahrungen als Bürgermeister einbringen. Prof. August Breiningen hat sich nunmehr entschlossen, seine Kraft zur Gänze seiner Gemeinde Baden zur Verfügung zu stellen. Wir danken ihm für seine langjährige Tätigkeit und wünschen ihm für die Zukunft alles erdenklich Gute. (*Beifall im Hohen Hause.*)

Die Landeswahlbehörde beim Amt der NÖ Landesregierung gibt mit Schreiben, eingelangt am 6. September 2001 bekannt, dass der Abgeordnete zum NÖ Landtag August Breiningen erklärt, dass er sein Mandat aus dem Wahlkreisvorschlag für den Wahlkreis 2, Baden, mit Wirkung vom 31. August 2001 zurücklegt. Gemäß § 103 Abs. 3 in Verbindung mit § 94 Abs. 4 der NÖ Landtagswahlordnung wird auf das freigewordene Mandat Herr Helmut Doppler, geb. 1945, techn. Angestellter, 2486 Pottendorf, Brunnenfeldgasse 20c, berufen. Wir kommen daher zu Punkt 2 der Tagesordnung „Angelobung eines Mitgliedes des Landtages“. Ich ersuche die Schriftführerin, Frau Abgeordnete Egerer, um Verlesung der Angelobungsformel. (*Die Damen und Herren Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.*)

Schriftführerin Abg. Egerer (ÖVP) (*liest*): „Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Lande Niederösterreich, stete und volle Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.“

Präsident Mag. Freibauer: Herr Abgeordneter Doppler!

Abg. Doppler (ÖVP): Ich gelobe, so wahr mir Gott helfe!

(Die Abgeordneten nehmen ihre Plätze wieder ein. Regierungsmitglieder, Klubobleute und Abgeordnete beglückwünschen Abg. Doppler.)

Präsident Mag. Freibauer: Die Angelobung ist durchgeführt. In der Folge einige Mitteilungen: Der Landtagsklub der Volkspartei Niederösterreich hat mit Schreiben vom 27. September 2001 folgende Änderungen in den Ausschüssen bekannt gegeben:

Kultur-Ausschuss: Abgeordnete Roth wird Mitglied, Abgeordnete Schittenhelm wird Ersatzmitglied. Abgeordneter Mag. Riedl wird Mitglied anstelle von Abgeordneten Breining. Abgeordneter Doppler wird Ersatzmitglied anstelle von Abg. Erber.

Europa-Ausschuss: Abgeordneter Erber wird Ersatzmitglied anstelle von Abgeordnetem Breining. Gesundheits-Ausschuss: Abgeordnete Hinterholzer wird Ersatzmitglied anstelle von Abgeordnetem Breining.

Kommunal-Ausschuss: Abgeordneter Doppler wird Ersatzmitglied anstelle von Abgeordnetem Hintner. Sozial-Ausschuss: Abgeordneter Doppler wird Ersatzmitglied anstelle von Abgeordneter Roth.

Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss: Abgeordnete Hinterholzer wird Ersatzmitglied statt Abgeordnetem Breining.

Bau-Ausschuss: Abgeordneter Doppler wird Mitglied statt Abgeordnetem Dr. Michalitsch.

Wir kommen zum nächsten Punkt. Eingelangt ist ein Antrag der Abgeordneten Sacher u.a. auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde in der Landtags-sitzung vom 4. Oktober 2001 zum Thema „Die Bedeutung der öffentlichen Infrastruktur für die Regionen Niederösterreichs“, Ltg. 822/A-8/28. Es wurde beantragt, die Aktuelle Stunde als ersten Verhandlungsgegenstand der Landtagssitzung durchzuführen. Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung:)* Einstimmig angenommen! Wir kommen daher zur Aktuellen Stunde. Ich mache darauf aufmerksam, dass gemäß § 40 Abs.6 unbeschadet allfälliger Regelungen nach § 58 LGO 2001 die Redezeit des ersten Antragstellers sowie die Redezeit jeder Wortmeldung der Mitglieder der Landesregierung auf höchstens 15 Minuten, die der übrigen Redner auf höchstens zehn Minuten beschränkt ist. Ich weise die Damen und Herren des Hohen Hauses darauf hin, dass eine Minute vor Ende der jeweiligen Redezeit das Licht am Rednerpult rot zu blinken beginnt. Am Ende der Redezeit leuchtet das rote Licht ohne zu blinken weiter. Da ist aber die Redezeit schon um, und dann kommen die Ermahnungen des Präsidenten.

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Sacher als ersten Antragsteller zur Darlegung der Meinung der Antragsteller zu berichten.

Abg. Sacher (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Die Volkszählung des Jahres 2001 hat dem Land Niederösterreich statistisch gesehen 76.000 Einwohner mehr gebracht. Diese 76.000 Einwohner mehr sind in 304 sogenannten Gewinnergemeinden gezählt worden. Das bedeutet aber, dass es auch 269 Verlierergemeinden in Niederösterreich gibt. Grob gesagt halten sich also Verlierer-Gemeinden und Gewinner-Gemeinden nahezu die Waage.

Es ergibt dies unter dem Strich allerdings ein deutliches Plus, sehr geehrte Damen und Herren, für das Land Niederösterreich und seine Gemeinden. 200 Millionen Schilling an Mehreinnahmen für die Gewinner-Gemeinden, 400 Millionen Schilling an Mehreinnahmen für das Land Niederösterreich. Das ist eine erfreuliche Tatsache. Wir dürfen aber angesichts dieser Tatsache nicht die Augen davor verschließen, dass also nahezu in der Hälfte der Gemeinden es zu einer negativen Entwicklung gekommen ist. Negativ betroffen, hauptbetroffen, sind die Kernstädte. In ganz Österreich ist das so. Diese Kernstädte sind das eine und die Gemeinden in den peripheren Lagen sind das andere. Die Gemeinden in den peripheren Lagen gehören ebenfalls weitestgehend zu den Verlierern.

Wir müssen diesen benachteiligten Gemeinden solidarisch zur Seite stehen. Die Kernstädte wachsen langsamer als die umgebende Region. Die Umlandgemeinden profitieren davon. Wenn man das analysiert und den Ursachen nachgeht, dann kann man feststellen, dass diese Umlandgemeinden einerseits von der hohen infrastrukturellen Qualität der Kernstädte, weil sie vielfältig bezüglich Verkehr Ver- und Entsorgung mit diesen verbunden sind, profitieren und damit eine ähnlich hohe Versorgungs- und Entsorgungsqualität aufweisen. Aber andererseits gewinnen sie, weil sie geringere Belastungen haben. Geringere Belastungen aus dem Verkehr, aus dem Lärm, aus Emissionen, geringere Verbauungsdichte, dadurch günstigere Grund- und Wohnungskosten, und größere Naturnähe, weniger Belastungen, höhere Lebensqualität als im städtischen Kernbereich aufweisen. Und trotzdem den Vorteil der großen Nähe und der raschen Erreichbarkeit der kommunalen Einrichtungen der Zentren nutzen können.

Niederösterreich, noch einmal zusammengefasst, hat klar zu sehen, dass die Verlierer-Gemeinden in den peripheren Gebieten sind. Diese

Gemeinden, sehr geehrte Damen und Herren, werden bis zu einem Viertel ihrer Steuereinnahmen in Zukunft verlieren. Es sind nicht nur Beispiele aus dem Wald- und Weinviertel, sondern auch aus den alpinen Voralpengegenden des Landes Niederösterreich. Analysieren wir die Ursachen.

Etliche Ursache sind sicher gegeben. Aber ganz sicher trägt die öffentliche Infrastruktur dazu bei wenn sie mangelhaft ist. Mangelnde öffentliche Infrastruktur, wie zum Beispiel mangelnde attraktive Verkehrsverbindungen auf Straße und Schiene. Oder dadurch sich ergebende schlechte Standortvoraussetzungen für Wirtschaftsbetriebe. Dadurch ein hoher Pendleranteil. Die Pendler werden dann noch dazu sehr oft durch unzureichende Straßen- und Nahverkehrsbedingungen zusätzlich belastet. Und auf Sicht zum Absiedeln in die Umlandgemeinden näher zu den Kernstätten gezwungen. Wir haben hier eine positive Entwicklung. Zum Beispiel nur nenne ich einige Gemeinden mit hohen Zuwachsraten, die hier in diese Kategorie fallen: Münchendorf 32 % plus, Strasshof 24 % plus, Gerasdorf bei Wien 23 % plus oder Mitterndorf a.d. Fischa gar 37 % plus, da gäbe es noch weitere Beispiele. Dagegen aber haben wir Abwanderungsgebiete im Land, zum Beispiel aus dem Waldviertel, aus dem Weinviertel, aus den voralpinen Bereichen. Hier ein paar Beispiele: Die großen Verlierer, etwa die Gemeinde Annaberg mit 22 Prozent minus, Semmering und Reichenau mit jeweils 16 Prozent, Puchenstuben mit 17 Prozent. Oder jetzt ein Beispiel aus dem Waldviertel mit Litschau minus 13 Prozent oder Langau im Waldviertel minus 14 Prozent.

Dieser Entwicklung, sehr geehrte Damen und Herren, muss die öffentliche Hand, Bund und Land gemeinsam, entgegensteuern. Wir müssen dafür sorgen, dass es ein höchstmögliches attraktives Angebot an öffentlicher Infrastruktur gibt, welche die Lebensqualität sichert und hebt. Und das kann und das muss ein Instrument unserer Landespolitik in Niederösterreich sein. Das gilt ganz besonders - noch einmal - für die peripheren Gebiete unseres Landes Niederösterreich, vor allem für jene Regionen, die durch Jahrzehnte an der eisernen Grenze, am Eisernen Vorhang an den Rand Europas gedrängt waren. Und jene, die verkehrsgeografisch benachteiligt sind.

Was trägt, sehr geehrte Damen und Herren, zur Lebensqualität und zum Wohlfühlen in der Gemeinde bei, dass man in dieser Gemeinde bleibt? Zum Ersten: Eine gesicherte Nahversorgung. Es ist dies eine grundsätzlich private Aufgabe immer gewesen. Ich muss allerdings hinterfragen und angesichts der Entwicklung relativiert sich der Slogan

von „mehr Privat, weniger Staat“ wenn man die Entwicklung bei den Nahversorgern in den ländlichen Gebieten sieht. Ein öffentliches Infrastrukturangebot ist die Voraussetzung zum Bleiben in der Region. Dazu gehören die Schule für ein gesichertes Bildungsangebot, die Kinderbetreuungseinrichtungen um einem Erwerb nachgehen zu können. Die Postämter, sehr geehrte Damen und Herren, um nicht von den Leistungen der öffentlichen, ich betone, öffentlichen Post abgeschnitten und eventuell vom Wohlwollen privater Betreiber bei Geldgeschäften bei persönlichen Abwicklungen abhängig zu werden. Dazu gehören, sehr geehrte Damen und Herren, die Gendarmerieposten, um sowohl das tatsächliche als auch das emotionale Sicherheitsgefühl in der Region zu geben.

Zur Infrastruktur in der Region gehört selbstverständlich der öffentliche Nahverkehr für die Pendler in erster Linie um ein Wegziehen vom Wohnort zum Arbeitsort auf Sicht zu verhindern. Wir brauchen eine Attraktivierung der Verbindungen. Wir brauchen Verkehrsverbünde. Und da muss ich leider feststellen, dass der Bund in letzter Zeit genau das Gegenteil dessen anstrebt. Er will vielmehr aus den Verkehrsverbünden, wie ich höre und lesen kann, aussteigen und somit nichts mehr zu den Verkehrsverbünden beitragen.

Zur Lebensqualität und zur Attraktivität der Regionen gehören selbstverständlich die leistungsfähigen Straßenverbindungen zu den Kern- und zu den Wirtschaftsstandorten. Die gute Anbindung an die überregionalen Verkehrswege, um Betriebe in die Region zu bekommen und den Teufelskreis, keine Arbeit, niedrige Einkommen und niedrige Kaufkraft, Pendlerbelastung, verminderte Lebensqualität, Wegziehen, Abwanderung, endlich zu unterbinden.

Da sitzen viele Bürgermeister von Gemeinden, die positive Beispiele anführen können wie wichtig eine hervorragende Infrastruktur für die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Gemeinde ist. Wenn ich den Abgeordneten Jahrman anschau. Durch die Schaffung einer Verkehrsanbindung an die Westautobahn ist ein wirtschaftlicher Boom in der Gemeinde Loosdorf sehr erfolgreich zustande gekommen.

Ich frage, sehr geehrte Damen und Herren, und vor allem richtet sich diese Frage an die Bundesseite: Was geschieht jedoch derzeit um diese Entwicklung voranzutreiben? Und da liegt mir gerade nach der Lektüre der heutigen Tageszeitungen, sehr geehrte Damen und Herren, ein Wortspiel auf der Zunge. Es wird offensichtlich nicht investiert seitens des Bundes, es wird inseriert, sehr geehrte

Damen und Herren. Inserate, die nach den derzeit gültigen Tarifen alleine am heutigen Tag 900.000,- Schilling kosten (*zeigt Zeitungsausschnitt*). Es kostet 900.000,- Schilling dass ein Ministerium, das von einem FPÖ-Minister geleitet wird, mit Steuermitteln Propaganda gegen eine Oppositionspartei machen kann! Dass Kritik an unsozialen Maßnahmen mit Steuermitteln bekämpft wird, sehr geehrte Damen und Herren. Noch dazu mit falschen Angaben. Es wird also mit Steuermitteln die Bevölkerung falsch informiert. Und jetzt möchte ich einen Vergleich anstellen: 900.000,- Schilling kosten laut Zeitungstarif diese Inserate des Herrn Sozialministers. 6.000 Menschen müssen für den heutigen Tag jeweils 150,- Schilling Ambulanzgebühren zahlen damit diese Inserate finanziert werden können, sehr geehrte Damen und Herren.

Ich möchte auch feststellen, dass im Land Niederösterreich manches ähnlich läuft, aber offensichtlich geschickter und nicht so plump. Wenn ich nur denke, sehr geehrte Damen und Herren, an die uns jetzt bevorstehenden Sicherheitstage wo sogar die Gendarmerie zu Befehlsempfängern von ÖVP-Parteisekretariaten gemacht wird. (*Abg. Präs. Ing. Penz: Die Geburtstagsfeier von Bürgermeister Gruber in St. Pölten!*)

Herr Präsident! Dieser Zwischenruf erübrigt sich. Denn es wurde gerichtlich so eben über die Nachrichten festgestellt, dass diese Behauptung zu unterlassen ist, weil sie falsch ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Also meine Frage: Was geschieht seitens der Bundesregierung für die benachteiligten Regionen? Da muss man lang schauen. Mir fällt nichts ein was ich derzeit aufzählen könnte, außer negativen Dingen. In vielfacher Weise betreibt die Bundesregierung das Gegenteil von positiver Infrastrukturpolitik. Die Schließung von über 200 Postämtern in Niederösterreich steht bevor, die Schließung von über 30 Gendarmerieposten. (*Abg. Waldhäusl: Das ist aber die rote Politik! – Unruhe bei Abg. Roth.*)

Wo bleibt gerade bei den Gendarmerieposten die versprochene Mehrpräsenz auf den Straßen, sehr geehrten Damen und Herren? (*Unruhe bei der FPÖ.*)

Und da kann auch die beschönigende Aktion, dass wir das Landesgendarmeriekommando nach Niederösterreich bekommen, nicht darüber hinwegtäuschen, dass Posten eingespart werden. Und ich darf Ihnen noch etwas sagen: Seit kurzem wissen wir, dass für eine Übersiedlung des Gendarmeriekommandos nach St. Pölten wahrscheinlich 200,- Schilling Miete pro Quadratmeter anfallen werden. Derzeit beträgt die Miete in der Meidlinger Kaserne 70,- Schilling. Um die Differenz, sehr geehrte Da-

men und Herren, könnte man etliche Gendarmerieposten in Niederösterreich weiter finanzieren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich sage Ihnen noch Beispiele. Sogenannte Reformkonzepte im Justizbereich. Bezirksgerichte werden geschlossen. Die Einsparungswut im Bildungsbereich. Gerade das schmerzt. Die Jugend in den ländlichen Räumen, ich nenne das als Beispiel, wird bei Neigungsgruppen in den Hauptschulen beeinträchtigt, weil es diese nicht mehr gibt. Das geht bis hin zu mangelndem Kursangebot in der Erwachsenenbildung. Der Kollege Cerwenka, der Kollege Nowohradsky würden sich freuen wenn sie 900.000,- Schilling für die Erwachsenenbildung in Niederösterreich mehr bekämen, die heute allein der Herr Haupt ausgegeben hat für Inserate. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Einstellungswelle bei den Nebenbahnen, Regionalbahnen, jahrelange Versäumnisse im Straßenbau... (*Abg. Mayerhofer: 12 Verkehrsminister von der SPÖ!*)

So weit müsste ein Exekutivbeamter informiert sein, dass für die Straßenbaumaßnahmen stets die ÖVP-Wirtschaftsminister zuständig waren. Das hat die FPÖ verdrängt, weil sie mit der ÖVP in Koalition ist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die sozialdemokratischen Verkehrsminister ... (*Unruhe bei Abg. Nowohradsky.*)

Herr Kollege Nowohradsky! Die sozialdemokratischen Verkehrsminister haben zum Beispiel dafür gesorgt, dass es ein Rahmenbudget für die HL-AG von 144 Milliarden Schilling gibt, von denen derzeit lediglich 49 Milliarden tatsächlich realisiert werden. Also ein Bruchteil von den Projekten die bereits baugenehmigt sind, die bereits baureif sind. Hier möchte ich bitten selbst das Gewissen zu erforschen. (*Abg. Mag. Schneeberger: Aber keine Bedeckung!*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben heute einen Antrag eingebracht um zwischenzeitlich eben aus diesem Programm 8 Milliarden Schilling an Mitteln, die derzeit nicht verbaut werden können weil die Semmering-Problematik ungelöst ist, in die Südbahn, aber auch in andere Hochleistungsbahn-Vorhaben in Niederösterreich einzusetzen. Damit nicht diese 8 Milliarden in andere Bundesländer abwandern sondern in Niederösterreich eingesetzt werden, sehr geehrte Damen und Herren. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und dazu gehört vor allem auch, und das darf ich so sagen, die verschlafene Ostanbindung unseres Landes. Seit 1989 ist der Eiserne Vorhang weg und wir haben noch immer keine einzige leistungsfähige Brücke über die March. Das ist ein himmelschrei-

ender Zustand, der geändert werden muss! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Herr Klubobmann! Die 15 Minuten sind um!

Abg. Sacher (SPÖ): Herr Präsident! Ich komme zum Schluss. Ich möchte noch eines sagen: Im Jahre 2001 stehen von den Kfz-bezogenen Einnahmen dem Herrn Finanzminister 70 Milliarden Schilling zur Verfügung. MÖSt, Kfz-Steuer, Maut, Vignetten. Ausgegeben werden an Investitionen von den 70 jedoch nur 29 Milliarden. Die Differenz dient zur Befriedigung des Nulldefizit-Traumas, meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Bundesregierung. Wir müssen Probleme lösen, im Bereich der Straße die Finanzierung - Road Pricing usw. – sichern, im Bereich der Schiene die Baublockade aufheben, zum Beispiel Güterzugumfahrung St. Pölten, vieles andere mehr. Die FPÖ, die den Minister oder die Ministerin stellt, hat offensichtlich nur die Ministerprobleme im Auge und denkt schon nach wer der Nächste sein wird der in dieses Ressort gesetzt wird. Wir haben die Probleme Niederösterreichs im Auge und wir wollen, dass diese Probleme Niederösterreichs in einem Investitions- und Beschäftigungsprogramm zum Nutzen der Regionen gelöst werden. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mag. Riedl.

Abg. Mag. Riedl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Herr Klubobmann Sacher! Ich bin weder schizophoren noch so verantwortungslos, dass ich diese Strukturdiskussion, jetzt sage ich einmal, so unverantwortlich diskutiere wie Sie. Ich stehe zu den Verantwortlichkeiten der Bürgermeister. Wenn Sie heute erwähnen Kernstädte, so möchte ich Ihnen gerne eine Zahl sagen. Am obersten Ende der Skala steht Wr. Neustadt, eine ähnliche Struktur der Stadt wie St. Pölten. Am untersten Ende der Skala von den Gewinnern und Verlierern liegt die Stadt St. Pölten. Wollen Sie wirklich behaupten dass sozusagen Infrastrukturprobleme dieses Ergebnis herbeigeführt haben? Verantwortlichkeiten der Bürgermeister in diesen Gemeinden sind auch ein wesentlicher Beitrag! Punkt 1. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Gratzner.)*

Punkt 2: Wissen Sie, was mich persönlich berührt, ist, dass ich Strukturdiskussionen manchmal unter dem Vorwand politisches Kleingeld zu wechseln geführt empfinde. Ich habe hier eine Ihrer Presseaussendungen, noch nicht allzu lange her, worin Sie fordern, die Bezirksverwaltungsbehörden müs-

sen geschlossen werden. Die müssen zusammen gelegt werden. Die brauchen wir eigentlich nicht mehr. *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Dieses Land hat sich sozusagen in diesem speziellen Fall also ganz besonders auch darauf bezogen, dass man immer sagt, also dort, wo das Interesse, wo das Bedürfnis der Bürger liegt, dort wollen wir im besonderen Maße auch die Zukunft, die Fitness unserer Infrastruktur für die Zukunft sehen. Was haben wir alles bei den Bezirksverwaltungsbehörden? Tagtäglich gehen unsere Landsleute dort hin: Reisepass, Führerschein, Betriebsanlagen, Sozialhilfe. Jetzt nennen Sie gerade in einem Atemzug vorher die Bezirksgerichte. Bei aller Liebe, wissen Sie, was Fitness einer Verwaltung für die Zukunft ist? Wenn sie auf einem Bezirksgericht einen Richter haben und in der komplexen Rechtsmaterie auch so beraten werden soll dass der Bürger wirklich zu seinem Recht kommt, dann braucht er eine entsprechend kompetente Ausbildung. Eine entsprechende, sage ich, fachliche Qualifikation. Aber auch das Gespräch untereinander.

Also aus meiner Sicht kann ich wohl wirklich nicht behaupten, dass Infrastruktur in dieser Frage nicht nur um politisches Kleingeld zu wechseln einmal so und einmal so diskutiert wird. Was wollen wir von der Österreichischen Volkspartei? Wir haben immer gesagt, die Verwaltungsstrukturen müssen fit für die Zukunft sein. Wir haben immer gesagt, es muss das Service für unsere Landsleute verbessert werden. Und da auch ein Wort vielleicht nur einleitend zur Post. Wissen Sie, wo die Post heute steht? Sozialistisches Missmanagement hat die Post dorthin geführt wo sie heute steht! *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Gratzner.)*

Das heißt, die Poststruktur ist „konsumreif“, um es auf den Punkt zu bringen! *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Gratzner. – Unruhe bei Abg. Sacher.)*

Herr Klubobmann! Wissen Sie, wir haben immer aus unserer Sicht gesagt, wir sparen selbstverständlich mit Sinn. Wir wollen mit Gespür reformieren. Und eure Funktionäre draußen, Herr Klubobmann, die wissen es ja auch. Nehmen Sie die gestrige Presseaussendung des Präsidenten Koczur zur Hand. Er sagt ja ganz deutlich wie wir zusammen, Land und Gemeinden, Strukturreformen diskutieren zu einem sinnvollen Ergebnis. Zu einer vernünftigen fiten Struktur für die Zukunft. Keine Anleihen bei unseren Kindern! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und dieses meiner Meinung nach beste Zeugnis für die Infrastruktur ist die von Ihnen erwähnte Volkszählung oder das Ergebnis dieser Volkszählung. Niederösterreich, meine Damen und Herren,

hat wohl das beste Zeugnis erhalten das wir uns je erträumen ließen. Wir haben erstmals mehr als eineinhalb Millionen Einwohner. Wir haben aber auch in den ländlichen Räumen einen entsprechenden Zuwachs, nicht nur in den Ballungsräumen. Wir haben erstmals in allen Vierteln einen Zuwachs. Das heißt also, in diesem Land bewegt sich wirklich sehr viel. Da geht etwas weiter. Und in diesem Land, unter Anführungszeichen, „merken“ es auch die Bürger dieses Landes, dass hier Lebensqualität ist. Dieses Land geht einfach seinen Weg zu einer Top ten-Region! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wenn Sie nicht glauben was ich sage, dann darf ich wirklich vielleicht die flächengleichen Bundesländer hier im Zahlenwerk vergleichen. Schauen Sie sich Niederösterreich zu Oberösterreich und der Steiermark an und dann sagen Sie noch einmal, das ist nicht Leistung dieses Landes. Diese Infrastrukturdebatte ist genau jene, um angebracht zu sein, endlich diese Leistungen hervorstreichen. Endlich Danke auch den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern zu sagen, dass sie das auch angenommen haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wenn Sie das Zahlenwerk auch anschauen, dann sind genau jene Strukturen, die am meisten gewinnen, jene zwischen 1.000 und 1.500, 2.500 und 5.000 Einwohnern. Das heißt also, genau in jener Struktur, die Sie gerade vorhin so krank gejammert haben. *(Abg. Sacher: Man kann nicht alles über einen Kamm scheren!)*

Ich komme schon noch zum Thema, zu dem, dass auch in diesem Fitness-Programm das eine oder andere noch notwendig ist. Aber eines müssen Sie schon zur Kenntnis nehmen: Das Fitness-Programm greift! Wir haben in diesem Land in allen Regionen uns vorbereitet, dass genau das passiert, was hier als Ergebnis erkennbar ist. Wir haben seit 1999 69 Fitness-Projekte mit fast zwei Milliarden Investitionsvolumen. Tausende Arbeitsplätze, 2.000 Mannjahre Beschäftigung. Wir haben die Chance und die Kraft aus diesen Einnahmen auch zu reagieren wenn es Probleme gibt. Wo gibt es das in einem Bundesland wenn plötzlich - nicht, weil wir uns nicht wegschalten können von konjunkturellen Ergebnissen, wir wissen, dass die Bauwirtschaft Probleme hat, aber wo gibt es das woanders dass man gleichzeitig in der Lage ist, fast 2 Milliarden oder mehr als 2 Milliarden Schilling zu mobilisieren um mehr als 3.000 Beschäftigte zusätzlich zu gewinnen. *(Unruhe bei Abg. Sacher.)*

Nicht nur die Gemeinden. Die Gemeinden mit dem Land und das Land mit den Gemeinden!

Meine geschätzten Damen und Herren! Wir sehen dieses Volkszählungsergebnis, das Sie hier angesprochen haben, wirklich auch als klaren Auftrag. Nämlich erstens dass es uns gelungen ist, auch in jenen Bereichen, die immer Probleme gehabt haben, endlich diese Abwanderung zu stoppen. Dieses Land wird zum Kernland. Und die Öffnung, die bevorstehende, das sage ich Ihnen auch, die wird auch jenen Regionen noch einen zusätzlichen Motivationsschub, noch zusätzliche wirtschaftliche Möglichkeiten geben die sie bis jetzt nicht hatten.

Diese Herausforderung, die Sie angesprochen haben für jene, die jetzt noch Probleme haben, nämlich dann wenn sie unverschuldet Probleme haben. Das habe ich gemeint mit der Verantwortlichkeit der Bürgermeister. Weil das kann ich mir im Vergleich Wr. Neustadt-St. Pölten nicht vergleichen, dass es wirklich auf die Unverschuldeten ankommt, die unsere Hilfe brauchen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das heißt, wir haben, das heißt, beide Gemeindevertreterverbände, um korrekt zu sein, wir haben diese Arbeitsgruppe nicht heute sondern bereits vor 3 Monaten installiert. Wir haben diese Arbeitsgruppe jetzt aktiviert um jene Strukturen zu diskutieren wo wir Hilfe möglich machen. Wir wollen mit diesen 600 Millionen Schilling, die also zusätzlich in dieses Land fließen, aus der Kraft, aus der Arbeit, und jetzt sage ich es einmal ganz deutlich, aus der Arbeit der NÖ Volkspartei in dieses Land fließen, wir wollen diese verantwortungsbewusst einsetzen. Diese 600 Millionen werden punktgenau für die Zukunft den Weg zu einer Top ten-Region weiter führen.

Das heißt, meine sehr geehrten Damen und Herren, die NÖ Volkspartei wird sich weiter dafür einsetzen, dass die Lebensqualität der Bevölkerung überall, auch im ländlichen Raum genauso wie im urbanen Raum, künftig verbessert wird. Dass sichere Arbeitsplätze in allen Regionen erhalten und geschaffen werden. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Gratzner.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Buchinger.

Abg. Buchinger (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist heute meine erste Rede in diesem Gremium und ich muss sagen, ich war sehr verwundert, wie ich die Tagesordnung bekommen habe, dass jene Partei, die 30 Jahre in Österreich an der Macht war, alle Schalthebel dieser Republik besetzt

hat, angefangen vom Bundeskanzler, Finanzminister, Innenminister, Verkehrsminister, ausgerechnet diese Partei eine Aktuelle Stunde beantragt mit dem Titel „Die Bedeutung der Infrastruktur im ländlichen Raum“. Ich glaube, alleine das zeigt schon, dass es zu Recht geschehen ist, dass ihr bei der Nationalratswahl abgewählt worden seid. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Weil wenn ihr 30 Jahre dazu braucht um zu wissen, dass Infrastruktur eine Bedeutung hat, dann tut ihr mir ganz schön leid.

Wir leben jetzt in einer Zeit der Veränderung. Worte wie Globalisierung, Ostöffnung und Sparsamkeit stehen auf der Tagesordnung. Mit einer Haltung, wie „das war immer so“, werden wir, glaube ich, nicht recht weit kommen. Man sieht ja wohin wir gekommen sind: 2.000 Milliarden Schilling Schulden in diesem Land, 280.000,- Schilling Pro-Kopf-Verschuldung in dem Land. Ich glaube, das ist sicherlich nicht länger vertretbar. Zeitgemäße Politik, Herr Kollege, heißt auch, Prioritäten setzen, Einsparungen vornehmen und Strukturanpassungen vornehmen. Bei der Post offenbart sich noch das alte rot-schwarze System in Österreich. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das Verhalten der Gewerkschafter zeigt es: Von der Firmenleitung sich kaufen lassen, Gehaltsverdoppelung, weil Erhöhung wär' ein bisschen untertrieben, einen Dienstwagen für sich selbst, aber kein Wort der Kritik zur Geschäftsleitung bei den Postamtsschließungen! Und dann geht die SPÖ her, tut in Niederösterreich plakatieren Schließung von Postämtern in Gemeinden wo das Postamt gar nicht geschlossen wird, wie zum Beispiel in Perchtoldsdorf. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ihr tut die Bevölkerung massiv verunsichern. Und das ist keine Politik, wie ich sie mir vorstelle.

Wenn man sich anschaut, im Bezirk Tulln war die Gemeinde Würmla die erste Gemeinde, in der das Postamt geschlossen worden ist. Die Art und Weise, wie das damals vor sich gegangen ist, war sicher nicht in Ordnung. Dass das von einem Tag auf den anderen zugesperrt wird und die Bevölkerung nichts davon weiß. Ich war da am Anfang auch sehr skeptisch. Ich muss sagen, mittlerweile hat sich das eigentlich bewährt, die Leute sind zufrieden. Und ich glaube, man sollte da schon die Forderung aufstellen, wenn man das ausgliedert, dass man eine langfristige Absicherung der Kaufleute vorsieht, die die Agenden der Post übernehmen. Das sichert auch die Nahversorgung im ländlichen Raum über einen längeren Zeitraum hinweg. Ich glaube, dass das durchaus eine vernünftige Linie ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und die Post muss halt auch einmal lernen, auf die Kriterien der freien Marktwirtschaft zu reagieren. Ich war vor einiger Zeit auf einem Postamt in einer Bezirkshauptstadt in Niederösterreich. Es war nicht meine Gemeinde, es war nicht in Tulln. Ich habe dort eine Einzahlung vorgenommen. Dort waren fünf Schalter. Es waren auch alle fünf Schalter besetzt, nur einer hatte offen. Der eine hat telefoniert, der andere hat gejausnet und der dritte hat Zeitung gelesen. In keinem Privatbetrieb kann man sich das leisten! Und ich glaube, gerade hier muss man einmal ansetzen. Es wird der Post sicherlich nicht schaden wenn sie ein bisschen auf marktgerechte und privatwirtschaftliche Kriterien umschaltet. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das Beispiel Gendarmerieposten. Ich habe geglaubt ich hör schlecht wie der Herr Klubobmann Sacher heute kritisiert hat wie schlecht es ist dass die Gendarmerieposten zugesperrt werden. Ich kann mich da erinnern, 24. April 1992 im „Kurier“ *(zeigt Zeitungsausschnitt)* auf Seite 20: SPÖ macht kleine Posten dicht, Zusperrern für die Sicherheit. Ihr wart die erste Partei in Österreich, die Gendarmerieposten zugesperrt hat! Und heute stellt ihr euch 'raus und kritisiert das ganz groß. Das ist ja wirklich unglaublich.

Dasselbe ist mit der Infrastruktur. Der Abgeordnete Mag. Riedl hat das gerade vorher treffend gesagt, und da muss ich ihm Recht geben, mit St. Pölten. St. Pölten hat massive Einbußen gehabt im Bevölkerungsschlüssel. 300 Millionen Schilling fehlen in den nächsten Jahren. Unser Bürgermeister in Tulln, der ist hergegangen und hat die Leute angeschrieben, die einen Zweitwohnsitz haben, ob sie sich nicht hauptmelden. Vielleicht hat das der Willi Gruber auch gemacht. Aber ich hoffe, er hat es nicht so gemacht wie seine Wahlkampfbroschüre *(zeigt Falter)*: In türkischer Schrift! Weil dann verstehen ihn nämlich die Leute nicht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ihr müsst mit den Leuten deutsch reden dass sie es verstehen!

Das Nächste: Die SPÖ Wirtschafts- und Finanzpolitik: Schuld dass tausende Gewerbetreibende, Wirte, Greißler, in unserer Region, in Niederösterreich zugesperrt haben. Dann höre ich vom großen Nebenbahnkonzept der SPÖ. Eine private Betreibergesellschaft. Meine Damen und Herren! Das ist alles sehr schön und gut. Nur, was glauben Sie, wie die wirtschaften? Da gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder sie erhöhen den Fahrpreis oder sie kommen wieder um eine Subvention zur öffentlichen Hand. Also wo ist da die Strukturreform? Vielleicht können Sie mir das einmal erklären.

Und wenn am 10. Februar heurigen Jahres der SPÖ-Landtagsklub eine Aussendung macht und dort schreibt, kleineren Volks- und Hauptschulen auf dem Land droht die Schließung, und spricht vom unheilvollen Konzept, meine Damen und Herren von der SPÖ, dann frage ich Sie jetzt: Wieviele Volks- und Hauptschulen in diesem Land, in diesem Niederösterreich, haben Sie in den letzten Jahrzehnten zugesperrt? Sagen Sie es einmal. Kommen Sie nachher da heraus, nehmen Sie die Bühne Rednerpult und erklären Sie das einmal den Leuten.

Abschließend möchte ich nur noch eines sagen: Kein Politiker, das gestehe ich auch durchaus Ihnen zu, sperrt gerne irgendetwas zu oder belastet die Leute gern. Ein jeder täte lieber verteilen. Aber in Österreich ist leider der Punkt gekommen durch Ihre jahrelange Ausgabenpolitik, dass wir es uns nicht mehr leisten können. Und zu verteilen, ohne dass man die Mittel hat, das ist fahrlässig. Und dafür sind wir nicht zu haben! Es ist äußerst komisch, dass die Oberschuldenmacher der Republik Edlinger und Lacina uns heute erklären wie die Finanzpolitik zu funktionieren hat. Es ist ja wirklich unglaublich! Sie haben die Schulden gemacht und jetzt gehen sie her und wissen sie auf einmal alles besser. Sie haben 30 Jahre lang Zeit gehabt, herausgekommen sind 2.000 Milliarden Defizit. Ich weiß durchaus, dass nicht alles populär ist was wir machen. Es ist aber leider notwendig, auf Grund dessen, dass Ihr so einen „Murks“ gebaut habt, Herr Kollege! (*Abg. Keusch: Die Bevölkerung sind die Leidtragenden! – Beifall bei der FPÖ.*)

Wir sollten nicht nur an unsere Generation denken. Es kommen auch nach uns noch Generationen. Und diesen gegenüber haben wir gewaltige Verpflichtungen. Ich bekenne mich dazu, dass nicht alles was wir machen populär ist, aber es ist notwendig. Und ich würde Sie bitten und einladen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPÖ, sagt nicht immer was schlecht ist. Bringt Vorschläge wie es besser geht. Darüber habe ich noch nicht sehr viel gesehen vor euch, außer ein weißes Blatt Papier. Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. Weinzinger (Grüne): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Mein Vorredner hat seine Jungferrede gehalten, drum will ich es einmal nicht näher kommentieren. Ich darf nur anmerken, ich werde deutsch sprechen, es wird sich anders anhören und ich werde trotzdem nicht von allen verstanden werden. (*Beifall bei den Grünen und Abg. der SPÖ.*)

Zuerst darf ich vielleicht eine kleine, fast schon tatsächliche Berichtigung zum Thema anmerken. Ich glaube eigentlich nicht, dass das Thema, das hier vorgeschlagen worden ist, ein aktuelles Thema ist. Es ist vielmehr ein jahrzehntelanges Strukturproblem, mit dem wir in Niederösterreich zu kämpfen haben. Das jetzt seinen Gipfel erreicht hat oder seinen vorläufigen Gipfel, der halt auch ein opportuner Anlass ist um hier gegen eine Bundesregierung zu argumentieren. Und es hat mich ein bisschen gestört, dass nicht auch die Verantwortung der Landesregierung deutlicher zu Wort gekommen ist.

Leider hat der Herr Abgeordnete Mag. Riedl mir ein Versprechen gegeben das er nicht eingelöst hat. Er hat gesagt, ich komme schon noch zum Thema. Er kam nicht mehr. Also vielleicht können wir in der Pause noch darüber reden. Aber die Position der Landesregierung zu diesem Infrastrukturthema ist mir damit noch nicht bekannt.

Ich glaube, das, was von Herrn Klubobmann Sacher schon sehr ausführlich dargelegt wurde, ist in vielen Punkten völlig zutreffend: Wir haben es zur Zeit mit einer Bundesregierung und einer Sparpolitik zu tun, die dort hineinschneidet wo schon enorme Probleme bestehen und statt Lösungen zu bieten noch weitere Probleme bietet. Die Stichwörter sind gefallen: Schließung von Postämtern, Schließung von Gendarmerieposten, Wegsparen bei verschiedenen Verkehrslösungsbereichen und so weiter.

Ich kann mir allerdings nicht verkneifen, auch der SPÖ eine Frage zu stellen: Wo waren Sie denn als die Greißler zugesperrt haben in vielen Orten in Niederösterreich? Wo waren Sie als die Kinos zugesperrt haben? Als die Volksschulen in den zentralen Orten zusammen gelegt worden sind? Als die Wirtshäuser zugesperrt haben? Als die ÖBB die Bahnverbindungen und Busverbindungen ausgedünnt haben bis zum Geht-Nicht-Mehr? Und wo waren denn die Bürgermeister, als an den Stadträndern an den zentralen Orten Einkaufszentrum um Einkaufszentrum genehmigt worden ist? (*Beifall bei den Grünen.*)

Von wem ist denn der Vorschlag gekommen, Bezirkshauptmannschaften zusammenzulegen und wegzusparen? Ich kann Ihnen schon sagen wo Sie waren unter anderem: In der Landesregierung! Zuständig für die Gemeindeentwicklung. Die Gemeindeentwicklung ist ein wesentlicher Standpunkt davon, wenn auch nicht der einzige. Das gestehen wir sofort zu dass es da zumindest eine ebenso große wenn nicht eine noch viel größere Verantwortung der ÖVP gibt. Und zwar nicht nur jetzt für das was die schwarz-blaue Bundesregierung an

Vorhaben hat, sondern für die Jahre und Jahrzehnte, die davor an Entwicklung verschlafen und an Fehlentwicklung zugelassen worden sind.

Lassen wir zumindest, Herr Klubobmann Sacher, bei all diesem Absterben in den Ortskernen doch die Kirche im Dorf. Die Bevölkerung von Litschau übersiedelt nicht nach Gerasdorf. Also dieser inhaltliche Konnex in der Volkszählung ist nicht herzustellen. Das hat schon noch einmal andere Ursachen und andere Ziele wo die hinziehen müssen oder hinziehen wollen.

Das heißt, de facto kann man zwar festhalten, die Proteste als solche sind legitim, sind notwendig, greifen aber zu kurz. Ich glaube aber auch, dass zum Teil die, wenn ich Ihnen richtig zugehört habe, die Anregungen in die falsche Richtung gehen, die von Ihnen da mitgeliefert werden. Wenn Sie Verkehrsverbindungen im hochrangigen Netz einfordern und Investitionen in diesem Bereich, mag das andere Zielsetzungen, die Sie verfolgen, erfüllen, sicher aber nicht einer Belebung der ländlichen Regionen dienen. Da haben wir mehr als genügend gegenteilige Beweise dafür.

Jetzt in die andere Richtung argumentiert, Richtung ÖVP, die ja doch hauptverantwortlich gewesen ist in den letzten Jahrzehnten in Niederösterreich für diese Entwicklung. Und jetzt auch maßgeblich den Sparkurs betreibt und bestimmt. Der Sparkurs im NÖ Budget schaut zwar anders aus als auf Bundesebene. Das Sparen an sich selber ist ja okay, sinnloses Sparen finde ich wiederum überhaupt nicht okay. Sparen auf dem Rücken jener, die sich nicht wehren können am allerwenigsten. Vor allem aber reicht es nicht aus, die Augen zu verschließen vor Problemen, die da sind. Wenn der Herr Abgeordnete Mag. Riedl hier offensichtlich kein Problem gefunden hat in zehn Minuten Redezeit über Infrastruktur in ländlichen Regionen, dann kann ich der ÖVP nur vorhalten, gehen Sie doch bitte einmal ins Land 'raus und schauen Sie sich die Lage an. Es ist nicht „alles paletti“, es ist nicht alles bestens. *(Beifall bei den Grünen.)* Und wenn Sie glauben, dass die Lebensqualität der Bevölkerung zu 100 Prozent von der Fitness der Verwaltung abhängt, dann liegen Sie aber auch völlig verkehrt. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich nehme es zur Kenntnis, dass die ÖVP für die Fitness der Verwaltung sorgt und sich um die Bevölkerung dann nicht mehr weiter Gedanken macht. Das, was wir glauben, dass es braucht an neuen Lösungen, und zwar haben wir ja einen Strukturwandel, der zum Teil selbst gemacht ist, aber zum Teil auch nicht selbst gemacht ist. Das Absterben der Greißler, der Nahversorgung in den

Ortskernen ist über weite Strecken über die Raumordnung selbst gemacht. Da könnte man ganz anders Politik machen wenn man wollte. Vielleicht werden wir beim Wirtschaftsbericht auch noch diskutieren.

Auf der anderen Seite haben wir einen Strukturwandel auch in Konsumgewohnheiten oder in technologischen Entwicklungen wo es kein Wunder ist, dass im Zeitalter von Handy, Internet oder Telebanking die Kundenfrequenz bei Banken oder bei Postämtern zurück geht. Daher ist vielleicht auf die Dauer ein Versorgungsnetz in der Dichte wie wir uns das wünschen würden für alle nicht haltbar, wenn diese Betriebe ökonomisch agieren müssen. Also brauchen wir Lösungen. Die Lösung kann nicht sein, es muss alles unbedingt so bleiben wie es war. Und die Lösung ist auch nicht, zu sagen, es ist eh alles super. Sondern wir müssen schauen, welche Bevölkerungsgruppen verlieren, welche gewinnen. Und derzeit verlieren ganz eindeutig ältere Menschen, die häufig in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, die mit Internet und Telebanking es bei weitem nicht so leicht haben wie jüngere Semester. Oder die die Technologie auch ablehnen und sich damit nicht unbedingt mehr auseinander setzen wollen. Deren Nahversorgungsmöglichkeiten deutlich eingeschränkt sind. Wir wissen, dass es genau ein Drittel der Bevölkerung etwa ist, die nicht mit dem Auto mobil sind, die aber trotzdem einkaufen und von etwas leben müssen.

Das heißt, vor allem ältere Menschen sind am deutlichsten betroffen. Wenn jetzt die Postämter in manchen kleinen Orten auch schließen heißt das, dass auch Post- und Bankverkehr über die PSK damit wegfällt. Und dann wird es schon ziemlich eng. Genauso betroffen sind Jugendliche, bei denen sozusagen am anderen Ende die Mobilität fehlt und noch nicht gegeben ist. Und über weite Strecken sind auch Frauen betroffen. Und ich denke, genau für diese Bevölkerungsgruppen muss man jetzt sicherstellen, dass die Mobilität erhöht wird damit sie halbwegs mithalten können mit jener Bevölkerungsgruppe, nämlich den 20- bis 50-jährigen Männern im Wesentlichen, die mit einem Auto unterwegs sind.

Man muss sicherstellen, dass die Alltagserledigungen möglich sind. Das heißt, das Einkaufen von alltäglichen Lebensmitteln, Postgeschäfte, Bankgeschäfte, Kommunikation. Und damit muss man sicherstellen, dass eine Nahversorgung gegeben ist. Und im Unterschied zu Vorrednern bin ich nicht der Ansicht dass Nahversorgung nur noch ein privates wirtschaftliches Unternehmen ist. Sondern ich glaube, dass inzwischen in Niederösterreich längst Nahversorgung eine öffentliche Aufgabe sein

müsste. Über die Raumordnung untergräbt man ja die Nahversorgung von öffentlicher Seite. Also warum nimmt man nicht die Aufgabe selbst einmal wahr?

Und ich glaube, dass das Ziel der Politik sein muss, lebendige Orte zu garantieren oder wieder erstehen zu lassen wo es sie nicht mehr gibt. Da reicht das Postamt allein oder gar der Gendarmenposten natürlich nicht. Da wäre ein Vorschlag gefragt. Zum Beispiel dass man sagt, jeder Ort braucht zumindest eine Art Servicecenter oder wie immer man das nennen mag, wo es alles an einer Stelle gibt was man im Alltagsleben so braucht. „All inclusive“ heißt es im Urlaub. All inclusive in so einem Servicecenter könnte heißen, das Internet-Cafe, kombiniert mit einer Postabnahmestelle, mit einem Bankengeschäft und mit einem Lebensmittelhandel, alles zusammen im Ortszentrum, um sicherzustellen, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung und die Lebensqualität für die Bevölkerung gesichert werden können.

Das ist eine Idee, die man andenken kann und wo man sich was weiter überlegen und weiter entwickeln kann. Es setzt die Bereitschaft voraus, zu sagen, ja, wir haben Probleme, ja, sie sind strukturell bedingt. Und nicht nur zu sagen, entweder die einen oder die anderen sind schuld. Oder gar zu sagen, wir haben überhaupt keine Probleme, es läuft eh alles bestens Dank der ÖVP und ihrer Kraft. Das kann es nicht sein! Und bei allem Verständnis für Wahlkampfslogans, aber sie sind nicht die Lösung für alles. Sich herzustellen, Herr Abgeordneter Mag. Riedl, und statt zum Thema zu reden, mehrfach Top ten und die Fitness der Region und vielleicht noch eingestreut das Land geht seinen Weg - wir wissen welchen Weg - das reicht halt nicht als Konzept zur Lösung von jahrzehntelang verschlafenen Strukturproblemen.

Daher meine Schlussforderung an die Landesregierung, deren Aufgabe es ist, die Infrastruktur und damit die Lebensqualität in den Regionen zu sichern. Was wir brauchen sind Konzepte und Lösungen für lebendige Orte in einem lebendigen Land Niederösterreich an dem die Grünen sicher gerne mitarbeiten werden. *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Gebert.

Abg. Gebert (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hoher Landtag!

Zu meinen Vorrednern Mag. Riedl und Buchinger könnte man einiges sagen. Unser Präsident Schabl hat sich das notiert und wird sicher

noch näher darauf eingehen. Für meinen Teil möchte ich schon feststellen: Ich glaube, es ist sehr unfair, bei der heutigen Landtagssitzung den St. Pöltner Wahlkampf mit hier hereinzuziehen. Sie wissen aber genau, Kollege Mag. Riedl, dass St. Pölten und die Bevölkerungsstruktur schon auch damit zusammenhängt dass eigentlich die Sogwirkung mit der Errichtung der Landesregierung nicht zustande gekommen ist. Und auch in der Richtung ein gewisser Flop da ist.

Und dem Kollegen Buchinger möchte ich sagen zu seiner Wirtshausrede, wir lassen uns als Sozialdemokraten, liebe Freunde, unsere 30-jährige Aufbauarbeit für Österreich und auch hier in Niederösterreich nicht vermiesen. Wir haben nur die Angst, dass unsere Strukturen, unser Aufgebautes mit ihren Maßnahmen, die vom Bund hier gesetzt werden, speziell von Ihren Ministern, wieder zusammen geschlagen wird. Nehmen Sie das zur Kenntnis! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich versuche, meine Damen und Herren, auf das Thema einzugehen. Ich möchte mich in erster Linie mit der Verkehrspolitik beschäftigen. Und zwar wie Sie annehmen können mit jenen Problemen, die sich in der Region um Wien, in der Ostregion ergeben. Und Sie wissen alle, wenn man auf der Straße den Mann fragt, was sind die wichtigsten Probleme, die in Niederösterreich schnell zu lösen wären, dann sagen drei von fünf, es sind die Verkehrsfragen, die zu lösen sind. Und unsere Kollegen aus dem Süden haben vor wenigen Tagen, am 16. September 2001, einen Notruf ausgestoßen und einen Augenschein vorgenommen auf der Südautobahn. Einen Notruf an einem ganz normalen Montagstau. *(Heftige Unruhe bei Abg. Haberler.)*

Meine Damen und Herren! Sie sehen daher, dass hier die Probleme der Infrastruktur, der Verkehrsinfrastruktur in Niederösterreich vorhanden sind.

Wir wissen, auf der Südautobahn gibt es 156.000 Autos. Es gibt 20.000 Pendler aus meinem Bereich Schwechat, Bruck. Es gibt 40.000 Pendler aus dem Mödlinger Bezirk nach Wien. Und, liebe Freunde, wir wissen, dass in Zukunft, wenn es so weiter geht, der Verkehrskollaps in Niederösterreich eintreten wird. Und ich frage mich daher, meine Damen und Herren, ich möchte jetzt gar nicht polemisch werden, ich möchte gar nicht in Schuldzuweisungen verfallen, ich frage mich aber, meine Damen und Herren, und der Herr Landeshauptmann als Verkehrsreferent von Niederösterreich, sollte sich und wird sich auch fragen müssen, werden wir im Zusammenhang mit der Erweiterung nach Osten oder durch die EU-Osterweiterung in Zukunft all diese Probleme bewältigen können?

Und können wir diese Probleme, die jetzigen, schon in den Griff bekommen?

Ich meine, dass in Niederösterreich seit langem eigentlich kein Planungsdefizit vorhanden ist. Es gibt genug Konzepte. Aber, meine Damen und Herren, es gibt bei uns in Niederösterreich ein Umsetzungs- und Finanzierungsdefizit. Und da sehen wir immer wieder, wenn ich nur denke, dass seit 1993 die landesverkehrspolitischen Konzepte vorliegen, Milliardenpakete am Papier ausgehandelt werden mit dem Bund. Ich denke nur an das berühmte Pröll-Farnleitner-Paket, auch mit Wien wurden Milliarden-Pakete ausgeschnapst mit der Frage Nahverkehr. Aber diese Finanzierungskonzepte, meine Damen und Herren, sind leider nicht sichtbar geworden.

Ich möchte nicht sagen, dass nicht etwas geschehen ist. Und so möchte ich vielleicht doch hier anführen, eines der entscheidendsten Projekte, die es im Wiener Umland gibt und für Niederösterreich gibt wird sein und ist die B 301, die Wiener Südmehrfahrt. Und ich bin jener, der wirklich schon jahrelang für diese Straße kämpft. Der sich viele Schwierigkeiten eingehandelt hat. Ich bin sehr froh, dass nun am 30. Oktober 2001 dem Vernehmen nach dieser Spatenstich erfolgt. Aber auch hier möchte ich sagen, es waren jahrzehntelange Vorarbeiten notwendig. Es war notwendig, dass wir in der Region diese sehr umstrittene Straße in eine Art Mehrheitsfähigkeit umgewandelt haben. Und jetzt hoffe ich, wird nicht der 30. Oktober zum Anlass genommen, sich ein paar Federln auf den Hut zu stecken, okay, alles in Ordnung. Vor allen Dingen eine Dame, die Frau Bundesministerin kann nichts dafür dass wir jetzt die B 301 wirklich bauen. Ich gebe aber zu, sie hat formal die Verordnung erlassen. Aber die Vorarbeiten wurden hier in Niederösterreich und speziell in der Region gemacht. Und daher bin ich sehr froh und meine eigentlich nur, wichtig wäre es jetzt, dass rasch begonnen wird. Dass der Zeitplan eingehalten wird und dass, meine Damen und Herren, die Gesamtfinanzierung dieser Straße, doch viereinhalb Milliarden, gesichert ist.

Und ich möchte fortsetzen: Wenn wir die B 301 mit allen flankierenden Maßnahmen haben, wird es trotzdem keine Endlösung geben. Wird es trotzdem bei diesem steigenden Verkehrsaufkommen Staus geben. Weil wir keine Fortsetzung haben. Weil wir dringend notwendig eine sechste Donauquerung brauchen, eine sechste Donaubrücke im Bereich von Wien. Weil dann hätte es noch einen Sinn, den Ring um Wien zu schließen – haben wir schon oft hier besprochen. Und nur dann hätte es einen Sinn, eine gute Anbindung an die Nordautobahn zu finden, die wichtig ist für die EU-Osterweiterung.

Und da gebe ich auch ganz ehrlich zu, dass natürlich hier auch schon ein Paket geschnürt war. Aber wie wir wissen dürfte das auch nicht vom Bund zu tragen sein, weil der Herr Landeshauptmann, dankenswerterweise, muss man sagen, mit Banken, wie ich höre, verhandelt und hier ein Finanzierungskonzept ausarbeiten will. Das heißt, in Wahrheit stimmt es, dass das Geld im Prinzip gar nicht vorhanden war, meine Damen und Herren.

Und so glaube ich, dass im Wesentlichen diese Nordautobahn tatsächlich gebaut werden muss. Und erst wenn die Verbindung vom Süden rund um Wien in den Norden geht, kann die Problematik einigermaßen entschärft werden. Und dazu kommt noch, liebe Freunde, dass im Zusammenhang mit der Nordautobahn zwar der Strom in die Tschechei geregelt ist. Aber die, die es wissen, können es genau noch sagen, dass es unbefriedigend ist, dass in Bezug auf die EU-Osterweiterung die Situation im Grenzgebiet des Weinviertels zum Beispiel nicht besonders, also unbefriedigend ist.

Und wenn hier davon gesprochen wurde, dass im Jahr 1989 der Eiserne Vorhang gefallen ist, so möchte ich fast sagen, von Klein Haugsdorf bis hinunter nach Hainburg dürfte dieser Eiserne Vorhang noch da sein. Und daher ist es wichtig, dass wir in Klein Haugsdorf den Übergang modernisieren. Ist es wichtig, dass wir im Raum Hohenau-Angern-Marchegg neue Grenzübergänge bauen, Brücken bauen, in die Slowakei. Und zusätzlich, die Kollegin Vladyka kann das bestätigen, brauchen wir dringend eine Entlastung von Perg und brauchen die Kittseer Spange von Kittsee nach Parndorf, um auch hier diesen Wahnsinnsverkehr, den es auf der B9 bereits gibt, hintanzuhalten.

Wichtige Dinge im Zusammenhang mit der Osterweiterung, die vor uns stehen, meine Damen und Herren. Ich könnte jetzt noch sehr viel über den öffentlichen Verkehr reden. Eine sehr wichtige Sache scheint mir jener Punkt zu sein den der Kollege Sacher angeschnitten hat. Nämlich dass wir Wien als transeuropäischen Knotenpunkt anstreben müssen. Dass wir eine internationale Anbindung an den Flughafen brauchen im öffentlichen Verkehr. Und dass die brachliegenden Milliarden, die unter Umständen – Semmering – liegen bleiben, zweckdienlich eingesetzt werden. Ich könnte mir vorstellen, dass die Anbindung in einer Spange an die Ost- und Südbahn erfolgt. Man kann dann noch immer in Wampersdorf am Knoten entscheiden ob man über Eisenstadt, Sopron, Steiermark, Kärnten in den Süden geht. Oder, wie es auch wichtig ist, dass wir eine nationale Verbindung durch eine Hochleistungsstrasse am Semmering errichten,

nämlich dass die Bundesländer Niederösterreich und Steiermark gut verbunden sind, dass eine wichtige Nord-Südachse hier auch vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren! Ich möchte schon schließen und komme zu folgender Feststellung: Ich glaube, dass die Verkehrspolitik in Niederösterreich Thema Nummer 1 ist und Thema Nummer 1 bleiben wird, so fürchte ich. Im Wiener Umland, in der Ost-, in der Südregion Niederösterreichs, in den Grenzgebieten des Weinviertels haben wir Nachholbedarf im Hinblick auf die Osterweiterung. Und hier müssen wir Prioritäten setzen, meine Damen und Herren. Wir Sozialdemokraten fordern daher ein eigenes Verkehrskonzept für die Osterweiterung. Es soll entwickelt werden, es soll diskutiert werden und soll festgeschrieben werden. Wir müssen unser bestehendes Landesverkehrskonzept 1997 entsprechend adaptieren und im Rahmen der sehr aktiven Planungsgemeinschaft Ost einen Maßnahmenkatalog mit einem konkreten Zeitplan festsetzen. Ganz entscheidend scheint mir aber zu sein, dass wir auch ein permanentes Verkehrsprojektmanagement einsetzen, das die Planungen, die Ausschreibungen im Hinblick auf die Osterweiterung genau festlegt.

Und dann abschließend, meine Damen und Herren, alles geht wahrscheinlich nur mit Hilfe des Bundes, der Länder Wien, Niederösterreich und Burgenland. Und ich glaube daher, dass wir die vor Jahren ins Leben gerufene Regionalkonferenz, also Abgeordnete aus Wien, Niederösterreich und dem Burgenland wieder zum Leben erwecken sollten. Und in dieser Regionalkonferenz sollte für die gesamte Ostregion, für die Problematik der Ostöffnung ein Konzept erarbeitet werden, Forderungen formuliert werden. Und man muss sie dann an den Bund herantragen.

Präsident Mag. Freibauer: Herr Abgeordneter! Wir sind schon über der Zeit!

Abg. Gebert (SPÖ): Mein Schlusssatz: Wir Sozialdemokraten, meine Damen und Herren, sind daher der Meinung, dass die Schaffung einer neuen Verkehrsinfrastruktur in der Ostregion Vorrang hat. Sie hat große Bedeutung für die Zukunft unseres Bundeslandes. Diese neu zu schaffende Verkehrsinfrastruktur ist die Voraussetzung dafür, dass wir für die Integration unserer östlichen Nachbarländer in der EU mit allen ihren Auswirkungen gerüstet sind. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Lembacher.

Abg. Lembacher (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir von der Österreichischen Volkspartei haben es uns zum Ziel gesetzt, Niederösterreich zu einer Top ten-Region Europas zu machen. Auch wenn es der Frau Kollegin Mag. Weininger nicht Recht zu sein scheint. Und wenn sie auch kritisiert hat das Fitnessprogramm von Niederösterreich. *(Abg. Mag. Fasan: Sie hat die Wahlkampfrhetorik kritisiert!)*

Mir scheint, sie hat da einiges missverstanden. Fit zu sein heißt, die Regionen fit zu machen für eine EU-Osterweiterung. Fit zu machen auch die Wirtschaft für die Voraussetzungen, die auf die Menschen zukommen. Und wenn der Herr Kollege Gebert kritisiert hat, dass die Parteipolitik oder dass St. Pölten hier hereingenommen wird, dann muss ich sagen, dass Sie als Kollegen der Sozialdemokraten immer wieder auch die Bundesregierung mit hinein nehmen und alles krank jammern was da geschieht. Sie sollten eigentlich konstruktive Vorschläge für unser Bundesland für Niederösterreich machen. *(Zwischenruf bei Abg. Muzik.)*

Und Sie haben das sicher noch nicht und die Bundespartei hat es noch nicht verkräftet dass sie nicht mehr an der Macht ist. Und versucht, alles krank zu jammern. *(Beifall bei Abg. Mayerhofer.)*

Ich glaube Sie haben vergessen, wer für die Versäumnisse der letzten Jahre verantwortlich gemacht werden kann. Und Sie haben auch vergessen, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben auch vergessen, wer für die Post zuständig ist. *(Abg. Keusch: Ihr tut so als wenn ihr nicht dabei gewesen wärt!)*

Es ist also heute die Post privatisiert. Und das ist schon lange unter Ihrem Vorsitz in der Regierung passiert. Sie ist eine Aktiengesellschaft. Und außerdem sind die Maßnahmen, die beschlossen worden sind, mit den SPÖ-Gewerkschaftern abgesprochen gewesen. Wir wissen alle zu welchem Preis. Das muss man sagen. *(Abg. Sacher: Das ist eine Unterstellung! – Die Gewerkschaften haben im Ausschuss dagegen gestimmt!)*

Und eines muss ich noch sagen, Herr Kollege: Wenn ich eine Presseaussendung des Kollegen Heinzel hier habe, wo er kritisiert, dass das Postlogistikzentrum geschlossen wird, dass die Bundesregierung die Sparmaßnahmen verantwortet, dann muss man sagen, das stimmt nicht. Und wenn Sie vielleicht nicht wissen wer für das Postlogistikzentrum verantwortlich ist: Das ist der Dipl.Ing. Dr. Kaniak, der vom Büro Dr. Kreisky. Wenn Sie also hier Anregungen haben, dann würde ich wirklich bitten, sich auch an ihn zu wenden.

Wir haben aber sehr wohl Forderungen um auch die Infrastruktur in unseren ländlichen Regionen aufrecht zu erhalten. Wir haben ein Forderungspaket an die Post beschlossen und das sind meiner Meinung nach wichtige, auch für die Zukunft notwendige Voraussetzungen. Wir geben schon zu dass Strukturmaßnahmen notwendig sind. Aber sie müssen so gemacht werden dass die Menschen mit den Auswirkungen nicht so stark konfrontiert werden, dass andere Lösungen angeboten werden. Wir erheben die Forderung, die Post möge so rasch als möglich mit den verantwortlichen Bediensteten und den Bürgermeistern Kontakt aufnehmen. Es soll auch ein neues Konzept der Post die Nahversorgung langfristig sichern. Zusammenarbeit mit Stellen in den Gemeinden, mit Greißlern, mit anderen. Es ist schon angesprochen worden, Trafiken, Gemeinden, um Lösungen zu finden, dass die Menschen auch nach wie vor ihre Postgeschäfte erledigen können. Die Briefträger müssen in Zukunft mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden. Können sicher auch kleinere Bankgeschäfte oder Geldsendungen hinbringen, übernehmen usw. Das wäre auch ein weiterer Beitrag zu mehr Bürgernähe. Und die Postleitzahlen müssen unbedingt erhalten bleiben. Denn das ist auch eine Identität der Gemeinden. Ich kann durchaus aus meiner eigenen Erfahrung sagen, in meiner Gemeinde und in unseren Gemeinden funktioniert die Postzustellung ausgezeichnet. Und ich möchte mich ganz besonders herzlich bei meinen Verantwortlichen der Post bedanken, wo man wirklich den Eindruck hat dass man wirklich hervorragend betreut wird und auf Postsendungen keine 14 Tage warten muss.

Niederösterreich ist auf dem Weg in die Zukunft. Und wir haben es uns zum Ziel gesetzt, in Zukunft, zukunftsfähige Arbeitsplätze und Unternehmen zu investieren. Denn auch das gehört dazu: Arbeitsplätze vor Ort bei den Menschen anzubieten.

Strukturmaßnahmen die eine schnellere Verwaltung bringen, eine Verwaltungsreform, sind sicher sinnvoll. Mehr Sicherheit durch die höhere Schlagkraft der Gendarmerie. Wenn die Schließung der Gendarmerieposten angeschnitten worden ist: Natürlich nicht sehr angenehm. Aber Sie wissen sehr wohl, dass unter Ihren Ministern 200 Gendarmerieposten geschlossen worden sind. Ich kann mich auch noch erinnern, in unserem Bezirk waren es fünf oder sechs, und jetzt gibt es nur mehr einen. Und wir haben dort eine Plakatserie gemacht und geschrieben, dieser Gendarmerieposten muss erhalten bleiben.

Auch der Ausbau des Verkehrsnetzes ist sehr wichtig. Das ist heute schon angeschnitten worden.

Und ich gehe mit dem Kollegen Gebert konform. Was Sie alles gesagt haben, diese Maßnahmen sind unbedingt notwendig, das ist unbestritten. Wir haben ein Verkehrskonzept im Land Niederösterreich. Es gibt eine Zusage eines 15-Milliarden-Paketes für Niederösterreich. Das ist sicher da. Und es wird ja auch gebaut. Umfahrungen, Ziersdorf etwa usw., Ausbau der Nordautobahn, B 303, unser Verkehrssprecher geht sicher noch darauf ein. Es ist notwendig, Betriebsansiedelungen zu unterstützen und zu schaffen, dezentral verteilt auf alle Regionen des Landes. Nicht nur in den städtischen Bereichen, auch in Grenznähe. Und dafür gibt es Unterstützung auch von Seiten des Landes. Wenn ich an den Baugipfel denke, der vor einiger Zeit abgehalten worden ist. Dieser soll auch Betriebe, die es bereits gibt, erhalten.

Ganz wichtig ist natürlich auch eine gute Bildung und Ausbildung. Denn das verhindert auch die Auswechselbarkeit des Standortes. Fachhochschulstandorte in Niederösterreich! Wie wichtig auch der Arbeitsplatz Niederösterreich ist, zeigen die Daten, die für Niederösterreich durchaus positiv sind. 5,3 Prozent Wirtschaftswachstum für Niederösterreich, das höchste, kann man sagen, ein enorm gutes Wachstum. Auch die Zahl der Beschäftigten in Niederösterreich ist in den letzten vier Jahren um 22.000 gestiegen. Wir wissen schon, das weiß ich genauso wie Sie, auch wenn ich aus einer ländlichen Region komme, dass wir oft Probleme mit Arbeitsplätzen haben. Das Pendlertum. Aber hier ist ganz einfach notwendig den Menschen zu helfen und ist auch sehr wichtig. Und wir haben im Bereich Hollabrunn, und nicht nur im Bereich Hollabrunn, die Regionalen Innovationszentren, 11 an der Zahl, geschaffen, wo junge Unternehmer die Möglichkeit haben, einmal zu sehen, wie kann ich einen Betrieb gründen, welche Möglichkeiten habe ich. Die Unterstützung auch für den weiteren Weg zu haben, damit das Anfangsrisiko nicht so enorm groß ist. Das Siemens Call-Center im Bereich Hollabrunn, wodurch in der Ausbaustufe 350 Arbeitsplätze geschaffen werden und geschaffen worden sind. Gerade in einem Bereich, wo wir sehr viele Abgänger von Höheren Technischen Bundeslehranstalten haben – Hollabrunn ist eine Schulstadt - ist investiert worden. Der Althof Retz, der vor einigen Jahren gebaut worden ist, hat enorme Impulse in unserer Region ausgelöst. Der Tourismus, die Landwirtschaft hat sich enorm gut entwickeln können. *(Zwischenruf bei Abg. Keusch.)* Habe ich nicht gesagt. Ich rede von Niederösterreich. Und ich denke mir, das hat sicher ... *(Abg. Keusch: Mit Bundesförderung!)* Na sicher, das muss man auch sagen. Und jetzt auch ... *(Abg. Keusch: Die bösen Roten!)* Schauen Sie, Herr Kollege, und darum ist es ge-

nauso wie Sie sagen. Heute ist die Bundesregierung für alles verantwortlich. Auch die Bundesregierung allein hat nicht die Möglichkeit, in alle Privatbereiche einzugreifen. Das wissen wir alle. Was Post und so weiter, Privatisierte sind, aber wir wollen die Betriebe unterstützen. *(Abg. Keusch: Das ist überwiegend ÖVP-Philosophie! Und es stellt sich heraus dass das nicht das Beste ist!)*

Wir wollen die Betriebe unterstützen. Und über das Fitnessprogramm Niederösterreich werden bis zum Jahr 2003 bis zu sechs Milliarden Schilling zur Stärkung des Standortes Niederösterreich eingebracht. Auf Wirtschafts-, Kultur- und Bildungsebene. Und damit sollen wir auch für die künftigen Herausforderungen fit gemacht werden.

Das Projekt Weinstraße in Niederösterreich, ein touristisches Projekt, das alle Weinstraßen Niederösterreichs zusammenfasst. Das ist Strukturpolitik vor Ort, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Zwischenruf bei Abg. Sacher.)*

Na sicher! Und wissen Sie warum? Weil die Wirtschaft, die Landwirtschaft, die Arbeitsplätze, der sanfte Tourismus gefördert wird. Oder Bad Pirawarth, das im Weinviertel ein hervorragendes Beispiel ist. *(Abg. Keusch: Das wirkt ja nur dann wenn Kaufkraft vorhanden ist!)*

Wir wollen auch den Messestandort Niederösterreich stärken mit Regionalförderungsmitteln, INTERREG IIIa, PHARE, CBC-Programme, die auch grenzübergreifende Maßnahmen, die Zusammenarbeit der Wirtschaft ermöglichen. Das ist enorm wichtig.

Mit den Investitionen in die Zukunft, und ich habe, weil das rote Licht schon leuchtet, ja noch lange nicht alle Vorhaben aufzählen können, die wir auch für die Zukunft haben, mit den Investitionen in die Zukunft ermöglichen wir, dass der Standort Niederösterreich für Unternehmen und Arbeitsplätze noch attraktiver wird. Unser Ziel ist es, den Menschen jene Leistungen an Infrastruktur anzubieten, die sie brauchen. Die sie vor Ort brauchen und die sie auch nützen können. Die Nahversorgung und die Lebensqualität in den ländlichen Räumen muss genauso wie im städtischen Bereich erhalten werden. Und wir als NÖ Volkspartei setzen alle unsere Kräfte dafür ein! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Haberler.

Abg. Haberler (FPÖ): Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Etwas eigenartig mutet es an wenn sich hier ein Klubobmann einer Partei herstellt, die diesem

Land 30 Jahre lang den Bundeskanzler gestellt hat, die in diesem Land 30 Jahre lang den Verkehrsminister gestellt hat, die 30 Jahre lang auf Bundesebene für die Infrastruktur verantwortlich war, und dann davon spricht, wie unsozial die jetzige Bundesregierung ist.

Es ist ganz einfach ein Skandal, dass Sie sich herstellen und hier versuchen, jemandem, der erst wenige Monate im Amt ist, etwas in die Schuhe zu schieben was Sie verursacht haben. Und ich zähle Ihnen auf, ohne den Anspruch zu erheben, vollkommen zu sein. Denn dann bräuchte ich eine halbe oder eine dreiviertel Stunde, am besten zwei Stunden, dass ich all Ihre Versagen und alle Ihre unsozialen Maßnahmen von Sparpaket 1 über Sparpaket 2 bis über die Infrastrukturmaßnahmen, die Sie verbockt und in diesem Land, falsch gemacht haben, Ihnen hier vorrechne. Die 2.000 Milliarden Schilling Schulden, die Sie geschaffen haben, die außerbudgetären Schulden nicht eingerechnet, womit Sie unsere Urenkel und deren Kinder bereits belastet haben, damit will ich beginnen. Es geht aber weiter. Sie haben in Wirklichkeit bewiesen, was Sie unter Schaffung von Infrastruktur in diesem Land meinen. Sie haben bewiesen in den letzten Jahren was Sie in Wirklichkeit zustande bringen. Ich nehme den Konsum her. 17.000 Arbeitsplätze haben sie vernichtet! In vielen Gemeinden Niederösterreichs haben Sie einen Kahlschlag gemacht bei der Nahversorgung. *(Unruhe bei Abg. Farthofer.)*

Der Rosenstingl war „ein Lärcher!“ gegen das was Ihr am Konsum verbrochen habt an Österreich und auch an Niederösterreich. *(Beifall bei der FPÖ.)*

In vielen Gemeinden, lieber Kollege von der SPÖ, in vielen Gemeinden habt Ihr die Nahversorgung ruiniert. Brauchen wir nur anzuschauen: Baurechtsgründe. Um einen Schilling habt Ihr ihnen den Grund geschenkt. Den Nahversorger habt Ihr ausgeschaltet. Und dann habt Ihr den Konsum zugesperrt. 17.000 Genossen habt Ihr auf die Straße gesetzt. Das ist eure Nahversorgungspolitik, die Ihr in Niederösterreich, in Österreich geleistet habt! Eure Kollegen, Grabner begonnen im Aufsichtsrat bis hin zum Herrn Gerharter, der mit 26 Millionen für das Vernichtungswerk noch abgefertigt worden ist. Das sind die Dinge, wie Ihr Infrastruktur in Niederösterreich in Wirklichkeit verspielt habt. *(Abg. Sacher: 400 Milliarden hat die Bundesregierung bereits ausgegeben!)*

Oder gehen wir in den Bezirk Neunkirchen hinunter. Die beiden Abgeordneten sind schon geflüchtet weil sie gewusst haben dass ich sie nenne. Der Kollege Kautz kommt gerade wieder herein. Es war niemand geringerer als der Herr Marizzi, dein

Genosse aus dem Bezirk Neunkirchen, der gesagt hat, bevor wir in Ternitz das Werk zusperren legen wir uns auf die Schienen. In der Zwischenzeit habt ihr die Schienen herausgerissen damit ihr nicht Wort halten müsst! (*Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.*) Die Werke sind zugesperrt, die Arbeitsplätze sind vernichtet. Die Milliarden sind vernichtet und viele Existenzen sind auch vernichtet. Das ist Infrastrukturpolitik auf sozialistisch in Niederösterreich. Das ist in Wahrheit wie ihr wirklich umgeht mit der Infrastruktur, wenn ihr die Verantwortung habt. Und dann plötzlich die wunderbare Wandlung, Herr Kollege Gebert, die wunderbare Wandlung.

Für alles was schlecht ist in diesem Land und was 30 Jahre lang versäumt wurde ist jetzt die FPÖ oder auch die ÖVP zuständig. Nur, wenn die B 301 dann wirklich, wenn der Spatenstich wirklich gemacht wird, dann sind plötzlich die SPÖ-Bürgermeister, die fleißigen, im Bezirk Wien-Umgebung zuständig. Welch' wunderbare Wandlung. Es ist wirklich ein politischer Alzheimer, den ihr habt, kollektiv die gesamte Fraktion der Sozialdemokraten. Ihr vergesst nämlich, dass ihr 30 Jahre die Verantwortung getragen habt! (*Beifall bei der FPÖ. – Unruhe bei der SPÖ.*)

Ihr vergesst, dass ihr 30 Jahre keine Maßnahmen ergriffen habt. Und ihr vergesst dass ihr 30 Jahre lang alles vergessen und alles verbockt habt was hier in diesem Land Verkehrspolitik bedeutet.

Gehen wir her und schauen uns die Südregion einmal an, die du richtigerweise genannt hast. Was habt ihr gemacht etwa bei der Umfahrung Wien? Jetzt wird der Spatenstich gemacht. Ob es in Osteuropa ist, in Zagreb, ob es in Westeuropa ist, in München, ob es in Südeuropa ist, in Mailand: Alle großen Städte Europas haben eine Umfahrung. In Wien hat man alles schnurstracks hineingeleitet und hat jetzt das Chaos da drinnen. 160.000 Verkehrsbewegungen auf der Südautobahn, auf der A2, alleine pro Tag, 40 Prozent Steigerung sind für die nächsten 15 Jahre prognostiziert. Wie soll das bewältigt werden? Fragt einmal euren Genossen Häupl, welche Konzepte er hat! Die gibt es nicht! Genau dasselbe mit den Eisenbahnverbindungen. Versuch' einmal von Linz nach Graz zu fahren. Das ist eine Tortur! Hast etwa noch Gepäck dabei. Wien-West aussteigen, dann irgendwo in die Tramway sich hineinzwängen mit den Koffern, dann wieder schauen dass man sich nicht verfährt, nachher mit dem Taxi noch ein Stück zurückfahren. Dann steigen wir am Südbahnhof wieder ein und nach 6 Stunden oder nach 8 Stunden sind wir dann in Graz. Das sind alles verbockte Infrastrukturmaßnahmen, die es nirgendwo anders in Europa gibt, nur in Österreich, wo ihr die Minister gestellt habt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wo ihr die Regierungschefs gestellt habt, wo ihr die Finanzminister gestellt habt. Nämlich zu einem Zeitpunkt wo nicht ein Schilling Schulden da war. Ihr habt jetzt weit mehr als 2.000 Milliarden Schilling Schulden gemacht. Und jetzt stellt ihr euch heraus und sagt, wir brauchen da neue Pakete, dort ein paar Milliarden und da 10 Milliarden und da 30 Milliarden. Und das liegende Geld für den Tunnel, das sollte man endlich verwenden. Ja wo liegt denn das Geld? Ihr habt ja außer Schulden nichts hinterlassen! Und das ist die Realität, die ihr in diesem Land geschaffen habt. (*Beifall bei der FPÖ.*) Das Diktat der leeren Kassen. Und wer hat euch gehindert? 1989 ist der Eiserne Vorhang im Osten geknackt worden. Gemeinsam sind sie dort gestanden. Der Herr Martonyi, glaube ich, hat er damals geheißt, in Ungarn, und der Herr Mock haben aufgeschnitten. Ihr habt den Bundeskanzler gestellt. Ihr habt den Verkehrsminister damals gestellt, ihr habt den Finanzminister gestellt. Wo haben die bis zum Jahr 1999 die Konzepte auf den Tisch gelegt? Ein Jahrzehnt habt ihr Zeit gehabt. Jetzt verlangt ihr von den freiheitlichen Ministern dass sie in drei Wochen alles fix fertig haben. Dass sie trotz eurer Schuldenpolitik das Geld auf den Tisch legen und dass der Baubeginn überall stattfindet. Ihr habt 30 Jahre lang nichts gemacht! Ihr habt 10 Jahre lang gewusst, dass die EU-Ostöffnung mit all ihren Folgen eintreten wird. Ihr habt den Beitritt Österreichs selbst ausverhandelt, ihr forciert den Beitritt der Oststaaten. Aber für den Verkehr und für die Lösung der Verkehrsprobleme im Land habt ihr überhaupt nichts gemacht. Das ist die Realität vor der wir jetzt stehen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Eine Realität, und da gebe ich schon Recht, dass der Landesverkehrsreferent, der wieder einmal durch Abwesenheit glänzt, natürlich eine Mitverantwortung hat. Natürlich hat er die Entwicklung, obwohl er fast ein Jahrzehnt jetzt schon zuständig ist, für diesen Bereich im Land mitverschlafen der Herr Landeshauptmann Dr. Pröll. Überhaupt keine Frage. Stimmt schon, da gebe ich Ihnen Recht. Aber man kann eben in 18 Monaten - 24 Monate sind es in der Zwischenzeit - nicht all jenes, was 30 Jahre lang verbockt, nicht gemacht oder verbrochen wurde, wieder ins Lot bringen und alles in Ordnung bringen. Und deshalb, bleiben wir bei der B 301, einmal komm' ich noch zu dir zurück, mein lieber Kollege aus dem südlichen Bereich von Wien, kann es ganz einfach nicht so sein, dass für die ganzen Fehler und Fehlleistungen, die ihr eingebracht habt, dass dafür die jetzige Regierung zuständig ist. Und wenn dann die Ministerin jahrzehntelange Verhandlungen in die Zielgerade führt beispielsweise, dass ihr dann nichts damit zu tun habt.

Und ich sehe das genauso, der Kollege Pietsch weiß das zum Beispiel auch, bei der Umfahrung von Wr. Neustadt bis Oeynhausen. Jeder der hier oft schon Jahrzehnte im Landtag sitzenden Kollegen hätten die Chance gehabt, hier endlich einen Antrag einzubringen. Kollege Kautz, warum ist es nicht passiert? Wenn ich die Neunkirchnerfrage, wie schnell Sie nach Wien kommen. Wie schnell Sie die Anbindung haben in die Zentren. Wie schnell Sie zum Arbeitsplatz kommen. Wie schnell man Wr. Neustadt umfahren kann. Hunderte Neunkirchner, Tausende aus dem Bezirk Neunkirchen arbeiten in Wr. Neustadt. Nichts habt ihr gemacht! Priorität 1b ist euch nicht einmal aufgefallen dass drinnen gestanden ist. Die Freiheitlichen waren es, die es beantragt haben. Die Freiheitlichen sind es, die jetzt ein Konzept vorlegen. Und die Freiheitlichen sind es die nach 30 Jahren Stillschweigen in der Südregion hier endlich Bewegung hineinbringen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nicht anders schaut es aus mit der Nordautobahn. Nicht anders schaut's aus mit der Nordautobahn. Wenige Wochen vor der letzten Landtagswahl stellt in Wirklichkeit der Landeshauptmann die Bauarbeiten ein. Die Mehrheitsfraktion im Hause kann uns heute noch erklären warum das so gewesen ist. Die Minderheitsfraktion oder das Beiwagerl der ÖVP, die SPÖ Niederösterreich, könnte uns einmal erklären, warum ihr von 1990 bis 1991 nichts gemacht habt in dem Bereich. Wir haben gewusst, dass die Brünner Straße „übergeht“. Wir haben gewusst, dass die Ostöffnung plus 400 Prozent und mehr bringen wird und dass die Brünner Straße das nicht fassen kann. Dass die Orte und die Bevölkerung das nicht aushalten können. Und nichts ist passiert! *(Abg. Gebert: Da ist der Dr. Bauer von Gemeinde zu Gemeinde gegangen!)*

Die fehlende Infrastruktur ist auch hier auf euch zurückzuführen. Von der Westautobahn und den Zuständen auf der Westautobahn, diesen ostblockmäßigen Zuständen und dieser totalen Überfüllung Tag für Tag, die wir miterleben wenn wir nach St. Pölten fahren, will ich gar nicht sprechen. Es ist ganz einfach ein schlimmer Zustand, den ihr verursacht habt und wo ihr jetzt Kindesweglegung betreibt im wahrsten Sinne des Wortes. Die die zuständig sind, müssen jetzt all jene Maßnahmen sanieren, die ihr im Lande jahre- und jahrzehntelang versäumt habt.

Richtig wäre es dass man hergeht und sagt, jawohl, setzen wir uns endlich einmal zusammen. Über die Parteigrenzen hinweg. Und es wäre auch an der Zeit, dass der Landesverkehrsreferent sich den Herrn Häupl einmal ins Land holt, was er erst gemacht hat vor wenigen Wochen, sich den Herrn

Niessl holt und sagt, Freunde, so wie bisher machen wir keine Verkehrspolitik mehr. Aber er hat ihnen lieber Orden umgehängt statt dass er sie einmal ordentlich herangenommen hätte. Und gesagt hätte, Freunde, wir müssen endlich Wien umfahren. Wir müssen auf früher oder später den Gordischen Knoten Eisenbahn *(Beifall bei der FPÖ)*, der über Niederösterreich hängt, zerschlagen und der Infrastruktur in diesem Land dementsprechend auf die Sprünge helfen. All das passiert jetzt, um Ihnen zum Abschluss das noch zu erklären, im Ministerium der Frau Minister Forstinger. Wo man nach und nach die Projekte reiht, wo man die sanften und sehr, sehr wenigen vorhandenen Mittel schaut, so gut als möglich einzusetzen. Und nach ihrer Politik, die genügend Schaden in diesem Land angerichtet hat, langsam aber sicher es erstmals auch zu Lösungen bringt. Denn Sie waren nicht in der Lage drei Jahrzehnte lang Lösungen zu liefern. Sie haben hervorragende Budgets gehabt als Sie gekommen sind. Sie haben ein sehr schlechtes Budget, ein überschuldetes Budget hinterlassen.

Die Arbeit liegt also bei den Freiheitlichen, da haben Sie Recht. Wir werden Ihnen beweisen, wir haben ja Zeit genug von der Bevölkerung bekommen, eine Periode haben wir bereits, wo wir drinnen sitzen, dass wir eine bessere Politik als Sie im Lande leisten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Präsident Schabl.

Abg. Präs. Schabl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Bevor ich zu einem eigentlichen Thema komme, möchte ich für meine Fraktion noch eines festhalten: Der Herr Präsident hat heute bei der Eröffnung der Herbstsession unseres Landtages auch festgehalten, was können wir als Abgeordnete beitragen, dass man natürlich in der Sache harte Auseinandersetzungen führt, was auch wichtig ist in der Demokratie, aber persönliche Verunglimpfungen, Verunglimpfungen von Parteien und Unterstellungen unterlässt. Und das ist auch ein wichtiger Beitrag zur Weiterentwicklung der Demokratie. Wenn seitens der F-Abgeordneten hier gesprochen wird von Verbrechen ... *(Abg. Waldhäusl: FPÖ!)* ... dann darf ich darauf verweisen, dass wir das auf Schärfste zurückweisen. Verbrechen ist ein Tatbestand, der geahndet wird. Und ich darf eines sagen: In der Zweiten Republik wurden für Verbrechen strafrechtlich verurteilt höchste Mandatäre der FPÖ. *(Beifall bei der SPÖ.)* Die sind rechtskräftig verurteilt worden letzte Woche. Das darf ich feststellen,

wenn Sie hier von Moral sprechen. *(Abg. Waldhäusl: Bundeskanzler Sinowatz!)*

Aber ich meine, sehr geehrte Damen und Herren, wenn auch ein junger Abgeordneter der F hier sagt, es muss deutsch gesprochen werden, sehr geehrte Damen und Herren und wir gerade in einer so sensiblen Zeit auch wissen, dass viele hier, die meisten auch englisch sprechen oder französisch sprechen, aber auch unseren Mitbürgern, die türkisch oder jugoslawisch sprechen, versuchen, einen integrativen Zugang zu schaffen, so ist der NÖ Landtag immer für Integration und nie für Ausgrenzung gestanden. Und ich meine, dass es wichtig ist, das möchte ich eingangs sagen, dass hier doch ein Niveau geherrscht hat in diesem Haus, das wirklich nicht mit einem Biertisch zu verwechseln war. Und ich hoffe, dass man sich auch zukünftig als Abgeordneter an diese Grundsätze hält. In Sachen der Mahnung, die der Herr Präsident eingangs ausgesprochen hat, glaube ich, sind wir das unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig. Aber wir lassen uns als Sozialdemokraten nicht von Ihnen verunglimpfen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Natürlich, der Wahltag in St. Pölten steht bevor. Und da wird natürlich versucht, aus allen Rohren zu schießen und die Hauptstadt als solches auch schuldig werden zu lassen. Und wie das passiert merkt man auch, daran, dass dem Herrn Bürgermeister unterstellt wurde, er hätte da Rechnungen über die Stadt bezahlt. Die Frau Landesparteisekretärin hat ihn hier anzuschwärzen versucht. Das ist mit einer gerichtlichen Verfügung entsprechend zurückgewiesen worden. Und, sehr geehrte Damen und Herren, das ist eine Art und Weise ... Ich weiß schon, dass ihr „Knieflattern“ habt vor Willi Gruber. Und es wird auch nichts nützen, weil Willi Gruber eine gute Politik gemacht hat. Und ich darf auch zur Sache noch sagen: Städte wie Salzburg, Innsbruck, Graz, Linz und Bregenz, also alle Landeshauptstädte haben hier anscheinend dasselbe Problem gehabt. Und St. Pölten hat man nicht unbedingt bevorteilt. Wenn ich denke an die Frage der Baurechtsaktion, wenn ich mir den Hauptbahnhof anschau. Wenn ich mir überhaupt die Infrastruktur anschau, die rein die Stadt St. Pölten als solche getragen hat und nicht sehr viel Unterstützung hier gehabt hat, dann muss man sagen, dass sich diese Stadt in Anbetracht des Städtevergleiches in Österreich sehr gut entwickelt hat. *(LR Mag. Sobotka: In keine Stadt hat das Land so viel investiert wie in St. Pölten!)*

Selbstverständlich, Herr Landesrat. Wenn ich mir aber auch den Verschuldungsgrad der Gemeinden anschau, wo das meiste Minus zu verzeichnen

war, dann waren das in erster Linie ÖVP-Gemeinden. Aber nicht weil so schlecht gewirtschaftet wurde in den meisten Fällen, sondern weil es natürlich ein Strukturproblem gibt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich komme jetzt zu meinem eigentlichen Thema, der Frage der Weiterentwicklung. Wie geht das mit den Postämtern in unserem Land Niederösterreich weiter? Es hat den Anschein, dass die Post AG auf Grund der politischen Rahmenbedingungen, so wird kolportiert ... Es war interessant, in der Diskussion zu hören, das wird nicht zugesperrt und das wird zugesperrt. Angeblich gibt es ja noch keine Pläne welche Postämter tatsächlich bleiben und welche nicht bleiben. Jedenfalls sollen es 712 Postämter in Österreich sein und davon rund 220 bis 270 in Niederösterreich. Wie gesagt, angeblich gibt es noch keine Zahlen. Vielleicht weiß sie jemand, wir wissen sie nicht. Ich darf dazu aber verweisen auf einen Vergleich. Der Österreichischen Post AG wurden an Sonderdividende vom Ministerium 4.600 Millionen abgenommen. 4,6 Milliarden, sehr geehrte Damen und Herren, hat die Post an Sonderdividende abliefern müssen. Man erwartet sich durch die Postämerschließung eine Einsparung von 300 Millionen Schilling im Jahr. Das würde bedeuten, wenn ich das umrechne, das ist natürlich nicht ganz zulässig, aber wenn ich es umrechne, rund 15 Jahre lang könnten wir das Postnetz, so wie jetzt das Filialnetz, dementsprechend aufrecht erhalten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Was heißt das für Niederösterreich? Für Niederösterreich heißt das, dass es weiterhin einen Einschnitt für jene Gemeinden gibt, die sowieso ein Problem haben. Weil diese Wirtschaftlichkeitsanalyse, die hier besteht heißt meistens, da war auch damals der Gendarmerieposten weg, jetzt kommt das Postamt weg. Das Postamt hat auch einen hohen Identifikationsgrad in der Bevölkerung. Die Kinder lernen schon in der Schule, aus was besteht eine Gemeinde? Gendarmerieposten, Post, Kaufhaus, Schule, und, und, und. In wesentlichen Bereichen fehlen zwei entsprechende Elemente um zu sagen ... *(Abg. Präs. Ing. Penz: Die Kirche!)* Die Kirche, selbstverständlich, Herr Präsident, darauf hab ich gewartet dass du mir das sagst.

Und ich darf auch mitteilen, das geht jetzt partiübergreifend, viele ÖVP-Bürgermeister sagen, das dürft ihr nicht zulassen. Ich bekomme Briefe von Bürgermeistern, die sagen, wir sind eh schon so ausgedünnt, jetzt nehmt ihr uns die Post auch noch weg. Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man jetzt mit Lösungen kommt, die natürlich angedacht werden, das weiß ich, man gibt das den Nahversorgern und fängt damit zwei Fliegen mit einem

Schlag, wir sichern die Nahversorgung und auf der anderen Seite stellen wir die Postversorgung dementsprechend sicher, so wissen wir, dass ein Privater ja vom Konkurs jederzeit betroffen werden kann bzw. er schließt ohne ersichtlichen Gründen. Dann haben wir wieder nichts!

Und auf der zweiten Seite, sehr geehrte Damen und Herren, gibt es eine ganz wichtige Sphäre, nämlich die Privatsphäre dessen der auf die Post geht. Wenn er Geldgeschäfte erledigt, wenn er einen Brief aufgibt. Und wir wissen ja, dass die „Postler“ einer besonderen Verschwiegenheitspflicht unterliegen. Das darf auch nicht vergessen werden! Das ist nicht ein normales Geschäft wie man halt einen Apfel, eine Banane oder sonst was kauft.

Und wenn ich mir anschauere dass es diese Struktur der sogenannten „Postpartner“ ja in den Fünfzigerjahren gab, und wir stolz waren, als wir Postämter eröffnen konnten, so habe ich mir das in den Geschichtsbüchern angeschaut. Und heute ist das Zurück in die Vergangenheit ein Zukunftskonzept? Wenn ich auf der anderen Seite ja die Möglichkeit hätte, wenn ich der Post das Geld lasse, dann denke ich, dass da sehr viel politisches Kalkül dahinter steckt. Nicht nur weil die Post zufällig „rot“ ist in vielen Bereichen, wie manche meinen - nicht alle, wie manche meinen - sondern, sehr geehrte Damen und Herren, im Wesentlichen geht es darum, wenn nur mehr auf Cash kalkuliert wird, dass gerade niederösterreichische Regionen verlieren. Und das muss ich den ÖVP-Kollegen - ich weiß nicht, ihr werdet es doch wissen -, sagen, es sind hauptsächlich eure Gemeinden, die hier benachteiligt werden. Und das, was man ihnen jetzt verkaufen will das ist euer Problem dann ob ihr glaubhaft seid oder nicht.

Faktum ist, dass es darum geht, dass das Land Niederösterreich Schaden erleidet. Und dass wir gemeinsam nicht zulassen dürfen, dass hier eine Politik gemacht wird, die gegen die Interessen der Regionen Niederösterreichs geht. Darum, sehr geehrte Damen und Herren ist alles zu unternehmen, dass die Postämter in ihrem Bestand gesichert werden. Und dass endlich wieder politische Rahmenbedingungen geschaffen werden, wo wieder investiert wird. Und die Frage, die hier natürlich von der F aufgeworfen wird - was anderes hab ich ja nicht gehört seitdem ich da bin -, die Schuldenpolitik der SPÖ. Sie wissen immer noch nicht was Schulden sind und was Investitionen sind! In diesem Sinne, sehr geehrte Damen und Herren, müssen wir gemeinsam versuchen oder uns gemeinsam bemühen, die Strukturen für die Bürgerinnen

und Bürger aufrecht zu erhalten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Ing. Hofbauer.

Abg. Ing. Hofbauer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wie wir heute von diesem Rednerpult schon mehrfach gehört haben, bin ich nicht der einzige der sich darüber gewundert hat, dass die SPÖ-Fraktion hier im NÖ Landtag eine Aktuelle Stunde verlangt zum Thema „Öffentliche Infrastruktur in den Regionen Niederösterreichs“. Ich darf ernsthaft fragen, meine sehr geehrten Damen und Herren von den Sozialdemokraten, wo waren Sie in den letzten 30 Jahren in Ihrer Regierungsverantwortung? *(Unruhe bei der SPÖ.)* Und welche Leistungen haben sie erbracht um die Infrastruktur in den Regionen und Grenzgebieten auszubauen?

Wo waren die sozialistischen Bundeskanzler als es darum gegangen ist, die Grenzregionen entsprechend zu fördern? Ich erinnere mich noch an das Wort des Bundeskanzlers Kreisky, der gesagt hat, Niederösterreich wird vom Gürtel des Wohlstandes umfasst werden. Der Wohlstandsgürtel in unseren Regionen ist teilweise heute gekommen. Aber nicht durch Bundeskanzler Kreisky, sondern durch die Aktivitäten des Landes Niederösterreich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wo waren die sozialistischen Verkehrsminister als es darum gegangen ist, die Bahnlinien und die Straßen in unserem Bundesland auszubauen? *(Heftige Unruhe bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Am Wort ist Herr Abgeordneter Ing. Hofbauer! Und die anderen bitte ich zuzuhören.

Abg. Ing. Hofbauer (ÖVP): Ich erinnere mich an Ihren sozialistischen Bautenminister, der das Bundesstraßenverkehrskonzept so abgeändert hat dass Autobahnen, die bereits fertig geplant waren, wieder zurückgewidmet wurden. Und aus diesen Regionen wieder Bauland gemacht wurde. Und heute bemühen wir uns in diesen Regionen wieder, die Autobahnen zu errichten. Bitte keine Kindesweglegung in der ganzen Geschichte der sozialdemokratischen Verantwortung! Wo waren die sozialistischen Genossenschaftsmitglieder als der Konsum in Konkurs gegangen ist? Und damit die Nahversorgung in weiten Bereichen in Niederösterreich verloren gegangen ist? *(Unruhe bei der SPÖ. – Abg. Sacher: Was ist mit euren Molkereien passiert?)*

Die Milchversorgung funktioniert heute noch bestens. Ihr könnt euch das anschauen: Die Nahversorgung bei den Milchprodukten erfolgt österreichweit heute noch mit Frischmilchprodukten bestens. Das war nie in sozialistischer Verantwortung, daher funktioniert dieses System auch heute noch. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber ich will aktueller werden, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben hier die Veränderungen bei der Post kritisiert. Wer steht vorne an der Spitze bei der Österreichischen Post AG? Der Sozialdemokraten zuzuordnende Generaldirektor Wais. Er hat das Strukturveränderungskonzept der Post eingebracht. Und wer hat hier mitgestimmt im Aufsichtsrat? Es waren die sozialistischen Gewerkschafter! *(Abg. Präs. Schabl: Stimmt nicht! Das ist eine Lüge! Aufsichtsratsprotokoll!)* Inzwischen wissen wir, warum sie zugestimmt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sich heute hier her zu stellen und zu behaupten, das wäre eine Aufgabe der Bundesregierung, die Poststruktur zu verändern ... Dann müssen Sie in Ihren Kreisen suchen wo die Konzepte hergekommen sind und wer hier zugestimmt hat. Ich finde es wirklich demagogisch, wenn man selbst in vielen Bereichen der Verantwortung mit eingebunden ist als Sozialdemokratische Partei, sich dann hier her zu stellen und zu behaupten, dass die Infrastruktur in Niederösterreich verbessert werden soll. Die Verantwortung der ÖVP-Politiker in Bund und Land ist eine andere. Wir wissen, dass wir eine zukunftsweisende, bürgernahe, menschliche Politik brauchen, dass wir die Bedürfnisse der Bevölkerung erfüllen müssen. Dafür stehen wir auf Bundes- und Landesebene. Ich will dies am Beispiel der Verkehrsinfrastruktur in Niederösterreich auch noch erläutern.

Wir haben 1997 unser Landesverkehrskonzept umgearbeitet, haben die notwendigen Bedürfnisse durch die Grenzveränderungen, die Osterweiterung, die bevorstehende, mit eingebracht. Das Landesverkehrskonzept wird laufend ergänzt, Herr Kollege Gebert, Sie wissen das ganz genau. Unser Landesverkehrsreferent Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll erfüllt seine Aufgabe als Verkehrsreferent hervorragend. Er bemüht sich auch, auch wenn es die vielen Unkenrufe aus dem Bereich der sozialistischen Fraktion gibt, nicht nur hier herinnen, auch in den Medien ständig. Es ist niemand anderem als unserem Landeshauptmann zu danken, dass das 15-Milliarden-Paket zum Ausbau der Verkehrswege Richtung Norden umgesetzt wird. *(Abg. Muzik: Wann kommt das? Das habe ich schon vor 1998 gehört! Jetzt haben wir 2001!)*

Auch wenn Sie heute hier Gegenteiliges behaupten und alle Möglichkeiten aufbauen um Straßen zu verhindern: Die B 301 wird kommen. Es wird auch im heurigen Herbst oder im Frühjahr nächsten Jahres einen Generalverkehrsplan geben, meine sehr geehrten Damen und Herren! Endlich! Wir erinnern uns noch an die Diskussion um Thema des Masterplans, in welchem man auf den Straßenausbau zur Gänze vergessen hat. Wir werden diesen Generalverkehrsplan als Grundlage für die längere Perspektive im Straßenausbau nutzen. Dass vieles bereits geschehen ist, oder auch sehr konkret bevorsteht, will ich nur an einigen Beispielen bringen. wenn ich an den Ausbau der Schnellbahn bis Laa a.d. Thaya denke, wenn ich an den viergleisigen Ausbau der Westbahn denke oder an den Viertelstundentakt Richtung Wien-Flughafen. Auf niederösterreichischer Seite ist dieser Ausbau praktisch fertig. Ich würde den Freunden der sozialdemokratischen Partei empfehlen, vielleicht bei ihren Wiener Parteikollegen etwas Druck dahinter zu setzen, dass der Viertelstundentakt bis zum Flughafen endlich auch fertig wird. Wir haben bereits erreicht den siebeneinhalb Minuten Takt auf der Badner Bahn Richtung Wien. Wir haben 240 Doppelstockwaggons eingesetzt um unseren Pendlern eine rasche und günstige Möglichkeit zu geben zu ihren Arbeitsplätzen zu kommen. Und wir haben 25.000 Park and ride-Plätze in Niederösterreich geschaffen um sehr günstige Möglichkeiten zu bieten zum Bahnhof zu kommen und von dort weiter zu fahren zum Arbeitsplatz. Jährlich vermehren wir die Park and ride-Plätze um 2.000. Eine beachtliche Zahl!

Ich habe heute in der Früh erst einen Bekannten getroffen, der von Lilienfeld nach Wien fährt. Seit die schnelle Verbindung Lilienfeld - St. Pölten - Krems eingerichtet ist, erspart er sich täglich 26 Minuten Fahrzeit. Das sind für den einen vielleicht 26 Minuten täglich. Aber wenn ich diese eine Strecke ein ganzes Leben lang bewältigen muss ist das eine gewaltige Ersparnis.

Beim Straßenausbau möchte ich nur kurz einige ganz wichtige Schwerpunkte nennen. Der dreispurige Ausbau der Westautobahn, der vierspurige Ausbau der Südautobahn. Die Südumfahrung von Wien, davon habe ich gesprochen, die Brücke bei Traismauer, die B 304 Stockerau-Krems oder auch die Weinviertel Schnellstraße B 303, die Spange Kittsee oder auch der Ausbau der Strecke Krems-Zwettl. Wir sind in allen Regionen tätig! *(Unruhe bei der SPÖ.)* Meine Herren! Sie brauchen nur mit dem Auto durch die Regionen zu fahren und schauen wie viele Baustellen es gibt, wo das tatsächlich umgesetzt wird. Wo investiert wird. Ein Betrag im letzten

Jahr von 5,5 Milliarden Schilling. Erfreulich, dass es in Niederösterreich eine so intensive Bautätigkeit in dem Bereich gibt.

Einen Punkt zur Infrastruktur möchte ich auch noch anbringen. Ich erinnere mich an die sehr heftige Kritik hier herinnen als es um die Wieselbusse gegangen ist. Eine optimale Verbindung von allen Landesteilen zu unserer Landeshauptstadt. Seit es Wieselbusse gibt ist es möglich dass ein Dienstnehmer aus Gmünd Tagespendler nach St. Pölten wird. 600.000 Fahrgäste benützen jährlich den Wiesel-Bus! Wir ersparen uns damit 38 Millionen Kilometer mit den einzelnen Kraftfahrzeugen. Das sind Leistungen, die von Niederösterreich erbracht wurden. Wir brauchen uns dessen nicht zu schämen, was im Bereich der Infrastruktur in den letzten Jahren geschehen ist. Der Ausbau der Infrastruktur belebt die Wirtschaft, aktuell mit den Baumaßnahmen, aber nachhaltig auch damit, dass wir den Wirtschaftsstandort Niederösterreich festigen. Und damit unser Bundesland unterstützen auf dem Weg zu den Top ten-Regionen Europas.

Wir werden bei allen Strukturverbesserungen, -veränderungen aber nicht vergessen dass in unseren Regionen Menschen leben die diese Infrastruktur brauchen. Und daher wird es bei aller Veränderung, wenn es etwa um Gendarmerieposten gegangen ist, keine Schlechterstellung im Faktor Sicherheit geben. Wenn ein Postamt geschlossen wird, wird durch den Briefträger oder durch eine andere Organisation die Versorgung unserer Bevölkerung so gewährleistet und auch verbessert werden, dass hier keinerlei Verschlechterung eintritt. Wir werden nicht zulassen, dass in den Regionen Niederösterreichs eine Verschlechterung eintritt, sondern wir werden als ÖVP-Fraktion dafür sorgen, dass sich die Menschen in Niederösterreich in Zukunft wohl fühlen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gelangt Herr Präsident Schabl zur tatsächlichen Berichterstattung.

Abg. Präs. Schabl (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Es wurde hier behauptet, dass die Personalvertretung der Post dem Schließungskonzept in der Aufsichtsratssitzung zugestimmt hätte. Das ist unrichtig! Das Schließungskonzept wurde von Seiten der Personalvertretung abgelehnt mit dem Hinweis dass die Berechnungen als solches nicht schlüssig wären. Und die Behauptung, die hier gemacht wurde, dass das im Zusammenhang mit dieser Solderhöhung steht, stelle ich hier als unrichtig dar da es diesen Beschluss mit der Personalvertretung nicht gegeben hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Somit erkläre ich die Aktuelle Stunde zum Thema „Die Bedeutung der öffentlichen Infrastruktur für die Regionen Niederösterreichs“, Ltg. 822/A-8/28, für beendet.

Zu den nächsten Tagesordnungspunkten: Ich beabsichtige, die Geschäftsstücke Ltg. 804/B-13/3 und Ltg. 805/B-8/3 wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln. Berichterstattung und Abstimmung werden jedoch getrennt erfolgen. Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall. Ich ersuche Frau Abgeordnete Roth, zum Geschäftsstück Ltg. 804/B-13/3, und anschließend sofort Herrn Abgeordneten Friewald, zum Geschäftsstück Ltg. 805/B-8/3 zu berichten.

Berichterstatterin Abg. Roth (ÖVP): Hoher Landtag! Ich berichte über den NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds - Jahresbericht 2000.

Die Kuratoriumsmitglieder haben in der Sitzung am 18. Juni 2001 den Bericht an den Landtag und den Rechnungsabschluss 2000 zustimmend zur Kenntnis genommen. In der Sitzung vom 6. Dezember 1995 hat der Landtag beschlossen, dass auch die NÖ Werbung GesmbH einen jährlichen Bericht zu erstatten hat. Es wurde daher vom NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds als auch von der NÖ Werbung GesmbH in einem berichtet und dadurch diese Landtagsresolution erfüllt.

Mit Landtagsbeschluss vom 7. Juni 1996 wurde festgelegt, dass die jährlichen Rechnungsabschlüsse und Bilanzen der im Bereich des Landes bestehenden Fonds vor der Vorlage an den NÖ Landtag von beeideten Wirtschaftsprüfern auf ihre Richtigkeit zu prüfen sind. Die NÖ Wirtschaftsprüfungs- und SteuerberatungsgesmbH wurde beauftragt, den Rechnungsabschluss 2000, insbesondere die Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung hinsichtlich der materiellen und formellen Richtigkeit zu prüfen. Das Prüfungsergebnis des nunmehr vorliegenden Prüfungsberichtes lautet, dass das Rechnungswesen und der daraus entwickelte Rechnungsabschluss den gesetzlichen Vorschriften über die Aufzeichnungspflichten des Fonds entsprechen. Es wurden keine Tatsachen, die Verstöße der Geschäftsführung gegen Gesetze oder Geschäftsordnung erkennen lassen, festgestellt. Der Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses lautet daher *(liest:)*

(Dritter Präsident Ing. Penz übernimmt den Vorsitz.)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Tourismusbericht 2000 (Jahresbericht des NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds und der Niederösterreich Werbung GmbH) samt Rechnungsabschluss und Bilanz sowie der Prüfungsbericht der NÖ Wirtschaftsprüfungs- und SteuerberatungsgesmbH Nachf. KG werden zur Kenntnis genommen.“

Ich bitte Sie, die Debatte durchzuführen und die Abstimmung einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Friewald (ÖVP): Hoher Landtag! Ich berichte namens des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über den NÖ Wirtschaftsförderungsfonds- und Strukturverbesserungsfonds – Jahresbericht 2000.

Der Landtag von Niederösterreich hat am 4. Oktober 1984 das Gesetz über den NÖ Wirtschaftsförderungsfonds- und Strukturverbesserungsfonds beschlossen. Die Aufgabe des Fonds besteht in der Durchführung aller Maßnahmen, die der Förderung der gewerblichen Wirtschaft mit Ausnahme des Tourismus in Niederösterreich dienen.

Gemäß § 10 des Gesetzes über den NÖ Wirtschaftsförderungsfonds- und Strukturverbesserungsfonds hat die NÖ Landesregierung über die Gebahrung des Fonds sowie über dessen Tätigkeit dem Landtag zu berichten. Auf Grund § 8 des Gesetzes über den Fonds hat das Kuratorium den Bericht an den Landtag inklusive Rechnungsabschluss zu beraten. In der Sitzung vom 18. Juni 2001 hat das Kuratorium den Bericht an den Landtag und den Rechnungsabschluss 2000 genehmigt. Durch Landtagsbeschluss vom 10. Juni 1990 wurde festgelegt, dass die jährlichen Rechnungsabschlüsse und Bilanzen von im Bereich des Landes bestehenden Fonds vor der Vorlage an den Landtag von beeideten Wirtschaftsprüfern auf ihre Richtigkeit zu prüfen sind.

Die Wirtschaftsprüfungs- und SteuerberatungsgesmbH Nachf. KEG wurde beauftragt, den Rechnungsabschluss 2000, insbesondere die Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung hinsichtlich der materiellen und formellen Richtigkeit zu prüfen. Die Prüfung ergab, dass das Rechnungswesen und der daraus entwickelte Rechnungsabschluss den gesetzlichen Vorschriften über die Aufzeichnungspflichten des Fonds entsprechen. Tatsachen, die Verstöße der Geschäftsführung gegen Gesetz oder Geschäftsordnung erkennen lassen, wurden nicht festgestellt. Der Fonds hat im Berichtsjahr 2000

einen Abgang vom Stammvermögen in der Höhe von 56 Millionen Schilling zu verzeichnen. Die Begründung dafür liegt einerseits in den Rückgängen im Bereich der Zinserträge in der Höhe von 23 Millionen Schilling und in der Reduzierung der Erträge aus EU-Kofinanzierungen um 19 Millionen Schilling. Andererseits stiegen die Aufwendungen aus den Zinszuschussaktionen um zirka 20 Millionen Schilling. Ebenso erhöhten sich die Ausschüttungen aus Zuschüssen um 40 Millionen Schilling. Das Nettovermögen beträgt zum Ende des Berichtszeitraumes 779 Millionen Schilling.

Folgende Beilagen wurden angeschlossen: Der Bericht über die Tätigkeit des Fonds aus dem Jahr 2000, der Rechnungsabschluss aus dem Jahr 2000 und der Bericht der Wirtschaftsprüfungs- und SteuerberatungsgesmbH. Ich darf daher namens des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses folgenden Antrag stellen (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht und der Rechnungsabschluss des NÖ Wirtschaftsförderungsfonds- und Strukturverbesserungsfonds für das Jahr 2000 einschließlich des Prüfberichtes der NÖ Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft m.b.H Nachf. KEG werden zur Kenntnis genommen.“

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Keusch.

Abg. Keusch (SPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

In Kurzform aus sozialdemokratischer Sicht einige grundsätzliche Anmerkungen zur NÖ Tourismuspolitik, wobei ich weniger auf die Details, die im Bericht nachzulesen sind, eingehen möchte, sondern vielleicht etwas detaillierter und laut über die Zukunftsperspektiven des NÖ Tourismus nachdenken möchte.

Und ich konzidiere gerne dass man seitens der Tourismusabteilung versucht hat, diese schon mehr als 10 Jahre dauernde Berg- und Talfahrt des NÖ Tourismus zu stoppen und einen Aufwärtstrend zu erzielen. Landesrat Gabmann hat dem NÖ Tourismus eine Frischzellenkur verordnet. Er hat neue Leute in die Abteilung geholt, die wirklich gut sind und engagiert sind. Es wurde das Tourismusgesetz modernisiert, das ja schon sehr überaltet war. Man

hat das Campingplatz-Gesetz novelliert. Wir haben das Tourismus hemmende, würde ich sagen, Privatzimmervermietungsgesetz außer Kraft gesetzt, weil es ja bundesweit anders geregelt ist. Wir haben die Tourismusorganisation reformiert, ein neues Leitbild, das Kursbuch in Kraft gesetzt, die Teilkonzepte, zum Beispiel für Wintersport, für Radwege, für Reiten und zuletzt auch das Bäderkonzept erarbeiten lassen. Die DDSG-Anlegestege wurden erworben, die derzeit in zwei Etappen renoviert werden, und auch im Wintersportbereich wurde in Beschneiungsanlagen investiert was ganz wichtig ist für den Tourismusbereich.

Es wurden die Destinationsmanagements gegründet. Das ist noch nicht ganz über die Bühne, es ist im Laufen. Die Werbetrommel wurde im Vergleich zu früheren Jahren verstärkt gerührt, was in der Tourismusbranche meiner Meinung nach völlig unabdingbar ist. Das ist alles positiv anzumerken. Es wurde vieles auf die Schiene gestellt. Jetzt gilt es natürlich abzuwarten was daraus wird. Es hat nicht alles funktioniert. Das Schilandprojekt zum Beispiel, das muss man zur Kenntnis nehmen, war ein Flop, der –zig Millionen Schilling verschlungen hat.

Insgesamt, würde ich meinen, wie gesagt, vieles auf Schiene, man wird sehen was daraus wird. Aber insgesamt haben alle diese Versuche, das Steuer herumzureißen, wie auch die Statistik beweist, die im Bericht ja nachzulesen ist, leider nicht den gewünschten Erfolg oder noch nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Denn das Tourismusergebnis 2000 ist einfach nicht berauschend. Im Vergleich zum Vorjahr sind sehr wohl die Ankünfte um 2,3 Prozent gestiegen und auch die Übernachtungen um 1,1 Prozent. Wobei die Inlandsgäste dominiert haben. Bei den Auslandsgästen hat es einen Rückgang gegeben. Es kamen weniger und sie blieben kürzer. Der Rückgang beträgt 2,4 Prozent. Und was besonders weh tut ist, dass dieser Rückgang in den für uns so wichtigen Herkunftsländern passiert ist, nämlich aus der Bundesrepublik, aus Belgien, aus den Niederlanden, aus Italien, der Schweiz und auch aus Liechtenstein.

Die einzelnen Landesviertel, kann man auch im Bericht ersehen, haben sich sehr unterschiedlich entwickelt. Während die Region NÖ Süd mit 7,2 Prozent den höchsten Gästezustrom zu verzeichnen hat, gefolgt vom Waldviertel und vom Mostviertel, führt das Weinviertel mit über 10 Prozent die Nächtigungsstatistik an. Wiederum gefolgt vom Waldviertel und vom Mostviertel. Jetzt muss man natürlich dabei berücksichtigen, dass diese Prozentzahlen relativ zu sehen sind, dass die absoluten Zahlen an Nächtigungen doch eine andere

Sprache sprechen. Weil nicht in jedem Viertel die Anzahl der Nächtigungen gleich groß ist, sondern es da große Unterschiede gibt.

Ich möchte in dem Zusammenhang, und darauf kommt's mir an, eine vielsagende Passage aus dem Tourismusbericht 2000 zitieren. Hier heißt es: „Höhere Flexibilität und der Wunsch nach Abwechslung machen die Touristen zu multioptionalen Kunden, die auch nicht ständig dasselbe Zielgebiet ansteuern, obwohl ein hohes Maß an Zufriedenheit gegeben ist. Die heimische Tourismuswirtschaft, lange Zeit vom Nachfrageüberschuss und einem noch viel höheren Stammgästeanteil verwöhnt, war es kaum gewöhnt, aktiv mit vielen Mitbewerbern um neue Kunden zu ringen. Um vorhandene Kapazitäten auszulasten und letztlich mehr Wertschöpfung zu erzielen, ist es daher notwendig, sich mit Kundenwünschen und -motiven verstärkt auseinander zu setzen, attraktive neue Produkte und Angebote zu schaffen sowie das Qualitätsniveau zu verbessern und auch dauerhaft zu gewährleisten. Im touristischen Leitbild für Niederösterreich, dem ‚Kursbuch Tourismus Niederösterreich‘ wurden die Weichen dahingehend bereits gestellt. An der Umsetzung desselben muss auf allen Ebenen konsequent gearbeitet werden. Nur so kann der tägliche Wettbewerb um neue Tourismuskunden zur Selbstverständlichkeit werden.“ Zitatende. Und worauf ich besonders hinaus möchte, ist diese Aussage, dass attraktive neue Produkte und Angebote zu schaffen sind. Ich glaube, hier wäre einiges an Handlungsbedarf gegeben.

Mit dem neuen Kursbuch, meine Damen und Herren, verfügen wir in Niederösterreich tatsächlich über eine moderne Tourismusleitlinie. Wir verfügen auch über ein weit verzweigtes Förderinstrumentarium. Und das Ganze ergibt auf den ersten Blick eine durchaus plausible und bestechende Konzeption. Aber wie überall liegt auch hier der Teufel im Detail. Denn bei der Umsetzung, nämlich bei der Umsetzung über die Tourismuswirtschaft beginnt die Geschichte schon ein wenig schwierig zu werden, ich würde sagen, hapert es schon gewaltig. Denn hier werden die Tourismusbetriebe schon teilweise sich selbst überlassen. Hier fehlt den Betrieben der finanzielle Handlungsspielraum, Projekte zu realisieren, weil Förderungsaktionen mitunter mangels entsprechender Eigenkapitalausstattung nicht in Anspruch genommen werden können. Vor allem wenn es darum geht, touristische Infrastruktur aufzubauen. Und es ist ja völlig klar, kein Betrieb wird Geld in die Hand nehmen und in die Tourismusinfrastruktur investieren wenn er genau weiß, dass sich diese Investition ein Leben lang nicht refinanziert. Hier hat die Politik des Landes anzusetzen, die Installation von Destinati-

onsmanagements alleine die ist zu wenig. Sie ist gut, denn das Destinationsmanagement ist ein reines Marketinginstrument und kann natürlich nur das verkaufen was erstens einmal schon existiert, was vorhanden ist und zweitens was wettbewerbsfähig ist, wie wir auch im Bericht nachlesen können auf Grund der Gästenumfrage.

Ich glaube daher, dass der Niederösterreich-Tourismus ein neues Entwicklungspotenzial braucht, wie das auch in der Gästebefragung Österreich 2000 deutlich zum Ausdruck kommt. Dazu bedarf es aber eines professionellen Instrumentariums, nämlich meiner Meinung nach einer „Tourismus-ECO-PLUS“. Nämlich ein Pendant zu dem was wir in Niederösterreich in Form dieser sehr erfolgreichen Betriebsansiedlungsgesellschaft ECO-PLUS haben für die übrige Wirtschaft. Wir haben es nur nicht für den Tourismus und hier liegt meiner Meinung nach das Problem, nämlich die „Tourismus-ECO-PLUS“, die diese Aufgabe wahrnimmt. Nämlich, die vielfältigen natürlichen Tourismusressourcen zu nützen, daraus Projekte zu entwickeln, über Infrastrukturinvestitionen der Tourismuswirtschaft neue Perspektiven zu eröffnen. Vor allem aber den Betrieben bei der Realisierung solcher Vorhaben und entsprechend finanziell auch unter die Arme zu greifen. Und ich darf daher in dem Zusammenhang einen Resolutionsantrag einbringen (*liest:*)

„Resolutionsantrag

des Abgeordneten Keusch zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds – Jahresbericht 2000, Ltg. 804/B-13/3, betreffend Schaffung einer ‚Tourismus ECO-PLUS‘ für Niederösterreich.

Die Entwicklung der NÖ Tourismuswirtschaft im abgelaufenen Jahrzehnt ist durch eine stete Auf- und Abwärtsentwicklung gekennzeichnet. Trotz unterschiedlichster Konzeptionen und Marketingstrategien ist es nicht gelungen, eine gleichmäßige positive Entwicklung zu erreichen. Eine der Ursachen liegt auch darin, dass vorhandene Ressourcen nicht in ausreichendem Maße genutzt werden können, da die dafür notwendige Infrastruktur aufgrund der dünnen Kapitaldecke der Tourismusbetriebe nicht geschaffen werden kann. Mit den geschaffenen Destinationsmanagements können zwar wirksam Angebote vermarktet werden, allerdings sind diese Instrumentarien nicht dazu geeignet, neue Angebote zu schaffen. Es scheint daher notwendig, ähnlich der ECO-PLUS Betriebsansiedlungs- und Regionalisierungs-GmbH. eine Einrichtung seitens des Landes zu schaffen, die unter Nutzung der vorhandenen Tourismusressourcen

die Grundinfrastruktur für die Vermarktung dieser Ressourcen herstellt und über ein professionelles Umsetzungsmanagement den Tourismusbetrieben die Möglichkeit bietet, in der Folge durch Eigeninitiativen ein ansprechendes Angebot auf dem Tourismussektor zu schaffen.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung ein wirksames Tourismusmanagement ähnlich der ECO-PLUS Betriebsansiedlungs- und Regionalisierungs-GmbH. zu schaffen bzw. die ECO-PLUS mit den notwendigen Ressourcen auszustatten, um die angesprochenen Maßnahmen realisieren zu können.“

Nur darin, meine Damen und Herren, liegt die Chance, dass wir im Wettbewerb um neue Gäste-schichten erfolgreich bestehen können und uns touristisch auch weiter entwickeln werden. Nämlich dort, meine Damen und Herren, und wir haben das ja gesehen, dort, wo die Identifikation der Landespolitik mit dem Tourismus erkennbar ist. Wie zum Beispiel bei der Vermarktung der Wachau, wo der Herr Landeshauptmann zum Filmstar mutiert. Oder beim Weinherbst, wo man sich auch immer wieder entsprechender Filmgrößen bedient. Dort bleiben auch die Erfolge nicht aus. Das hat auch die Statistik zum Ausdruck gebracht.

Ähnlich ist es im Waldviertel mit Gesundheit und Fitness beim Willy Dugl. Dafür wird jede Menge Geld ausgegeben. Herr Landesrat! Niederösterreich besteht aber aus vier Vierteln. Und ich darf dringend fordern, eine regional ausgewogene Tourismuspolitik zu betreiben und andererseits das Tourismusleitbild mit Leben zu erfüllen. Es genügt nicht, ein Leitbild zu erstellen und zu sagen, das ist unsere Zielsetzung, das wollen wir erreichen. Das ist schon notwendig, das ist keine Frage. Aber mit der Tourismusförderung, mit dem weit verzweigten Förderungssystem, das zwar gut ist aber an sich nur die Betriebe fördert, also betriebsinterne Maßnahmen fördert, natürlich auch irgendwelche Maßnahmen, Betriebsgründungen und, und, und, damit schaffen wir keine neuen Tourismusressourcen und keine neuen Angebote. Und daher ist es wichtig, dass wir wirklich auch ein Umsetzungsinstrumentarium schaffen, das wir nicht haben. Wir warten darauf was aus der Wirtschaft kommt. Die Tourismuswirtschaft hat aber die Kraft nicht, aus eigenem dieses Unterfangen zu betreiben, zu gewährleisten.

Wir Sozialdemokraten meinen damit, dass auf der Basis des Leitbildes und der vorhandenen Res-

sources konkrete touristische Projekte inklusive eines maßgeschneiderten Förderungs- und Finanzierungskonzeptes entwickelt werden müssen. Zum Beispiel die Errichtung einer umfassenden Freizeit- und Sportinfrastruktur im gesamten Donauraum. Und ich weiß, jetzt werden Sie wieder sagen, jetzt fängt er schon wieder mit dem Donauraum an. Aber es ist halt so. Dazu gehört ein bisschen mehr als nur Rad fahren und Reiten. In eine derartige Konzeption könnte auch Wasser, Wildwasser fahren und Fluss wandern einbezogen werden und könnten auch die Nebenflüsse der Donau entsprechend einbezogen werden. Es könnte also eine weite Tourismusbasis werden.

Ich hätte mir eigentlich vom Donauraum-Coaching, für das wir vor einiger Zeit ja auch einiges Geld ausgegeben haben, das aber wenig bis nichts gebracht hat, schon diese Initiativen erwartet. Ich sage das deswegen immer wieder mit dem Donauraum, weil ja die Donau im Tourismusleitbild auch als überregionale Speerspitze definiert worden ist, als touristische Speerspitze definiert worden ist. Und weil die Donau die international bekannteste Tourismusmarke in Niederösterreich ist. Und insofern ist es mir völlig unverständlich, dass sich die niederösterreichische Tourismuspolitik dieses Themas noch nicht angenommen hat, obwohl zum Beispiel es seit Jahren, erstellt von der Wasserstraßendirektion an der Bundesdienststelle, ein Sporthafenkonzept für Niederösterreich und für Oberösterreich gibt, das erarbeitet wurde. Ich weiß nicht ob es unsere Tourismusabteilung hat, ob die Tourismusabteilung darüber verfügt. Wenn nicht, ich stelle es gerne zur Verfügung. Hier bräuchte man nicht einmal mehr das Rad neu erfinden. Sondern sich das anschauen, das überarbeiten, die Konzeption gibt es, das Sporthafenkonzept Niederösterreich gibt es seit dem Jahr 1998. Hier liegen eigentlich schon Konzepte parat, die man tatsächlich nur umzusetzen bräuchte.

Und ich behaupte auch, meine Damen und Herren, dass die Freizeitwirtschaft nach wie vor eine Wachstumsbranche ist. Weil die Freizeit immer mehr wird. Und natürlich ist in der Tourismusbranche die Konkurrenz genauso groß und so global wie in den Produktionsbereichen der Wirtschaft. Ich gehe aber davon aus, dass die bevorstehende EU-Osterweiterung auch für den NÖ Tourismus neue Gästeschichten zugänglich machen wird. Wir werden allerdings nur dann davon profitieren, wenn unsere Tourismusangebote im internationalen Wettbewerb auch standhalten können.

Wenn jetzt die negativen Auswirkungen des Terror-Anschlages in den USA zu großen touristischen Problemen im internationalen Tourismus

führen, so glaube ich, dass auch die Einschränkungen im Flugverkehr für den Niederösterreich-Tourismus nicht ganz ohne Folgen bleiben werden. Zum Beispiel würde die Schwächung des Städte-tourismus in Wien natürlich spürbare Nachteile für den niederösterreichischen Ausflugsverkehr haben. Andererseits überwiegt im NÖ-Tourismus der Inlandsgast, was mich zur Hoffnung veranlasst, dass diese Katastrophenfolgen auf den NÖ-Tourismus hoffentlich nur marginal durchschlagen werden. Das alles ist allerdings Anlass, fleißig zu sein, die Hände nicht in den Schoß zu legen, sondern unter diesen Aspekten, wo der Wettbewerb wesentlich härter sein wird, härter zu arbeiten. Denn je schneller es uns gelingt, unser Tourismusprofil zu verbessern, umso größer wird auch jenes Stück dieses gesamten Tourismuskuchens sein, das wir für uns in die Scheune fahren können.

Noch einige Sätze zum Bericht über den Fremdenverkehrsförderungs fonds: Ich möchte feststellen, dass sich die Fondsfinanzen nicht wesentlich gebessert haben. Der Handlungsspielraum des Fremdenverkehrsförderungs fonds ist seit Jahren äußerst eingengt. Mit Jahresende 2000, das ist allerdings nur eine Momentaufnahme, eine Stichtagaufnahme, betrug das verfügbare Stammvermögen 68 Millionen. Meine überschlägige Rechnung für das laufende Jahr für 2001 wird so sein, dass im Fremdenverkehrsförderungs fonds ein verfügbares Stammvermögen von diesen rund 68 Millionen sein wird, dass mit EU-Kofinanzierungsmitteln von 37 Millionen zu rechnen sein wird. Und ich gehe davon aus, dass der Landesbeitrag auch noch 100 Millionen ausmachen wird. Da rechne ich aber schon die 60 Millionen aus dem Verkauf von Bad Schönau ein. So werden also ungefähr 200 Millionen Manövrierermasse verfügbar sein. Außertourliche Großprojekte werden wir damit nicht finanzieren können. Ich würde das so formulieren, große Sprünge, Herr Landesrat, werden wir nicht machen können.

Und es gibt auch einen bezeichnenden Hinweis, der die tatsächliche Situation erahnen lässt. In der Gewinn- und Verlustrechnung kann man nachlesen, dass zum Beispiel die Förderungen und Zinszuschüsse im Vergleich zum Vorjahr von 16,4 Millionen auf 13,9 Millionen gesunken sind. Hingegen die Prämien und Zuschüsse von 117,7 Millionen auf 120 Millionen angestiegen sind. Und im Tourismusbericht wird das so interpretiert dass man sagt, dass die Zinszuschussaktionen durch das anhaltend niedrige Zinsniveau, das ist jetzt meine freie Übersetzung, unattraktiv geworden sind. Was ja durchaus logisch erscheint. Aber jetzt kommt der Hammer, die Feststellung, die darauf folgt: Im Hinblick auf die Entwicklung des Fondsvermögens muss im Jahr 2001 jedoch die Vergabe

von Darlehen forciert werden. Das ist eine lakonische Feststellung, die allerdings im Klartext bedeutet, dass das eine Verschlechterung der Förderqualität ist. Denn wenn ich keine Direktzuschüsse, keine verlorenen Zuschüsse, quasi Subventionen, bekomme, sondern ich Darlehen nehmen muss, dafür einen Zinszuschuss bekomme der vom Land bezahlt wird, der allerdings ganz niedrig ist weil das Zinsniveau so niedrig ist, dann ist das eine schlechtere Förderqualität. Und ob das gerade in einer Zeit einer konjunkturellen Abschwächung, wo es eher darum ginge, eine Vorwärtstrategie zu entwickeln, ob das eine Perspektive für die Tourismuswirtschaft ist, vor allem eine Maßnahme ist um gravierenden Einbrüchen gegenzusteuern, das wage ich zu bezweifeln! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Dritter Präsident Ing. Penz: Zum Wort gelangt Herr Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. Rambossek (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Der vorliegende Bericht des Fremdenverkehrsförderungsfonds ist optisch entsprechend gestaltet und stellt zahlenmäßig die einzelnen Förderungsaktionen, gegliedert nach politischen Bezirken, dar. Der Bericht ist meiner Ansicht nach auch wesentlich informativer als in den vergangenen Jahren. Ich habe mich bereits im Rahmen der Budgetdebatte zu Teilen dieses Berichtes geäußert und unserem Tourismuslandesrat auch dementsprechend Lob und auch Tadel ausgesprochen.

Heute möchte ich daher nur auf einige einzelne Punkte eingehen, insbesondere auf den Bericht über die Prüfung der Jahresbestands- und Erfolgsrechnung des NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds zum 31. Dezember 2000. Die wichtigste Zahl in diesem Bericht ist wohl das Nettostammvermögen des Fonds, welcher Betrag jene Größe darstellt, die für Förderungsaktionen in den Folgejahren nach Maßnahme des zeitlichen Eingangs gewährter Darlehen zur freien Verfügung steht. Und dieses Nettostammvermögen beträgt per 31. Dezember 2000 rund 67,9 Millionen Schilling, hat sich gegenüber 1999 um 36,1 Millionen Schilling erhöht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sagt aber auch aus, wie es auch aus der Erfolgsrechnung entnommen werden kann, Kollege Keusch hat das schon erwähnt, dass die Fördertätigkeit des Fonds auch vehement gedrosselt wurde. Ich nenne dazu nur eine Zahl: Die im Jahre 2000 geförderten Projektkosten von rund 935 Millionen Schilling sind gegenüber 1999 um rund 30 Prozent geringer.

Nachdem ich den vorliegenden Tourismusbericht nun zum zweiten Mal studiert habe, frage ich mich, wie erfolgreich die gesetzten Schwerpunkte und Maßnahmen wirklich sind. Schenkt man den diversen Medienberichten im heurigen Jahr Glauben, so müsste es im NÖ Tourismus recht gut laufen. Ich habe jedoch während der Sommermonate mit einer Reihe von Tourismusunternehmern gesprochen, deren Begeisterung sich allerdings in Grenzen hält.

Ein Blick in die NÖ Tourismusstatistik per Ende Juli schaut aufs Erste gar nicht so schlecht aus. Das Minus in Niederösterreich liegt bei 0,6 Prozent. Ein Wert, der im Vergleich zu den Rückgängen Mitte der Neunzigerjahre als eher bescheiden bezeichnet werden kann. Allerdings signalisiert die soeben veröffentlichte Hochrechnung des Statistischen Zentralamtes für August in Niederösterreich einen weiteren Nächtigungsrückgang um zirka 4 Prozent, was zu einem Gesamtminus Jänner bis August von 1,2 Prozent führen wird.

Hohes Haus! Wenn man sich die Statistik etwas genauer anschaut und bei den Einzelergebnissen bis Ende Juli etwas in die Tiefe geht, findet man allerdings einige signifikante Schwachstellen. Bei einer Analyse der Herkunftsmärkte muss man leider feststellen, dass für unser Bundesland dort, wo es überhaupt keine Aktivitäten der Niederösterreich Werbung gegeben hat, Zuwachsraten erzielt werden konnten. Im Gegensatz dazu gab es auf jenen Märkten, wo Millionen teure Werbekampagnen zum Einsatz kamen, die größten Verluste. Dies mag zwar paradox klingen, aber die Statistik der ersten sieben Monate dieses Jahres spricht eine deutliche Sprache. So wurden zum Beispiel die Vereinigten Staaten von der Niederösterreich Werbung nicht beworben. Trotzdem gab es dort ein Plus von über 30 Prozent oder beachtlichen 12.000 Übernachtungen. In Italien und Holland, wo es lediglich Einzelaktionen gab, verzeichnete man 5.000 bzw. 10.000 Nächtigungen mehr. Dafür gab es am wichtigsten Auslandsmarkt, nämlich Deutschland, ein kräftiges Minus von 3,3 Prozent oder 18.000 Übernachtungen, das im August laut Hochrechnung auf minus 24.000 Übernachtungen ansteigen wird. Insgesamt gesehen liegt damit der Ausländertourismus nach Verlusten von über einer halben Million Nächtigungen während der Neunzigerjahre um 0,4 Prozent unter dem Vorjahrsergebnis. Im Vergleich dazu erzielt ganz Österreich ein respektables Plus von 1,8 Prozent.

Ich meine daher, irgend etwas läuft in unserem Bundesland beim Tourismus nicht rund. Denn die immer wieder propagierte Strategie, Verluste beim Ausländertourismus durch Inlandsgäste zu kom-

pensieren, hat ja bis jetzt, wie man sieht, nicht funktioniert. Denn obwohl die Niederösterreich Werbung mit Millionen teuren Kampagnen um Inlandsgäste wirbt, haben wir sowohl auf dem Wiener Markt als auch in den Bundesländern verloren. Immerhin fehlen uns bis Ende Juli 18.000 Inländer-nächtigungen, bis Ende August werden es 41.000 oder minus 1,5 Prozent sein.

Es gibt aber nach meiner Meinung auch noch ein qualitatives Problem. Während die Übernachtungen in den gewerblichen Betrieben und in den Privatquartieren rückläufig sind, haben die Nächtigungen auf Campingplätzen kräftig zugenommen. Bei den Inlandsgästen um 27 Prozent und bei den Auslandsgästen um 16 Prozent. Im Klartext bedeutet das für mich, dass der Billigtourismus in zunehmendem Ausmaß den kaufkräftigen Gast ersetzt. Denn hätten wir diesen zusätzlichen 18.000 Campingübernachtungen nicht gehabt, so läge unser Gesamtminus mit Ende Juli bei 36.000 Übernachtungen, Ende August sogar bei minus 64.000 Übernachtungen. Im Gegensatz dazu verläuft der Tourismus in ganz Österreich durchaus positiv. Hier gibt es nämlich inklusive August ein Gesamtplus von 1,4 Prozent und bei den ausländischen Gästen sogar einen Zuwachs von 1,8 Prozent.

In der benachbarten Steiermark, wo die Strukturen ähnlich wie in Niederösterreich sind, verzeichnete man eine Steigerung von 2,8 Prozent, in Wien von 1,6 Prozent. Und im immer wieder vom Herrn Landesrat so gern zitierten Kärnten erreichte man eine Steigerung von 1,5 Prozent oder plus 162.000 Übernachtungen. Ich kann mich daher des Gefühls nicht erwehren, dass hier irgendwo der Wurm drinnen ist. Offensichtlich greifen die eingeschlagenen Strategien nur zum Teil und es ist ganz einfach nicht zu schaffen, dass das eingesetzte Förderungskapital von doch hunderten Millionen einer besseren Rentabilität zugeführt wird.

In diesem Zusammenhang bedaure ich es wirklich, dass dem Landtagsklub der ÖVP im August sein Kultur- und Tourismussprecher Bürgermeister August Breininger abhanden gekommen ist. Denn ich meine, er hätte uns heute sicherlich erklärt, dass alles gar nicht so schlimm ist, man vielmehr auf die gestiegenen Umsätze schauen müsste und in Niederösterreich vor allem der Tagestourismus von großer Bedeutung sei. Das mag alles sehr schön und richtig sein. Vielleicht würde uns seine Nachfolgerin im Kultur-Ausschuss, die Frau Abgeordnete Roth, wäre sie nicht gerade Berichterstatteerin, auch ähnliches erzählen. Tatsache ist jedenfalls, dass die Maßnahmen der letzten Jahre bei weitem nicht das gebracht haben was man oft in groß angelegten Pressekonferenzen und

Jubelmeldungen der niederösterreichischen Bevölkerung versprochen hat.

Wenn ich übrigens, Hohes Haus, beim Herrn Bürgermeister Breininger gewesen bin, so meine ich doch, dass Bürgermeister Breininger mit dem Bau der Römertherme Weitblick bewiesen hat. Denn der Gesundheitstourismus in Kurorten mit ortsgebundenen Heilvorkommen wird auch im dritten Jahrtausend nach Christi noch immer Gäste nach Baden bringen. Der Rechnungshofbericht, den wir heute noch debattieren werden, weist zwar einige berechtigte Kritikpunkte auf, die ich jedoch nicht für so schwerwiegend halte um diesem Projekt nicht eine große Zukunft vorauszusagen.

Aber nun wieder zurück nach Niederösterreich. Wir haben wunderschöne Prospekte, herrliche Tourismusberichte, teure Farbanzeigen, angeblich Millionen Anfragen in Niederösterreich im Internet. Leider jedoch im Vergleich zu Österreich kein befriedigendes Ergebnis! Während es in Österreich wieder kontinuierlich aufwärts geht, ist eigentlich – und ich freue mich, dass der Herr Landesrat auch hier ist – ist eigentlich von dem von ihm gepriesenen Turn around in Niederösterreich nichts zu bemerken. Unser Umweltlandesrat, der nicht hier ist, Mag. Sobotka, propagiert zwar das Klimabündnis und die Reduktion der CO₂-Belastungen. Im Gegensatz dazu fördert aber der Tourismuslandesrat, ich meine, in Ermangelung verschiedener anderer Aktivitäten auf Auslandsmärkten den Tagestourismus im Inland und nimmt damit noch mehr verstopfte Straßen und einen gigantischen Ausstoß an zusätzlichen Abgasen in Kauf. Unser verehrter Herr Landeshauptmann lobt den sogenannten Verfahrensexpress bei den Bezirkshauptmannschaften. Dafür hat der Fremdenverkehr vom im März dieses Jahres erfolgten Verkauf des Kurhotels in Bad Schönau nach meinem Wissensstand noch immer keinen Schilling gesehen, weil die Grundverkehrskommission den Akt über den Grundstückstransfer noch nicht erledigt hat. Vielleicht könnte man auch hier den Verfahrensexpress ein bisschen schneller zur Anwendung bringen.

Ich muss heute leider aber auch einen Tadel aussprechen. Denn ich meine, unsere Tourismus-Verantwortlichen verzetteln sich vielfach auch in einen Förderungsdschungel für das sogenannte Destinationsmanagement. Das ist sicherlich notwendig. Sie verzetteln sich aber auch in einer ewigen Novellierung des Tourismusgesetzes. Und, was mir gar nicht gefällt, in einer subventionierten Vereinsmeierei bei Weinstraßen, Weinherbst und Wirtshauskulturen. Hohes Haus! Ich glaube, wir brauchen touristische Visionen, die über einen Westernsaloon hinausgehen und zu einem echten

Turn around im niederösterreichischen Tourismus führen können. Ich meine daher abschließend, wir müssen in Niederösterreich gemeinsam alles unternehmen, um mit Unterstützung des Bundes, wo sich der Tourismus ja in freiheitlicher Hand befindet, um dem Tourismus in Niederösterreich zu jener Bedeutung und jenem Stellenwert zu verhelfen, den er auch verdient.

Ich nehme aber auch gleich zum Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Keusch betreffend Schaffung einer ECO-PLUS für Niederösterreich Stellung. Wenn ich hier in der Begründung lese, eine der Ursachen liegt auch darin, dass vorhandene Ressourcen nicht in ausreichendem Maße genutzt werden können, da die dafür notwendige Infrastruktur auf Grund der dünnen Kapitaldecke der Tourismusbetriebe nicht geschaffen werden kann: Es ist richtig, dass die Tourismusbetriebe eine zu dünne Kapitaldecke haben. Wenn ich weiter unten lese: Es scheint daher notwendig, ähnlich der ECO-PLUS Betriebsansiedlungs- und RegionalisierungsgmbH eine Einrichtung seitens des Landes zu schaffen, die unter Nutzung der vorhandenen Tourismusressourcen die Grundinfrastruktur für die Vermarktung dieser Ressourcen herstellt, so möchte ich einmal feststellen, dass die Worte „notwendige Infrastruktur“ und „Grundinfrastruktur“ offensichtlich heute ein Lieblingswort der Sozialdemokratie sind. Denn wenn es um die zu dünne Kapitaldecke, Kollege Keusch, bei den Tourismusbetrieben geht, wenn die Infrastruktur seitens der Betriebe geschaffen werden soll, so meine ich, haben wir den NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds wo wir entsprechend, wenn wir qualitativ, wie du gesagt hast, die Förderungsmaßnahmen verbessern, den Betrieben unter die Arme greifen können.

Der zweite Satz, den ich von dir zitiert habe, ... „die Grundinfrastruktur für die Vermarktung der Ressourcen herstellt ...“. Die Vermarktung haben wir in die Hände der Niederösterreich Werbung gelegt. Ich glaube, man muss hier die entsprechenden Vorgaben machen, seitens der Abteilung im Land, seitens des Tourismuslandesrates, dass die Konzepte für die Vermarktung noch besser werden. Und wenn ich deinen Antrag dann gelesen habe, du darfst mir nicht böse sein, wo du dann unter beziehungsweise schreibst: „... beziehungsweise die ECO-PLUS mit den notwendigen Ressourcen auszustatten um die angesprochenen Maßnahmen realisieren zu können“, so muss ich das leider so deuten, dass du ja selbst nicht überzeugt bist wie diese Tourismus-ECO-PLUS funktionieren soll. Weil es müssten ja dieser Gesellschaft auch die entsprechenden Kapitalmittel zugeführt werden. Und ich bin der Meinung, du hast es in deiner Rede

auch erwähnt, dass wir eine Art freie Finanzspitze im Fremdenverkehrsförderungsfonds im nächsten Jahr von 200 Millionen haben werden. Ich würde meinen, wir sollten uns im Kuratorium oder das Kuratorium sollte sich damit beschäftigen, wie hier deinen sicherlich zu Recht im Antrag geschilderten notwendigen Maßnahmen für den Tourismus in Niederösterreich, den wir alle für bedeutend halten, den wir alle zu einem entsprechenden Stellenwert verhelfen wollen, wie hier diese Maßnahmen gesetzt werden können. Danke schön für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dipl.Ing. Toms.

Abg. Dipl.Ing. Toms (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident!

Vom Tourismus zur Wirtschaft. Es ist Tradition, dass in der ersten Sitzung nach der Sommerpause die Wirtschaft am Tapet steht, die Diskussion zum Bericht des Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds über das Vorjahr. Und es ist auch Gelegenheit, hier eine Bestandsaufnahme abzugeben über den momentanen Zustand der NÖ Wirtschaft. Und es ist immer wieder jedes Jahr sehr interessant, die Redner, die Sichtweisen der Redner zu studieren und hier die Schlüsse, die sie ziehen, kritischen Anmerkungen zu unterwerfen. Und kaum treffender ist heuer der Zeitpunkt gewählt, kann man nicht sagen, weil das ja traditionsgemäß ist, nach den Ereignissen, den tragischen Ereignissen des 11. September, wo, wie es so schön geflügelt schon heißt, sich die Welt verändert hat. Wir spüren es bereits an den verschiedensten Dingen, dass hier wirklich, vor allem aus der amerikanischen Wirtschaft kommend, Einflüsse auf uns zukommen, die im Moment noch gar nicht in ihrem großen Ausmaß abschätzbar sind. Aber die schon bei uns auch hier in Niederösterreich da und dort Auswirkungen zeigen.

Ich darf hier nur berichten von stornierten Reisen aus Amerika, von stornierten Flügen. Ich war gestern in einem Nobelhotel, wo einige Abgeordnete aus dem Ausland anwesend waren, wo also massenweise Zimmer storniert wurden. Es sind schon Punkte, punktuelle Dinge, die uns zu denken geben. Und wir wissen, wie gesagt, nicht, in welche Richtung es weiter geht.

So gesehen ist Niederösterreich als größtes Bundesland natürlich keine Insel der Seligen. Wir stehen hier als größtes Bundesland, auf Grund der Volkszählung sogar schon beinahe als das volkgrößte Bundesland und sind eingebettet in die

Europäische Union. Sind nicht isoliert zu betrachten und haben natürlich Einflüsse, die von außen gegeben sind. Aber doch ist es so, dass wir gerade in Niederösterreich ein ganz besonderes Klima haben. Und das ist sehr positiv. Dass wir ein ganz lokales, positives Wirtschaftsklima haben, das Gottseidank durch die Besonnenheit, durch die gute Zusammenarbeit aller Beteiligten entstanden ist. Und ich sage es hier und unterstreiche es nochmals, auch durch die gute, positive Wirtschaftspolitik unseres Landes. Und es ist auch natürlich die gute Zusammenarbeit zwischen der NÖ Wirtschaftskammer, zwischen den NÖ Unternehmern, aber auch den fleißigen Arbeitnehmern, die hier die Betriebsverbundenheit und auch Betriebstreue in Niederösterreich sehr hoch halten. Und das muss man bitte unterstreichen. Das ist ein Ganzes, das gehört alles zusammen.

Und ein wirklich guter und schöner Beweis, und es ist in der Aktuellen Stunde so schön herausgekommen, ist der gute Zuspruch zu unserem Bundesland. Der Zuspruch, der sich im Ergebnis der Volkszählung dokumentiert hat. Wir haben ein Plus von 80.000 Einwohnern. Bitte das soll uns ein Bundesland einmal nachmachen! Wir haben gleich gezogen mit Wien, dem volkreichsten Bundesland Österreichs, und sind erstmals über die 1,5-Millionen-Grenze geschritten. Das sind bitte Indizien, das sind Fakten, die einfach nicht wegzuwischen sind. Das ist ein Bekenntnis zu Niederösterreich, ist ein Bekenntnis zu unserer Lebensqualität. Ist aber auch ein Bekenntnis zu unserer NÖ Wirtschaft und zu unserer Wirtschaftspolitik.

Es ist ein noch nie dagewesenes Ausmaß von 522.000 unselbständig Beschäftigten gegeben. Und wir haben uns hier, und ich staune, wir haben 3.200 Neugründungen von Betrieben. Hochgerechnet sind das 6.400 Betriebe zum Jahresende, wobei wir über 5.000 Gründungen „nur“ - unter Anführungszeichen - im Vorjahr hatten. Das ist ein großartiger Fortschritt. Zeigt auch, dass die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher einen Optimismus haben und vorwärts gehen Richtung Betriebsgründung. Und optimistisch in die Zukunft schreiten.

Es sind einige Fakten noch, die sehr interessant sind, die auch nicht unbedacht bleiben sollten. Die Konjunktur verlangsamt sich in Europa auf Grund der Stagnation der amerikanischen Wirtschaft. Das ist ein Faktum, damit sind wir jetzt konfrontiert. Die zurückhaltende Nachfrage der wichtigsten Handelspartner bremst die heimische Warenausfuhr. Ein weiterer Faktor. Aber der private Konsum, geschätzte Damen und Herren, steigt trotzdem. Auch wenn er sich etwas verlangsamt

hat. Wir haben plus zwei Prozent Konsumwachstumprognose in Österreich für 2001.

Ein großer Wermutstropfen ist für uns die Bauwirtschaft. Hier muss man sagen, dass von Jänner bis Mai 2001 rückläufige Ziffern gegeben sind, vor allem im kommunalen Tiefbau, eine rückläufige Wohnungsnachfrage, wie gesagt. Und es ist trotzdem ein Plus, ein halbes Prozent Wachstum in der Bauproduktion vorausprognostiziert. Und interessant ist das Verhältnis vom Bruttoinlandsprodukt zu den Bauinvestitionen. Dieses ist in Österreich überdurchschnittlich. In anderen europäischen Ländern ist dieses Verhältnis Bauinvestition: BIP nicht so gut. Das sollte man unserer Bauwirtschaft auch einmal sagen. Und auch der Hinweis auf den Baugipfel, der jetzt stattgefunden hat mit einem Ergebnis von 2,1 Milliarden Schilling an Investitionen ist ein gutes Ergebnis. Ein im Rahmen der gegebenen budgetären Maßnahmen wirklich sehr, sehr gutes Ergebnis.

Wir müssen mit einem hartnäckigen Preisauftrieb uns konfrontiert sehen infolge der gestiegenen Energiepreise. Das ist ein Faktum, das ist nicht wegzudiskutieren. Das können wir gar nicht beeinflussen. Und es ist auch leider kein weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit gegeben auf Grund der Außenparameter, die ich eben beschrieben habe. Wir haben einige Daten noch zur Prognose 2000: Bruttoinlandsprodukt Österreich, plus 3,3 Prozent, eine schöne Zahl, 2001 1,7. Bitte beachten Sie diesen Abschwung. Es ist aber keine Rezession, die darf auch nicht herbeigeredet werden. Rezession ist ja ein Minuswachstum. Wir haben leider eine leichte Verlangsamung unseres Wachstums und haben bereits eine Prognose für 2002, trotz dieser Ereignisse jetzt in den Vereinigten Staaten, auf plus 2 Prozent für das Jahr 2002. Was vielleicht herausgearbeitet gehört: Dass wir zwischen 1998 und 2002, wenn man sich die Zahlen genau anschaut für Niederösterreich, die höchste Wachstumsdynamik haben innerhalb Österreichs. 2002 laut IAS Bruttowertschöpfung NÖ 3,5 Prozent und 2002 Bruttowertschöpfung NÖ 4,1 Prozent.

Nun, die Entwicklung ist ja nicht nur aus den Wirtschaftszahlen ersichtlich, wir können das auch mit der Arbeitslosenstatistik nachweisen. Wir haben in der Beschäftigung in Niederösterreich plus 1 Prozent jeweils nachzuweisen. 1999 1 Prozent mehr und 2000 ebenfalls 1 Prozent mehr. Das ist auch ein schöner Erfolg. Der Bundesdurchschnitt ist leider – und das muss man zugeben – ein bisschen höher. Aber wir liegen deutlich höher als Wien.

Eine erfreuliche Tatsache ist, dass die Frauenbeschäftigung bei uns im Beobachtungsraum 2000 sehr gestiegen ist. Da sind wir das stärkste Bundesland mit der stärksten Steigerung. Die Arbeitslosenquote lag im Jahr 2000 bei 5,1 Prozent, in Wien bei 8 Prozent, das habe ich vorher schon gesagt, also bei uns weit niedriger. Die niedrigsten Arbeitslosenzahlen gibt es bei uns im Wiener-Umland und im Mostviertel und die höchsten traditionsgemäß im Waldviertel und in Niederösterreich-Süd. Im Gesamten gesehen, geschätzte Damen und Herren, können wir also sagen, dass wir sehr hervorragende Werte haben im Vergleich zu anderen Bundesländern, aber auch im Vergleich zu anderen Regionen Europas. Und ich darf wie jedesmal darauf hinweisen, dass wir in der Arbeitslosenstatistik europaweit sehr weit vorne liegen und in der Jugendarbeitslosigkeit sogar Spitze sind.

Geschätzte Damen und Herren! In dieses Szenario eingebettet ist natürlich der Bericht zum Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds zu betrachten. Wir halten die Auswirkungen dieses Fonds für sehr positiv für die NÖ Wirtschaft. Es sind doch immerhin 245 Millionen pro Jahr, die hier große Investitionen induzieren und für die Wirtschaft wichtige Impulse bringen. Wir hatten 2000 607 Fälle, wodurch eben 1,6 Milliarden Schilling an Investitionen in Bewegung gebracht wurden. Das ist ein beträchtlicher Investitionsschub wenn man andere Ziffern im Budget vergleicht.

Der Schwerpunkt, und das ist auch sehr interessant, galt im Jahr 2000 den Innovationsförderungen. Und hier ist ganz klar ersichtlich, dass in den verschiedenen Förderbereichen wie Zinszuschüsse und Prämien gewaltige, beachtliche Steigerungen erzielt werden konnten. Aus der Tabelle ist das nicht ganz so ersichtlich, weil eben die EU-Kofinanzierungen damals in der Aufstellung gefehlt haben. Die Förderrichtlinien waren damals noch nicht vorhanden.

Die Zahl der Anträge war in etwa gleich wie im Vorjahr 1999. Und man kann sagen, dass es im Jahr 1999 sehr kapitalintensive Förderung gab, weil dort das geförderte Volumen, also das in Bewegung gebrachte Investitionsvolumen weit höher war. Aber man sieht an der Zahl der Förderungen, dass die sogar mehr geworden sind.

Zu bemerken ist - und das ist jetzt wieder die aktuelle wirtschaftliche Situation - dass die Investitionsförderung im heurigen Jahr leider gesunken ist. Und das spürt natürlich der Fonds sofort. Das ist ja wie ein Indikator, wie ein Fieberthermometer

der Wirtschaft. So gesehen ist das die natürliche Auswirkung, die natürliche Reflexion der derzeitigen internationalen Situation.

Das Jahr 2000, geschätzte Damen und Herren, war für den Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds ein sogenanntes Maßjahr. Diese Zahlen, diese Fakten, die darin enthalten sind, dienen hinsichtlich der Erfüllung der Maastricht-Kriterien als Maß und sind nunmehr keinerlei Zuschüsse und Zuführungen in den Fonds erlaubt. In diesem Licht muss man die Überlegungen in die Zukunft, die Zukunftsszenarien betrachten, die, wie auch beim Fremdenverkehrsförderungs fonds natürlich hier zu Überlegungen führen, wie geht es weiter, was sollen wir weiter tun? Und hier wird versucht, dass die Fonds die Zinszuschüsse in Darlehen umzuwandeln versuchen, weil ja das Maastricht-konform ist. Und die zukünftigen Rückflüsse speisen dann den Fonds.

Und wenn ich jetzt die Budgetvorschau hernehme, die auch für diesen Fonds erforderlich sein wird, alle öffentlichen Körperschaften, Gremien, Gemeinden müssen in Zukunft mehrjährige Budgetprogramme aufstellen, so wird es auch in diesem Fall notwendig sein. Und dementsprechend kann dann auch der entsprechende Ausgleich für die EU-Kofinanzierungen gegeben werden, die als Darlehen nicht zulässig sind und nur mittels echter finanzieller Beiträge erfolgen können.

Geschätzte Damen und Herren! Ein Punkt, den ich hier erwähnen möchte, ist die Fortsetzung der Erfolgsstory des von Herrn Landesrat Gabmann initiierten NÖ Beteiligungsmodelles. Das Modell entwickelt sich sehr erfolgversprechend. Wir haben bereits die zweite Haftungsmilliarde ausgeschöpft. Demnächst soll in der Landesregierung um weitere 200 Millionen aufgestockt werden. Interessant ist natürlich, dass man prognostiziert hat, dass 25 Prozent Ausfall gegeben sein würden. Da wurde seinerzeit weit zu hoch gegriffen. Die tatsächliche Ausfallsquote beträgt zirka 10 Prozent. Hier müssen lobenswert die kritischen Auswahlkriterien der NÖBEK erwähnt werden, die das sehr gut ausbalancieren und die ganze Sache gut in der Hand haben.

Der Wermutstropfen ist natürlich gegeben, das muss man hier auch sagen, ist, dass die schlagende Haftung, die Haftungsinanspruchnahmen leider aus dem Fonds zu finanzieren sind. Da ist es dann so, dass die Spielräume etwas enger werden. Aber durch die Nichtinanspruchnahme von vielem Geplanten ist das relativ übersehbar und ist das nicht in diesem großen Ausmaß gegeben wie befürchtet.

Wenn man sich jetzt noch anschaut die EU-Kofinanzierungen, das ist vielleicht auch ganz interessant, zu diesem Fonds, dann kann man daraus entnehmen, dass zirka 72 Millionen Euro aus EU-Mitteln finanziert wurden zu 108 Millionen, die kofinanziert mittels des Landes Niederösterreich geflossen sind. Das ist auch ein relativ großer Impuls wenn man das genauer anschaut.

Ja, was ist die Hauptsperrichtung des Fonds in der Zukunft? Wie soll es weiter gehen? Hier können wir das RIS Niederösterreich, das regionale Innovationssystem Niederösterreich hervorheben. Die Weiterentwicklung dieses Systems, das sehr erfolgversprechend ist und auch die Ausweitung der Innovationsförderungen mit sich bringt. Also das ist zwar nicht direkt, aber auch das sollte ausgeweitet werden. Dieses RIS Niederösterreich ist von der Strategieplanung in die Umsetzung gekommen und es ist hier sehr erfolgreich umgesetzt worden. Es ist die Innovationsagentur seit Oktober 2000 gut in Arbeit. Das ist eine Aktion des Landes Niederösterreich mit der NÖ Wirtschaftskammer, wo man hier ein ausgeklügeltes und ein gut ausgefeiltes Informationssystem bietet. Weil es ist ja so dass nicht jede Firma von Anfang an den Apfel erfinden oder das Rad erfinden soll. Die sollen sich all dieser Einrichtungen bedienen können. Und über das Internet gibt es jetzt eine leichte Zugriffsmöglichkeit.

Das bekannte Holz-Cluster läuft bereits sehr erfolgreich. Es konnten viele neue Mitglieder gefunden werden und geworben werden. Und die Mitarbeiter in den verschiedenen Holzverarbeitenden Betrieben sind auf sogenannten Plattformen eingeschult in Richtung Kooperationsmöglichkeiten. Ich hatte gestern die Ehre, bei ausländischen Abgeordneten anwesend zu sein anlässlich eines Empfanges von Niederösterreich und habe denen ein bisschen was über unsere Innovationsförderungen - die waren natürlich sehr interessiert, es waren Wirtschaftsabgeordnete zum Teil - erzählt und auch über unsere Cluster. Die waren dann nachher so begeistert, haben gesagt, das ist die große Chance für kleine Länder. Österreich mit jetzt sieben oder acht Millionen Einwohnern ist ein relativ kleines Land. Um sich zu behaupten am gemeinsamen Markt sollten sich die einschlägigen Firmen in den Branchen zusammen tun und nicht jeder vor sich alleine hin arbeiten. Und das war also wirklich eine große Sache. Es geht um das gemeinsame Auftreten nach außen, die Kooperationsmöglichkeiten, die Schulungen und auch die gemeinsamen Informationen, die nicht jeder einzeln sich erarbeiten muss, sondern die hier gemeinsam erarbeitet werden.

Das sogenannte Automotive-Cluster ist sehr erfolgversprechend und ist in Vorbereitung, ist eine Zusammenarbeit und Kooperation mit der Stadt Wien. Und hier dürften sich die Kooperationen auf dieser Ebene besonders vorteilhaft auswirken. Ein weiterer Cluster, geschätzte Damen und Herren, ist bereits auch im Aufbau begriffen, das ist der sogenannte, wenn ich so sage Biomedizin-Cluster in Krems. Hier wird vor Ort an einem Ort demonstriert was möglich ist, wenn vor allem junge Firmen anfangen und starten und durch intensive Kooperation ihr Wissen austauschen. Sie müssen ja nicht alles miteinander besprechen, alles gegenseitig verraten. Aber es sind die Grundtendenzen, durch intensive Kooperationen hier die erfolgreiche Laufbahn zu starten.

Geschätzte Damen und Herren! Sie sehen also, die Zusammenhänge im Wirtschaftsbereich sind sehr vernetzt. Von der Weltwirtschaft nach Niederösterreich. Wir haben hier enge Zusammenhänge. Und ein wichtiges Faktum in der Wirtschaft von Niederösterreich ist der NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds, von dem ich hier berichtet habe. Das Land Niederösterreich trägt mit Landeshauptmann Dr. Pröll und mit unserem Wirtschaftslandesrat Ernest Gabmann einen kräftigen Anteil an einer erfolgreichen Entwicklung der NÖ Wirtschaft. Und gemeinsam mit unserer Wirtschaftskammer und mit den innovativen und erfolgreichen Unternehmen in Niederösterreich und wie gesagt mit unseren fleißigen Dienstnehmern und Arbeitnehmern haben wir hier einen schönen Erfolg eingefahren. Wir nehmen natürlich sehr gerne den Bericht des NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds 2000 zustimmend zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Rupp.

Abg. Rupp (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich berichte ebenfalls zum Jahresbericht 2000 des NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds und zum Wirtschaftsprüfungsbericht der Steuerberatungsgesellschaft sowie zum Rechnungsabschluss 2000.

Die Prüfung ergab, dass sich Rechnungswesen und Rechnungsabschluss den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Der Fonds hat im Berichtsjahr 2000 einen Abgang an Stammvermögen in der Höhe von 56 Millionen Schilling zu verzeichnen. Die Begründung dafür liegt in den Rückgängen im Bereich der Zinserträge in der Höhe von 23 Millionen und der Reduzierung der Erträge aus der EU-Kofinanzierung um 19 Millionen Schilling. Ande-

rerseits stiegen die Aufwendungen aus den Zinsenzuschussaktionen um 20 Millionen. Ebenso erhöhten sich die Ausschüttungen aus Zuschüssen um 40 Millionen. Das Nettostammvermögen, haben wir vom Berichterstatter gehört, beträgt zum Ende des Berichtszeitraumes 779 Millionen Schilling.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit der Gründung und Beschlussfassung des Fonds im Jahre 1984 bin ich von meinem Klub als ordentliches Mitglied delegiert. Und möchte behaupten, dass jede Förderung oder Unterstützung seine Richtigkeit hat. Ich möchte aber ganz kurz auf meinen Vorredner, auf den Abgeordneten Dipl.Ing. Toms eingehen, meine Damen und Herren. Er hat ja genau aufgezeigt, welche wirtschaftliche Entwicklung wir im Jahr 2001 haben. Es wird ein leichter Rückgang zu verzeichnen sein im Wirtschaftswachstum, meine Damen und Herren, aber leider auch ein Anstieg in der Arbeitslosenrate.

Durch den Terrorangriff auf Amerika, meine Damen und Herren, wir hören es ja tagtäglich, wie viele Kündigungen es zum Beispiel bei den Fluggesellschaften gibt. Wir haben gestern zur Kenntnis nehmen müssen, dass bei der Swissair sogar die Flüge eingestellt werden. Und erst heute durch einen Regierungsbeschluss der Schweiz die Flüge im verminderten Maß wieder aufgenommen werden. Ich fürchte persönlich, meine Damen und Herren, dass diese Entwicklung leider, ohne es negativ darzustellen, auch in andere Wirtschaftszweige eingreifen wird. Und so müssen wir uns natürlich auch in unserem Bundesland dagegen sehr, sehr rüsten.

Meine Damen und Herren! Ich habe mir die Aufgabe gestellt und habe mir alle Förderungsmöglichkeiten, die wir im Strukturverbesserungsfonds haben, genauestens angesehen, vom Darlehen über Zinsenzuschüsse, über Prämien und über Haftungen für die gewerbliche Wirtschaft. Und ich bin davon überzeugt, meine Damen und Herren, dass sicherlich auf Grund dieser großartigen Leistungen, die wir geschaffen haben an Förderungen und Darlehen, an Zinsenzuschüssen, es auch möglich war, dass gerade wir in unserem Bundesland oft um einige Zehntel Prozentpunkte gegenüber anderen Bundesländern besser gelegen sind. Und wenn der Landeshauptmann immer sehr gerne sagt, die Top ten-Region, es wäre schön wenn wir sie hätten, wir sind noch weit entfernt, aber ich glaube, alle unsere Anstrengungen so wie wir hier im Landtag vertreten sind, sind natürlich, eine solche Region zu werden.

Ich gestatte mir, Ihnen im Einzelnen diese 22 Förderungsmöglichkeiten jetzt genau kurz aufzu-

zeigen und dann meine Schlüsse daraus zu ziehen. Wir haben einmal die Gemeinsame Kreditaktion, die Landesinvestitionsförderungsdarlehen, die Markterschließung, die BÜRGES-Landesregionalprämie, die Landesinvestitionsförderung-Zinszuschüsse, die NÖ Innovationsförderung-Zinszuschüsse, die Existenzgründung, die Nahversorgung, die Sonderaktion, das NÖ Beteiligungsmodell, das NÖ Startfinanzierungsmodell, die Regionale Innovationsprämie, die Qualitätssicherung/Produktfindung, die Investitionsprämie Wald und Weinviertel, die Landesinvestitionsförderung-Prämien, die NÖ Innovationsförderung-Prämien, die Betriebsansiedlung-Beiträge, das Gründersparen, die Gemeinschaftsinitiativen, die Markterschließung, die Euro-Umstellung, die NÖKBG, Rückbürgschaften, insgesamt, meine sehr verehrten Damen und Herren, 22 Förderungsmöglichkeiten. Ich sage nochmals bitte, die alle ihre Richtigkeit und Notwendigkeit haben um dieses Wirtschaftsergebnis in unserem Bundesland unterstützend für die gewerbliche Wirtschaft zu erreichen.

Ich stelle dazu noch einige Förderungsmöglichkeiten im Bereich der Landwirtschaft, wobei ich aber vorausschicken möchte, dass auch diese Förderungen notwendig sind. Bei großen Unwettern gibt es sofort die Schadenskommissionen in den Gemeinden, die das Schadensausmaß prozentuell feststellen. Und danach werden die Beträge überwiesen. In einer lang anhaltenden Hitzeperiode werden aufgetretene Dürreschäden ausbezahlt. Bei extremen Kälteeinbruch werden in den einzelnen Regionen Frostschäden ausbezahlt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Warum habe ich diese lange Einleitung gemacht, bevor ich zu meinen Überlegungen komme? Sie sehen, dass wir die Wirtschaft stark fördern. Mit Recht, meine Damen und Herren. Sie sehen, dass wir auch die Landwirtschaft stark fördern, wenn Unwetter auftreten, dass nicht der zu Schaden kommt der das ganze Jahr seine Leistung erbringt. Herr Abgeordneter Dipl.Ing. Toms, du hast richtig darauf hingewiesen, dass wir das stärkste Bundesland sind mit der größten Anzahl von unselbstständig erwerbstätigen Arbeitern. Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich erinnern können, die schon länger im Landtag sind, ich habe schon einmal bei einer Budgetdebatte darauf hingewiesen, dass diejenigen, meine Damen und Herren, die die großen Leistungen erarbeiten, die Gruppe der Arbeiter, der Angestellten, somit der unselbstständig Erwerbstätigen von diesen Förderungsmaß durch unser Bundesland ausgeschlossen sind. Und als ich vor einigen Jahren die Frage gestellt habe, meine Damen und Herren, man könnte auch den-

jenigen, der unverschuldet in eine schwierige Situation kommt wo er in Kurzarbeit gehen muss oder zur Teilzeit verurteilt wird - damit er seinen Arbeitsplatz hält wird er jede Situation eingehen -, dass man dem ebenfalls eine Unterstützung gewähren sollte. Und, meine Damen und Herren, jetzt weiß ich schon, liebe Abgeordnete, dass die Antwort der ÖVP vor einigen Jahren war, wir haben ja eine Bundesunterstützung. Da gibt es das AMS und die haben dafür die Beträge zu zahlen wenn wer unverschuldet in eine solche Situation kommt. Ich möchte aber sagen, meine Damen und Herren, die von mir aufgezählten Förderungsmaßnahmen und Unterstützungen im Bereich des Gewerbes, der Landwirtschaft, da sind ja parallel auch immer in den meisten Fällen vom Bund einige Förderungsmaßnahmen zu bekommen. Und ich glaube, dass die Arbeiter, Angestellten, unselbständig Erwerbstätigen sich Hilfe verdienen von ihrem Bundesland, meine Damen und Herren, und ich sage noch einmal, wenn sie unverschuldet in die Situation kommen, und ich habe leider gestern bei meiner Nachbargemeinde, der Stadt Traismauer, in Erfahrung gebracht, dass man in einem großen Metallbetrieb wieder Kurzarbeit überlegt. Und ich bin davon überzeugt, jeder der Mitarbeiter, der betroffen ist, wird diese Entscheidung früher eingehen bevor er sagt, dass er seinen Arbeitsplatz verliert. Eher geht er darauf ein.

Und jetzt ist die konkrete Frage: Wenn wir heute dem Gewerbe jede Unterstützung gewähren, mit Recht, ist es auch für den betroffenen Mitarbeiter von Vorteil wenn er seinen Arbeitsplatz erhält. Aber wenn er in Kurzarbeit gehen muss und in Teilzeit, dann muss uns klar sein, meine Damen und Herren, dass er nur 50 Prozent seines Nettogehaltes bekommt. Und jetzt frage ich auch die Vertreter der Landwirtschaft und des Gewerbes: Ist das so, dass bei einem Unwetter wenn Schäden eintreten und wir richtigerweise fördern, dass der trotzdem um 50 Prozent seines Einkommens weniger hat, meine sehr verehrten Damen und Herren? Ich glaube, da müssten wir uns die Hand auf das Herz geben und sagen, wenn wir immer wieder sagen in der Öffentlichkeit, und ich bin davon überzeugt, auch die meisten von uns meinen es so, Politik mit Herz zu machen, meine Damen und Herren, dann möchte ich jetzt an Sie appellieren, an den Klub der ÖVP, meine Damen und Herren: Wir vom SPÖ-Klub, und ich darf jetzt an 17 Jahre im Landtag zurückdenken, haben niemals irgendeine Förderung, die im Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds notwendig erschienen ist oder in der Landwirtschaft, aus irgendeinem Grund abgelehnt. Dass wir gesagt haben, da sind wir dagegen, bei dieser Förderung gehen wir nicht mit.

Ich würde wirklich an Ihr Gewissen appellieren, meine Damen und Herren. Wenn wir solche Berufsgruppen Gewerbe, Landwirtschaft, ich sage noch einmal, mit Recht fördern, dann würde ich auch bitten, meine Damen und Herren, dass wir von der Sozialdemokratischen Partei in Zukunft, weil es hat vor einigen Jahren geheißen, man sollte solche Förderung langfristig vorbereiten, ich hoffe nicht, dass wir in wirtschaftliche Rezession kommen wie der Abgeordnete Dipl.Ing. Toms gemeint hat. Wir sind Gottseidank nicht so weit. Aber wenn diese Frage kommt von den Sozialdemokraten, meine Damen und Herren, dann würde ich Sie von der Mehrheit des Hauses wirklich bitten, dass sie ebenfalls einmal sagen, für unsere Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, trotzdem sie in die Situation kommen dass sie Bundesgelder bekommen, sprich Kurzarbeiterunterstützung, die nur 50 Prozent des Nettogehaltes ausmacht, dass sie auch dabei sind, dass wir für unsere eigenen Mitarbeiter in unserem Bundesland, für die Arbeiter und Angestellten, für die unselbständig Erwerbstätigen eine Förderung schaffen. Dass die sagen können, von meinem Bundesland habe ich ebenfalls eine Unterstützung bekommen. Diese Bitte hätte ich mit einem herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. Weinzinger (Grüne): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Zuerst zum erfreulicheren der beiden Berichte, dem Tourismusbericht Niederösterreichs. Nicht nur weil er hübscher ausschaut, auch inhaltlich gibt er einiges mehr her. Und zwar in mehrfacher Hinsicht. Erstens einmal, und das haben meine Vorredner zum Teil schon sehr ausführlich behandelt darum streife ich es nur ganz kurz, gibt es insofern ein erfreuliches Ergebnis als Zuwächse im Inlandstourismus zu verzeichnen sind. Allerdings das Minus bei den Auslandstouristen anhält. Ich halte es deswegen für eine schwierige Situation, weil gerade dort, wo wir auch im ausländischen Tourismusbereich Zuwächse hatten wie zum Beispiel den USA mit 16,6 Prozent Plus im Vergleichszeitraum wir sicher mit einem rückläufigen Trend auf Grund der weltpolitischen Lage rechnen müssen. Das heißt, hier wird einiges wegbrechen. Da braucht man keine große Prophetin zu sein um das vorhersagen zu können.

Andererseits aber, und darauf weist uns der Wirtschaftsbericht hin, haben wir im Inland eine Situation zu verzeichnen wo der Konsumbereich rückläufig ist und die Kaufkraft sich abschwächt im

Inland. Das heißt, auch zu befürchten ist, dass die Inlandsgäste zum Teil ausbleiben oder weniger ausgehen werden als bislang. Und wir damit an beiden Standbeinen Probleme bekommen können. Das heißt, die Prognosen für die nächsten Jahre, die nächsten zwei, drei Jahre, sind hier durchaus mit gemischten Gefühlen zu nehmen.

Das, was ich von der Struktur her im Tourismusbereich in Niederösterreich vor allem für ein Problem halte, ist die große Abhängigkeit vom reinen Ausflugs- und Tagestourismus. Der ja auf der einen Seite die größten Belastungen im Vergleich für eine Region bringt, das heißt am invasivsten ist, am deutlichsten spürbar für die einheimische Bevölkerung ist. Wir haben es daher häufig dann mit entsprechendem Verkehrsaufkommen oder den Busladungen an Gästen zu tun. Das heißt, das macht sich am deutlichsten bemerkbar in einem normalen Tagesablauf in einer Region. Anders als Feriengäste, die ein, zwei, drei Wochen vor Ort bleiben und sich ein Stück weit in den Ablauf integrieren. Und auf der anderen Seite steht aber dieser größeren Belastung ein geringerer Umsatz, ein geringerer Profit gegenüber. Logisch, wer nächtigt, wer länger vor Ort bleibt, wer sozusagen auf Dauer einen Urlaub bucht, gibt auch mehr Geld in der Region aus und lässt mehr an Wertschöpfung in der Region und nicht beim jeweiligen Reise- oder Busunternehmen, wie das im Tages- und Ausflugs-tourismus der Fall ist.

Das heißt, wir haben hier in Summe die belastendste und am wenigsten lukrativste Form des Tourismus als Hauptstandbein im NÖ Tourismus. Und das halte ich nicht für der Weisheit letzten Schluss. Hier würde ich dringend anraten, dass man zumindest einen zweiten Strang entwickelt wo man versucht, Gäste auf Dauer, das heißt, auf ein paar Tage, auf eine Woche, auf zwei Wochen im Land zu halten. Und hier eine andere Form des Niederösterreich-Tourismus aufzubauen.

Das heißt allerdings auch, dass man natürlich ein anderes Angebot mit aufbauen muss. Denn das, was man vielleicht in einer Region derzeit an touristischem Angebot hat, reicht vielleicht für den Tagesausflug. Reicht aber nicht unbedingt um auf eine Woche hin ein entsprechend attraktives Angebot den Gästen machen zu können. Also ich würde schon anregen, dass man bei der weiteren Entwicklung im Tourismusbereich diese Angebotspalette mit berücksichtigt.

Beim Stichwort Entwicklung des Tourismusbereiches muss ich als sehr positiv und erfreulich festhalten, dass bei der Lektüre und beim Studium dieses Berichtes auch der Eindruck sich verdichtet,

dass man versucht, mit Sachverstand und geplanten Maßnahmen an die Lösung der vorhandenen Strukturprobleme heranzugehen. Und überdies die Bereitschaft hat, diese geplanten Maßnahmen und Überlegungen auch sehr genau zu dokumentieren und auszuführen. Und zu berichten was man in dem abgelaufenen Jahr getan hat und was die nächsten Schritte sein werden. Das unterscheidet sich ganz wesentlich vom Wirtschaftsbericht. Man müsste ja an den Wirtschaftslandesrat appellieren, sich am Fremdenverkehrslandesrat ein Vorbild zu nehmen was die Berichtslegung angeht, wenn der gute Herr Landesrat dabei nicht schizophoren werden würde. Vielleicht hat er sich der Gefahr entzogen durch Abwesenheit jetzt im Saal.

Was die Maßnahmen im Einzelnen anlangt, die im Fremdenverkehrsbereich gesetzt worden sind, fällt natürlich auf, dass noch ein relativ großer Anteil, der, sagen wir einmal, der internen Struktur-entwicklung da ist, des internen Strukturaufbaus. Naturgemäß sieht man dann noch nicht so viel an konkreten Ergebnissen beim wirklichen Output, bei den wirklichen Nächtigungs- oder Ankunfts-zahlen, wenn man gerade erst dabei ist, Destinationsmanagements zum Beispiel aufzubauen. Und da gibt es einen Punkt, wo ich, ich glaube, das hat der Herr Abgeordnete Keusch gesagt, wo ich ihm doch widersprechen muss. Es gibt schon auch Entwicklungen, da kann das Destinationsmanagement oder der Tourismusapparat noch so gut sein, man kann die Effekte nicht wett machen. Wenn das Image Österreichs durch eine blau-schwarze Bundesregierung beschädigt wurde international - ob zu Recht oder Unrecht diskutiere ich gar nicht, ich sage nur, das Image hat gelitten -, dann kann man natürlich das mit dem reinen Destinationsmanagement nicht auffangen. Das ist klar, dass man dann zum Beispiel bei Gästen aus Belgien oder Deutschland vielleicht rückläufige Zahlen verzeichnen muss ohne dass man heimisch sofort und rasch gegensteuern kann. Genauso wird man jetzt auch, wenn es zu der befürchteten Rezession im Fremdenverkehrsbereich international kommt, nicht nur in Österreich, auf Grund der weltpolitischen Probleme mit denen wir konfrontiert sind, wird man das ebenfalls nicht durch verbessertes Marketing alleine in Niederösterreich wieder auffangen können. Das heißt, hier gibt es auch Rahmenbedingungen, die man der Tourismusabteilung nicht zum Vorwurf machen kann.

Einige der Maßnahmen greifen ja relativ gut. Was weiß ich, ich nenne die Beispiele Wirtshauskultur oder die Qualitätsoffensiven in den verschiedenen Bereichen. Bei anderen Maßnahmen ist das vielleicht doch noch ein bisschen fraglich oder vielleicht noch ein Überhang zur falschen Seite.

Zum Beispiel ist ja auffällig, dass zur Zeit 87 Prozent der Gäste in Niederösterreich ohne Kinder anreisen. Und ich weiß nicht, ob jetzt die Strategie, wenn ich das jetzt einmal interpretiere, dass es Strategie ist mit dem Naturpark Vermarkten im Bereich des Tourismus, insbesondere an Schulklassen, das wieder wettmachen kann. Ich nehme ja an, man ist interessiert, auch Kinder und Jugendliche verstärkt als Gäste nach Niederösterreich zu bekommen um hier schon früh eine Art „Markenbindung“ zu erreichen und vielleicht hier Touristen für die Zukunft schon zu gewinnen. Ob das nur über den Schulausflugstourismus mit den Naturparken funktioniert halte ich für ein bisschen fragwürdig.

Dem zweiten Bereich, dem ich zwar inhaltlich zustimme, nämlich dem Ausbau des Radwegenetzes in Niederösterreich und der Positionierung des Landes Niederösterreich als Fahrradland, als Radfahrerland, ist natürlich entgegenzuhalten, dass genau dieser Ausbau des Radwegenetzes und der Infrastruktur drum herum, die es braucht, an manchen Stellen mehr als lückenhaft ist. Und dass man sich das schon einmal genau anschauen muss. Nicht nur, gibt es irgendeine Art und Weise wie man halt die Radfahrer auch über die Straße kriegt, sondern ist das auch ohne unangenehme Begleiterscheinungen oder Gefährdungen für diese Radfahrer auf dieser Strecke möglich? Ich sage so Radwanderweg Donau, Wachaugebiet.

Ein dritter Bereich, nur als Beispiel, wo ich denke, man sollte auch zurückhaltend sein, falsche Erwartungen zu wecken, bevor noch das Angebot steht, ist die Pferderegion Niederösterreich. Das Pferdeland Niederösterreich jetzt groß zu bewerben und groß anzukündigen hielte ich für verfrüht, weil das Angebot in keiner Weise mit den Ankündigungen Schritt halten kann zur Zeit. Schon gar nicht wenn man einfach qua Dekret eine ganze Region wie das Waldviertel zur Pferderegion erklärt, aber de facto nichts an Infrastruktur da ist und noch nicht einmal ein wirklich funktionierendes oder beschilbertes Reitwegenetz sichergestellt ist. Also Vorsicht vor dem Wecken von falschen Erwartungen, die dann im Frust der Gäste enden.

Und letzter Punkt bei diesem kleinen Bereich oder bei den Details. In der Vermarktung und im Marketing wurden einige Maßnahmen gesetzt, die durchaus sinnvoll und produktiv erscheinen. In Frage stellen möchte ich doch die großen Ausgaben für die Gästezeitung, die produziert wird in sehr großer Auflage. Und die in Wirklichkeit nicht wirklich zielgruppengerecht eingesetzt sondern breit gestreut wird. Da mach' ich mir ein kleines Fragezeichen dazu und würde irgendwie ersuchen das noch

einmal zu überprüfen. Und vielleicht zu evaluieren welche Effekte diesen Ausgaben wirklich gegenüber stehen.

Ein Punkt, der verwunderlich erscheint, ist, dass ein Bereich fehlt, der in der Tourismusentwicklung eigentlich einen ziemlichen Stellenwert haben sollte. Das ist der Wienerwald. Der Wienerwald als Erholungsgebiet, als Naturressource, die ja im Leitbild an sich enthalten ist. Wo es jetzt auch Vorschläge gibt, den Wienerwald als Nationalpark vielleicht zu verankern oder sonst besseren Schutz zu erreichen. In jedem Fall denke ich, dass gerade wenn man als Speerspitze der touristischen Entwicklung den Donauraum entwickeln will - und die Donau ist ja noch immer sehr stark mit Wien assoziiert - man die Region Wienerwald als solche sich auch noch einmal genauer anschauen sollte. Und hier den Naturbezug und das Leitbild auch auf die Wienerwaldregion anzuwenden. So viel einmal zum Tourismusbericht.

Ich darf auch noch zum Resolutionsantrag des Abgeordneten Keusch kommen. Wir werden diesem Resolutionsantrag leider nicht zustimmen können, weil wir zwar der Problemanalyse zustimmen dass viele kleinere Tourismusunternehmen eine zu dünne Kapitaldecke haben, aber nicht sehen wie eine zusätzliche Verwaltungsstruktur auf Landesebene dem wirklich Abhilfe schaffen kann. Ich glaube, da gäbe es andere oder geeignetere Wege dazu. Und man muss auch überlegen, in welchen Bereichen will man ein Angebot entwickeln, will man Betriebe haben und in welchen wird es nicht leistbar sein. Das, was bei der größten Sympathie auch für viele kleinere Unternehmen, die zur Zeit extrem kämpfen, nicht funktionieren kann, ist, dass man sagt, ein Unternehmen, das sich nicht rechnen kann wird vom Land subventioniert damit es sich rechnet, auch wenn es keine Chance hat. (*Unruhe bei Abg. Keusch.*)

Vielleicht habe ich Sie falsch verstanden. Aber ich denke, man muss so weit marktkonform sein, dass zwar eine Starthilfe gegeben wird, aber natürlich die Tragfähigkeit und die touristische Überlebenschance eines Betriebes gegeben ist. Also in dieser Form müssen wir diesem Antrag leider die Zustimmung verweigern.

Ich komm' damit zum Wirtschaftsbericht, der ja ehrlich gestanden dem Namen Bericht nicht gerecht wird. Das ist ein kurzer, allgemeiner Teil über die Wirtschaftslage Niederösterreichs, auf die ich eingehen werde, und eine Auflistung von völlig aussagelosen Zahlen. Aus dieser Liste lässt sich praktisch nicht herauslesen, welche Maßnahmen hat man im letzten abgelaufenen Jahr wirklich gesetzt, mit welchen Zielsetzungen, mit welchen För-

dermitteln, mit welchen Erfolgen oder auch Nicht-Erfolgen. Auf diese Art und Weise kann man viele Seiten füllen mit Scheinangaben, die nichts aussagen. Wir werden auch aus diesem Grund dem Bericht nicht zustimmen, weil ich diese Praxis für nicht mehr tragbar halte, dem Landtag einen Bericht vorzulegen, der über die wirkliche Tätigkeit des Wirtschaftsförderungsfonds keine Angaben liefert. Daher kann ich über die Tätigkeit des Förderungsfonds inhaltlicher Art nicht sehr viel sagen und werde mich daher auf die wirtschaftliche Lage in Niederösterreich mit einigen Anmerkungen konzentrieren. Wozu der Bericht ja in seinen ersten vier, fünf Seiten auch Angaben trifft.

Der erste größere Punkt, der genannt wird, ist die im Bericht genannte erfreuliche Entwicklung im Bereich der Arbeitslosigkeit, die deutlich abgenommen habe. Ich sage das deswegen in einschränkender Form, weil das natürlich nicht das echte Bild widerspiegelt. Die Zahlen und Angaben, die wir hier vorfinden als Rückläufigkeit der Arbeitslosigkeit berücksichtigen nicht, wie groß der echte Rückgang der Arbeitslosigkeit ist. Nämlich jener Bereich, wo Arbeitslose wieder einen Job gefunden haben. Weil wir ja die andere Entwicklung haben dass auf Grund der Politik der Bundesregierung viele Leute einfach aus der Arbeitslosenstatistik 'rausgedrängt worden sind. Strengere Zugangsbestimmungen, die diversen Bildungsmaßnahmen, statistische Bereinigung. Das heißt, wir haben auch einen gewissen Anteil an Personen, die nicht mehr als arbeitslos geführt werden, aber deswegen noch lange keinen Job haben. Sondern halt keine Arbeitslosenstatistiknennung mehr erreichen. Das heißt, der echte Rückgang der Arbeitslosigkeit ist geringer als hier angeführt.

Das, was zur Wirtschaftsentwicklung in punkto Arbeitskräfte jedenfalls ein Thema sein muss, auch wenn es noch nicht genannt wurde, ist der im Sommer heiß diskutierte Bedarf an ausländischen Fachkräften in bestimmten Branchen. Wo es ja aus parteipolitischem Kalkül heraus den lauten Aufschrei gibt, man möge lieber jetzt 20 Jahre lang die Volksschüler von heute ausbilden zu IT-Spezialisten bevor man vielleicht fünf oder zehn oder zwanzig von denen aus Tschechien oder sonstwo her ins Land lässt. Beschämend vor diesem Hintergrund jetzt auch der Abschluss des sogenannten Integrationsvertrages, bei dem sich wieder einmal herausgestellt hat, wie standfest die ÖVP eben nicht ist. Und was der Herr Klubobmann Khol im Parlament jetzt sogar dem Innenminister Dr. Strasser ausrichtet hat ja fast schon die Qualität seiner Einschätzung des Kollegen Dirnberger, wenn er sagt, das ist voll und ganz die ÖVP-Linie, die sich hier durchgesetzt hat beim Integrationsver-

trag. Ich kann verstehen, dass Minister Dr. Strasser dazu keine Stellungnahme abgibt.

Jedenfalls denke ich, dass eine Wirtschaftsan-kurbelung und ein Entwicklungsbereich, der im IT-Bereich ja gegeben ist und wo ja die Wirtschaft nicht umsonst nach Arbeitskräften ruft, nicht auskommen wird ohne diese Fachkräfte. Wenn man sie nicht ins Land lässt, beschädigt man diesen boomenden Wirtschaftsbereich.

Die Wirtschaftsentwicklung, die zu Recht als dynamisch bezeichnet wurde, auch von Vorrednern, muss – das muss man dazu sagen – gesehen werden vor dem Hintergrund, dass das nicht eine hausgemachte Dynamik ist. Sondern eine Dynamik, die sich – und das sagt der Bericht hier ganz eindeutig -, aus dem EU-Beitritt und aus der Ostöffnung ergeben hat. Das heißt aus der geographischen Lage Niederösterreichs und der sozusagen zeitgeschichtlichen Gunstlage, nicht unbedingt jetzt als Produkt der Wirtschaftsförderungspolitik im Land, die nach wie vor eher mit der Gießkanne und ohne großes Konzept zu agieren scheint.

Desgleichen, so wie diese dynamische Entwicklung nicht aus eigener Kraft erreicht wurde ist zu befürchten, dass wir mit der jetzt kommenden Konjunkturabschwächung, wenn nicht sogar mit einer veritablen Rezession natürlich mit neuen Schwierigkeiten zu kämpfen haben werden.

Die Konjunkturabschwächung prognostiziert der Bericht selbst schon, noch in Unkenntnis dessen was in den letzten Wochen natürlich weltweit sich getan hat, und der Prognosen, die ja inzwischen alle wieder nach unten revidiert worden sind. Das heißt, die Zuversicht, dass wir im Jahre 2003 ein Wachstum von 2 Prozent haben werden, wenn ich die Zahl jetzt richtig im Ohr habe vom Kollegen Dipl.Ing. Toms, diese Zuversicht teile ich nicht. Und ich teile auch nicht die Einschätzung dass es besonders klug ist, angesichts dieser Konjunkturabschwächungen mit Krampf an einem Nulldefizit-Ziel festzuhalten. Das ist öffentliches Sparen als künftige weitere Dämpfung einer Konjunktur, die es eh schon grad nicht so einfach hat. Man könnte auch intelligenter Wirtschaftspolitik und Budgetsanierung betreiben! *(Beifall bei den Grünen.)*

Noch einmal kurz zu den wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Niederösterreich. Da kann man fast ja nur Kaffeesudleserei betreiben, weil der Bericht dazu nichts sagt. Von dem was durchzustudieren ist quer durch die tabellarischen Auflistungen lässt sich nicht feststellen, dass es irgendeinen klaren Schwerpunkt oder einen Fokus gegeben hätte. Das heißt, wir haben Förderungen ohne Fokus. Wir

haben im Wesentlichen auch Förderungen ohne große ablesbare Effekte. Wenn ich mir nur anschau, dass wir diesen stereotypen Ansatz der Nahversorgung fort und fort und fort haben, schon seit Jahren, aber ich habe nicht das Gefühl, dass die Situation der Nahversorgung in Niederösterreich sich auch nur annähernd verbessert hätte – ganz im Gegenteil! Hier haben wir einen ungebremst negativen Trend, außer bei der Ansiedlung von neuen Einkaufszentren. Und auch die Orientierung der Wirtschaftspolitik ist damit nicht unbedingt eine klar ablesbare. Jedenfalls kann ich nicht ablesen, dass hier Zukunftsbereiche gesichert würden für Niederösterreich. Ich nenne einen einzigen Bereich, weil er aktuell ist, und ich würde es dann beim Energiebericht mir sparen, das noch einmal auszuführen.

Ich kenne einige Unternehmen, die zur Zeit in der Windenergiebranche tätig sind - ein boomender Markt -, die unglaubliche Umsatzzuwächse haben, heimische, kleine und mittelständische Betriebe. Neugründungen zum größten Teil, die seit 5, 10 Jahren vielleicht bestehen. Und mehrere von denen bereiten zur Zeit ihre Abwanderung nach Deutschland vor, weil die Produktionsbedingungen für erneuerbare Energie in Niederösterreich derart restriktiv und ungünstig gehandhabt werden. Das heißt, hier behindert man nicht nur eine ökologisch sinnvolle Maßnahme, hier vertreibt man de facto Jungunternehmer und eine Zukunftsbranche aus dem Land und vernichtet Arbeitsplätze. Das ist wirklich kurzsichtig. *(Beifall bei den Grünen.)*

Stichwort Jungunternehmer noch. Die Behinderungen gibt's ja auch alteingesessen, deren Name heißt dann Gewerbeordnung. Und nur der Vollständigkeit halber an meine Vorredner noch gerichtet, wenn man die vielen neuen Unternehmen und Unternehmensgründungen nennt, sollte man fairerweise auch dazu sagen, wie viele dieser zum Teil ja auch in die Selbständigkeit gedrängten Unternehmer und dieser Einzel- oder zwei bis drei Personen-Betriebe auch wieder zusperren. Immer nur die neu eröffneten zu zählen verfälscht die Statistik in dem Bereich eindeutig.

In Summe, wie der Herr Abgeordnete Dkfm. Rambossek das formulieren würde, ein großer Tadel für den Wirtschaftsbericht, zum Teil auch für die Wirtschaftspolitik. Ich glaube, hier kommen schwierige Zeiten auf uns zu, denen mit dieser Art der Politik, wie man sie ablesen kann aus dem Bericht, nicht begegnet werden kann. Im Übrigen bin ich der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratie-reform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei den Grünen.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Hrubesch.

Abg. Hrubesch (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Aufgabe des Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds ist es, die Förderaktionen für die gewerbliche Wirtschaft durchzuführen. Speziell im Jahr 2000 musste die Finalisierung der 1999 ausgelaufenen EU-Programme wie das Ziel 2-Programm, das Ziel 5b-Programm sowie RETEX, RESIDER, KMU abgeschlossen werden. Gleichzeitig musste das neue Ziel 2-Programm für Niederösterreich bei der Europäischen Kommission zur Genehmigung eingereicht werden. Diese erfolgte im April 2000.

Am 16. März 2001 genehmigte nun die Europäische Kommission das einheitliche Programmplanungsdocument 2000 bis 2006, welches ja für das Land Niederösterreich nun in den nächsten sechs Jahren von großer Bedeutung sein wird. Die Ergänzung zur Programmplanung wurde am 8. Mai 2001 vom zuständigen Begleitausschuss beschlossen. Hier gibt es ja diese zwei einheitlichen Programmplanungsdocumente (*zeigt Broschüren*) sowie die Ergänzungen, die ja sehr aufschlussreich über die zukünftige Entwicklung in Niederösterreich aussagen.

Nun, meine Damen und Herren, zum Jahresbericht 2000 kommend möchte ich folgendes feststellen: Interessant war: Im Jahr 2000 waren am niederösterreichischen Arbeitsmarkt durchschnittlich 526.000 Personen unselbständig beschäftigt. Das hat ja auch der Herr Abgeordnete Dipl.Ing. Toms erwähnt. Das bedeutet ein Plus von knapp 5.000 Beschäftigten oder 1 Prozent mehr als 1999. Hier ist selbstverständlich das rege Wirtschaftswachstum zu nennen, das sich im Jahre 2000 in einem deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit niederschlug. Insgesamt war die Arbeitslosigkeit in allen Berufsgruppen rückläufig. Das ist interessant nachzulesen. Was mich besonders erfreut: Selbst die Langzeitarbeitslosigkeit konnte gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 35 Prozent reduziert werden. Das heißt, die Arbeitslosigkeit der über 50-Jährigen wurde um 15 Prozent gesenkt.

International ist die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen in Österreich eher gering, doch bedarf es hier meiner Meinung nach verstärkter Anstrengungen damit unsere Jugendlichen raschest in den Arbeitsprozess eingegliedert werden können. Wie schon gesagt, die wirtschaftliche Entwicklung fiel für Niederösterreich im Jahr 2000 recht positiv aus. Und wir sprechen ja jetzt über das Jahr 2000 und

nicht über 2001 und was im Jahr 2002 sein wird. Unser Bericht betrifft ja das Jahr 2000.

Und hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss man sagen, profitierte am stärksten die Region des Wiener Umlandes. Hier konnten stark wachsende Unternehmen, die in Wien noch ihre Firmensitze haben, nach Niederösterreich abgesiedelt werden. Wir stellen fest, dass doch noch günstigere Bodenpreise angeboten wurden als in Wien. Mit 2,7 Prozent Wachstum trug der private Konsum im Jahr 2000 deutlich zum Aufschwung der Konjunktur bei.

Meine Damen und Herren! Die neue Programmperiode begann sozusagen mit 1. Jänner 2000. Und hier ergeben sich nun folgende Änderungen gegenüber der Periode 1995 bis 1999. Erstens erfolgte einmal die Reduktion der Programme mit der Wirkung, dass die Ziel 2- und 5b-Programme zu einem einzigen Programm zusammengefasst wurden. Gleichzeitig sind Gemeinschaftsinitiativen wie RETEX, RESIDER und KMU weggefallen. Zweitens, was interessant ist, in der Abwicklung wird es nun für jede Maßnahme eine verantwortliche Förderstelle geben. Drittens, und hier wird für die Förderung rasch reagiert werden, wird es einen sogenannten Begleitausschuss geben, der damit aufgewertet wurde. Und viertens, auch eine interessante Sache für die Wirtschaft, die Auszahlung der EU-Mittel erfolgt nicht mehr wie bisher durch die Förderstellen, sondern es wird eine eigene Zahlstelle, die beim ERP-Fonds angesiedelt ist, diese Förderungen ausbezahlen.

Meine Damen und Herren! Für Niederösterreich bedeutet das, dass für die gesamte Programmperiode in Niederösterreich insgesamt 177 Millionen Euro, das sind knapp 2,5 Milliarden Schilling an EFRE-Mitteln zur Verfügung stehen.

Eine Gegenüberstellung der bewilligten Beiträge für die Jahre 1999 und 2000 zeigt folgende Entwicklung auf. Hier zusammengefasst ein paar Zahlen: Für Darlehen, darunter fallen die gemeinsamen Kreditaktionen, Landesinvestitionsförderungen, Markterschließungen usw., gab es im Jahr 1999 insgesamt ein Investitionsvolumen von 220 Millionen Schilling. Im Jahr 2000 wurde ein Betrag von 219 Millionen Schilling aufgewendet. Für Zinszuschüsse sind hier zu nennen die BÜRGES Landes-Regionalprämien, Landesinvestitionsförderungs-zinszuschüsse, Existenzgründungen, Nahversorgung, Sonderaktionen, das NÖ Beteiligungsmodell. Hier gab es den stärksten Rückgang von insgesamt 800 Millionen Schilling an bewilligten Förderungen. Im Jahr 1999 wurden knapp 2 Milliarden Schilling bewilligt gegenüber dem Jahr 2000

mit 1,2 Milliarden Schilling. Ist aber erklärbar, weil die Europäische Kommission, das muss man fairerweise dazu sagen, die Mittel erst im März 2001 bewilligt hat. An Prämien wurden 1999 insgesamt 211 Millionen bewilligt und im Jahr 2000 lediglich 74 Millionen. Jetzt bin ich bald fertig mit den Zahlen. Für Haftungen, das sind die Rückbürgschaften und Haftungsübernahmen, erhöhte sich der Anteil von 23 Millionen auf 49 Millionen im Jahr 2000. Insgesamt, meine sehr geehrten Damen und Herren, wurden laut Jahresbericht 2.607 Anträge bewilligt mit einer Summe von 1.578.000.000,- Schilling. Hier, Frau Abgeordnete Mag. Weininger, muss man schon dazu sagen, wenn man den Bericht studiert, ist schon im Detail ganz genau aufgelistet welche Förderungen wo hingegangen sind.

Zum weiteren Förderungsbewilligungsverfahren kann ich mitteilen, meine Damen und Herren, in knapp drei Monaten wird das Euro-Bargeld gesetzliches Zahlungsmittel. Deshalb war es besonders wichtig, dass das Land gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Niederösterreich seine Euro-Umstellungsaktion startete. Im Jahr 1999 wurde diese Aktion noch nicht so stark angenommen. Damals sind insgesamt 14 Anträge gestellt worden mit einem Fördervolumen von 246.000,- Schilling, das ausbezahlt wurde. Im vergangenen Jahr - erfreulicherweise haben wir ja einen Resolutionsantrag beschlossen, der diese Aktion noch verstärken sollte - im vergangenen Jahr also wurde diese Euro-Umstellungs-Förderaktion von mehr als 700 Unternehmen genutzt. Und das Land Niederösterreich zahlte zusammen mit der Wirtschaftskammer weit mehr als 11 Millionen Schilling für die Euro-Umstellungs-Förderaktion aus. Die höchstmögliche Prämie betrug pro Betrieb maximal 30.000,- Schilling. Ich glaube, dass diese Aktion von den niederösterreichischen Kleinunternehmen sehr gut genutzt wurde.

Zur Volkszählung ist ja heute auch schon einiges gesagt worden. Hierbei fällt speziell auf, dass in der Grenzregion und zwar in den Bezirken Gmünd, Waidhofen a.d. Thaya und Zwettl die Abwanderung neuerlich zugenommen hat. Hier ist nun die Politik und ist der Förderungsfonds gefordert. Ziel muss es hier sein, in den Bezirken die Arbeitslosigkeit sowie die Abwanderung zu stoppen. Denn gerade in dieser Region sind die einheimischen Betriebe mit einem enormen Lohn- und Preisgefälle gegenüber Tschechien und der Slowakei konfrontiert. Wir brauchen über die Kaufkraftabflüsse bzw. über die Produktionsverlagerungen hier nicht zu debattieren. Verstärkt sollte deshalb, und hier die Anregung auch für den Förderungsfonds, das Programmplanungsdokument in Angriff genommen werden. Und diese Förderung Programmplanungsdokumente,

die ja auf sechs Jahre ausgerichtet sind, wäre jetzt vielleicht schon ein bisschen konzentrierter zu forcieren.

Zum Schluss kommend, meine Damen und Herren: Die Prüfung des NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds zeigt keine Mängel auf. Die Freiheitliche Fraktion wird daher den Jahresbericht 2000 sowie den Bericht über die Prüfung zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Als nächster Redner ist Herr Abgeordneter Sacher zu Wort gemeldet.

Abg. Sacher (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Landtages!

Ich darf es dieses Mal sehr kurz machen. Ich möchte im Zusammenhang mit dem Tourismusbericht auf ein Spezialproblem eingehen, das sich in den Gemeinden des Donau-Tales ergibt. Im Zusammenhang mit der Verleihung des Welterbediploms ist ja das auch über die Medien landesweit bekannt geworden dass einige Wachau-Gemeinden große Probleme haben mit der Kabinenschiffahrt, mit der Hotelschiffahrt. Dass die durch eine große Zahl von Touristen dieser Tourismustype überrannt werden. Im Speziellen ist es zum Beispiel ein Anliegen der kleinen Stadt Dürnstein, die ja selbst im Kern von Dürnstein nur 450 Einwohner hat wobei aber über eineinhalb Millionen Touristen pro Jahr durch dieses kleine Altstädtchen von Dürnstein geschleust werden. Die bringen natürlich eine große Belastung insofern als sich die Stadt ja sehr viel an Betreuung der Lände, Betreuung des Umfeldes leisten muss, dass sie Personal einsetzen muss um die Reinigung durchzuführen. Andererseits sich darüber beklagt, dass sozusagen nichts oder zu wenig abfällt. Und die Bevölkerung nicht zuletzt auch durch dieses Überrolltwerden an Lebensqualität verliert. Mittlerweile gibt es auch andere Wachau-Gemeinden, zum Beispiel gegenüber von Dürnstein Rossatz, das mit einstimmigem Gemeinderatsbeschluss die Errichtung einer Schiffsanlegestelle für die Kabinenschiffahrt abgelehnt hat, weil sie nicht auch so wie die gegenüberliegende Stadt Dürnstein überrollt werden will.

Andererseits ist der Tourismus lebensnotwendig für diese Strecke der Donau. Und daher wäre es sinnvoll, wenn man die Gemeinden finanziell an den Erträgen dieser Schiffahrt auch teilhaben ließe. Und zwar dadurch, dass man bei den zu erzielenden Einnahmen aus den Länderechten, aus den Ländergebühren teilweise die Gemeinden auch

mit bedient und den Gemeinden Einnahmen zukommen lässt. Ich möchte daher dieses Problem im Zuge eines Resolutionsantrages hier aufzeigen und den Antrag einbringen *(liest:)*

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Sacher und Keusch zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Fremdenverkehrsförderungs-fonds – Jahresbericht 2000, Ltg. Zl. 804/B-13/3, betreffend Beteiligung der Anrainergemeinden an dem Nutzungsentgelt für die Personenschiffahrtsländen.

Das Land Niederösterreich hat im Jahre 1999 von der Ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft AG 18 in Niederösterreich gelegene Personenschiffahrtsanlegestellen und von der Republik Österreich die dazu gehörigen Grundflächen erworben. In der Folge wurde die Donauschiffsstationen GesmbH gegründet, an der das Land zu 49 % beteiligt ist. Die von der DDSG erworbenen Anlegestellen wurden an die Donauschiffsstationen GesmbH verpachtet. Diese GesmbH schließt mit den auf der Donau verkehrenden Schiffahrtsunternehmen Nutzungsverträge für die Personenschiffahrtsländen ab und lukriert daraus beträchtliche Einnahmen. Allerdings handelt es sich bei den anlegenden Schiffen meist um Hotelschiffe, die ihre Gäste zur Gänze an Bord verpflegen, so dass bei Landgängen der Passagiere in den Anrainergemeinden kaum Konsumationen getätigt werden. Dies führt bei den Gemeinden, die über Schiffsanlegestellen verfügen, zur Unzufriedenheit und teils heftigen Protesten, da sie zwar beträchtliche finanzielle Aufwendungen für Reinhaltungs-, Entsorgungs- und Pflegemaßnahmen in ihrem Gemeindegebiet haben, im Gegenzug jedoch aus den Besuchen der Schiffspassagiere keine Einnahmen lukrieren können. Es scheint daher bei der allgemein angespannten finanziellen Lage der Gemeinden gerechtfertigt, dass die Anrainergemeinden von Personenschiffahrtsanlegestellen an den Einnahmen der Donauschiffsstationen GesmbH aus den Anlegegebühren beteiligt werden.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen ihrer Beteiligung an der Donauschiffsstationen GesmbH darauf zu drängen, dass im Sinne der Antragsbegründung die Anrainergemeinden von Personenschiffahrtsanlegestellen anteilmäßig an den Einnahmen aus den Anlegegebühren beteiligt werden.“

Ich darf das noch insoferne hier erläutern als ich noch in Erinnerung rufen möchte, dass wir 1999 von der damaligen DDSG 18 in Niederösterreich gelegene Personenschiffsanlegestellen und die dazugehörigen Grundflächen erworben haben, eine Gesellschaft gegründet haben an der das Land mit 49 Prozent beteiligt ist. Und im Rahmen dieser Beteiligung erscheint es mir für das Land möglich, sich dafür einzusetzen, dass die Wachau-Gemeinden - nicht nur die Wachau-Gemeinden, sondern alle Gemeinden, die über Schiffsanlegestellen verfügen - an den Einnahmen beteiligt werden um sich für den Tourismus auch entsprechend rüsten zu und das Umfeld entsprechend gestalten zu können. Ich bitte Sie, diesem Resolutionsantrag Ihre Zustimmung zu erteilen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Hinterholzer.

Abg. Hinterholzer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Auch wenn es in den Reden meiner Vorredner manchmal geklungen hat als würden unsere Wirtschaftsdaten nicht gut sein, sie sind gut! Sie sind gut im internationalen Vergleich und sie sind gut im nationalen Vergleich. Aber nicht nur die niederösterreichische Wirtschaft im Allgemeinen, ich glaube auch die NÖ Tourismuswirtschaft hat sich in den letzten Jahren erfolgreich weiter entwickelt. Seit 1994, das war das Jahr in dem der Turn around erreicht worden ist, seither gibt es keine Berg- und Talfahrt, Herr Kollege Keusch, seit dem geht es stetig bergauf. Und ich glaube, dass die Tourismuswirtschaft damit ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Niederösterreich geworden ist. Und wir hoffen, dass die Bedeutung auch weiterhin noch zunehmen wird. Wenn der Kollege Dkfm. Rambossek es bedauert, dass der Herr Abgeordnete Breiningner heuer nicht die sehr positiven Zahlen des NÖ Tourismus bringen darf, dann darf ich das heuer an seiner Stelle tun.

Immerhin beträgt der Anteil der Tourismus- und Freizeitwirtschaft am NÖ Bruttoregionalprodukt mittlerweile 6 Prozent. Das sind zwischen 40 und 50 Milliarden Schilling, die im Tourismus und in der Freizeitwirtschaft in Niederösterreich umgesetzt werden und sechs Milliarden allein davon im Nächtigungstourismus. Es sind in etwa 32.000 Vollarbeitsplätze, die in Niederösterreich allein durch diesen Sektor abgesichert werden. Und die Steuer- und Abgabenleistung aus diesem Bereich belaufen sich auf zwei bis drei Milliarden Schilling, die hier auch im Land bleiben, die Steueraufkommen aus den Investitionen sind noch ein Vielfaches davon.

Damit das weite Land auch auf Erfolgskurs bleibt und die Marktposition weiter ausbauen kann, müssen wir natürlich an Produktentwicklung und Qualitätssteigerung noch weiterhin konsequent arbeiten.

Verbesserungen sind auf betrieblicher Ebene, aber ebenso im Bereich der Angebotsentwicklung, im Bereich der Infrastruktur notwendig. Für Niederösterreich ergeben sich vor allem auch durch die zentrale Lage inmitten eines entwicklungsstarken Wirtschaftsraumes viele Möglichkeiten, auch im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union.

Ich darf gleich eingehen auf den Resolutionsantrag des Kollegen Keusch in dem er eine Tourismus ECO-PLUS fordert. Du bist schon wesentlich länger als ich Aufsichtsratsmitglied in der ECO-PLUS und müsstest eigentlich sehr genau wissen, welche bedeutenden Tourismusprojekte gerade in der letzten Zeit, ich nenne das Dungal-Zentrum, ich nenne die Radwegenetze, ich denke in der letzten Aufsichtsratssitzung an das Hotel Semmering, ich denke an die Therme Laa, diese Leitprojekte von Niederösterreich sind durch die ECO-PLUS maßgeblich mit gefördert worden. Und die ECO-PLUS hat sich natürlich auch beteiligt was die Angebotsentwicklung, was die Aufbereitung dieser Projekte betroffen hat. Zusätzlich die Niederösterreich Werbung, die im Rahmen ihrer Aktion INCENTIVE 2000 Experten zur Verfügung stellt wenn es um die Aufbereitung der Angebote geht. In einem kann ich dir absolut nicht zustimmen: Wenn du meinst, die betriebliche Angebotsentwicklung sollte mehr durch Außenstehende, eine „ECO-PLUS für Tourismus“ organisiert werden. Ich habe eine völlige andere Ansicht von Förderungen. Denn ich meine, Förderungen sind Hilfe zur Selbsthilfe. Und es liegt beim Betrieb, die entsprechenden Angebotsentwicklungen zu überlegen. Die Politik hat die Initiativen vor Ort zu unterstützen, zu animieren und dem Leitbild entsprechend dann die Betriebe zu fördern. Die Wirtschaftlichkeit muss man dabei immer im Auge behalten. Sie muss zumindest mittelfristig gegeben sein.

Meine Damen und Herren! Bei einer optimalen Ausnutzung aller vorhandenen Ressourcen, ich denke an die intakten natürlichen Lebensräume, einer Vielzahl von kulturellen und landschaftlichen Besonderheiten kann die Wertschöpfung im Tourismus sicherlich noch weiter zunehmen. Ich meine, zwei Bereiche erscheinen als besonders zukunfts-trächtig. Zum Einen die Entwicklung hin zum Qualitätstourismus. Es waren im letzten Jahr die Fünf- und Viersternbetriebe, die ein Nächtigungsplus von 1,6 Prozent verzeichnen konnten. Die Dreisternbe-

triebe noch ein Plus von 1,8 Prozent. Wogegen gerade die Zwei- und Einsternbetriebe starke Rückgänge verzeichnen mussten.

Gut entwickelt hat sich auch das Segment Urlaub am Bauernhof mit vier Prozent bei den Nächtigungen, sogar 9,4 Prozent bei den Ankünften. Die erfreuliche Zunahme der Gästezahlen wurde genannt mit 2,3 Prozent. Sie war vor allem von einer guten Inlandsnachfrage gekennzeichnet. Es ist kein niederösterreichisches Phänomen, sondern ich glaube durchaus ein österreichisches Phänomen, denn auch der Österreich Tourismus war durch eine verstärkte Inlandsnachfrage geprägt.

Niederösterreich liegt mit der Nächtigungssteigerung von 1,1 Prozent im Jahr 2000 etwas über dem Österreich Schnitt. Die Entwicklung war anfangs ja recht vielversprechend und ist dann erst gegen Jahresende durch die schlechte Schneelage etwas ins Stocken geraten. Ich glaube, der Ausflugstourismus ist ebenfalls eine Säule, die noch weiter entwickelt werden kann. Niederösterreich hat sich als das klassische Ausflugsland schlechthin entwickelt und hat sich als solches profiliert. Und ich glaube, es macht keinen Sinn, hier weiter mit traditionellen Fremdenverkehrsregionen in Konkurrenz zu treten, zumal auch im Gegensatz zu Salzburg oder Tirol die Möglichkeiten im Wintertourismus weit nicht in dieser Form eben in der Natur vorhanden sind. Wir haben aber auch im Sommertourismus mit den großen Seen wie eben in Kärnten vorhanden, nicht in Konkurrenz treten können.

Interessant, meine ich, war auch die Gästebefragung im Jahr 2000, die ergeben hat, dass 61 Prozent aller Gäste zu einem Erholungsurlaub nach Niederösterreich kommen. 22 Prozent wollen einen Wanderurlaub erleben, 19 Prozent haben einen Kultururlaub als Reisemotiv angegeben und 15 Prozent kommen im Rahmen eines Kuraufenthaltes nach Niederösterreich. Ich glaube, mit diesem Ergebnis wird deutlich dargestellt, dass die Erstellung des Kursbuches Tourismus für den Tourismus das wir hier im Jahr 1999 im Landtag verabschiedet haben, richtig war. Ich glaube, dass die richtigen Strategien und Entwicklungsschwerpunkte für die Zukunft erkannt wurden und auch richtig gesetzt wurden.

Es gilt jetzt weiterhin vorhandene Stärken auszubauen und Erreichtes besser zu verkaufen. Ich glaube, es macht keinen Sinn, flächendeckend Attraktion um Attraktion zu entwickeln. Gefragt ist höchste Qualität und die Konzentration auf einige Schwerpunkte.

Der Donau, das wurde schon gesagt, kommt nach dem touristischen Leitbild nicht nur als Fluss, sondern auch als Landschaft, als Verkehrsträger und vor allem auch weil es eine unvergleichliche Marke ist, die Stellung eines internationalen Sympathieträgers zu. Ich glaube auch, dass wir im Jahr 2000 mit dem Aufbau von professionellen Destinationsmanagements in den einzelnen Landesvierteln einen gewaltigen Schritt weiter gekommen sind. Man hat ja an der Pilotregion Waldviertel ganz klar erkannt, dass die teilweise schon 30 Jahre alten Tourismusverbände unter den geänderten Aufgabenstellungen und den veränderten Rahmenbedingungen eigentlich eine generelle Reorganisation der Tourismusorganisationen verlangen.

Die vielfältigen Vertriebs- und Buchungsaufgaben, Markenpolitik und eine Angebotsentwicklung, die können nicht von ehrenamtlichen Funktionären erledigt werden. Sondern sie verlangen nach professionellem Know How und zielgerichtetem Marketing. Nach dem Waldviertel arbeitet jetzt auch die Destination Mostviertel seit mehr als einem Jahr und die Gründung der Destination Weinviertel ist im Frühsommer erfolgt. Und gerade an der Destination Mostviertel konnte ich selbst diesen sehr erfolgreichen Entwicklungsprozess mitverfolgen. Anfangs waren die Gemeinden sehr skeptisch, teilweise von den Tourismusverbänden schon ausgetreten. Jetzt, nach einem Jahr, sind die Zweifel eigentlich weitgehend ausgeräumt, die Gemeinden sind wieder Mitglieder in den Tourismusverbänden, die Wirtschaft ist mit an Bord und somit wird gemeinsam eigentlich ein sehr reger Anteil an einer erfolgreichen Weiterentwicklung der Region genommen.

Als vorbildlich möchte ich auch die Zusammenarbeit mit dem regionalen Management hervorstreichen, die gemeinsam eben die Angebotsentwicklung mit den Gemeinden vornimmt. Marken, wie zum Beispiel die Moststraße oder jetzt diese eigene Marke Mostviertel, die vor kurzem vorgestellt wurden, haben auch das Selbstbewusstsein und das Regionalbewusstsein in der letzten Zeit in der Region gewaltig in Schwung gebracht. Ich glaube, dass der alte kaufmännische Grundsatz, dass man ein Produkt nur dann erfolgreich vermarkten kann wenn man auch selber davon überzeugt ist, auch für den Tourismus gilt. Eine Region, die selbstbewusst ist, die stark ist, kann sich auch entsprechend vermarkten. Und ich glaube, im Mostviertel ist in dieser Richtung in der letzten Zeit wirklich sehr, sehr viel, auch was das Selbstbewusstsein der Region anlangt, geschehen.

Die Entwicklung der Destination Donautal wurde bereits in Angriff genommen, wurde schon angesprochen. Ich glaube aber, dass es auf Grund

der unterschiedlichen Ausrichtungen und Entwicklungsstadien der einzelnen Donauabschnitte ein mittelfristiges Ziel sein wird, eine Niederösterreichweite Donaudestination zu erreichen. Es wird sicherlich noch einige Arbeit, auch Überzeugungsarbeit zu leisten sein. Den Donauradweg, den immerhin mehr als 100.000 Radfahrer jährlich frequentieren, die Personenschiffahrt und die Kooperation mit der Donau Oberösterreich, professionell organisiert und in Zusammenarbeit mit den Donaugemeinden zu vermarkten wird jedenfalls Sinn machen.

Ich darf gleich eingehen auf den Antrag des Herrn Klubobmann Sacher, der meint, eine Beteiligung an den Einnahmen der Donaustationen für die Gemeinden wäre sinnvoll. Ich muss dem entgegen halten, dass die Gemeinden wahrscheinlich nicht die größte Freude hätten wenn sie wirklich an dieser GmbH beteiligt würden. Es wurden für den Ankauf und für die Sanierung der Anlegestellen rund 50 Millionen Schilling investiert. Es wird noch 20 Jahre brauchen bis sich diese Anschaffungen und diese Ausgaben auch amortisieren. Und die Gemeinden klagen vielfach ohnedies über eine angespannte Finanzlage. Dies würde sie zudem noch einmal verschärfen. Zudem muss man auch sagen, dass es unrichtig ist, dass die Gäste von Kabinenschiffen keine Ausgaben bei Landgängen tätigen. Dort, wo es entsprechende Angebote gibt, wie zum Beispiel beim Stift Melk, wird bei Landgängen entsprechend konsumiert. Und laut einer Studie gibt jeder Passagier oder jeder Landgänger rund 250,- Schilling pro Person aus. Ich würde daher der Gemeinde Dürnstein dringend empfehlen, vielleicht einmal darüber nachzudenken, wie sie ihr Angebot noch optimieren könnte um damit Wertschöpfung für ihre Gemeinde auch auf andere Weise zu lukrieren. Die Touristen auszusperrten ist sicherlich der schlechtere Weg. Wir wollen in Niederösterreich noch mehr Besucher. Und wir wollen sie daher bei diesen Landgängen nicht aussperren. Ich glaube, etwas Ideenreichtum in der Gemeinde Dürnstein ist da durchaus gefragt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In allen Wirtschaftsbereichen gewinnen Netzwerke zur Kommunikation, zum Datenaustausch und zur Entscheidungsvorbereitung immer mehr Bedeutung. Im Tourismus übernehmen Netzwerke zunehmend Vertriebsfunktionen. Für das TIScover-System hat sich der NÖ Tourismus schon 1997 entschieden und verzeichnet eine sehr progressiv steigende Zahl an Anfragen, die eigentlich alle Erwartungen übertrifft. 4.500 mal werden durchschnittlich täglich die niederösterreichischen Tourismusinhalte im TIScover-System aufgesucht. Es sind knapp 1,2 Millionen Visits bei 20 Millionen Seitenaufrufen im

Jahr 2000. Und die hatten zur Folge, dass es zu 19.000 Buchungen sowie Reservierungen in Beherbergungsbetrieben gekommen ist.

(Zweiter Präsident Schabl übernimmt den Vorsitz.)

Ich glaube, das zeigt eigentlich sehr deutlich, dass Niederösterreich auch am elektronischen Marktplatz schon gut positioniert ist, zumal ja der Anteil der ausländischen Anfragen bei 49 Prozent liegt. *(Abg. Keusch: Und die Auslands-Kundenzahlen, die gehen zurück!)* Ich glaube auch, dass die positive Entwicklung um zu Auslandsankünften zu kommen - Herr Kollege, es ist vorerst einmal wichtig, dass sich künftige Kunden dafür interessieren - dass hier der Auftritt möglichst positiv gestaltet ist. Ich glaube, dass ein sehr professioneller Auftritt im TIScover langfristig sicher diese Zuströme aus dem Ausland auch noch vermehrt bringen wird. Wichtig ist, dass man hier bei den Ersten dabei ist, die sich entsprechend positiv positionieren können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, dass die positive Entwicklung auch durch die hervorragende Arbeit der Niederösterreich Werbung zunehmend noch gefördert wurde, zumal auch die Arbeit der Niederösterreich Werbung österreichweit als besonders innovativ angesehen wird.

Ein paar Worte noch zur finanziellen Situation des NÖ Fremdenverkehrsfonds. Die Jahre 1997 bis 1999 waren geprägt von einer ständigen Verminderung des Fondsvermögens, was zum einen doch auf die verstärkte Fördertätigkeit zurückzuführen ist, zum anderen auf die Tatsache, dass der Fonds die EU-Kofinanzierungsmittel vorfinanziert hat. Durch den Verkauf des Kurhotels Bad Schönau konnte bekanntlich das Land einen Verkaufserlös von 125 Millionen Schilling erzielen. Und trotzdem es Begehrlichkeiten aus anderen Regierungsressorts gegeben hat, hat es Landesrat Gabmann geschafft, dass 95 Millionen Schilling aus diesem Verkauf dem Fremdenverkehrsfonds zur Stabilisierung und zur Gewährleistung einer langfristigen Beweglichkeit des Fondsvermögens zugeführt werden. Dies ist allerdings erst dann möglich, wenn sämtliche rechtlichen Angelegenheiten, Grundbuchseintragung, Grundverkehrskommissions-Genehmigung usw. erledigt sind. Auch die EU-Mittel sind mittlerweile genehmigt worden. Es scheint daher nun sichergestellt, dass auch in Hinkunft der Tourismusfonds die allseits gelobte und von den Tourismusbetrieben sehr geschätzte Förderqualität und Fördertätigkeit auch weiter aufrecht erhalten können wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, der vorliegende Tourismusbericht 2000 zeigt deutlich, dass der NÖ Tourismus auf einem guten Weg ist und er eine weitere gute Entwicklung erwarten lässt. Ich darf Sie daher ersuchen, diesem Tagesordnungspunkt Ihre Zustimmung zu erteilen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Schabl: Die Rednerliste ist erschöpft, die Berichterstatter haben das Schlusswort.

Berichterstatterin Abg. Roth (ÖVP): Ich verzichte!

Berichterstatter Abg. Friewald (ÖVP): Ich verzichte!

Zweiter Präsident Schabl: Die Berichterstatter verzichten. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 804/B-13/3:)* Danke. Das ist einstimmig. Der Antrag ist angenommen!

Es liegen weiters zwei Resolutionsanträge vor. Resolutionsantrag 1 des Abgeordneten Keusch betreffend Schaffung einer „Tourismus ECO-PLUS“ für Niederösterreich. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt! *(Zustimmung SPÖ; Ablehnung ÖVP, FPÖ, Grüne.)*

Es gibt einen Resolutionsantrag seitens der Herrn Abgeordneten Sacher und Keusch betreffend Beteiligung der Anrainergemeinden am Nutzungsentgelt für die Personenschiffahrtsländen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt! *(Zustimmung SPÖ; Ablehnung ÖVP, FPÖ, Grüne.)*

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 805/B-8/3. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag:)* Mehrheitlich angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ; Ablehnung Grüne.)*

Wir kommen nun, wie bereits angekündigt, zum neuen Tagesordnungspunkt 6, und ersuche Herrn Abgeordneten Mag. Wilfing, die Verhandlungen zum Geschäftsstück Ltg. 829/J-3/1 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Wilfing (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zum NÖ Jugendgesetz.

Die Bestimmungen des NÖ Jugendgesetzes, die den Jugendschutz behandeln, stammen aus

dem Jahr 1983. Aus diesem Grund gibt es nun eine Überarbeitung. Und bei der Formulierung der neuen Jugendschutzbestimmungen wurde primär von folgenden Überlegungen ausgegangen: Erstens einer Harmonisierung der Jugendschutzbestimmungen, einer stärkeren Verantwortung der Eltern, einem Entfall der Billigung der Erziehungsberechtigung, verständlicheren Formulierungen, eine Einbeziehung der neuen Technologien, dem Grundsatz Hilfe statt Strafe und einer besonderen Erwachsenenverantwortung. Es wurde auch eine sehr, sehr intensive und starke Jugendbeteiligungsaktion durchgeführt, wobei 13.478 Betroffene hier ihre Meinung zu den einzelnen Vorschlägen schriftlich über das Internet eingebracht haben. Ich komme zur Verlesung des Antrages des Verfassungs-Ausschusses *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Jugendgesetzes wird in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Diskussion einzuleiten.

Zweiter Präsident Schabl: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop.

LHStv. Prokop (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich darf kurz zu diesem Gesetz, das nach langjähriger Arbeit und langjähriger Diskussion nunmehr vorliegt, einige Worte sagen, weil es mir sehr am Herzen liegt. Wir haben unter den Bundesländern seit Jahren diskutiert. Es liegt jetzt mehr als drei Jahre zurück dass wir über die Harmonisierung und Abstimmung der Jugendschutzgesetze schon Grundsatzbeschlüsse gefasst haben. Wir haben dann ein Universitätsinstitut in Salzburg beauftragt hier eine vergleichende Studie anzufertigen. Es gibt ein dickes interessantes Buch darüber, über die Unterschiede und Differenzen in den Jugendschutzbestimmungen Österreichs. Und es wird dort auch über die mögliche Harmonisierung erläuternd gesprochen.

Wir haben dann auch versucht, in den Ländern diese Abstimmung zuwege zu bringen. Es war aber

leider nicht zu machen. Die Diskussion ging vom freiwilligen Verzicht im Rahmen dieser Kompetenz bis hin zu einem 15a-Vertrag im Rahmen des Jugendschutzes. Und leider war, das sage ich ganz bewusst, leider war das alles erfolglos. Die drei östlichen Bundesländer Burgenland, Wien und Niederösterreich haben dann auf Grund sehr guter persönlicher Kontakte gesagt, wir liegen so eng beisammen, wir wollen das gemeinsam machen. Und es hat sich eine Expertenrunde jetzt eineinhalb Jahre lang mit diesem Gesetz befasst, alle Eventualitäten ausgelotet und versucht, hier einen gemeinsamen Entwurf, der nicht ident ist, der aber in den Eckpunkten harmonisiert ist, vorzulegen.

Ich glaube, dass es einfach dieser politische Wille und die gute Zusammenarbeit war, die zu dieser Novellierung geführt haben. Wir sind nunmehr der erste Landtag, der das auch einer Gesetzgebung zuführt. Wien ist bereits in den Ausschüssen damit und Burgenland noch etwas davor. Es soll aber gemeinsam mit 1. Jänner 2001, so ist das Wollen, so die Landtage es beschließen, mit 1. Jänner 2001 gemeinsam in Kraft treten.

Vielleicht darf ich nur einige der Eckdaten nennen, wo die einheitliche Sprache nunmehr gegeben ist. Es gab früher Unterschiede was ist ein Jugendlicher. Es gab die Kinder von – bis, es gab die Jugendlichen von – bis. Nunmehr wird nicht mehr von Kindern und Jugendlichen, sondern von jungen Menschen bis zum 18. Lebensjahr im Sinne dieses Gesetzes gesprochen. Ich glaube, das ist sinnvoll und vernünftig, um das einfach einmal von der Diktion her jedem zugänglich zu machen.

Wir haben die Aufenthaltsverbote in Lokalen harmonisiert. Wir hatten hier sehr unterschiedlich, von unterschiedlichen Aspekten her überlegt. Bei uns in Niederösterreich war die Absolvierung des Pflichtschulalters maßgeblich. Burgenland hat fixe Zahlen gehabt. Wien hat auch ähnlich wie wir die Schulzeit zum Mittelpunkt genommen gehabt. Nun heißt es, dass bis 14 Jahren, bis 16 Jahren und über 16 Jahre diese Regelung einheitlich in allen drei Bundesländern gegeben sein wird.

Dasselbe ist bei Alkohol- und Tabakkonsumation. Auch hier sind mit klaren Jahresangaben diese Zahlen länderweise gemeinsam gegeben. Es ist auch die Diskussion in diesem Expertenkreis sehr intensiv gewesen. Man konnte sich hier zu keiner klaren Linie durchringen, wie die Abgabe solcher Waren an Jugendliche verhindert werden kann oder

auch bestraft werden soll. Diese Diskussion wurde zu keinem einheitlichen Ende geführt. Und es ist sicherlich sehr interessant und sehr wichtig, darüber weiter nachzudenken. Ich habe schon einige Male gesagt, es gibt gute internationale Beispiele, wo es seit Jahren funktioniert, wo seit Jahren das gehandhabt wird. Wo selbstverständlich es notwendig ist dass ein junger Mensch wenn man nicht weiß wie alt er ist, seinen Ausweis zu zeigen hat, wenn er das kauft oder anschafft. Es funktioniert absolut. Das ist in England so, in Skandinavien, und in Amerika noch länger. Und es hat auch Oberösterreich das in seinem Jugendschutzgesetz seit mehr als einem Jahr laufen. Und ich glaube, man soll wirklich schauen, wie das gehandhabt, welche Erfahrungen damit gemacht wurden. Denn ich glaube, dass die Verantwortung der Erwachsenen in der Abgabe, nicht nur im Lokal, sondern auch in der Abgabe generell im Geschäft, in der Trafik, gegeben ist. Ich weiß, dass es hier natürlich Probleme, Automatenverkauf etc. gibt. Und daher ist es bis jetzt noch zu keiner Lösung gekommen. Ich glaube, das sollte wirklich auch gesamt-österreichisch gesehen werden.

Ein Punkt, über den sehr intensiv diskutiert wurde, und worüber wir auch hier eine Diskussion mit Jugendvertretern im Landtag hatten und auch in der Begutachtung durch die Jugend ist das sehr stark heraus gekommen, die Frage der Strafen. Der Strafen insgesamt oder die Fragen der Folgen für den Jungen, der Fragen der Folgen für die Eltern, aber auch die Frage der Strafen für die Erwachsenen.

Ich glaube, dass man darauf hinweisen muss einfach grundsätzlich, dass dieses Gesetz in erster Linie ein Schutzgesetz ist. Hier soll nicht bestraft werden, hier sollen nicht Strafen in den Mittelpunkt gestellt werden, sondern der Schutz des jungen Menschen. Das Hilfsangebot an den jungen Menschen, in die Erwachsenenwelt hineinzuwachsen und in jenem Fall wo er vielleicht von seinen Angehörigen, von seinen Eltern nicht die Unterstützung erfährt, dass auch andere Möglichkeiten ihm angeboten werden. Das heißt, es soll fast ein bisschen ein moralisches Leitbild für unsere Gesellschaft damit geschrieben werden, für die gesamte Gesellschaft in der der junge Mensch aufwachsen kann und aufwachsen soll. Daher haben nicht Geldstrafen die oberste Priorität! Sie sind einfach die letzte Möglichkeit um einen jungen Menschen auch zu sagen, Freund, so soll das auch wirklich sein. Wo bei der Erwachsene natürlich, der gegen das Gesetz verstößt, hier weniger Toleranz erfahren sollte. Der weiß sehr wohl was er damit tut oder was er damit anrichten kann.

Die Devise heißt daher Hilfe statt Strafe. Wobei diese Hilfe im Mittelpunkt steht und die Strafe ja auch nicht sofort eintritt wenn einmal einer eine Zigarette raucht, sondern nur im Wiederholungsfalle. Und dort, wo es verstärkt immer wieder vorkommt.

Die Rechtsfolgen für den jungen Menschen - darüber haben wir lange diskutiert, und es gibt eine Änderung aus dem Ausschuss dazu - sollen neben dem vorrangigen Erstgespräch, dem vorgeschriebenen Belehrungsgespräch auch die Möglichkeit der Sozialleistung beinhalten. Und diese Sozialleistung soll in einer geregelten, natürlich freiwilligen Form erfolgen. Er muss sich bereit erklären dazu und selbstverständlich muss der Träger das wollen, dort, wo die Sozialleistungen erbracht werden. So was wird ja auch im Strafrechtvollzug für Jugendliche schon gehandhabt. Diese Möglichkeit soll hier auch wahrgenommen werden. Denn hier kann man den jungen Menschen vielleicht noch stärker auf seine Verantwortung für die Gesellschaft und auf die Problematik, die es in unserer Gesellschaft gibt, hinweisen.

Schön war es, und das sage ich jetzt als zuständige Referentin, dass wir eine so hohe Akzeptanz mit dem Entwurf bei den jungen Leuten in der Begutachtung gefunden haben. Wir haben in der Vorbegutachtung über 70.000 Folder ausgeschickt, wir haben es ins Internet gestellt, wir haben einen Internet-chat mit den jungen Leuten gemacht. Es ist angenommen worden. Es haben sehr viele dieser Expertenvorlage Stellung genommen. Es war sicherlich die breiteste Begutachtung die wie jemals hatten. Und es liegen die Prozentsätze nach Alterskategorien gestreut und aufgesplittet vor wie die Akzeptanz ist bei den Ausgehzeiten, die Akzeptanz beim Lokalverbot oder beim Konsum oder im Bereich der Strafe. Es ist sehr differenziert zu sehen, es ist sehr unterschiedlich ob es die Jüngeren waren oder die Älteren, die die Antwort gegeben haben. Aber es ist durchwegs über 50 Prozent Zustimmung erfolgt. Bis auf eine ganz kleine Ausnahme beim Gesetzesvorschlag, wo gefragt wurde ob Alkohol-Ausschank bestraft werden soll. Die 14- bis 16-Jährigen haben das nur zu 40 Prozent bejaht und 60 Prozent waren dagegen. Das ist die einzige Ausnahme. Aber im Durchschnitt, alle zusammen sind wieder deutlich mit 55 Prozent für den Vorschlag.

Also das bedeutet eine starke Akzeptanz. Und ich halte das auch für sehr wichtig. Dieses Gesetz soll oder kann negative Entwicklungen nicht verhindern, das ist ganz klar. Wir wollen damit Leitlinien vorgeben und es soll eine handhabbare - und wir

haben ja auch die Exekutive in die Beratung einbezogen - eine handhabbare Grundlage sein, mit der wir den jungen Menschen in ihrer Entwicklung zur Seite stehen. Und in der wir uns in der Gesellschaft unserer Verantwortung für unsere Jugend, für unsere jungen Menschen auch wirklich bewusst werden.

Ich hoffe, dass wir mit dieser neuen Novellierung nicht nur eine Harmonisierung der Bundesländer erreichen, sondern vor allem auch wirklich in der Handhabbarkeit und in der Hilfe für die jungen Menschen ein Stück weiter gekommen sind. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zweiter Präsident Schabl: Als nächster zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Marchat.

Abg. Marchat (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Landeshauptmannstellvertreterin!

Dass das Ganze nicht zu handhaben war will ich jetzt versuchen in meinen Ausführungen darzustellen. Dieses Gesetz - ich schicke auch vorweg, dass dieses Gesetz sehr wohl auch positive Ansätze hat und es freut uns eines, dass einmal explizit drinnen steht, dass auch der Besitz, das Mitführen von Drogen bei Jugendlichen strafbar ist. Und wenn es wirklich stimmt was ich vernehme, dass auch SPÖ und Grüne dem zustimmen, dann vermerke ich vielleicht positiv, dass es hier einen Trend in der Auslegung der Drogenpolitik gibt bei diesen Parteien. Und wenn das passiert, dann hat ja das Ganze auch etwas Gutes.

Aber jetzt zum Jugendgesetz: Dieses Gesetz ist so, wie es uns vorliegt, nicht administrierbar. Und es ist noch dazu, was diese Strafen betrifft, extrem wirtschaftsfeindlich. Ich werde das auch noch genau ausführen. Weil, wenn ich über den Strafrahen ... Ich beginne beim Strafrahen für die Wirte. Wenn ein Wirt an einen Jugendlichen unter 16 Jahren Alkohol ausschenkt, das mit Gewinnabsicht - jede Ausschank sollte auch Gewinn bringen, das ist ein unternehmerischer Standpunkt -, dann kann er mit einer Geldstrafe bis zu 15.000,- Euro bestraft werden. Das sind umgerechnet 206.404,50 Schilling. Also das, ich habe zuerst geglaubt das ist ein Druckfehler, ich habe es nicht glauben können, aber es steht tatsächlich so drinnen.

Bei einem dreimaligen Verstoß, spricht man jetzt schon, soll diesem Wirt dann sogar einmal die Gewerbeberechtigung entzogen werden. Jetzt kennen wir das, wie sich das darstellt, die Kontrolle der

Ausweise. Das geht nämlich gar nicht so einfach, wenn, sage ich jetzt, große Feste sind wo über tausend Jugendliche sind, dann möchte ich nicht der sein, der die Ausweise kontrolliert. Und möchte auch nicht der Wirt sein. Und wenn jetzt so ein Gastwirt in seiner Umgebung sage ich jetzt einmal, einen besonderen „Freund“ hat, kann man ihn auf Grund dieser Bestimmung für meine Begriffe fertig machen. Ich vermisse hier wirklich den Aufschrei der ÖVP-Wirtschaftsvertreter. Ganz klein hat es ihn ja gegeben: Wiener Wirtschaftskammer. Hätte mich daher auch gefreut wenn vorher der Kollege Erber als Angestellter beim Wirtschaftsbund oder der Wirtschaftskammer - ich weiß nicht, wo du bist - das begründet wie er da hier zustimmen kann.

Noch dazu ist der Jugendliche ja nicht verpflichtet, dem Wirt seinen Ausweis zu zeigen. Ich schau den Kollegen Mayerhofer an, der als Exekutivbeamter weiß, dass Ausweispflicht nur gegenüber einem Polizeiorgan gegeben ist. Der Wirt kann sagen, wenn du mir deinen Ausweis nicht zeigst geb' ich dir nichts. Aber so einfach wird das nicht sein. Das heißt, es kann anständige Unternehmer treffen, die im Zuge einer Großveranstaltung - und es kann mir ja keiner sagen, es gibt junge Menschen die schauen eben aus wie 17, sind erst 15 und umgekehrt auch - hier ausschenken. Man kann auch das direkt so darstellen und kann den fertig machen.

Das Argument mit den Ausweisen, das die Frau Landeshauptmannstellvertreterin gebracht hat, das ist ja überhaupt das Lustigste. Jeder, der schon in Amerika war, und ein Freund von mir lebt dort, der berichtet mir immer, dass jeder amerikanische Jugendliche selbstverständlich zwei Ausweise hat: Einen offiziellen und auch einen gefälschten. Und wenn Sie das nicht glauben, habe ich zwei prominente Beispiele, nämlich die Zwillingstöchter des amerikanischen Präsidenten Bush. Beide sind erwischt worden in einer Bar mit einem gefälschten Ausweis wo sie beide angeblich über 21 Jahre alt waren laut diesem Ausweis. In Wahrheit waren sie nicht einmal 18. Also auch so prominente Kinder prominenter Politiker machen das.

Der zweite ausschlaggebende Punkt ist auch die Bestrafung der Jugendlichen in dieser Höhe. Jetzt kann man sagen, 200 Euro ist nicht viel. Wenn ein Autofahrer mit 85 im Ortsgebiet geblitzt wird, zahlt er 1.000,- Schilling Strafe. Wenn ein Jugendlicher, der fünfzehneinhalb Jahre alt ist, eine Zigarette raucht, zahlt er fast das Doppelte. Weil das mit dem Gespräch das schauen wir uns an. Es gibt so viele Jugendliche, die eben mit 15 Jahren schon rauchen. Und was mir so gut gefällt, dass wieder jene Parteien, sprich SPÖ und Grüne, die in

der Drogenproblematik ja immer vom Vorbeugen, Helfen statt Strafen reden, hier in diesem Bereich so rigoros sind. Und ich komme dann auch noch zu diesem Resolutionsantrag, der noch kommen sollte, wo hier schon die Gleichstellung irgendwo ich herauslese zwischen einer „Marlboro light“ und Heroin. Und wenn das das Ziel ist von dem Ganzen, dann kann es das nicht sein. Wenn man die Suchtmittel, insbesondere Tabak und Alkohol, was dann da kommt. Das heißt, das Ganze ist für mich nicht schlüssig, auch wie die anderen Parteien hier agieren, speziell SPÖ und Grüne. Ich kann nicht zugleich hier so extrem für Strafen eintreten, parallel dazu überall die Freigabe von Cannabis propagieren.

Ich möchte hier wirklich speziell die Sozialistische Jugend kritisieren, die ja mit einer sehr interessanten Plakatkampagne, und ich habe mir erlaubt eines mitzunehmen (*zeigt Plakat*), momentan in aller Munde ist. Ich zitiere es auch: „Lieber bekiffst ficken als besoffen fahren“. Also, ich glaube, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der Sozialistischen Partei - es heißt ja Sozialistische Jugend, nicht sozialdemokratische - hier wäre, glaube ich, Handlungsbedarf. Wir haben über die Medien eure Parteivorsitzende Onodi, die ja als Krankenschwester wissen müsste, welche Gefahr von Drogen ausgeht, schon mehrmals aufgefordert, sie soll diesem Treiben ein Ende machen. Und das kann man nämlich nicht mehr mit der Meinungsfreiheit argumentieren, weil das hier an das Strafgesetz geht. Und ich bin wirklich verwundert, dass die Abgeordneten, die heute die Hand heben dafür, dass, wenn einer eine Zigarette raucht, der Jugendliche 2.800,- Schilling Strafe zahlen soll, das tolerieren. Ich habe noch von keinem Abgeordneten aus diesem Klub gehört, dass er sich gegen diese Kampagne verwehrt. Wir haben daher auch zwei Strafanzeigen bei der Staatsanwaltschaft eingebracht. Eine der Abgeordnete Mayerhofer nach § 282 Strafgesetzbuch, Aufforderung zu einer mit Strafe bedrohten Handlung. Und eine ein Gemeinderat von uns, der Gemeinderat Hermann Melik aus Blindenmarkt, nach § 29 Suchtmittelgesetz, Aufforderung zum Suchtgiftgebrauch.

Meine lieben Kollegen von der Sozialdemokratischen Partei! Hier besteht echter Handlungsbedarf und nicht beim Strafen von Wirten und von Jugendlichen. Und wie es administrierbar ist, kann, glaube ich, keiner sagen. Weil es ist extrem schwer ein Jugendgesetz zu administrieren. Nur, solche Strafen hineinzuschreiben, die so eklatant hoch sind, dass ich eigentlich glaube, dass, wenn es nicht gezielt gemacht wird, kein Wirt verurteilt wird ... Das heißt, man zwingt eigentlich die Exekutive, weil das kann man einem Exekutivbeamten ja gar nicht zu-

trauen dass er das einem Unternehmer antut, man zwingt eigentlich die Exekutive wegzuschauen. Man sagt, das wird alles sehr streng, das Rauchen und die Abgabe von Alkohol wird ja verschärft - ist auch zu begrüßen. Aber ich kann es nicht so machen, dass ich da guten Gewissens herausgehe mit dem Wissen, es wird nie administriert. Dieses Gesetz wird nicht administriert! Wie gesagt, es wird dazu dienen, vielleicht einige ungeliebte Unternehmer zu quälen. Das wird der einzige Erfolg sein.

Und damit komme ich auch noch zu dem Resolutionsantrag, der erst eingebracht wird, Weninger und Erber, der uns schon zur Verfügung gestellt wurde. Also das ist ja wirklich das Witzigste! Sie wollen heute ein Gesetz hier beschließen und dann kommt im Text des Resolutionsantrages – das muss man sich auch einmal auf der Zunge zergehen lassen – dass die Landesregierung aufgefordert wird, im Sinne der Antragsbegründung Maßnahmen für den weitreichenden Schutz junger Menschen vor Suchtmitteln, insbesondere vor Alkohol und Tabak, in die Wege zu leiten und dem Landtag spätestens bis Juni 2002 über die Umsetzung zu berichten bzw. – und jetzt kommt es – entsprechende Gesetzentwürfe zur Änderung des Jugendgesetzes bezüglich Abgabe von Suchtmitteln vorzulegen. Gratuliere! Sie haben ein Gesetz noch gar nicht beschlossen und wissen jetzt schon, dass dieses Gesetz so schlecht ist, dass Sie einen Resolutionsantrag einbringen dafür dass das novelliert wird. Diesem Resolutionsantrag werden wir allerdings zustimmen. Vielleicht wird es dann in die Richtung novelliert, dass dieses Gesetz auch handhabbar, wie hat die Frau Landeshauptmannstellvertreterin gesagt, handhaftbar ist und administrierbar ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zweiter Präsident Schabl: Als nächster zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte zunächst positiv bemerken, dass man diese Debatte und dieses Gesetz auf der Tagesordnung nach vor gerückt hat, nach vor genommen hat, seiner Bedeutung entsprechend. Meiner Ansicht nach hätte man es sogar noch weiter nach vor rücken können, vor den Wirtschaftsförderungsbericht. Denn so wichtig ist Jugend dass man sie zu gegebener Zeit diskutiert. Was mir nicht gefällt ist, dass man nicht gleichzeitig auch das Jugendwohlfahrtsgesetz dazu genommen hat. Weil es ja naheliegend gewesen wäre, ein Jugendgesetz mit einem Jugendwohlfahrtsgesetz gemeinsam zu diskutieren und zusammen zu ziehen. Sondern

dass man stattdessen das Jugendwohlfahrtsgesetz irgendwo mitten in der Nacht gemeinsam mit dem Sozialhilfegesetz diskutiert, wo der inhaltliche Zusammenhang vielleicht weitschichtig gegeben ist, aber bei weitem nicht ein derartiges Naheverhältnis besteht wie beim Jugendgesetz.

Ich freue mich, dass wir das Jugendgesetz jetzt diskutieren. Ich finde nur eines äußerst merkwürdig: Bisher hat man uns immer gesagt, es muss streng nach Einlangen der Geschäftsstücke abgehandelt werden. Offensichtlich ist das nicht der Fall und wir werden zu gegebenem Zeitpunkt sehr, sehr gerne darauf zurückkommen. Das zunächst einmal.

Nun, dieses Gesetz an und für sich, dieser Entwurf hat positive Neuerungen die wir begrüßen. Und nicht nur, aber auch, nach der Rede des Kollegen Marchat, denke ich mir, ist es wichtig, dass gerade auch wir Grüne diesem Gesetz zustimmen. Es gibt ein paar Neuerungen, zunächst einmal einige Beispiele: Partizipation. Das bedeutet - das ist in diesem Gesetz verankert - das bedeutet die Teilhabe von Jugendlichen an Gestaltungsfragen in der Gemeinde. Und zwar dort, wo es die Jugendlichen betrifft. Das halten wir für ganz wesentlich. Dass zum Beispiel einmal aus Rücksichtnahme auf Jugendliche oder nach Beratung mit Jugendlichen zum Beispiel einmal ein Parkplatz nicht kommt und statt dessen ein Spielplatz dort hin kommt. Das wär doch eine großartige Sache.

Oder dass man sich in der Praxis mit jungen Menschen befassen muss. Dass man sich mit ihnen auseinandersetzen muss. Dass man natürlich auch darauf eingehen muss, dass junge Menschen nicht immer sozusagen den politischen oder den behördlichen Prozess, politische Entscheidungsabläufe so nachvollziehen können wie das für uns Usus ist. Dass sie spontan sind, dass sie sprunghaft sind. Dass sie manchmal ja auch widersprüchlich sind. Aber dass in diesem Gesetz verankert ist, man muss sich mit jungen Menschen auseinandersetzen. Das ist auch eine Herausforderung an die Jugendgemeinderäte dieses Landes. Ich füge hinzu, es wäre sinnvoll und ich würde es sehr begrüßen, wenn sich mehr Jugendgemeinderäte in den Gemeinderäten auch an den Diskussionen beteiligen würden. Denn das wäre sicher auch für die Diskussionen und deren Qualität, insbesondere im Bezug auf die Jugend, sehr, sehr wünschenswert. Aber das kann man ja vielleicht in den diversen Gemeinderäten diskutieren. Und nicht zuletzt ist Partizipation auch eine Anregung an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister dieses Landes, diese Teilhabe junger Menschen ernst zu nehmen. Und wir wissen ja, dass in diesem Hause sehr, sehr viele Bürgermeister sitzen. Und alle sind aufge-

rufen, diese Partizipation mit jungen Menschen zu pflegen.

Ein weiterer Punkt: Verantwortung der Eltern. Es ist auch wichtig dass das drinnen steht. Es sind nicht nur die Lehrerinnen und Lehrer, nicht nur die Politikerinnen und Politiker, die Computer, die Behörden usw., es sind die Erziehungsberechtigten, die in erster Linie verantwortlich sind für die Entwicklung junger Menschen. Das heißt nicht, dass sich die Politik etwa aus der Verantwortung davon stehlen könnte. Das kann sie keineswegs. Aber es ist festgelegt, dass Eltern entsprechend verantwortlich sind und daher entsprechende, Gottseidank heißt es nicht „Sanktionen“ oder wie im alten Gesetz „Strafmaßnahmen“, sondern Rechtsfolgen zu erwarten sind in entsprechender Angemessenheit. Dieses Gesetz ist ein erster Schritt dazu.

Die Ausgangszeiten: Das ist ein Kompromiss zwischen Wien, Niederösterreich und dem Burgenland. Wobei es vielleicht nicht so wesentlich ist, ob jetzt die eine halbe Stunde oder die andere halbe Stunde dazu gegeben oder weggenommen wurde. Was uns hier stört in dem Zusammenhang ist, dass offensichtlich ein Jugendlicher in der Ketzergasse an der Grenze zwischen Wien und Niederösterreich den Harmonisierungsbestimmungen entsprechen kann, am Semmering zwischen Niederösterreich und der Steiermark aber nicht, oder zu beiden Seiten der Enns zwischen Niederösterreich und Oberösterreich auch nicht. Das ist ein Mangel. Wir sind dafür, dass hier bundesweite Harmonisierungen erfolgen.

Rausch- und Suchtmittel: Diese Modernisierung des Gesetzestextes war meiner Ansicht nach dringend notwendig. Wenn man sich den alten Gesetzestext ansieht, dann sieht man, dass das einfach nicht mehr zeitgemäß war. Entscheidend ist hier die Praxis. Und wenn der Kollege Marchat vom Drogenbesitz gesprochen hat und glaubt, dadurch eine Haltungsänderung in der Politik der Grünen zu erkennen, dann irrt er. Wir sind nicht dafür dass junge Menschen, dass Minderjährige, dass Kinder zwischen 14 und 16 Jahren etwa Drogen zu sich nehmen. Dafür sind wir nicht. Das hat damit nichts zu tun, wie weit man Strafbestimmungen im Strafgesetz oder im Suchtmittelgesetz - ein Bundesgesetz, das leider Gottes von der Freiheitlichen Partei entsprechend verschlechtert wurde - wie man dort damit umgeht. Aber hier im Jugendgesetz ist das klar. Das betrifft auch die Droge Alkohol, die die Hauptdroge ist.

Und wenn der Kollege Marchat hier medienwirksam dieses Plakat hergezeigt hat, dann überlegen wir uns doch diesen Text. Was steht dort? Ich

kenn dieses Plakat, ich habe es von Jugendlichen vielfach gezeigt bekommen. Dort steht: „Lieber bekiffst ficken als besoffen Auto fahren“. Und es zeigt Zärtlichkeiten zwischen jungen Menschen in einem Auto. Und einer dieser jungen Menschen hat einen Joint in der Hand. Die Botschaft dieses Plakates heißt in erster Linie einmal, „Leute, fahrt nicht besoffen mit dem Auto!“ Ihr könnt euch damit zugrunde richten und ihr könnt andere damit zugrunde richten! Und um einen wirkungsvollen Vergleich zu bringen, das ist die Botschaft dieses Plakates, Kollege Nowohradsky. (Abg. Nowohradsky: *Nein! Ich empfinde es anders! Das ist die grüne Ansicht!*)

Ich verstehe die Botschaft dieses Plakates so, Leute, fahrt nicht besoffen mit dem Auto! (Abg. Nowohradsky: *Aber kiffen tu ich dann schon?*) Ich bin noch nicht fertig, lieber Kollege Nowohradsky.

Es gibt nahezu nichts Schlimmeres für junge Menschen vor allem aber selbstverständlich für alle, auch für Alte, auch für uns, als betrunken Auto zu fahren. Sogar das Rauchen eines Joints und hinterher ausgetauschte Zärtlichkeiten sind nicht so schlimm wie betrunken Auto fahren. Das ist die Botschaft dieses Plakates! Und man kann sie natürlich, wenn man will, anders verstehen. Wenn man eine Linie der FPÖ vertritt, die sagt, verharmlost den Alkohol, schützt die Wirte, schützt die Drogendealer, die mit legalen Drogen dealen, verfolgt nur die, die mit illegalen Drogen dealen, obwohl die legalen Drogen die viel gefährlicheren sind, ja dann ist klar, dass man dieses Plakat entsprechend interpretiert wie es der Kollege Marchat getan hat. Aber ich behaupte, es ist eine falsche Interpretation.

Zurück zum Gesetz: Wir haben natürlich, und damit sind wir bei den Rausch- und Suchtmitteln, in erster Linie ein Alkoholproblem in Niederösterreich. Jeder 20. Landesbürger ist alkoholkrank. Und Alkohol wird an Jugendliche ausgegeben in einem Maße dass es besorgniserregend ist. Die große Gefahr geht von legalen Drogen aus. Manchmal, natürlich auch in Kombination mit illegalen Drogen, ist gar keine Frage. Dass Ecstasy-Tabletten heute mit einem Seidl oder einem Krügl Bier hinuntergespült werden oder mit einem Spritzer oder mit einem Red Bull mit entsprechend Wodka angereichert, das ist gar keine Frage. Aber die große Gefahr ist ganz einfach der Alkohol. Und wir dürfen uns nicht wundern, Hohes Haus, wir leben im Weinland Niederösterreich. Wir haben hier eine besondere Verantwortung. Wir leben in einem Land, in dem Alkoholkonsum selbstverständlich ist. Wir leben in einem Land, in dem der Landeshauptmann jeden zweiten Tag mit einem Glas Wein aus

der Zeitung lächelt. Das heißt nicht, dass wir jetzt auf einmal Alkohol verbieten können. Das heißt auch nicht, dass wir die Weinkultur devastieren müssten. Aber das heißt, dass wir eine entsprechende Verantwortung gegenüber unserer Jugend haben, das so darzustellen, dass es eben richtig verstanden wird. Und dieses Gesetz trägt dazu bei.

Medien und Datenträger: Da ist auch eine wesentliche Modernisierung in diesem Text gelungen. Der Text ist vielversprechend. Junge Menschen wissen oft hier viel mehr als wir selber. Junge Menschen betätigen sich im Internet mit einer atemberaubenden Geschwindigkeit und mit einer Kompetenz wie wir sie heutzutage gar nicht mehr haben. Wie wir es einfach nicht gelernt haben. Sie haben dort Zugänge, die wir vielfach gar nicht nachvollziehen können. Wir haben trotzdem die Aufgabe, sie entsprechend vorzubereiten auf das, was sie dort sehen, was sie dort konsumieren können. Wir müssen sie mit der entsprechenden Widerstandskraft ausstatten. Wir müssen sie mit der entsprechenden Eigenverantwortung ausstatten, das entsprechend sehen zu können. Das entsprechend erkennen und deuten zu können und es richtig interpretieren zu können. Die Medien haben dabei natürlich auch eine gewisse Verantwortung, die sollten wir auch nicht ganz außer Acht lassen.

Unternehmer und Veranstalter, die fertig gemacht werden können: Ich breche gleich in Tränen aus, Kollege Marchat – leider ist er nicht da. Die Medienberichte, die man heute schon zu lesen bekam, dass sich etwas von einer liberalen Lösung zu einem Rückfall in die Dreißigerjahre, also die Prohibition in den USA, zurückentwickelt hat, also das ist so was von lächerlich dass man es gar nicht beim Namen nennen kann. In Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall! Es ist das Motto, der Versuch, auch die Wirtschaft in die Pflicht zu nehmen wenn es um die Verantwortung für junge Menschen geht. Das ist an und für sich vernünftig. Die Leute müssen nicht die Ausweise verlangen. Sie können auch den jungen Menschen nicht zwingen, einen Ausweis herzuzeigen. Aber sie können, sie müssen den jungen Menschen nicht Alkohol oder Nikotin verkaufen wenn diese keinen Ausweis herzeigen. Das ist doch ein wesentlicher Unterschied!

Dass es in den USA ganz anders ist und dass man natürlich möglicherweise in den USA den Sohn oder die beiden Töchter des Herrn Präsidenten erwischt hat mit gefälschten Ausweisen, das kann schon sein. Das wirft ein bezeichnetes Sittenbild auf Jugendpolitik in den USA. Aber Gottseidank leben wir nicht dort. Sondern wir haben hier die Aufgabe, Jugend entsprechend zu schützen. Und da haben Unternehmer und Veranstalter auch eine

Mitverantwortung. Bis es zu einer, ich weiß nicht wieviel Hunderttausend-Schilling-Strafe kommt, dauert es lang. Massenveranstaltungen sind nicht immer das Problem. Das Hauptproblem sind Wirtschaftshäuser, Supermärkte. Dort, wo sich die Leute das am Billigsten beschaffen können. Natürlich hab ich bei den Masseveranstaltungen auch das Problem dass sehr, sehr viele dort sind und dass dort auch natürlich Alkohol und Drogen konsumiert werden. Das ist schon richtig. Aber da wäre es doch wesentlich, zum Beispiel gerade was Drogen betrifft, wieder eine Anleihe an Wien zu nehmen, wo ja der Partner zu Hause ist mit dem man dieses Gesetz hier Gottseidank harmonisiert hat. Nämlich dass man sagt, man führt etwa dieses Check it-Programm aus Wien auch in Niederösterreich durch. Warum nicht? Warum soll es nicht hier eine Anlaufstelle geben für junge Menschen wo sie Drogen, die sie schon einstecken haben, die sie schon im Hosensack haben, vielleicht doch noch einmal kontrollieren lassen bevor sie sich zu sich nehmen. Das wäre besser als nichts! Junge Menschen, die der Kollege Mayerhofer, auch wenn er als Gendarm dort auftritt, nicht zu Gesicht bekommt. Die er nicht einfangen kann. Die er nicht einsperren kann weil er sie nicht sieht. Weil das eben Massenveranstaltungen sind und weil man dort nicht jeden Einzelnen kontrollieren kann. (*Abg. Mayerhofer: Kollege Fasan! Du redest Blödsinn!*) Ich weiß, lieber Kollege, dass das für dich Blödsinn ist. Trotzdem bin ich froh, dass wir hier auf der Seite dieses Gesetzes sind. Und wir bedauern, dass ihr das nicht seid.

Und damit bin ich schon bei den Rechtsfolgen und bei den Sanktionen bzw. dabei, dass das Gottseidank Rechtsfolgen heißt und nicht Sanktionen heißt. Das ist kein Strafkatalog wie es heute in einer Tageszeitung genannt wird. Da ist die Rede davon dass ein Strafkatalog für Jugendliche fixiert wird. Das ist ein aufgelegter Unsinn was der Journalist hier geschrieben hat. Es lässt sich leider nicht anders sagen. Sondern ist eine Regelung, die darauf setzt, dass junge Menschen auch mit Sozialarbeit in Kontakt kommen und dass hier sehr, sehr viel möglich ist in der Beratung. Ich würde es auch nicht Belehrung nennen. Mir wär viel lieber der Begriff Bewusstseinsbildung. Weil das Wort Belehrung bei jungen Menschen vielleicht nicht besonders gut ankommt. Das wissen der Herr Präsident Mag. Freibauer und ich, denn wir sind bekanntlich Kollegen als AHS-Lehrer. Bewusstseinsbildung ist hier vielleicht der bessere Begriff.

Ich hätte an dieser Stelle gerne einen Antrag gestellt um das noch ein wenig, die Strafe vielleicht noch ein wenig zu reduzieren oder die Strafmöglichkeiten noch ein wenig zu relativieren. Leider

kann ich das auf Grund der neuen Geschäftsordnung, die dieses Haus beschlossen hat, nicht mehr. Denn es ist unserer Fraktion ab jetzt nicht mehr möglich, Abänderungsanträge zu Gesetzen zu stellen. Ich würde nämlich vorschlagen, dass im § 23 Abs.4 nicht von einer Ist-Bestimmung die Rede ist, dass sozusagen eine Strafe von 200 Euro zu verhängen ist, sondern dass die Behörde in diesem Falle eine Strafe verhängen kann. Natürlich heißt es im Absatz vorher, dass man von der Strafe absehen kann. Aber letztendlich heißt es danach, dass soziale Dienste auf freiwilliger Basis zu vereinbaren sind oder vereinbart werden können. Und wenn das nicht funktioniert, dann ist eine Strafe zu verhängen. So steht es im Text. Mir würde viel besser gefallen, dass man sagt, wenn das nicht funktioniert, dann kann die Behörde, das heißt in Wirklichkeit Diplomsozialarbeiter oder –sozialarbeiterin so eine Strafe verhängen. Das wäre mit Abstand das Bessere. Schade, dass ich diesen Antrag nicht mehr einbringen kann. Aber so demokratisch ist unsere Geschäftsordnung in diesem Landtag.

Nichts desto trotz trägt dieses Gesetz eine Handschrift die wir begrüßen. Hilfe statt Strafe ist ein Motto, das unsere Zustimmung findet. Ganz ähnlich wie beim NÖ Suchtplan. Und daher werden wir diesem Entwurf unsere Zustimmung geben.

Zweiter Präsident Schabl: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Weninger.

Abg. Weninger (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Nur zwei kurze Vorbemerkungen zum Kollegen Marchat. Wir reden hier und heute von einem Jugendgesetz und zwar einem Gesetz zur Schutz der Jugend, in dem klar und deutlich verankert ist, dass der Jugend eine hohe Verantwortung zukommt. Dass den Erziehungsberechtigten eine hohe Mitverantwortung zukommt. Ich glaube, dass es auch der Wirtschaft in diesem Zusammenhang zumindest zumutbar ist, auch ihren Teil dazu beitragen um die Jugendlichen in unserem Land vor Gefahren zu schützen, über deren Definition wir uns im Wesentlichen einig sind.

Als zweite kurze Vorbemerkung zu dem hier gezeigten Plakat und zu der damit von der FPÖ initiierten Kampagne, die ja nicht nur hier im Haus stattfindet, sondern durch alle Gemeinderäte geht, wo sie von Ortsfunktionären der Sozialdemokratie verlangt, sich von diesen Aussagen zu distanzieren. Also lieber Franz Marchat, mir würden viele, viele Aussprüche von deinen Parteifreunden einfallen, von Haider über Westenthaler, von Schnell bis zu Kabas, die menschenverachtend sind. Wo es

viel mehr Grund geben würde, euch tagtäglich aufzufordern euch zu distanzieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich sage als Jugendsprecher meiner Partei dazu, dass die sozialistische Jugend eine unabhängige Jugendorganisation ist, die eine Jugendpolitik betreibt, die hohes Ansehen unter Teilen der Jugend hat. Dass dieser Wortschatz aber nicht zu dem meinen gehört. Ich bin weder dafür dass jemand „besoffen“ fährt. Das Wort „bekifft“ gehört nicht zu meinem Sprachgebrauch und „ficken“ ist ein Verb, das aus dem Althochdeutschen stammt und „reiben“ bedeutet. Soviel dazu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir heute das Jugendgesetz beschließen, dann hat es – wie die Frau Landeshauptmannstellvertreterin bereits gesagt hat – eine lange Tradition. Drei Jahre intensivster Verhandlungen mit den Bundesländern Wien und Burgenland und auch die Bemühungen mit Oberösterreich und der Steiermark, eine Abstimmung herbeizuführen. Ich möchte nur in Erinnerung rufen, dass die Tradition schon eine wesentlich längere ist. Mir liegt hier ein Resolutionsantrag des Abgeordneten Krendl vor - die älteren Kolleginnen und Kollegen werden sich an Heinz Krendl erinnern können -, der 1982, also vor 20 Jahren, in diesem Resolutionsantrag einfordert, dass die Landesregierung ein einheitliches Jugendgesetz, akkordiert mit den Bundesländern Wien, Burgenland, Oberösterreich, Steiermark nach einer § 15a-Vereinbarung vorlegen möge. Es hat 20 Jahre gedauert. Ich glaub', gut Ding braucht Weile. Heute in der Früh hat mancher niederösterreichischer Jugendliche frohlockend aufgelacht, als er erfahren hat durch die Medien, dass er zukünftig eine Stunde länger wegbleiben kann. Vielleicht hat mancher Vater oder manche Mutter aufgestöhnt dass sie vielleicht jetzt eine Stunde länger aufbleiben müssen bis sie die Kinder von der Disco holen können. Ich glaube, dass dieses Jugendgesetz mehr weit ist als die Debatte darüber, ab wieviel Jahren Alkohol und Nikotin legal konsumiert werden kann und über Ausgangszeiten. Sondern dieses Jugendgesetz hat die Aufgabe, eine gesellschaftliche Akzeptanz unter den Jugendlichen herzustellen. Schließlich ist das Gesetz die wahrscheinlich erste Gesetzesmaterie, bei der Jugendliche mit gesetzlichen Normen in Verbindung kommen. Und deshalb ist es so wichtig, dass dieses Jugendgesetz Definitionen formuliert, die klar und verständlich sind. Vielleicht nicht für jeden Jugendlichen und auch nicht für alle Eltern akzeptierbar sind. Aber sie müssen verständlich sein und eine große gesellschaftliche Akzeptanz haben.

Unser Signal heißt daher in diesem Gesetz an die niederösterreichischen Jugendlichen, wir wollen Verständnis statt Sanktionen. Wir wollen Erziehung statt Strafe. Und wir wollen Akzeptanz statt Bevormundung. Das müssen die Kernaussagen sein, die wir auch dann an die Jugendlichen heranbringen, wenn wir sie in unserer Aufklärungsarbeit, in unserer politischen Informationsarbeit mit diesem Gesetz konfrontieren. Und ich bin sehr froh und glücklich darüber und hatte ja fast den Eindruck, die Frau Landeshauptmannstellvertreterin zitiert die von mir vorbereitete Presseaussendung in ihrer Rede, weil im Gegensatz zu der ursprünglich vorgelegten Regierungsvorlage in den Verhandlungen der letzten Tage doch noch einige Formulierungen gefunden werden konnten, die heute sehr positiv bereits erwähnt wurden.

Uns geht es wirklich darum, Jugendlichen Rahmen, gesellschaftliche Normen zu geben, aber nicht Sanktionen in den Mittelpunkt zu stellen. Hat es in der Regierungsvorlage noch gelautet als erste Sanktion die Geldstrafe, so beginnt heute in der Rechtsfolge das Belehrungsgespräch, das Aufmerksam-Machen des Jugendlichen, dass er ein Vergehen begeht. Es gibt einen schrittweisen Sanktionskatalog, in den auch aufgenommen wurde die Mithilfe in der Behinderten-, Alten- und Krankenbetreuung oder bei Umweltmaßnahmen, wenn es wirklich einmal notwendig sein sollte, Jugendliche mit Sanktionen zu belegen. Und erst ganz zum Schluss kommt die Geldstrafe. Und ich glaube, das ist eine wichtige Änderung gegenüber der Regierungsvorlage um als Signal für die Jugend zu zeigen, uns geht es darum, gesellschaftliche Normen festzulegen und euch dazu einzuladen, diese auch zu befolgen ohne dass ihr an erster Stelle Strafen zu erwarten habt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte vielleicht noch auf einige kleine Punkte eingehen. Es hat eine Debatte gegeben, die wir nicht lösen konnten. Zum Beispiel heißt es, dass bis zum 16. Lebensjahr das Rauchen und der Genuss von Alkohol in der Öffentlichkeit verboten ist. Ich sage hier, uns oder mir persönlich wäre es lieber gewesen, diesen Passus „in der Öffentlichkeit“ herauszunehmen. Nicht, weil wir hinter jede Familie einen Gendarm stellen wollen, und auch nicht weil wir verbieten wollen, dass vielleicht Kinder oder Jugendliche mit der Großmutter mit einem Glas Sekt Orange zu Silvester anstoßen. Sondern um ein klares Signal zu setzen, dass Alkoholgenuss bei Kindern immer ein Problem darstellt und zur Sucht führen kann. Damit haben wir uns leider

nicht durchgesetzt. Ich hoffe, dass wir diese Debatte noch weiter führen können.

Was den Vorwurf betrifft der Kollegen Marchat und Mag. Fasan, die etwas gegensätzlich waren, da die Wirtschaft in die Pflicht zu nehmen, habe ich bereits in meiner Einleitung gesagt, es gibt natürlich immer wieder den Gegenvorwurf, dass zu milde Strafen dazu führen, dass manche sich nicht an die gesetzlichen Normen halten. Und eher bereit sind, geringe finanzielle Strafen in Kauf zu nehmen falls sie erwischt werden. Es wäre dann der Vorwurf gekommen, dass dieses Gesetzeswerk zahnlos ist. Das Gleiche betrifft die Forderung des Kollegen Mag. Fasan, der es dann richtig erklärt hat, dass von Strafen abgesehen werden kann. Ich bekenne mich dazu, dass in einem Rechtssystem als letzte Konsequenz auch die Strafe stehen muss. Wir haben erreicht, dass dieser Sanktionenkatalog umgedreht wurde, dass die gelindere Strafe an der Spitze steht. Aber als letzter Punkt wird, um das Gesetz auch mit Leben erfüllen zu können und es auch nicht als zahnlos erscheinen zu lassen, auch die Strafe stehen müssen.

Was bisher noch nicht erwähnt wurde ist ein wesentlicher Teil dieses Gesetzes, der die Förderung der NÖ Jugend betrifft. Die Förderung, wo wir Sozialdemokraten versucht haben, auch den Betrieb von Jugendtreffs stärker zu fördern als dass in der Vergangenheit der Fall war. Bisher war nur der Neubau, die Neuanschaffung förderungswürdig. Diese Maßnahme, auch die Förderung von Jugendtreffs zu finanzieren, dürfte auf Grund der budgetären Situation des Landes derzeit nicht möglich sein. Es ist uns aber gelungen, auch die Anmietung und die Miete von Jugendtreffs in Zukunft förderungswürdig zu machen. Und auch, was sehr wichtig und, glaube ich, zeitgemäß ist, nicht nur die traditionellen Schülerzeitungen zu fördern indem man Jugendlichen einen Kopierer zur Verfügung stellt, sondern auch Jugendmedien im Sinne elektronischer Kommunikation, Internet-sites, Homepages etc. förderungswürdig zu machen.

Ich glaube, dass dieses Gesetz, auch mit dem Ziel, mit den anderen an Niederösterreich angrenzenden Bundesländern Oberösterreich und der Steiermark eine Harmonisierung herbeizuführen, ein zeitgemäßes ist mit dem die Jugendlichen unseres Landes leben können.

Ich komme abschließend zu einem Knackpunkt, der in den Vorberatungen nicht gelöst werden konnte und darf einen Resolutionsantrag einbringen. Es geht darum, dass unser Ziel es war, Jugendlichen nicht nur den Besitz und die Konsumation von Tabak und Alkohol zu verbieten, son-

dem wenn man sich dazu durchringt, auch dafür zu sorgen, dass sie nicht den Zugang haben, diese Produkte zu kaufen. So wie es in der Drogenpolitik selbstverständlich ist, sollte, wenn ein Gesetz definiert, dass Alkohol und Nikotin bis zum 16. Lebensjahr für Jugendliche schädlich ist, ihnen auch der Verkauf verboten werden. Dazu hat sich die Frau Landeshauptmannstellvertreterin Liese Prokop zwar inhaltlich positiv geäußert, hat sich aber nicht imstande gesehen, diese Regelung in diesem Gesetz noch aufzunehmen. Deshalb war für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine Grundvoraussetzung für die Zustimmung zu diesem Gesetz zumindest dieser Resolutionsantrag. Der dahin geht, dass wir so rasch als möglich eine Lösung finden, akkordiert mit den beiden anderen Bundesländern, die jetzt die Jugendgesetze neu vorlegen, um auch die Abgabe von Alkohol und Nikotin an junge Menschen neu zu regeln. Ich bringe daher den Resolutionsantrag wie folgt zur Kenntnis (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Weninger und Erber zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Jugendgesetzes, Ltg. 829/E-3/1, betreffend Maßnahmen zum verstärkten Schutz junger Menschen vor den Folgen von Alkohol- und Tabakkonsum.

Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass Alkohol- und Nikotinkonsum süchtig und krank machen können. Ein großer Prozentsatz der jungen Menschen unter 16 Jahren konsumiert bereits Alkohol und Nikotin. Bedauerlich ist es, dass organisierte, bewusste Alkoholexzesse als Freizeitgestaltung immer mehr überhand nehmen und dabei das Rauchen einen immer höheren Stellenwert einnimmt.

Junge Menschen erkennen die damit verbundenen Gefahren nicht sofort. Suchtmittelkonsum beeinträchtigt das Sozialverhalten und das wirtschaftliche und berufliche Fortkommen. In jungen Jahren kann damit der Grundstein für einen unglücklichen und gescheiterten Lebensweg gelegt werden. Der Gesellschaft muss es daher ein besonderes Anliegen sein, junge Menschen wirksam und nachhaltig vom Genuss dieser schädlichen Substanzen abzuhalten.

Die Änderung des NÖ Jugendgesetzes trägt diesem Bedürfnis insofern Rechnung, als das Verbot für Alkohol und Tabak in der Öffentlichkeit verschärft wird, nämlich bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres. Ebenso wird die Verpflichtung zur Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen für Unternehmer und Veranstalter ausgeweitet. Ob-

wohl junge Menschen unter 16 Jahren auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen keinen Alkohol zu sich nehmen dürfen und Tabak nicht rauchen dürfen, können sie dennoch diese Substanzen erwerben und dadurch verführt werden, diese zu konsumieren.

Die im neuen Jugendgesetz getroffenen Maßnahmen sollen zur Eindämmung der Suchtmittelproblematik von Alkohol und Tabak beitragen, jedoch sind die Anstrengungen zu einer weitreichenderen Gefahrenabwehr fortzusetzen:

- verschärfte Bestimmungen für die Bundesländer NÖ, Wien und Burgenland für die Abgabe von Tabak und Alkohol an junge Menschen;
- Verstärkung der Aufklärungsarbeit und Bewusstseinsbildung bei Jugend und Erwachsenen unter Einbeziehung von Fachkräften (auch unter Einbindung der NÖ Suchtkoordinatorin);
- Einbindung der jungen Menschen bei der Entwicklung von Gegenstrategien (Wettbewerbe, Workshops);
- Anreize für Wirtschaft und Werbung, die Herstellung alkoholfreier Getränke zu forcieren und ‚attraktive gesunde zeitgeistige Alternativen‘ auf den Markt zu bringen
- Analyse des Suchtverhaltens junger Menschen über NÖ hinaus (österreichweit; Anregung eines europaweiten Projektes/Studie, Vergleich der Beschränkungen in anderen EU-Staaten, Evaluierung der oberösterreichischen Beschränkung)
- Versuch einer über die Länder Wien, NÖ und das Burgenland hinausgehenden österreichweiten Harmonisierung der Jugendschutzbestimmung hinsichtlich Alkohol- und Tabakkonsum. Jedenfalls sollte eine Vereinheitlichung mit den an NÖ angrenzenden Bundesländern Oberösterreich und Steiermark angestrebt werden.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung alle erforderlichen Maßnahmen für einen weitreichenden Schutz junger Menschen vor Suchtmittelmissbrauch (insbesondere von Alkohol und Tabak) in die Wege zu leiten und dem Landtag längstens bis Juni 2002 über die Umsetzung zu berichten bzw. entsprechende Gesetzentwürfe zur Änderung des Jugendgesetzes bezüglich Abgabe von Suchtmitteln vorzulegen.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich ersuche Sie um Zustimmung zu diesem Resolutionsantrag und würde vor allem an die Freiheitlichen appellieren, nicht nur verbal oder radikal die Drogenpolitik zu führen, sondern in dieser wirklich wichtigen Frage der Abgabe von Alkohol und Nikotin an junge Menschen konstruktiv mitzuwirken. Abschließend möchte ich sagen, dass wir Sozialdemokraten dieser geänderten Gesetzesvorlage sehr gern unsere Zustimmung geben. Im Wissen, dass wir für die nächsten Generationen niederösterreichischer Jugendlicher ein Regelwerk vorgelegt haben nach dem sie leben können. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Schabl: Die Frau Klubobfrau Abg. Rosenkranz hat ihre Wortmeldung zurückgezogen. Als nächster zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Erber.

Abg. Erber (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte vielleicht gleich beginnen mit dem Resolutionsantrag. Es hat mich sehr gefreut, dass wir uns finden konnten. Nur muss ich schon berichtigen, Tatsache ist nicht, dass sich die Frau Landeshauptmannstellvertreterin Prokop außer Stande gesehen hat das zu verhandeln. Sondern Tatsache ist es, dass es Sinn macht, auch hier zu harmonisieren. Weil es würde nicht viel Sinn machen, jetzt das Jugendschutzgesetz zu harmonisieren zwischen Wien, Niederösterreich und Burgenland und diesen Punkt nicht zu harmonisieren. Und Tatsache ist es, das möchte ich schon sagen, dass Burgenland derzeit nicht bereit ist da mitzugehen und dass auch in Wien die zuständige Stadträtin Laska eben das noch nicht durchbringen konnte. Man hat gesagt, jetzt möchte man noch einmal in Gespräche eintreten. Und ich denke, das ist auch richtig. Und auch wenn er jetzt weg ist, obwohl er eine Frage gestellt hat, der Herr Marchat, das ist der wahre Grund, warum wir das heute in einer Resolution herantragen.

Ich möchte aber auch zu Beginn sagen, nicht alles was Jugendschutz ist und nicht alles was Jugend betrifft ist in diesem Jugendgesetz drinnen. Also man soll nicht glauben, das regelt jetzt alles was mit Jugend zu tun hat. Sondern da gehören auch schon andere Gesetze dazu, wie etwa auch das Veranstaltungsgesetz. Und, meine Damen und Herren, ich sage Ihnen, in Wahrheit ist die größte Maßnahme zum Jugendschutz, den Staatshaushalt zu budgetieren und zu sanieren dass er ausge-

glichen ist. Das ist in Wahrheit nachhaltiger Jugendschutz! Und das möchte ich schon dazu sagen, da beginnt die jugendfreundliche Politik.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon sehr vieles angesprochen worden. Tatsache ist, dass wir uns wahrscheinlich noch öfter mit dem Jugendgesetz werden beschäftigen müssen. Weil seit 1983 nicht so viel passiert ist, und das zeigt schon, 24 Jahre ist in der Jugendarbeit eine lange Zeit. Und ich glaube, das sollte auch kürzer werden. Allerdings, und das ist angesprochen worden, aber noch nicht mit der beeindruckenden Zahl: In die Begutachtung haben 13.478 Meinungen von Jugendlichen mit Einklang gefunden. So viele Jugendliche haben mitgewirkt. Ich glaube, das muss man sagen. Ich gebe schon zu, da wird es manchmal ein bisschen härter, insbesondere beim Genuss von Tabak und insbesondere beim Genuss von Alkohol. Nur, meine Damen und Herren, ich bin auch der Überzeugung, dass die Jugendlichen in Wahrheit nicht haben wollen dass man überall furchtbar liberal ist, dass man alles versteht und dass man furchtbar tolerant ist. Sondern ich glaube, dass Jugendliche und junge Menschen auch haben wollen, dass Grenzen gesetzt werden. Dass sie auch sehen, wo ist die Grenze und wie ist es tatsächlich geregelt. Und ich glaube, die jungen Menschen haben auch ein Anrecht auf eine klare Regelung.

Was noch nicht angesprochen worden ist, das ist aber auch erst vor kurzem so geändert worden, ist der Aufenthalt in den Spielhallen. Ursprünglich war vorgesehen ab 18 Jahren. Und ich denke, das zeigt schon den Zeitgeist, dass man jetzt sagt, mit 14 das zu erlauben. Weil eines dürfen wir uns nicht einreden: Dass die große Gefahr derzeit in den niederösterreichischen Spielhallen liegt, zumal – und das ist auch ein Unterschied zu Burgenland und Wien – in Niederösterreich das kleine Glücksspiel verboten ist. Das heißt, in Niederösterreich ist Geldspiel verboten.

Die tatsächliche Gefahr für Jugendliche liegt da schon viel eher im Internet worüber man natürlich auch zu diskutieren hat und wozu man sehr leicht Zugang hat. Und ich weiß schon, wir haben da jetzt auch die Beschränkungen, die es technisch gibt, enthalten. Nur, die werden nicht so weit greifen. Ich möchte vielleicht auch dazu sagen, dass die Unternehmer hier sehr wohl die Möglichkeiten bekommen haben, auch eine Zutrittsverweigerung zu Gaststätten auszusprechen und einen Verweis aus Räumlichkeiten vorzunehmen.

Und wenn jetzt schon die Rechtsfolgen für die jungen Menschen angesprochen worden sind,

dann denke ich, man muss das schon überlegen: So ein Belehrungsgespräch hat schon einen Wert für einen jungen Menschen. Das hat schon eine Wirkung. Und eines steht auch klar drinnen: Man will eines auf gar keinen Fall, nämlich Freiheitsstrafen für Jugendliche. Ich weiß, das ist für jeden von uns klar, aber ich glaube, das gehört da auch sehr klar gesagt. Und auch der Ansatz ist richtig, für die Allgemeinheit, für das Soziale Jugendliche heranzuziehen. Eine ganz wichtige Sache! Und wenn heute so ein bisschen durchgekommen ist, die 200 Euro für Jugendliche bei Verfehlungen, da möchte ich dazu sagen, das ist der letzte Weg. Der erste wird sicher einmal sein eine Abmahnung, dann das Belehrungsgespräch, dann die Sozialmaßnahmen. Und das Allerletzte, wenn der Jugendliche selber nicht bereit ist, dann wird es erst zu dieser Zahlung von den 200 Euro kommen. Vielleicht auch bei den Sozialleistungen. Das gehört natürlich organisiert. 24 Stunden soll das Höchstmaß sein. Und die maximale Leistung am Tag soll sechs Stunden nicht überschreiten. Muss natürlich in der Freizeit geleistet werden. Das ist alles dann bei der Administration und bei der Organisation zu berücksichtigen.

Zu den Strafhandlungen oder Strafbestimmungen für die Erwachsenen: Allerdings ist das geschmalzen, allerdings, das gebe ich schon zu. Tatsache ist aber und nicht zu verhehlen, es sind ja gar nicht die Wirte, es sind ja gar nicht die Lokalbesitzer, wo wir in erster Linie die Bedrohung für die Jugendlichen sehen. Sondern wie ist es denn tatsächlich? Es wird hochprozentiger Alkohol im Handel gekauft. Auch ganz klar: Die haben nicht so viel Taschengeld mit 15 Jahren dass sie zum Beispiel in einer Diskothek Mixgetränke zu hohen Preisen kaufen können. Sondern das wird im Handel gekauft, Hochprozentiges in hohen Mengen. (*Abg. Waldhäusl: Da warst du aber schon lange nicht mehr in einer Diskothek!*)

Und dann wird mal „vorgeglüht“. Und meistens werden dann sehr wohl Lokale besucht. Allerdings ist man da schon angeheitert. Das heißt, was wir damit verhindern wollen, ist, dass Jugendliche unter 16 Jahren Zugriff im Handel zu alkoholischen, zu destillierten Getränken haben. Das wollen wir damit erreichen. Und dass es nicht vollziehbar ist, das glaube ich nicht. Weil es funktioniert ja sowohl in England wie in Amerika und auch zum Teil in Skandinavien. Ich werde dann noch ganz kurz auf die Wirte auch zu sprechen kommen.

Vielleicht noch ganz interessant, wenn heute die 15.000 Euro oder umgerechnete 206.000,- Schilling im Vordergrund stehen: Ja das ist ja nicht die Erststrafe! Sondern da wird schon vorher auch einmal ein Gespräch geführt und da kommt es vor-

her schon zu kleineren Strafsätzen. Das ist die Maximalstrafe wie sie übrigens überall anders auch vorgesehen ist. Also die Höchststrafe hier als die einzige Strafe darzustellen, das stimmt ja so nicht!

Damit komme ich zur Frage, was steckt dahinter? Auch bei den Förderansätzen. Wir wollen die Eigenverantwortlichkeit der jungen Menschen stärken. Das heißt, wenn sie selber aktiv werden bei Jugendtreffs, dann soll das Land Niederösterreich hergehen und sagen können, jawohl, dafür stellen wir, zum Beispiel bei der Ausgestaltung von Jugendtreffs, Geldmittel zur Verfügung. Oder bei der Gestaltung eines Schülermediums. Das heißt, wir wollen nicht alles in Bausch und Bogen bezahlen sondern wir wollen Eigeninitiative fördern. Eine gute Idee von Jugendlichen, eine gute Idee von Schülern soll nicht daran scheitern dass kein Geld vorhanden ist. Das steckt dahinter.

So, damit komme ich zu einem weiteren wichtigen Punkt. Wir können heute ein gutes Jugendgesetz beschließen. Tatsache ist und bleibt, die Verantwortung wird in der Familie liegen. Das heißt, ein Gesetz, das die Aufgaben der Familie abnimmt, das wird es nicht geben. Diesbezüglich sollten wir uns hier auch gar nichts vormachen. Sondern erstverantwortlich ist die Familie! Und das Gesetz kann nur ein Rahmen dazu sein. Und das kann auch nur dazu da sein, wenn es in der Familie nicht klappt, dass es geregelt ist. Aber ich möchte noch einmal ansprechen, die Familie ist zuallererst zuständig für die jungen Menschen.

Damit noch ganz kurz zum Kollegen Mag. Fasan, weil er gesagt hat, es ist eigentlich schade, dass da jetzt die Steiermark nicht dabei ist und Oberösterreich. Das stimmt schon. Aber wo sollen wir den Anfang machen? Ich denke, es ist ja schon einmal ein guter Erfolg dass drei Bundesländer zusammen finden. Natürlich ist es unser Ziel, dass zum Beispiel in Amstetten, wenn der dann nach Oberösterreich am Abend fortgeht, dort dasselbe gilt wie Niederösterreich und Wien. Na klar wollen wir dahin. Oder in der Steiermark und im Bezirk Neunkirchen. Aber ich denke, es ist noch immer besser mit drei Bundesländern die Harmonisierung zu beginnen als zu sagen, wir schaffen es nicht, ganz Österreich zusammen zu führen, deswegen lassen wir es gleich bleiben.

So und jetzt noch ganz kurz zum Kollegen Marchat: Ich kenn' das Plakat der Sozialistischen Jugend. Und ich denke, du hast ihnen heute einen Bärendienst erwiesen dass du das in die Kamera gehalten hast. Du hast ihnen damit wirklich jene Aufmerksamkeit zuteil werden lassen die sie sich in

Wahrheit wünschen mit dieser provokanten Aktion. Also wenn sie ein bisschen mitdenken, die Jung-Sozialisten, dann werden sie dir wahrscheinlich ein Dankschreiben schicken. Tatsächlich ist das natürlich kein Stil. Und die Ausdrücke, ganz ehrlich, sie sind halt, wie sie mit der Würde des Menschen so umgehen, nicht ganz in Ordnung. Aber das habt ihr jetzt selber auch schon festgestellt und ich nehme das so zur Kenntnis. Ich sage noch einmal, das habt ihr nicht wirklich geschickt gemacht dass ihr das da so riesengroß hingehalten habt. Gut. Jeder wie er kann. Und das ist halt so. *(Heftige Unruhe bei Abg. Waldhäusl.)*

Grundsätzlich möchte ich schließen: Dieses Jugendschutzgesetz hat tolle Ansätze. Dieses Jugendschutzgesetz hat Nachhaltigkeit, dieses Jugendschutzgesetz hat Unterstützung vom Land in sich. Und dieses Jugendschutzgesetz jetzt zu machen war notwendig. Dieses Jugendschutzgesetz ist ein sehr gutes. Und ein Jugendgesetz wird immer lebendig bleiben. Das heißt, es wird nicht unser letztes sein. Herzlichen Dank jenen, die es unterstützen. Und ich verstehe jene, die es nicht unterstützen, weil das hätte mich auch gewundert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Schabl: Als nächste zu Wort gemeldet Frau Abgeordnete Vladyka.

Abg. Vladyka (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Erlauben Sie mir nur ein paar kurze Anmerkungen. Ich möchte gleich beim Kollegen Erber anschließen, der davon gesprochen hat, dieses Gesetz birgt tolle Ansätze. Genau darauf möchte ich hinaus. Denn wie es hier schon im Resolutionsantrag zum Schluss heißt, dass der Landtag bis längstens Juni 2002 über die Umsetzung zu berichten hat, so zeigt mir diese Forderung als eine wichtige Forderung, dass wir hier nicht stehen bleiben dürfen. Dass dieses Jugendschutzgesetz bis jetzt 20 Jahre lang gültig war, dass diese Ansätze hier hineingekommen sind und dass es wichtig ist, das auch weiterhin zu verfolgen und der Zeit auch anzupassen.

Und wenn hier auch gesprochen wurde, dass man mit Oberösterreich und der Steiermark in Kontakt treten muss, so ist das natürlich auch schon eine langjährige Forderung von uns und auch eine Selbstverständlichkeit. Gerade im Bereich der Abgabe, die da hier so heftig diskutiert wird und wurde gibt es ja auch schon, so weit ich einer Zeitungsmeldung entnehmen kann, einen Kompromiss in Oberösterreich.

Ich würde vorschlagen, diesen Kompromiss sich genau anzusehen und auch darüber dann im Juni des nächsten Jahres zu berichten. Denn hier geht es nicht in erster Linie darum, kleine Angestellte zu bestrafen, sondern Möglichkeiten zu finden, hier aufklärend zu wirken. Und ich glaube, das ist bestimmt ein richtiger Ansatz. So war es auch selbstverständlich für uns, dass auch im Bereich der Jugendlichen für uns oberste Priorität der Slogan Hilfe statt Strafe hat.

Wenn ich vielleicht zum Suchtmittelbereich kommen kann: Die NÖ Suchtkoordinatorin hat ja hier noch stärkere und noch schärfere Bestimmungen eingefordert, über die man natürlich auch nachdenken muss. Wir sind natürlich auch dafür, speziell was den Bereich Tabak und Alkohol betrifft. Auch das hat mein Kollege Weninger schon angesprochen: Natürlich wäre es für uns wichtig, dass der Bereich „Öffentlichkeit“ wegfällt und dass ein generelles Verbot hier ausgesprochen wird für den Konsum von Tabak und Alkohol. Es hat sogar auch der Städtebund dies eingefordert. Ich weiß schon, es ist hier sehr schwierig und daher muss es für uns oberste Aufgabe sein, die Eltern und Erziehungsberechtigten darauf hinzuweisen, welcher großer Verantwortung sie hier unterliegen.

Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, in vielen Punkten hier ein tolles Gesetz vorzubereiten. Und wie schon gesagt wurde, nächstes Jahr im Juni reden wir weiter. Und hoffen, noch wichtige Punkte bis dahin unterzubringen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Schabl: Bevor ich dem Abgeordneten Friewald das Wort erteile, ersuche ich die Damen und Herren Abgeordneten um ein bisschen mehr Aufmerksamkeit. Herr Abgeordneter Friewald.

Abg. Friewald (ÖVP): Hohes Haus!

Ich werde die Aufmerksamkeit nicht allzu lange in Anspruch nehmen. Es wurde sehr viel über dieses Jugendgesetz gesprochen. Es ist notwendig gewesen, eine adäquate Anpassung auch der Zeit entsprechend durchzuführen. Gerade die neuen technischen Entwicklungen, ob es Internet, die Computer-Strukturen sind, erfordern auch dementsprechend die Gesetzesstruktur mit ihren Richtlinien darauf anzupassen.

Ich glaube, dass aber eines sehr wesentlich und sehr wichtig im Grundtenor dieses Gesetzes ist: Dass es nicht nur Rechte im jugendlichen Bereich gibt, sondern auch Pflichten. Dass man auch diese Dinge hier einmahnt. Und aus diesen Rech-

ten und Pflichten auch gegenüber den Erziehungsberechtigten muss klargestellt werden, dass auch dort Rahmenbedingungen vorhanden sind und ein gewisses Bewusstsein geschaffen werden soll.

Damit bin ich bei Kollegen Mag. Fasan, was ich sehr selten bin wahrscheinlich, aber diese Bewusstseinsproblematik ist, glaube ich, das Wichtigste aus diesem Jugendgesetz heraus. Es soll das Bewusstsein geschaffen werden, dass hier ein Mensch auch im Leben als Erwachsener sich im Gesellschaftsbereich eingliedern, dass er Toleranz lernen muss. Dass er das Akzeptieren eines Anderen klar und deutlich auch erkennt und darüber hinaus auch sich lautstark unter Umständen zur Wehr setzen kann. Ich glaube, dass gerade dieses Bewusstsein aus dem Gesetz erfließt. Und dass es auch sehr wichtig ist, dass wir über dieses Gesetz aus diesem Anlass, aus diesem Bereich heraus diskutieren.

Wenn die Fragen Tabak, Alkohol hier mit angesprochen wurden, dann, glaube ich, geht es nicht so sehr um das Inverkehrbringen, um die Problematik, dass jemand zu diesem Element kommt, sondern da geht es vielmehr darum, wie geht er mit diesen Dingen um. Ich nehme das ganz einfach aus der Praxis. Jeder, der einen Weinbaubetrieb zu Hause hat, da wachsen die Kinder, ich sage jetzt nicht, „zwischen den Weinfässern“, aber trotzdem damit auf. Und sie werden Zugriff zu diesen Produkten haben ohne Einkäufe gehen zu müssen. Oder eines wächst in einer Trafik auf, hat den Zugriff ohne dass er jetzt hier Einkäufe gehen muss. Und dort ist es nicht so, dass man in dem Bereich die größten Probleme hätte. Dass dies nicht mit Maß und Ziel gehandhabt wird. Ich glaube, dass eben die Aufgabe bei den Erziehungsberechtigten liegt, Bewusstsein zu schaffen, den Umgang mit dem Leben zu lehren und auch diese Verantwortung. Und das steht eben auch hier drinnen, mit Strafmöglichkeiten in der Struktur, dass auch die Erziehungsberechtigten dieses Bewusstsein weitergeben sollen und schaffen sollen. In diesem Sinn, glaube ich, ist das ein wesentlicher Punkt, der dazu beiträgt, sich mit der Jugend auseinanderzusetzen und die Jugend aufmerksam auch mit einzubeziehen in den Diskussionsbereich, wie das hier bereits über Präsident Mag. Freibauer mit den Jugendlandtagen paradehaft geschieht. Ich glaube, dass gerade die Jugend, die die Zukunft darstellt, ein wesentliches Element ist, das wir auch dementsprechend bewusst in unsere politische Arbeit mit einbauen müssen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Schabl: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Mag. Wilfing (ÖVP): Ich verzichte!

Zweiter Präsident Schabl: Er verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Verfassungs-Ausschusses, Ltg. 829/J-3/1:)* Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne; Ablehnung FPÖ.)*

Weiters liegt ein Resolutionsantrag vor, eingebracht von Abgeordneten Weninger und Erber betreffend Maßnahmen zum verstärkten Schutz junger Menschen vor den Folgen von Alkohol- und Tabakkonsum. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Das ist einstimmig angenommen!

Ich beabsichtige, Geschäftsstück Ltg. 781/B-4/3 und Ltg. 835/B-1, Sammelbericht, wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln. Berichterstattung und Abstimmung werden jedoch getrennt erfolgen. Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall. Ich ersuche daher Herrn Abgeordneten Buchinger, zuerst zum Geschäftsstück Ltg. 781/B-4/3 und danach zum Geschäftsstück Ltg. 835/B-1 zu berichten.

Berichterstatter Abg. Buchinger (FPÖ): Herr Präsident!

Ich habe über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Flughafen Wien-AG, Auftragsvergaben und über die Stadtgemeinde Baden zu berichten. Der Bericht befindet sich in den Händen der Abgeordneten und ich stelle daher den Antrag des Rechnungshof-Ausschusses *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Flughafen Wien AG (Auftragsvergaben) und die Stadtgemeinde Baden wird zur Kenntnis genommen.“

Herr Präsident! Ich habe weiters über den Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr.9 der XV. Gesetzgebungsperiode zu berichten. Der Bericht befindet sich in den Händen der Abgeordneten und ich stelle daher den Antrag des Rechnungshof-Ausschusses *(liest:)*

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Bericht Nr.9 der XV. Gesetzgebungsperiode des Rechnungshof-Ausschusses wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen Sorge zu tragen, dass den in diesem Bericht dargelegten Auffassungen des Rechnungshof-Ausschusses entsprochen wird.“

Ich ersuche den Herrn Präsidenten die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

Zweiter Präsident Schabl: Ich eröffne die Debatte. Herr Abgeordneter Gebert bitte.

Abg. Gebert (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Ich spreche zum vorliegenden Rechnungshofbericht betreffend Flughafen AG und Stadtgemeinde Baden.

Gestatten Sie mir, dass ich natürlich ausführlicher über den Flughafen spreche nachdem ich in dieser Region zu Hause bin. Ich möchte auch ganz kurz auf den Bericht über die Stadtgemeinde Baden eingehen, weil hier doch Diskussionen im Ausschuss stattfanden. Und zwar mir ist selber auch aufgefallen, dass trotz eines relativen Rücklagenstandes von 500 Millionen Schilling in Baden in letzter Zeit während des Überprüfungszeitraumes rund 197 Millionen Schilling aufgenommen worden sind als Darlehen. Und davon hat relativ viel an Darlehen die Hausbank vergeben. Aber einige Millionen, fast 40, 36 Millionen Schilling wurden mehr oder weniger – ich darf es sehr populär sagen – „freihändig vergeben“ ohne schriftliche Angebote einzuholen. Und der Rechnungshof hat das bemängelt. Ich glaube, das sollte keine Vorbildwirkung für andere Gemeinden haben. Und ich glaube, diese kritische Anmerkung sollte man in diesem Zusammenhang machen.

Nun zum Flughafen, meine Damen und Herren. Es ist eigentlich nicht sehr sinnvoll wenn die Betriebsüberprüfung bereits im Jahre 1998 stattfand, der Bericht 1999 verfasst wurde und nun, mehr oder weniger drei Jahre später in der Sitzung des Landtages nun dieser Bericht zur Diskussion steht.

Fest steht, dass es sich hier um Auftragsvergaben handelt, die, wie wir wissen, Gegenstand des öffentlichen Interesses waren. Teilweise sind sie es noch immer. Und einige Dinge sind strafrechtlich anhängig. Kein Zweifel, meine Damen und

Herren, dass der Flughafen als das größte Unternehmen in Niederösterreich mit seinen rund 12.000 Beschäftigten am Standort und mit einer runden Bilanzsumme, die ich hier nicht erwähnen möchte, als guter Betrieb, als gutes Unternehmen bei diesen Vorfällen, wie wir sie dem Rechnungshofbericht auch entnehmen können, nicht nur finanziellen Schaden erlitten hat, sondern meiner Meinung nach auch sehr viel nationalen und internationalen Schaden, viel an Reputation, verloren hat.

Ausgangspunkt war, meine Damen und Herren, ohne auf die Einzelheiten einzugehen, dass im Jahre 1998 auf Grund von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Vorstand und dem Aufsichtsrat über Kompetenzen und die Wahrnehmung von Kontrollaufgaben zahlreiche Gutachten eingeholt und darüber hinaus dann auch der Rechnungshof aufgefordert wurde, eine Überprüfung der Auftragsvergaben vorzunehmen. Insgesamt betrifft das sämtliche Hochbauprojekte, Pier West, Geräte, Einstellhalle Pier West, Umbauarbeiten für die Vorkehrungen zur Umsetzung des Schengener Abkommens, Tiefbauprojekte Außenanlage Spedition, Vorfelderweiterung usw.

In der Folge und aus dem Bericht ersichtlich wurden vom Rechnungshof natürlich eine große Anzahl von Mängeln festgestellt. Und hier darf man fairerweise oder muss man sagen, dass noch während der Überprüfungsphase entsprechende personelle organisatorische und strukturelle Änderungen vorgenommen wurden. Besonders im Baubereich wurden durchgreifende personelle Konsequenzen gezogen. Und bereits am 1. Juni 1999, nach Bekanntwerden des Berichtes wurde dem Aufsichtsrat in einer Stellungnahme mitgeteilt, dass von acht Empfehlungen des Rechnungshofes mit Stand Mai 1999 bereits sieben verwirklicht worden sind. Etwa dass in Zukunft der aktualisierte Masterplan als Grundlage für die Investitionsplanungen und ein Projektmanagement bereits in der Entwurfsphase von Projekten verantwortlich herangezogen wird. Und was auch sehr richtig war und anzumerken ist: Dass keiner der damals beschäftigten und tätigen Architekten weiter verwendet wird. Es war natürlich zwingend und richtig, von den Mehrheitsaktionären und damit auch vom Land Niederösterreich, gleich nach Bekanntwerden und nach den Feststellungen des Rechnungshofes und nach den strafrechtlichen Untersuchungen ab dem 1. Oktober 1989, also ab sofort, einen neuen Vorstand zu bestellen. Die alten Verträge nicht mehr zu verlängern und hier neu zu beginnen.

In dieser zweijährigen Tätigkeit des Vorstandes hat sich auch die Unternehmungsstruktur gewandelt. Wie ich hier schon mehrmals im Landtag fest-

gehalten habe, wurden erfreulicherweise die Bundesanteile des Flughafens von den Bundesländern Wien und Niederösterreich gekauft und eine Arbeitnehmerstiftung gegründet. Und so ist das größte und, glaube ich, auch lukrativste Unternehmen Niederösterreichs in öffentlicher Hand geblieben. Das ist sicher, meine Damen und Herren, ein Verdienst des neuen Vorstandstrios Mag. Kaufmann, Dr. Vanek und Ing. Schmidt. Sie sind es auch, die im Hinblick auf den Ausbau des Flughafens eine neue Strategie in Bezug auf Anrainerrechte eingeschlagen haben. Ich verweise hiezu auf das laufende Mediationsverfahren.

Die wirtschaftliche Entwicklung und die vorgelegten Bilanzen der letzten Jahre zeigen Gewinne auf, Vermögenszuwächse. Und die Flughafen Wien AG als ein Betrieb des Landes hat diese Krise, wenn es überhaupt eine Krise war, gut überstanden und arbeitet in Zukunft erfolgreich weiter.

Leider haben die Ereignisse des 11. September insbesondere bei der Luftfahrtwirtschaft große Auswirkungen gezeitigt. Mir wurde berichtet, dass es in den letzten Tagen bereits Stornierungen gibt, Rückgänge bei den Passagierzahlen, aber auch schon Ertragseinbußen. Es müssen daher unmittelbar wahrscheinlich Sparmaßnahmen im Investitionsbereich getroffen werden. Aber es werden auch personelle Überlegungen angestellt. Bei der Flughafen AG weniger, aber umso mehr, wie aktuell bekannt ist, bei der AUA, den Austrian Airlines gibt es, meine Damen und Herren, große Schwierigkeiten. Entlassungen sind in diesem Unternehmen, in unserer heimischen Fluglinie nicht ausgeschlossen, meine Damen und Herren.

Die neuen Airportmanager, die ich genannt habe, aber auch der vor kurzem bestellte AUA-Vorstand, eigentlich die gesamte Luftfahrtwirtschaft Österreich ist in den nächsten Tagen sicherlich gefragt. Zur Bewältigung der schwierigen Aufgaben können wir eigentlich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den verantwortlichen Managern in dieser Branche, die ja eine wachstumsorientierte Branche ist, nur alles Gute wünschen.

Abschließend, meine Damen und Herren: Es wurden Mängel aufgezeigt vom Rechnungshof, es wurden so rasch wie möglich Konsequenzen gezogen. Ich glaube, in diesem Sinne kann ich mitteilen, dass die Sozialdemokratische Fraktion diesen Bericht zur Kenntnis nehmen wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Schabl: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Heuras.

Abg. Mag. Heuras (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich möchte mich zu einigen anderen Berichten des Rechnungshofes in aller Kürze zu Wort melden. Ich möchte mich beschränken auf den Bericht zur IT-Technologie im NÖ Straßenbau, zum Bericht über die Landesstelle für Brandverhütung des Bundeslandes Niederösterreich und schließlich – nachdem es meinen Bezirk betrifft – zur Bezirkshauptmannschaft Amstetten, Zu- und Umbau des Gebäudes.

Ganz kurz vielleicht zur IT-Technologie im Straßenbau. Hier kann ich mich wirklich kurz fassen. Der Bericht ist eigentlich sehr positiv ausgefallen. Ich zitiere einen wichtigen Satz des Rechnungshofes wörtlich. Es heißt dort: „Grundsätzlich ist die angestrebte bzw. bereits durchgeführte Neuordnung, soweit sie den IT-Bereich betrifft, als durchaus positiv zu beurteilen.“ Es wird also ein sehr, sehr positives und ganz deutliches Zeugnis für die Bewerkstelligung der modernen Medien, der modernen Telekommunikation im Bereich der Straßenbauabteilung ausgestellt. Lediglich die EDV-Koordinierungskommission wird in Frage gestellt, ob sie überhaupt noch sinnvoll und notwendig ist. Was noch ein wenig kritisiert wird, das ist die mangelnde Transparenz. Aber das sind verglichen mit den positiven Urteilen, die generell der Rechnungshof hier ausstellt, eher kleinere Mängel, die hier festgestellt wurden.

Ähnlich positiv ist der zweite Bericht zur Landesstelle für Brandverhütung. Nachdem es hier zu einer Nachkontrolle gekommen ist. Weil also seinerzeit dieser Bericht doch einige Mängel aufgewiesen hat, wurde eine Nachkontrolle notwendig und die ist jetzt sehr positiv ausgefallen. Der Verein sei, so stellt der Rechnungshof fest, sowohl organisatorisch als auch wirtschaftlich saniert. Es wird die positive Bilanz hervorgehoben und gewürdigt, sodass also dieser Landesstelle für Brandverhütung ein außerordentlich gutes und positives Zeugnis ausgestellt wird in dieser Nachkontrolle des Rechnungshofes.

Und damit komme ich zum dritten Punkt mit dem ich mich ein wenig ausführlicher beschäftigen möchte. Es ist dies der Zu- und Umbau der Bezirkshauptmannschaft Amstetten, der doch hier im Rechnungshofbericht in einigen Punkten kritisiert wird. Vor allem die Punkte, die Planungsphase sei nicht so abgewickelt worden wie das wünschenswert wäre, die Budgetierung habe Mängel aufgewiesen, der Baubeirat sei mangelhaft eingesetzt worden bzw. zu wenig befasst worden und auch die zeitliche Abwicklung sei zu wenig dokumentiert

worden. Das heißt, hier werden Mängel dokumentiert, die sich allerdings schon auch ein wenig aus der Baugeschichte dieses Hauses erklären lassen.

Denn eines muss schon festgehalten werden: Der Rechnungshof stellt auch etwas für mich sehr, sehr Wesentliches fest. Bei all diesen formalen Problemen, die offensichtlich aufgetreten sind, sagt er hier auch ganz klar, dass verglichen mit anderen Bezirkshauptmannschaften in unserem Bundesland Niederösterreich dieser Zu- und Umbau als überaus wirtschaftlich und sparsam bezeichnet werden kann, und jetzt wörtlich: „... zumal die durchschnittlichen Errichtungskosten pro Arbeitsplatz von exkl. MWSt. ca. S 937.000,- um ca. S 298.000,- unterschritten wurden.“ Das ist doch eine ganz beachtliche Unterschreitung der durchschnittlichen Kosten pro Arbeitsplatz in unseren Bezirkshauptmannschaften! Das heißt, es wirft also doch ein sehr, sehr sparsames und wirtschaftliches Bild auf diesen Zu- und Umbau.

Ich möchte bei diesem Zu- und Umbau der Bezirkshauptmannschaft Amstetten diese Bezirkshauptmannschaft doch noch aus einem anderen Blickwinkel beleuchten um für die Damen und Herren des Hohen Hauses ein etwas objektiveres, abgerundeteres Bild dieser Bezirkshauptmannschaft zu erlangen. Für mich ist nämlich die Frage wesentlich wichtiger, was hat sich denn durch diesen Zu- und Umbau, der sparsam und wirtschaftlich war, was hat sich denn konkret daraus für den Bürger verändert? Und diese Veränderungen können sich in der BH Amstetten sehen lassen. Es wurde ein Haus errichtet, eine Bezirkshauptmannschaft errichtet, bei der man sehr deutlich den Wandel spürt vom bürokratischen Apparat der Vergangenheit hin zum offenen Bürgerservice. Hin zu einer Anlaufstelle für den Bürger wobei man ganz offen und ehrlich auch sagen muss, dass es dank der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BH Amstetten inzwischen zu einer Einrichtung geworden ist, die weit über unsere Bezirksgrenzen hinaus und hinweg als offenes Bürgerservice und Anlaufstelle und kundenfreundliche Anlaufstelle angenommen wird. Und das betrachte ich als das wahre, zentrale Ergebnis dieses Zu- und Umbaues. Und ich möchte diese Behauptung auch mit einigen Fakten und Zahlen unterstreichen.

Diese Bürgerservicestelle, wo der Kunde, der Bürger bereits im Erdgeschoss empfangen wird, nicht als Bittsteller, nicht als Schuldner, sondern als Kunde des Landes Niederösterreich, diese Bürgerservicestelle ist ein ganz deutliches Zeichen für die Offenheit dieser Bezirkshauptmannschaft Amstetten, die eine Frequenz aufweist von durchschnittlich 191 Kunden pro Tag. Pro Tag wenden

sich bereits 191 Bürger an diese Stelle und werden dort beraten und wird ihnen entsprechende Hilfeleistungen angeboten.

Ich darf vielleicht noch ein paar andere Zahlen hinzufügen, die beweisen, dass diese 61 Millionen Schilling für den Zu- und Umbau der BH Amstetten für die Bürger investiert wurden. So kommen zum Beispiel in der BH Amstetten auf einen Sachbearbeiter 1.505 Einwohner. Damit liegt die BH Amstetten ein Drittel unter dem Landesdurchschnitt, was wieder die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit dieser Bürgerservicestelle unterstreicht.

Oder ein paar ganz, ganz gute Beispiele zum Verfahrensexpress. So wurden seit Beginn der Aufzeichnungen seit 1. Jänner 1998 mehr als 530 Betriebsanlageverfahren abgeschlossen und davon mehr als 80 Prozent in weniger als drei Monaten. Das wirft ein sehr, sehr kundenfreundliches, ein sehr schnelles und ein sehr effizientes Bild auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BH Amstetten. Ich sage das deswegen, um auch den Bericht des Rechnungshofes aus der Sicht vielleicht ein wenig zu betrachten und die Bezirkshauptmannschaft Amstetten und ihren Zubau ins richtige Licht zu rücken.

Ich darf daher abschließend nur festhalten, dass wir diese Berichte des Rechnungshofes zur Kenntnis nehmen. Ich wollte aber besonders am Beispiel der Bezirkshauptmannschaft Amstetten schon auch dokumentieren, dass gewisse Dinge auch gesagt gehören die hier nicht drinnen stehen. Die aber auch deutlich machen, welche Bedeutung die Gelder, die hier in die Bezirkshauptmannschaft geflossen sind, welche Bedeutung diese auch für den Bürger haben. Und wie diese Stelle, dieser Umbau und Zubau vom Bürger angenommen wird. Daher wird unsere Fraktion diesen Berichten ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Schabl: Als nächster zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich beginne mit dem Rechnungshofbericht, die Stadtgemeinde Baden betreffend, die sich ja durch eine sehr schöne, aber nicht ganz voranschlagskonforme Römertherme auszeichnet. „Nicht ganz“ ist vielleicht ein bisschen untertrieben, aber es sei.

Jedenfalls weitaus interessanter ist meiner Ansicht nach der Rechnungshofbericht betreffend die Flughafen Wien AG. Da gilt es schon einige An-

merkungen zu machen, wie wohl ich dem Kollegen Gebert natürlich Recht gebe, dass es in Wirklichkeit ja ein richtiger Rückblick ist auf einen Vorstand der heute nicht mehr im Amt ist. Dennoch: Es existierte ein verbindlicher Leitfaden für die Abwicklung von Investitionen und die FWAG hielt ihn nicht ein. Man wickelte Investitionsprojekte nicht mit der notwendigen Transparenz und Übersichtlichkeit ab. Dies wurde schon 1995 festgestellt. Und wie der Aufsichtsrat diese Mängel kritisiert hat, hat der Vorstand ein Gutachten in Auftrag gegeben betreffend die Kompetenzverteilung zwischen Vorstand und Aufsichtsrat - auch eine sehr interessante Art und Weise wie man mit solchen Mängeln umzugehen gedachte in der damaligen Zeit. Und erst im letzten Moment hat in diesem Streit oder in dieser Auseinandersetzung zwischen Aufsichtsrat und Vorstand der Vorstand also nachgegeben. Mir fällt dazu nur ein, Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!

Und bevor ich zu weiteren Vorwürfen oder Kritikpunkten des Rechnungshofes komme was das Controlling betrifft, noch ein Satz zum Masterplan. Immerhin ist es ja der Masterplan, der jetzt nicht zuletzt auf Grund der dritten Piste hier zur Debatte steht. Und es ist schon auch interessant, dass der Rechnungshof feststellt, dass in Wirklichkeit der Ausbauzustand, der damalige Ausbauzustand des Flughafens jahrelang dem Masterplan, dem damaligen Masterplan voraus war. Auch eine Art einen Plan zu haben. Mich erinnert das manchmal ein bisschen an niederösterreichische Raumordnungspläne oder Flächenwidmungspläne, die das nachtragen was in Wirklichkeit schon Bestand ist. Und daher den Anspruch auf Planung völlig vermissen lassen. Auch interessant war, dass man diesen Masterplan ganz einfach freihändig vergeben hat an ein Zivilingenieurbüro. Obwohl, wie der Rechnungshof feststellt, die Erstellung dieses Planes durchaus auch im eigenen Haus möglich gewesen wäre. Und auch bezeichnend ist, dass der Vorstand damals es offensichtlich für nicht einmal für wert empfunden hat, eine Stellungnahme abzugeben.

Aber zurück zum Controlling, vielleicht das doch Wichtigste aus diesem Bericht. Das Motto scheint gewesen zu sein, wir kontrollieren uns am besten selber, das kennen wir am besten. Man hat, wie immer freihändig, an immer ein- und dasselbe Zivilingenieurbüro Vergaben durchgeführt, insbesondere aber auch Vergaben was das Controlling betrifft. Insgesamt hat dieses Büro schon 37 Millionen verdient. Die Crux dabei war aber, dass man dieses Büro auch mit anderen operativen Aufgaben betraut hat. Sozusagen musste also dieses Büro sich selber in manchen Bereichen, die es durchgeführt hat für die FWAG kontrollieren.

Auch die Innenrevision, so entnehmen wir dem Bericht, war nicht sehr beliebt. Mangelnde Ausschreibungen, man kann das jetzt fortsetzen, mangelnde Ausschreibungen, die so gestaltet waren, dass es kaum möglich war die Bestbieterfirma zu ermitteln. Bei den Ausschreibungen gab es auch noch so eine Sache, dass die Ausschreibungen vielfach so ungenau waren und vielfach so überzogen waren, dass man hinterher als Erfolg feiern konnte, dass man diese Angebote unterschritten hat. Was aber angesichts der Höhe der Angebote eigentlich selbstverständlich war. Jedenfalls hat der Rechnungshof einen Vermögensnachteil von fast 103 Millionen Schilling ermittelt. Die FWAG hat geantwortet, es sind nur 13 Millionen. Ich glaub' dem Rechnungshof. Soviel zum Bericht über die Flughafen Wien AG.

Auch sehr wesentlich ist die Frage der Bezirkshauptmannschaft Amstetten. Und ich gebe dem Kollegen Mag. Heuras durchaus Recht wenn er meint, dass erstens einmal das ein Bauvorhaben war, das sehr sparsam abgewickelt wurde. Und dass es natürlich auch entsprechende Verbesserungen gebracht hat im Bürgerservice, in der Durchführung der Aufgaben für die Bezirkshauptmannschaft. Das ist ganz unbestritten. Es geht in Wirklichkeit in diesem Bericht auch gar nicht zu sehr um diesen Bau und um die Bauabwicklung. Sondern es wirft dieser Rechnungshofbericht nebst aller positiver Dinge, die er erwähnt, auch ein bezeichnendes Licht darauf wie man eben fuhrwerken kann. Irgendjemand hat gesagt, „ihr macht eh was ihr wollt“ im Zusammenhang mit dem Rechnungshofbericht, wenn ich mich richtig erinnere.

Interessant ist, was die Landesregierung alles als Kleinprojekt bezeichnet in diesem Land. Ein Sechzig-Millionen-Projekt, das man als Kleinprojekt darstellt, aus dem Nachtragsvoranschlag finanziert, man könnte sagen, eine „zizerweise“ Finanzierung vornimmt. Obwohl das offenbar ein Gesamtprojekt war, dessen Planung auf dem Tisch lag und das man schlicht und ergreifend ins Budget hinein nehmen hätte müssen. Die Konsequenz daraus ist eine sehr, sehr eindeutige, die auch der Rechnungshof vorschlägt: Nämlich ab 20 Millionen Bauvolumen gibt es einen Baubeirat und ab 20 Millionen Bauvolumen kann man so ein Projekt daher nicht mehr als Kleinprojekt definieren. Klein ist anders, insbesondere was dieses finanzielle Volumen angeht.

Auch interessant, und das hat sich Gottseidank nicht ausgewirkt auf das Projekt selbst, aber es ist eben auch bezeichnend dafür dass man ständig verbessern kann: Die unterschiedlichen Vertragsbedingungen, die die Abteilung Hochbau und die

die Architekten formuliert haben. Beispielsweise was die Aufzeichnung von Regiearbeiten betrifft, was die Schutträumung betrifft, was die Schlussrechnungsvorlage betrifft, die Terminisierung der Vorlage der Schlussrechnung. Das sind natürliche Dinge, die schon passieren können. Aber sie zeigen doch, wie hier gearbeitet wurde.

Aber Gottseidank ist es trotzdem günstig abgewickelt worden und Gottseidank hat die HB 4 jetzt doch die richtige und die aktuelle Ö-Norm wie wir hoffen und wie uns versichert wurde. Und daher können wir uns getrost dem nächsten Bericht zuwenden, bei dem es nicht ganz so glimpflich zugeht. Und das ist der Bericht über den Schul- und Kindergartenfonds.

Da ist schon zu bemängeln auch wieder das Sittenbild der Landesregierung, die ganz einfach Beschlüsse nicht fasst wenn sie es nicht für notwendig hält. Oder wenn sie glaubt, es genügt, wenn Abteilungen irgendwelche Beschlüsse oder irgendwelche Durchführungen machen dann braucht man keine Beschlüsse in der Landesregierung. Gemeint sind natürlich damit die Beschlüsse für die Bedarfszuweisungen an die Gemeinden, den Fonds betreffend. Ich frage mich nur, wer müsste eigentlich solche Beschlüsse herbeiführen? Wer steht eigentlich der Landesregierung vor? Ich bin nicht sicher ob das die für den Fonds zuständigen Regierungsmitglieder sind. Was auch interessant ist, dass die Umsetzung eines Landtagsbeschlusses fehlt, und das wirft auch wieder ein Sittenbild auf die Regierung und auf die Arbeit der Regierung. Dass man nämlich ganz einfach Beschlüsse, die im Landtag gefasst wurden, nicht ernst nimmt und nicht umsetzt. Wenn der Landtag beschließt, es soll dieser Fonds von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft werden und das im Juni 1990 und es ist bis Juni 2001 nicht umgesetzt, so wirft das ein bezeichnetes Bild darauf wie in diesem Lande die Regierung wirtschaftet. Insbesondere, welche Macht sie in diesem Lande ausübt und welche Bedeutung sie dem Landtag zumisst.

Weiters wurde die Vermögenslage nicht ordnungsgemäß ausgewiesen, zukünftige Zahlungsverpflichtungen wurden nicht ausgewiesen. Es würde dieser Bericht oder es würde das Nettostammvermögen ganz anders aussehen hätte man es richtig ausgewiesen. Es würde nämlich ein Negativvermögen von 26 Millionen ausgewiesen werden. Sinnvoll wäre auch hier, den Anregungen des Rechnungshofes zu folgen und die Gesetze entsprechend zu ändern. Interessant ist aber auch, und das weist der Bericht auch aus – und damit möchte ich schließen -, dass dieser Fonds einem Kuratorium verantwortlich war, das die Aufsicht zu

führen hatte. Und dass den Vorsitz in diesem Kuratorium der Finanzlandesrat führte. Und ich frage mich, wo war die Aufsichtspflicht des Finanzlandesrates? Dass die ÖVP in diesem Kuratorium die Mehrheit hat so wie in der Regierung, wo sie nichts beschlossen hat, das ist eine andere Geschichte. Danke. *(Beifall bei den Grünen.)*

Zweiter Präsident Schabl: Als nächster zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. Rambossek (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Im Sinne der Landesverfassung liegen uns heute sieben Prüfberichte des Landesrechnungshofes vor. Der Herr Präsident hat jetzt auch den Bericht, wie schon erwähnt, des Bundesrechnungshofes über die Auftragsvergaben der Flughafen Wien AG und über die Wahrnehmungen bei der Stadtgemeinde Baden nach Befassung des Rechnungshof-Ausschusses auf die Tagesordnung gesetzt. Ich möchte eingangs generell einmal feststellen, dass aus dem einen oder anderen Bericht ganz klar hervorgeht, dass der Steuermiteileinsatz teilweise reparaturbedürftig ist und dass Fehlentwicklungen korrigiert werden müssen. Nach dieser grundsätzlichen Feststellung beschäftige ich mich auch mit dem Bericht über den NÖ Schul- und Kindergartenfonds.

In diesen Bericht finde ich eine sehr gravierende Feststellung, nämlich dass der Fonds auf Grund zukünftiger Zahlungsverpflichtungen nur über einen geringen finanziellen Spielraum verfügt. Und dass im Jahresabschluss 1999, wie mein Vordner bereits erwähnt hat, ein negatives Nettostammvermögen von rund 620 Millionen Schilling ausgewiesen hätte werden müssen.

Der Rechnungshof hat sich über den Fonds auch Gedanken gemacht, ob ein insolvenzrechtlicher Handlungsbedarf gesteht. Und hat dezidiert festgestellt, dass geeignete Maßnahmen zur Konsolidierung des Fonds einzuleiten sind. In diesem Sinne sei mir gestattet zu betonen, dass es bedauerlich ist, dass wir diese Feststellungen, die das Rechnungsjahr 1999 betreffen, leider erst heute, im Oktober 2001, debattieren können. Der Weg solcher Berichte ist uns bekannt, es geht nicht schneller. Ich meine, es ist bedauerlich, dass wir das erst im Oktober debattieren können. Also zu einem Zeitpunkt, wo diesen Feststellungen vielleicht gar keine Aktualität mehr zukommt. Diese Feststellung des Landesrechnungshofes erinnert mich auch an die Beinahe-Illiquidität des Fremdenverkehrsförderungs fonds, ebenfalls ein Fonds mit

eigener Rechtspersönlichkeit, unter dem damaligen Landesrat Vinzenz Höfinger. Und vor allem an die notwendigen finanziellen Kraftakte um damals das sinkende Schiff nicht untergehen zu lassen.

Kollege Mag. Fasan hat schon erwähnt, dass es hier nicht immer zu Beschlüssen im Sinne des Gesetzes gekommen ist. Dass einmal mehr die Gemeindevertreterverbände verhandelt haben und beschlossen haben, wie diese Aufteilung der Mittel für den Fonds ganz einfach erfolgt. Es wurden auch verschiedene Geschäftsberichte nicht erstellt und die Voranschläge in der Regierung nicht genehmigt. Ich nehme an, das waren Anfangsschwierigkeiten im Getriebe der Frau Landesrat und das wird in Zukunft nicht mehr vorkommen.

Was der Rechnungshofbericht aber weiters aufzeigt ist, dass der Fonds durchwegs relative hohe Kassenbestände hält und dass von einem durchschnittlichen Kassenbestand von rund 85 Millionen ausgegangen werden kann. Hohes Haus! Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an einen anderen Bericht des Rechnungshofes aus dem Jahr 1999, nämlich den Bericht Geldflüsse zwischen kreditverwaltenden Abteilungen und nachgeordneten Dienststellen. Dieser Bericht hat damals als Zielsetzung eine zentrale Geldverwaltung, ein Pooling der liquiden Geldmittel des Landes Niederösterreich verfolgt, wodurch insbesondere unnötige Zwischenfinanzierungen vermieden werden könnten.

Ich meine, die Landesregierung hat damals in ihrer Stellungnahme zugesagt, den Empfehlungen des Rechnungshofes Rechnung zu tragen. Das kann ich aber, was den NÖ Schul- und Kindergartenfonds betrifft, bedauernd heute nicht erkennen. Und ich kann auch keine Umsetzungsstrategie zur Optimierung des Steuermiteileinsatzes erkennen.

Hohes Haus! Der NÖ Schul- und Kindergartenfonds hat ganz wesentliche Aufgaben. Vor allem die Aufgabe, die Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Erfüllung der ihnen als gesetzlicher Erhalter von öffentlichen Pflichtschulen und öffentlichen Kindergärten obliegenden Aufgaben zu unterstützen. Dass der Fonds diese Aufgabe der Gemeindeförderung, ich nenne es so, gerecht wird, zeigt der vorliegende Bericht ebenfalls auf. Im Jahre 1999 wurden in zwei Kuratoriumssitzungen Förderungen von insgesamt rund 110 Millionen Schilling bewilligt, wodurch Investitionen in unserem Land von rund 1,5 Milliarden Schilling ausgelöst und durch die Gemeinden, durch die Gemeinderäte Arbeitsplätze gesichert bzw. geschaffen wurden.

Ein weiterer Prüfbericht des Landesrechnungshofes hat mein ganz besonderes Augenmerk auf sich gezogen. Der Bericht über die Dr. Josef Hyrtl-Waisenstiftung. Der Zweck dieser Stiftung besteht darin, sozial schwache Halb- und Vollwaisenkinder, die die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen und ihren ordentlichen Wohnsitz in einer niederösterreichischen Gemeinde haben, zu unterstützen. Bewerber aus der Gemeinde Mödling und Umgebung sind zu bevorzugen. Das sozial menschliche Engagement dieser Stiftung zeigt sich darin, dass im geprüften Zeitraum von 1995 bis 1999 insgesamt nun fast vier Millionen Schilling an Stiftungsleistungen ausgeschüttet wurden, womit insgesamt 890 Kinder unterstützt werden konnten.

Das Vermögen der Stiftung besteht aus Wertpapieren mit einem Nominalwert per Oktober 2000 von rund 13 Millionen Schilling und dem unbeweglichen Vermögen in Form von drei Liegenschaften in Mödling und einer Liegenschaft in Perchtoldsdorf, die im Zusammenhang mit Herrn Dr. Hom-Rusch ins Licht der Öffentlichkeit gerückt ist. Für mich mutet es in diesem Zusammenhang schon abenteuerlich an wenn der Rechnungshof in Bezug auf die Vermietung der Liegenschaft in Perchtoldsdorf an Hom-Rusch oder Frau Margarita Hom-Schumann feststellen musste, dass die Mietverträge für den Mietzeitraum 1994 bis 1997 und 1997 bis 2000 erst nach Beginn des Mietverhältnisses im ersten Fall über fünf Monate später, im zweiten Fall zirka 2 Monate später unterzeichnet wurden.

Abenteuerlich deshalb, weil die Stiftung von der NÖ Landesregierung verwaltet wird und auch die Stiftungsaufsicht im Bereich der NÖ Landesregierung angesiedelt ist. Mehr will ich dazu gar nicht vorbringen. Ich stimme mit dem Landesrechnungshof überein, wenn dieser die Erstellung jährlicher Gesamtrechnungsabschlüsse der Stiftung einfordert, aus denen die gesamten Vermögenswerte sowie die gesamten Erträge und Aufwendungen eines Rechnungsjahres ersichtlich sind. Ich stimme jedoch damit nicht überein, dass jetzt versucht wird, einen Nettomietzins in Höhe von monatlich rund 87,- S/m² Wohnfläche als für Perchtoldsdorf und den Bezirk Mödling als ortsüblich darzustellen. Damit klar ist, was ich meine, Hohes Haus: Es wurde eine Villa mit einer Wohnfläche ohne Garage im Ausmaß von fast 300 m² und ein Grundstück mit einer Gesamtfläche von rund 1.000 m² vermietet.

Was die drei Stiftungsliegenschaften in Mödling betrifft, so konnte aus diesen nur 30.000,- Schilling den Stiftungsleistungen zugeführt werden im Jahre 1999. Und da meinen wir Freiheitlichen, dass von der Stiftungsverwaltung und von Landesrat Mag. Sobotka Überlegungen angestellt werden

sollten ob nicht eine Veräußerung dieser Wohn- bzw. Geschäftsobjekte unter Abwägung aller Interessen als sinnvoller anzusehen ist als eine Haus- und Immobilienverwaltung nach Mietrechtsgesetzen zu betreiben.

Auch ich komme kurz zum Bericht des Bundesrechnungshofes über die Auftragsvergaben der Flughafen Wien AG. Die Vorgänge rund um die Auftragsvergaben für die Investitionsvorhaben der Flughafen Wien AG ab 1994 sind uns aus den Medien bekannt, ebenso die freihändige Vergabe von Zivilingenieurleistungen wie auch das Faktum einer Interessenskollision infolge Betrauung ein- und dieselben Zivilingenieurbüros als der begleitenden Kontrolle, dem operativen Projektmanagement und der bauwirtschaftlichen Beratung des Bauherrn. Auch wissen wir aus einem früheren Bericht bereits, dass es eine Vernachlässigung von vertieften Angebotsprüfungen gegeben hat und dass diese dazu geführt hat, dass preispolitische Maßnahmen nicht erkannt wurden und die Wahrung des Bestbieterprinzipes nicht gesichert war. Den Medien konnte auch entnommen werden, dass bereits vor Beginn der Gebarungüberprüfung im April 1998 bei der Staatsanwaltschaft Korneuburg verschiedene Verfahren anhängig waren und schwerwiegende Mängel bei der Investitionsabwicklung festgestellt wurden. Ich kann mich daher heute wirklich auf die Feststellung des Rechnungshofes betreffend die finanziellen Auswirkungen beschränken.

Der Rechnungshof hat insgesamt ein Auftragsvolumen von rund drei Milliarden Schilling überprüft. Pier Ost, Pier West, Geräteinstallhalle, Verbesserung des Pistensystems etc., welches Auftragsvolumen auch in den Jahren 1993 bis 1997 vom Aufsichtsrat genehmigt wurde. Die vernichtende Stellungnahme hat Kollege Mag. Fasan bereits zitiert, dass nämlich der Rechnungshof zu einer Zahl gekommen ist, dass der Flughafen Wien einen Vermögensnachteil von 103 Millionen Schilling erlitten hat. Eine beträchtliche Summe also, die wieder einmal in unserem Land leider versickert ist.

Hohes Haus! Die Staatskontrolloren haben sich auch mit dem Wirkungsbereich der Stadtgemeinde Baden beschäftigt. Der Bericht enthält viel Lob und einigen Tadel. Lob für die sparsame Mittelverwendung und –verwaltung durch die Stadtgemeinde. Der Schuldenstand ist kontinuierlich gesenkt worden und die Maastricht-Konvergenzkriterien werden erfüllt. Lob dafür, dass im Überprüfungszeitraum 1995 bis 1999 bei einem durchschnittlichen außerordentlichen Jahreshaushalt von 195 Millionen Schilling mehr als 60 Prozent des außerordentlichen Haushaltes durch Rücklagen und nur 18 Pro-

zent durch Darlehen bedeckt wurden. Lob dafür, dass die freie Finanzspitze im Überprüfungszeitraum durchschnittlich 119 Millionen Schilling pro Jahr betrug. Ein Betrag, welcher im Wesentlichen zur Finanzierung von Investitionsvorhaben sowie zur teilweisen Bedeckung der Folgekosten neuer Investitionen verwendet werden kann.

Der Prüfbericht enthält aber auch einige Wertmühtropfen, die Römertherme betreffend, wie zum Beispiel dass eine wirksame Projektsteuerung fehlte, oder dass Vergaben von Leistungen mit tragenden Grundsätzen eines Vergabeverfahrens nicht in Einklang standen. Und letztendlich die Feststellung des Rechnungshofes, dass die Kostenschätzung aus dem Jahre 1995 mit 180 Millionen Schilling unrealistisch war, zumal sich die ursprünglich angenommenen Baukosten auf 256 Millionen Schilling fast verdoppelten. Der letzt gültige Finanzierungsplan umfasst Gesamtkosten von rund 283 Millionen Schilling ohne Umsatzsteuer.

(Präs. Mag. Freibauer übernimmt den Vorsitz.)

Hohes Haus! Es muss uns klar sein, dass es zwischen einzelnen Punkten eines Rechnungshofprüfberichtes und einer Stadtverwaltung immer wieder Meinungsunterschiede geben kann. Der Rechnungshof begründet etwas, die geprüfte Stelle sieht dies aber etwas anders. Ich meine daher, dass zu diesem Bericht insgesamt ein Lob des Rechnungshofes hervorgehoben werden muss, nämlich dass der Rechnungshof die Römertherme als gestalterisch gelungenes Bauwerk bezeichnet. Ich persönlich gratuliere auch von dieser Stelle aus Herrn Bürgermeister Prof. Breininger zu dieser Investition. Denn er hat bei gewachsenen Strukturen, wie sie in Baden nun einmal vorherrschen, mit seinem Gemeinderat Mut bewiesen und in ein modernes Wellnessprojekt investiert. Er hat erkannt, wie wichtig die Wellness-Schiene in Zukunft für den Tourismus sein wird. Danke schön! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. Kautz (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hoher Landtag! Bevor ich mich mit dem Rechnungshofbericht ein bisschen beschäftige, nämlich jenen vom Schul- und Kindergartenfonds, darf ich an die Freiheitliche Partei wenige Sätze richten.

Es ist schon absonderlich, wenn sich Abgeordneten der Freiheitlichen Partei hier her stellen, Zitate bringen von Menschen, die dies nie gesagt haben. Aber weil sie gerade in der Politik sind,

muss man sie beflecken. Angepatzt ist gleich einer. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Denn wenn Herr Kollege Haberler dem Herrn Marizzi hier etwas unterstellt was der nie gesagt hat, so denke ich man sollte zumindest nicht die anderen der Alzheimer Krankheit zeihen wenn man sie selbst hat. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, zum Kindergartenfonds. Der Herr Kollege Dkfm. Rambossek hat sehr treffend einen Satz gesagt, der wohl, glaube ich, nur für Gemeinden zutrifft oder dort zutrifft, wo es ihm gefällt. Aber dort, wo man vielleicht jemand anderen treffen kann, nicht zutrifft. Ich meine nämlich, dass der Rechnungshof sehr wohl prüfen soll, prüfen kann, prüfen muss. Nur, was der Rechnungshof niederschreibt, muss nicht Evangelium sein. Das heißt, wenn der Herr Kollege Dkfm. Rambossek gesagt hat, die Stadtgemeinde Baden hat andere Ansichten, so glaube ich, ist auch hier im Schul- und Kindergartenfonds manches anders als im Rechnungshofbericht dargelegt wird.

Noch dazu darf ich daran erinnern, dass auch der Herr Kollege Dkfm. Rambossek Vorsitzender des Finanzkontrollausschusses war und der Schul- und Kindergartenfonds seit dem Jahr 1968 besteht und lange Jahre ohne Beanstandungen bestanden hat. Nur in den letzten drei Jahren, momentan werden Sachen beanstandet, die 20 und 25 Jahre vorher nicht beanstandet wurden. Nur weil wir vorher andere Gesetze beschlossen haben, wie zum Beispiel eines für den Fremdenverkehrsförderungs-fonds, eines für den Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds, wo andere Vorsitzregelungen enthalten sind. Und weil das dort besser ist, so wird es jetzt im Schul- und Kindergartenfonds kritisiert. Ich habe nichts dagegen wenn man etwas kritisiert und anregt. Aber es soll nicht so sein, dass schlecht gemacht wird was seit 1968 in Ordnung war, nur weil wir, weil der Hohe Landtag ein anderes Gesetz beschlossen hat und vielleicht bessere Lösungen getroffen hat.

Und ich höre noch immer das Wort, naja, ich nehme es nicht an dass es der Kollege Dkfm. Rambossek so gemeint hat, es soll keine Gemeindeförderung sein. Ja sehr wohl ist es eine Gemeindeförderung! Denn wer baut Kindergärten? Wer baut Schulen? Die Gemeinden! Und dazu wurde der Schul- und Kindergartenfonds gegründet, um den Gemeinden unterstützend zu helfen durch Zuschüsse und durch Darlehen.

Nun darf ich zu einigen Punkten kommen. Wenn hier kritisiert wird, dass der Vorsitzende der Herr Landeshauptmann ist, er ist fast in allen Fonds

Vorsitzender und das zuständige Regierungsmitglied ist Geschäftsführer. Das ist so, soll auch so sein und damit ist auch die Vertretung geregelt. Denn wenn ein Regierungsmitglied nicht da ist, Urlaub oder Krankheit, so hat ein anderes Regierungsmitglied die Vertretung und damit auch im Fonds die Vertretung. Ich glaube nicht, dass es gut ist, dass wir einen Vertreter und dort einen zweiten und dritten Vertreter beschließen und damit eine Überorganisation schaffen. Ich glaube, der Fonds soll effektiv arbeiten und rasch arbeiten. Und beim rasch Arbeiten und effektiv Arbeiten bin ich auch schon beim nächsten Kritikpunkt der angeschlossenen oder aufgezeigt wurde, beim Verwaltungsaufwand.

Ich glaube nicht, dass es gescheit ist, dass die Verwaltung auch noch aus diesen Fondsmitteln heraus bezahlt wird. Lassen wir es so wie es jetzt ist dass der Fonds sich der zuständigen Abteilungen bedient und dort normaler Verwaltungsaufwand getätigt wird. Weil zuerst geben wir Gelder in den Fonds und dann wird die Verwaltung aus diesem Fonds heraus bezahlt und für die Bauvorhaben bleibt vielleicht kein Geld mehr übrig. Das heißt, eine Aufspaltung der Gelder sehe ich nicht positiv. Ich bin eher dafür dass die Gelder zweckbindend für Schul-, Kindergarten- und Musikschulbauten verwendet werden.

Dann werden die Bedarfszuweisungen kritisiert. Die hat es immer gegeben. Der Fonds wird gespeist aus dem Landesbeitrag, der leider in den letzten Jahren immer weniger geworden ist, aus den Bedarfszuweisungen, Darlehensaufnahmen und Rückflüssen. Warum ist es etwas Schlechtes für den Kommunalgipfel, wenn die Gemeindevertreterverbände darüber beraten, wieviel an den Bedarfszuweisungen in den Fonds kommen? Ich weiß schon, manche sind bei den Beratungen nicht dabei, daher ist es schlecht. Aber ich habe nichts dagegen, dass diejenigen, die auch aus diesem Fonds gespeist werden, es werden ja die Gemeinden aus diesem Fonds gespeist, auch entscheiden, wie die Gelderaufbringung in den Fonds aus den Bedarfszuweisungen erfolgen soll.

Und nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, zu einem „Misch-Masch“, wie ich es sehe, der aufklärbar ist. Die Kameralistik hat eine jährliche Gebarung. Ein Bauvorhaben zieht sich über zwei, drei und oft vier Jahre hin. Das heißt, der Fonds muss heute eine Zusage treffen, dass in zwei Jahren, in drei Jahren, in vier Jahren die Gemeinde X den Zuschuss und das Darlehen bekommt. Ich kann das aber nicht in dem Jahr veranschlagen und glauben, dass damit dann der Fonds vielleicht insolvent wird weil die Gelder erst in drei

Jahren zu fließen beginnen. Das haben die Prüfer so gesehen. Und das, glaube ich, haben sie falsch gesehen. Denn Darlehenszusagen, Kreditzusagen und Förderungszusagen sind über Jahre zu geben. Und ich kann nur ein Jahr budgetieren und im nächsten Jahr muss es wieder neu budgetieren. Das heißt, die Jährlichkeit und die Mehrjährigkeit von Bauvorhaben vermischen sich hier. Und das, glaube ich, haben die Prüfer nicht ganz durchblickt oder nicht sehen wollen.

Das Problem der Zusagen gibt es auch in anderen Fonds. Dass ich heute eine Zusage treffe und in zwei Jahren das Geld erst flüssig habe. Damit bin ich auch bei den Darlehen. Natürlich muss der Fonds immer liquid sein. Denn wenn eine Gemeinde sich einbildet, sie baut schneller, so sollte sie auch schneller das Geld bekommen. Und wenn 85 Millionen Schilling an Liquiditätsmittel immer vorhanden sind im Durchschnitt, so ist das natürlich eine hohe Summe. Da ist nun die Frage: Sind es Darlehen oder sind es die Bedarfszuweisungen, die der Fonds hat? Die Bedarfszuweisungen kann der Fonds dementsprechend anlegen und die Darlehen werden ja erst teuer ab der Zuzählung. Das heißt, wenn ich ein Darlehen aufgenommen habe und das Darlehen voll bei der Bank liegt kostet es mir ja noch nichts. *(Abg. Mag. Fasan: Deswegen muss ich es auch ausweisen!)*

Herr Kollege! Sie haben schon oft bewiesen, dass Sie wohl einen Rechnungsvoranschlag in der Hand haben, aber nicht lesen können. So ist es auch hier. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Ja, dort hat er das gleiche Problem. Das ist aber so. *(Abg. Mag. Fasan: Aber das war immer so mit den Beschimpfungen!)*

Das ist keine Beschimpfung. Ich nenne nur Fakten. Und wenn ich heute sehe, die Anweisung ist ja da. Das Darlehen ist dann hineinzunehmen, wenn es zugezählt ist und nicht wenn ich die Zusage habe, es kann zugezählt werden. Das ist der kleine Unterschied, Herr Kollege. Den werden Sie auch noch lernen müssen. *(Abg. Mag. Fasan: Man kann ja die Zusage wieder zurückziehen!)*

Daher glaube ich, dem Rechnungshofbericht kann man ohne weiteres zustimmen. Nur glaube ich, ist es vernünftig, wenn die Geschäftsführung und die Prüfer noch einmal über diese Uneinigkeiten Gespräche führen und das aufklären. Jeder hat seinen Standpunkt. Ich bin überzeugt, dass beide Standpunkte richtig sind. Nur nicht alle exekutierbar. Das heißt, man soll ein Gesetz so machen und einen Fonds so führen, dass er nicht nur den Buchstaben des Gesetzes gerecht wird, sondern dass er auch in der Praxis handhabbar ist. Und wenn wir nach diesem Grundsatz vorgehen, so glaube ich, ist dieser Bericht auch als positiv anzusehen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek zur tatsächlichen Berichtigung.

Abg. Dkfm. Rambossek (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Kollege Kautz! Ich berichte dich: Ich habe ausdrücklich die wesentliche Aufgabe des Schul- und Kindergartenfonds hervorgehoben. Ich habe ausdrücklich gesagt, dass dieser Fonds, dass der Fonds dieser Aufgabe der Gemeindeförderung, ich bezeichne es so, gerecht wird, zeigt uns der vorliegende Bericht ebenfalls auf.

Ich habe die zwei Kuratoriumssitzungen erwähnt wo insgesamt 510 Millionen Schilling bewilligt wurden, die einen Investitionsschub von 1,5 Milliarden Schilling ausgelöst haben. Und ich habe auch in meiner Wortmeldung, wenn es nicht klar hervorgekommen ist, wiederhole ich es, begrüßt die Klarstellung des Rechnungshofes, dass der Fondsanteil an den Bedarfszuweisungsmitteln entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen jeweils von der NÖ Landesregierung beschlossen werden soll. Das hat der Rechnungshof klar und deutlich festgestellt. Und dazu habe ich mich geäußert dass es für mich nicht einzusehen ist, dass das einfach zwischen den Gemeindevertreterverbänden der Österreichischen Volkspartei und der Sozialdemokraten in einem Kommunalgipfelgespräch ausgehandelt wird. Das war meine Wortmeldung. Und dahin berichte ich dich.

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Moser.

Abg. Moser (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich darf zu drei Berichten des Rechnungshofes kurz Stellung nehmen. Zunächst zur Flughafen Wien AG, dann zur Stadtgemeinde Baden, zum Prüfbericht, und zum Schul- und Kindergartenfonds.

Es wurde von den Vorrednern schon ausgeführt, dass im Zusammenhang mit der Prüfung bei der Flughafen Wien AG ja die Beanstandungen aus der Vergangenheit vor allem in rechtlicher und personeller Hinsicht bereits korrigiert wurden. Es geht darum, dass vor allem bei der Abwicklung von Investitionen hier auch vom Rechnungshof als positive Entscheidung hervorgehoben wurde, ein entsprechendes Projektmanagement einzusetzen und hier externe Berater entsprechend in Anspruch zu nehmen.

Von der Eigentümerstruktur her ist es so, dass das Land Niederösterreich mit 17,38 Prozent in gleicher Höhe wie die ÖIAG und die Stadt Wien

beteiligt ist und dass ein Streubesitz von 46,86 Prozent besteht und der Flughafen Amsterdam ein Prozent hält. Der Mitarbeiterstand hat sich in den Jahren 1993 bis 1999 von 1.999 auf 2.564 erhöht. Wobei es gelungen ist, im Berichtszeitraum des letzten Jahres, nämlich 1999, eine Bilanzsumme von 10,5 Milliarden zu erwirtschaften und einen Cashflow von 1,5 Milliarden. Das sind doch beachtliche Zahlen, es ist ein beachtlicher Wirtschaftskörper, der hier im Flughafen Wien besteht. Wobei vor allem im Zusammenhang mit dem Rechnungshofbericht zu erwähnen ist, dass bereits in den Jahren 1994 und 1995 die Investitionsplanung, die Durchführung und Abrechnung der Flughafen Wien AG überprüft wurde und auch zum damaligen Zeitpunkt bereits dem Nationalrat, dem NÖ Landtag und dem Wiener Gemeinderat Bericht erstattet wurde.

Es geht in diesem Berichtszeitraum vor allem um die Investitionsprojekte, drei Hochbauprojekte und sieben Tiefbauprojekte. In den Jahren 1993 bis 1997 genehmigte der Aufsichtsrat insgesamt 184 Investitionsvorhaben mit 3,3 Milliarden Schilling. Bis Mitte 1998 waren davon 1,9 Milliarden Schilling bereits endabgerechnet. Wichtig ist, glaube ich, dass vor allem das externe Baucontrolling hier mit einer entsprechenden Effizienz ausgestattet werden muss und der Flughafen im Zusammenhang mit der Erfüllung des Masterplanes vor allem seinen nationalen und internationalen Aufgaben im Flugverkehr entsprechend Rechnung trägt. Daher ist dieser Masterplan auch auf Empfehlung des Rechnungshofberichtes entsprechend zu aktualisieren und stellt die Grundlage für zukünftige Finanzplanung dar. Wir wissen, dass also den Verantwortlichen des Flughafens eine große Aufgabe zukommt. Vor allem für die Investitionen für den zukünftigen Bereich des Ausbaues, aber vor allem auch dem Bereich der Sicherheit ist gerade angesichts der Terrorsituation in den USA, glaube ich, in Zukunft größte Bedeutung zuzuwenden damit der Sicherheit von Personen eben bestmöglich Rechnung getragen wird.

Wie eingangs erwähnt sind die Beanstandungen bereits in der Vergangenheit korrigiert worden. Und wir hoffen, dass gerade jetzt in der Neugestaltung auch der personellen Ausstattung des Vorstandes hier eine effiziente Arbeit dieses Wirtschaftskörpers des für Österreich und auch für Niederösterreich so wichtigen Flughafens gegeben ist.

Zum zweiten Bericht, zur Stadtgemeinde Baden. Ich glaube, die Stadtgemeinde Baden hat eine tolle Finanzsituation. Der Stellenwert des Tourismus kommt auch aus dem Bereich des Prüfungsberichtes sehr deutlich hervor. Der ordentliche

Haushalt der Stadtgemeinde Baden belief sich im Kontrollzeitraum 1999 auf 1,5 Milliarden Schilling. Ich glaube, es ist besonders positiv und die Vorredner haben das schon angesprochen, dass das Maastricht-Ergebnis hier deutlich verbessert werden konnte. Lag es 1995 noch bei einem Minus von 42 Millionen, liegt es bereits jetzt bei einem Plus von 67 Millionen Schilling. Und der Schuldenstand konnte ebenfalls kontinuierlich gesenkt werden. Schuldenstand laut Maastricht 1995 von 224 auf 83,3 Millionen. Und interessant ist in diesem Rechnungshofbericht, dass laut Stellungnahme der Stadtgemeinde Baden im Mai 1999 eine Bürgerbefragung hat stattgefunden, worin der Stadtverwaltung ein wirklich sehr gutes Zeugnis ausgestellt wurde. Das ist ja auch von den Vorrednern hier erwähnt worden. Der mittelfristige Finanzplan der Stadt wurde bereits dadurch auch erfüllt, vorweg erfüllt, dass ein Etappenplan im Bereich der Finanzierung ausgearbeitet wurde, in welchem die Vorhaben kontinuierlich untergebracht wurden.

Ich möchte vor allem hier von dieser Stelle aus vor allem im Zusammenhang mit der touristischen Entwicklung des Landes die Bedeutung dieser Stadt hervorheben. Inklusiv all dem, was hier an Bewegung und Unterstützung der Wirtschaft durch die Stadt erfolgte. Inklusiv der tollen Ausgestaltung mit 300 Hektar umfassenden Gärten, womit hundert Bedienstete mit einem Aufwand von insgesamt 48 Millionen Schilling zur Schönheit der Stadt beitragen. Hier ist eines wohl auch klar: Wenn der Rechnungshof erwähnt, dass das hauptsächlich interne Arbeiten sind, dann wissen alle, die in Gemeinden tätig sind, dass gerade die Aufrechterhaltung der öffentlichen Anlagen ja nicht durch Ausschreibung immer wieder erfolgen kann, sondern dass es Aufgabe der Stadt ist hier die Schönheit der Gärten entsprechend zu erhalten und ähnliches mehr.

Der Höhepunkt und die größte Leitinvestition dieser Stadt, das ist auch erwähnt worden, war sicherlich die Realisierung der Römertherme. Hier wurde kritisiert, dass es Kostenerhöhungen gegeben hat. Ich glaube, es ist aber auch verständlich, weil sich im Umbau einiges ergibt. Und man muss heute, deutlich auch erwähnen, dass gerade die Präsentation mit einem doch sehr hohen Kostenaufwand dieser Therme zukunftsweisend für diese Stadt ist. Wobei hier beachtlich ist, dass ein wesentlicher Teil von den 282,9 Millionen Schilling, durch die vorsorgliche Finanzwirtschaft dieser Stadt, nämlich durch Rücklagen, gedeckt werden konnte. Ich möchte von dieser Stelle aus dem Bürgermeister Prof. August Breininger sehr herzlich gratulieren zu seiner zukunftsweisenden Gemeindepolitik, zu den Projekten, die er immer wieder

realisiert. Vor allem zum großen Projekt der Römertherme und zur guten finanziellen Situation seiner Stadt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ganz kurz noch zum Bericht des Rechnungshofes im Zusammenhang mit dem Schul- und Kindergartenfonds. Dieser Fonds ist ja eine eigene Rechtspersönlichkeit und hat im Wesentlichen die Aufgabe, die Gemeinden und Gemeindeverbände bei Schul- und Kindergartenbauten, Neu- und Umbauten, durch Gewährung von Fördermitteln zu unterstützen. Und in diesem Fonds sind Landesmittel mit enthalten und auch Gemeindemittel in Form von Bedarfszuweisungen. Zur Kritik, dass Rückflüsse aus gegebenen Darlehen auch inklusive Zinsen dem Fonds zufließen: Das ist, glaube ich, ein richtiger Ansatz. Das ist durchaus verständlich, ist bereits auch umgesetzt worden.

Ich möchte hier betonen, dass mit der Änderung des Kindergartengesetzes oder des Fondsgesetzes im Juni 2000 auch jene Musikschulen mit einbezogen werden, die im Zusammenhang mit einem Pflichtschulstandort hier bestehen. Eine wichtige Ausweitung um die Ausbildungsmöglichkeit für unsere Kinder hier von der räumlichen Ausgestaltung zu verbessern.

Die vorhin angezogene Diskussion, ist es eine Gemeindeförderung oder was ist es eigentlich, na selbstverständlich, Kollege Kautz, du hast es angesprochen, wird hier den Gemeinden insgesamt ein Instrument in die Hand gegeben. Jetzt nicht für die Gemeinde an sich, aber was ist die Gemeinde? Die Summe aller Bürger! Und hier geht es vor allem um die Kleineren unserer Gesellschaft, um die so wichtige Ausbildung unserer Jugend für die Zukunft. Hiefür die entsprechenden Geldmittel für Gebäude und Ausstattung von Bildungseinrichtungen wie Kindergärten, Pflichtschulen, Volksschule, Hauptschule, und Musikschule bereitzustellen.

Der Landesbeitrag lag 1999 bei 180 Millionen Schilling, fiel im Jahr 2000 auf 140 und wird sich in den nächsten Jahren eben wieder erhöhen. Die Bedarfszuweisungsmittel, die angesprochen wurden, konnten im Kommunalgipfel entsprechend verhandelt werden. Knapp 370 Millionen Schilling Gemeindegelder werden vorweg diesem Fonds zugeführt um hier effizient jenen Gemeinden zu helfen, die derartige Investitionen zu tätigen haben. Wobei hier ganz interessant ist, dass vor allem im Zusammenhang mit der Darlehensaufnahme als auch mit der Entnahme aus den Rücklagen hier das Budget eingehalten wurde. Bei den Rücklagen ist es sogar so, dass diese nicht verbraucht wurden, sondern im Gegenteil, entgegen dem Voranschlag sogar zusätzlich Rücklagen gebildet werden

konnten. Und so haben sich im Fonds die Rücklagen gegenüber der ursprünglichen Budgetierung auf 105 Millionen Schilling mit Ende des Jahres 1999 erhöht. Das Stammvermögen des Fonds weist ein Eigenkapital mit Ende 1999 wie im Bericht angeführt eben von 197,7 Millionen Schilling, Rücklagen von 130 Millionen Schilling auf. Somit ergibt sich ein Stammvermögen von 823 Millionen Schilling. Wobei hier eine positive Entwicklung des Stammvermögens zu verzeichnen ist. Und insgesamt bei der Budgetgebarung auch eine dynamische Finanzvorschau immer wieder vorgelegt wird.

Hervorzuheben, glaube ich, ist die positive Entwicklung der Förderungsrichtlinien. Einerseits sehr einfach und sehr effizient für die Gemeinden, die eine Möglichkeit sehen, nach Einheiten und Kostensätzen zu arbeiten. Andererseits aber sind die Förderungsrichtlinien hier auch klar strukturiert um den Förderungsauftrag sowohl im Bereich des Neu-, Um- und Zubaus, als auch bei der Instandsetzung sowie bei der Anschaffung von Einrichtungen bis hin zur künstlerischen Ausgestaltung den Gemeinden in zwei Schienen zu gewährleisten. Einerseits durch eine Sockelbeihilfe und andererseits durch Zuschüsse, Annuitätzuschüsse zu Darlehen. Hervorzuheben ist auch, dass von den Förderungsbewilligungen allein 1999 insgesamt für alle Bereiche - Neu-, Zu- und Umbauen und Instandsetzungen - Zinszuschüsse von 510 Millionen Schilling lediglich in einem Jahr genehmigt wurden. Wenn man das über einen größeren Zeitraum betrachtet, dann war das in den Jahren 1998 bis 2000 eine Summe von 3,8 Milliarden Schilling, die hier für Investitionen gemeinsam, Gemeindegeld unterstützt mit Landesgeld, für die Bauten des Schul- und Kindergartenwesens bereitgestellt werden konnten.

Ich darf hier an dieser Stelle, vor allem namens der Gemeinden für die rasche und wirklich vorzügliche Abwicklung den Verantwortlichen in der Abteilung ein herzliches Dankeschön sagen. Und allen, die hier im Fonds Mitverantwortung tragen, allen voran dem Vorsitzenden, dem Herrn Landeshauptmann. Ich glaube, dass der Schul- und Kindergartenfonds hier eine effiziente Hilfe bei Investitionen im Bereich Kindergärten, Schulen und Musikschulen darstellt. In diesem Sinne darf ich hier feststellen, dass unsere Fraktion die angeführten Rechnungshofberichte zur Kenntnis nimmt und dem Antrag die Zustimmung gibt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Frau Landesrat Kranzl.

LR Kranzl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus!

Gestatten Sie mir, dass ich als Geschäftsführerin des Schul- und Kindergartenfonds, diese Funktion habe ich seit 18. November 1999 inne und der Berichtszeitraum hat sich über die Jahre 1998 und 1999 erstreckt, kurz Stellung nehme.

Sie wissen ja alle, dass dieser Fonds durch ein Landesgesetz mit 1. Jänner 1968 gegründet worden ist und eben, wie vorhin gesagt worden ist, hauptsächlich die Gemeinden, Gemeindeverbände bei ihren Aufgaben, nämlich Errichtung, Umbau, Zubau und Sanierung usw. von öffentlichen Bauten, Schulen, Kindergärten, unterstützen soll. Und eben seit neuestem das auch für Musikschulen.

Als ich diesen Bericht zum ersten Mal in die Hände bekommen habe, glauben Sie mir, war das eine ziemlich lange Zeit. Ich habe mich intensiv damit befasst. Und die eine oder andere Formulierung hat nicht sehr gut gefallen. Ich bin aber selbstverständlich bereit, die formalen Anregungen, die formalen Kritikpunkte sehr genau in Zukunft auch wahrzunehmen. Die Beschlussfassung über die Bedarfszuweisungen, die Vorlage des Geschäftsberichtes an die Regierung bzw. auch Voranschlag und Rechnungsabschluss - ich weiß nicht, warum es nicht passiert ist, aber ich werde mich in Zukunft auch darum selber kümmern.

Es gibt aber einige Punkte, mit denen ich persönlich nicht ganz einverstanden bin. Für mich besteht auch im Rechnungshofbericht ein kleiner Widerspruch. Ich habe versucht, das auch im Vorfeld ausdiskutieren. Es ist zum Beispiel angeführt die Gestaltung des Voranschlages, des Rechnungsabschlusses nach den VRV-Linien. Es wird angeführt, dass der Schul- und Kindergartenfonds nicht dezidiert diesen Bestimmungen unterliegt. Aber es wird trotzdem abgeleitet, dass er danach zu erstellen ist. Das ist für mich ein gewisser Widerspruch. Weil Sie angeregt haben, Herr Kollege Mag. Fasan, die Wirtschaftlichkeitsprüfung durch ein Unternehmen: Ich sichere Ihnen zu, dass das in Zukunft passieren wird. Aber ich muss schon auch die Schulabteilung in Schutz nehmen. Es ist in dieser Resolution aus dem Jahre 1990 ausdrücklich angeführt, dass Fonds, die dem Landtag Jahresabschlüsse vorlegen müssen, verpflichtet sind, sich prüfen zu lassen. Dadurch, dass der Schul- und Kindergartenfonds hier anscheinend eine andere Situation hat, ist das halt nicht gemacht worden. Aber auch das werden wir in Zukunft entsprechend vornehmen.

Das Anführen der Zinsen betreffend sowie der Existenz unterschiedlich hoher Kassenbestände: Ich glaube, das ist auch aus dem Bericht herauszulesen, dass der Fonds, bitte, 3,5 Millionen Schilling Zinserträge erwirtschaftet. Also ich denke, dass das ein sehr positives Signal ist, weil wirklich möglichst lange versucht wird, Fremdmittel nicht aufzunehmen. Weil mit diesen Darlehensrückflüssen, mit diesen Zinserträgen - es ist ein gewisser Betrag auch auf ein Festgeldkonto angelegt und deshalb auch - übers Jahr gesehen diese Zinserträge zustande kommen. Und dann ein durchschnittlicher Kassenbestand über das ganze Jahr, das stimmt einfach nicht. Wir haben das aufzuklären versucht. Es gibt vier Auszahlungszeiträume der Darlehen. Es gibt aber auch unterschiedliche Termine der Geldflüsse. Das ist halt schwierig das zu „handeln“. Wichtig ist aber, dass zum jeweiligen Auszahlungstermin an die Gemeinden die entsprechenden Geldmittel vorhanden sind.

Bezüglich dieses Negativvermögens von 620 Millionen Schilling bzw. dann auch dieses insolvenzrechtlichen Handlungsbedarfes. Also ich denke, dass das schon sehr hart formuliert worden ist. Denn, der Kollege Moser hat es vorhin angeschnitten, das Stammvermögen ist eigentlich von 1998 auf 1999 angewachsen auf 328 Millionen Schilling. Wenn man natürlich die Förderzusagen in einem einzigen Jahr anrechnet, dann ergibt das natürlich ein anderes Bild. Nur, es wird auch in Zukunft so sein, dass diese Zusagen diesem Voranschlag entsprechend aufgenommen werden. Diese wirken sich dann Stammvermögen vermindernd aus. Auf der anderen Seite gibt es aber bitte auch eine Wertberichtigung. Das heißt, das kann nur vermögensneutral sein. Denn es gibt eine Zusage, aber die Auszahlung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt. Also es kann nicht so sein dass das in dem einen Jahr vollkommen als Ausgabe entsprechend dargestellt wird und dann passiert nichts mehr in dem Jahr, in welchem es dann tatsächlich auch ausbezahlt wird. Also so kann das im Prinzip dargestellt werden. Wie gesagt, die eine Situation ist sicher, dass die Gemeinden ja vorab, bevor sie dann tatsächlich den Baubeginn starten, natürlich wissen müssen, dass Geldmittel aus dem Schul- und Kindergartenfonds fließen. Und ich glaube, dass gerade dadurch, dass oft drei Jahre eben zwischen Ansuchen, Genehmigung des Förderansuchens bzw. tatsächlichem Baubeginn ein längerer Zeitraum entsprechend vorhanden ist.

Eines verwundert mich schon: Es hat ja Anfang der Neunzigerjahre eine anberaumte Prüfung des Landesrechnungshofes gegeben. Diese ist abgebrochen worden. Es hat geheißen, es sei eigentlich ohnehin alles in Ordnung. Und jetzt, zu diesem

Zeitpunkt stellt man diesen Fonds dar so quasi als wenn gar nichts funktionieren würde. Das schmerzt mich persönlich schon ein wenig. Da möchte ich auch die Mitarbeiter der Abteilung in Schutz nehmen, weil sie sich wirklich sehr bemüht haben. Aber Sie können versichert sein, dass ich in Zukunft selber entsprechende Finanzvorschauen, die wir bereits vorgelegt haben, dass wir diese Anregungen, diese Kritikpunkte auch sehr genau verfolgen werden. Und ich möchte mich auch offiziell noch einmal bedanken, dass sehr wohl auch das Positive hervorgehoben worden ist. Das hat sehr gut getan, dass nicht alles schlecht ist. Sondern dass, glaube ich, der Schul- und Kindergartenfonds seinen Aufgaben, nämlich der Unterstützung der Gemeinden, sehr wohl nachkommt. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich möchte mich bei der Frau Landesrat sehr herzlich bedanken für diese Ausführungen, die das auch klarer sehen lassen. Insbesondere für die Sachlichkeit. Sie unterscheidet sich dadurch wohl-tuend von ihrem Kollegen Kautz der gerne austellt aber nicht einstecken will. *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Mag. Freibauer: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Buchinger (FPÖ): Ich verzichte!

Präsident Mag. Freibauer: Er verzichtet. Wir kommen daher zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 781/B-4/3:)* Danke! Gegenstimmen? Keine. Einstimmig angenommen!

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 835/B-1. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag:)* Danke. Gegenstimmen? Ebenfalls einstimmig angenommen!

Ich ersuche Frau Abgeordnete Krammer, die Verhandlungen zum Geschäftsstück Ltg. 814/B-44/3 einzuleiten.

Berichterstatterin Abg. Krammer (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich berichte zu Ltg. 814/B-44/3, dem Rechnungsabschluss und Tätigkeitsbericht des NÖGUS, Bereich Gesundheit und Soziales, für das Jahr 2000.

Mit dem vorliegenden Bericht wird gemäß § 13 Abs.4 NÖ Gesundheits- und Sozialfondsgesetz der Berichtspflicht an den NÖ Landtag entsprochen. Die Berichte der Bereiche Gesundheit und Soziales vermitteln ein umfassendes Bild über die laut Gesetz übertragenen Aufgaben. Beide Tätigkeitsberichte und Rechnungsabschlüsse liegen in schriftlicher Form vor und befinden sich in den Händen der Abgeordneten. Ich stelle daher den Antrag des Gesundheits-Ausschusses *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Landesregierung betreffend Rechnungsabschluss und Tätigkeitsbericht des NÖGUS für das Jahr 2000, Bereich Gesundheit und Soziales, wird zur Kenntnis genommen.“

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

Präsident Mag. Freibauer: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Pietsch.

Abg. Pietsch (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf zum Rechnungsabschluss und zum Tätigkeitsbericht des NÖGUS kurz Stellung nehmen.

Ich will mich mit dem Zahlenmaterial nicht besonders beschäftigen. Die Zahlen liegen ja vor. Der NÖGUS wird gespeist aus Einnahmen des Bundes, des Landes, der Sozialversicherungsträger, des NÖKAS und von den Rechtsträgern. Der NÖGUS verwaltet diese Mittel und setzt diese Mittel dementsprechend zur Krankenhausfinanzierung in Niederösterreich ein. Detaillierte Einnahmen- und Ausgabenaufstellungen können Sie im Bericht ohnehin sehen. Und es liegen ja auf Grund der Budgets der Krankenanstalten die entsprechenden Anforderungen vor, die eben dann vom NÖGUS bedeckt werden.

Diese Krankenanstaltenfinanzierung ist in dieser Art und Weise seit einigen Jahren vorhanden. Es haben vor allem im Jahr 2000 Finanzausgleichsverhandlungen stattgefunden mit dem Bund im Hinblick auf eine Vereinbarung nach Artikel 15a B-VG über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und vor allem der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 2001 bis 2004. Es ist sehr gut, dass diese Krankenhausfinanzierung dementsprechend fixiert wurde. Allerdings gibt es hier, ich komm' dann später noch darauf zu sprechen, doch gewisse Nachteile vor allem für das letzte Glied dieser Kette, die diese Mittel aufbringt und das sind

die Gemeinden. Vor allem jene Gemeinden, die Krankenhäuser als Rechtsträger haben.

Weiters ist im Jahr 2000 natürlich auch erstmals die Schulförderungsrichtlinie in Kraft getreten und hat sich in diesem Budget vor allem niedergeschlagen. Ich spreche deshalb davon, weil wir auch in Wr. Neustadt Schulen haben und gerade mit dieser Materie dementsprechend zu tun haben. In der praktischen Anwendung dieser Richtlinie zeigt sich ein gewisser Nachbesserungsbedarf, der aber, das darf ich hier auch sagen, vor allem im Pflegebereich gewisser Anpassungen bedarf. Es hat hier einige Änderungen gegeben, die ich nicht aufzählen will. Es hat Anpassungen gegeben im Bereich der Ausbildung, es hat organisatorische Änderungen gegeben, die, meine ich, hier sehr gut gegriffen haben.

Eines finde ich für sehr positiv: Dass man versucht hat, vor allem im Bereich der Krankenanstalten Verbände zu installieren bzw. wo das nicht möglich war, Kooperationen zwischen Krankenanstalten um hier verschiedene Einsparungspotenziale auszuloten und Einsparungen durchführen zu können. Das hielte ich für sehr gut. Und ich glaube, das hat auch in einigen Bereichen sehr gut gegriffen.

Eines muss ich noch dazu sagen: Auf Grund dieser Umstellung, der damaligen Umstellung der Krankenhausfinanzierung, man ist etwa im Jahr 1998, so weit ich mich erinnern kann, von den Pflēgetagen weggegangen und ist dann zur sogenannten LKF-Finanzierung gekommen bzw. den sogenannten LDF-Punkten, hat sich natürlich eines ergeben, dass sowohl der Bund als auch das Land als auch die Sozialversicherungsträger ihre Ausgaben gedeckelt haben. Und dass leider die Rechtsträger immer mehr an Zuschüssen leisten mussten. Ich sehe das an unserem Schwerpunktkrankenhaus in Wr. Neustadt. 1990 bis 1998 etwa sind die Zuschüsse für den Rechtsträger nicht wesentlich gestiegen. Gestiegen schon, 1990 haben wir etwa gehabt 48 Millionen, 1998 etwa 70 Millionen. Aber ab diesem Zeitpunkt hat sich dann dieser Rechtsträgeranteil eklatant gesteigert. Und wenn ich höre von meinen Mitarbeitern aus dem Krankenhaus, dass vor allem für das nächste Jahr 2002 ein sehr hoher Bedarf an Rechtsträgeranteil zu bezahlen ist, dann muss man sich hier sehr wohl Gedanken machen, dass vor allem bei den Rechtsträgergemeinden durch die stete Steigerung dieses Rechtsträgeranteiles für die Budgets dieser Gemeinden eine Problematik sich ergeben wird. Ich darf das, wie gesagt, aus unserem Bereich hier sagen.

Wenn man eine neuerliche Änderung der Krankenhausfinanzierung vielleicht andenkt oder in Erwägung zieht, dann würde ich bitten, dass man diesen Aspekt besonders beurteilt und auch bemerkt. Man hat ja schon etwas dagegen getan. Man hat verschiedene Töpfe geschaffen bzw. Trägeranteile um hier Krankenanstalten, wo dieser Anteil eklatant steigt zu unterstützen. Und er steigt ganz besonders im Bereich der Ambulanzen. Ich darf hier wieder ein Beispiel nennen, und zwar die Strahlentherapie die wir haben, im Fachjargon die Radioonkologie. Auf Grund der LDF-Punkteabrechnung würden wir weit mehr Geld bekommen. Das kann man aber den anderen Krankenanstalten wieder nicht zumuten. Und so ist eben, wie gesagt, die Lösung getroffen worden, dass aus einem Topf eine gewisse Abgeltung, ein Pauschalbetrag bezahlt wird. Aber dieser Pauschalbetrag ist noch immer zu wenig um die Kosten, die dort anfallen, dementsprechend auch bedecken zu können.

Ich meine, dass man, wenn man das andenkt, vielleicht in diesen Bereichen, wo eben nur gewisse Krankenhäuser in Niederösterreich derartige Abteilungen führen, schon eine andere Art des Ausgleiches finden können. Ansonsten, muss ich sagen, ist diese NÖGUS-Finanzierung eine sehr gute Finanzierung. Man kann damit natürlich für die nächsten vier Jahre, wie es hier festgesetzt ist, leben. Wie gesagt, gerade bei diesem Rechtsträgeranteil, der manche Gemeinden besonders belastet, könnte man vielleicht diesen Gemeinden helfen und hier ein wenig Abhilfe schaffen. Das heißt, man sollte diesen Gemeinden unter die Arme greifen damit eines nicht passiert: Dass die Gemeinden gezwungen werden oder auch nicht gezwungen werden, „freiwillig gezwungen werden“, ihre Krankenhäuser abzugeben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es liegt, wie alle Jahre, der NÖGUS-Rechen schaftsbericht und Tätigkeitsbericht vor. Er schließt mit Einnahmen und Ausgaben von S 12.796,000.000,-. Immerhin stolze 751 Millionen davon fallen, da hat der Kollege Pietsch natürlich Recht, den Rechtsträgern zu. Und das Verhältnis hat sich auch nicht geändert. Wenn ich bedenke, im Vorjahr waren es 12.355,000.000 und ein Rechtsträgeranteil von 714 Millionen. Also das Verhältnis ist ungefähr gleich geblieben. Die Aufgaben sind wesentlich gestiegen, da gebe ich der Frau Landes-

hauptmannstellvertreterin Recht, wiewohl die Finanzmittel nahezu gleich geblieben sind. Und dadurch geht natürlich eine Schere auf. Das ist ganz klar.

Rechnerisch ist dieser Rechnungsabschluss durchaus in Ordnung. Inhaltlich, gesundheitspolitisch ist er durchaus diskussionswürdig. Finanzpolitisch ist er auch diskussionswürdig was die Finanzierung des Gesundheits- und Krankenanstaltenwesens betrifft. Die Haupttätigkeiten dieses Fonds waren natürlich im vergangenen Jahr die 15a-Vereinbarung, der neue Österreichische Krankenanstaltenplan, Großgeräteplan. Und da fehlt einiges. Und zwar fehlt das bundesweit. Das ist kein NÖ Mangel, das ist ein Bundes-Mangel, den ganz einfach die Landesregierung mit vollzogen hat.

Es fehlt etwa eine Leistungsdokumentation für alle Krankenhäuser. Die Daten sind da, aber die Dokumentation gibt es nicht. Die Daten sollten genutzt werden. Es fehlt - ich bin beim Kollegen Pietsch, obwohl ich nicht weiß ob er das gemeint hat - etwas, was uns Neunkirchner natürlich sehr stark betrifft: Es fehlt ganz einfach die Rückzahlung der Schulden, die der Bund bei den Trägergemeinden noch hat. Die fehlt! Und es ist ein Skandal, dass diese 15a-Vereinbarung das nicht ausverhandelt hat sondern ganz einfach weiter verschoben hat. Das sind Schulden! Ich kann auch nicht hergehen und ganz einfach bei irgendjemanden Schulden machen und dann sagen, naja, wir reden jetzt einmal vier Jahre nicht mehr darüber und dann reden wir wieder darüber. Und wenn wir wieder darüber reden, dann reden wir die nächsten vier Jahre auch nicht mehr darüber. Das ist ganz einfach unseriös wie die Bundesregierung das gemacht hat! Und es ist daher auch unseriös dass die Landesregierung dem zugestimmt hat und das mit ausverhandelt hat.

Es fehlt natürlich auch ein gerechtes System für die Trägergemeinden. Das ist schon richtig. Ein System, das die Trägergemeinden überlegen lässt. Es fehlt auch für die Gemeinden die Möglichkeit, die Rechtsträgerschaft niederzulegen oder abzugeben an das Land. Dazu werden wir noch kommen. Interessant ist es schon, dass der Kollege Pietsch heute da her kommt und von den Rechtsträgern spricht. Das ist ja wirklich amüsant dass einmal die Wiener Neustädter kommen und nicht nur die kleinen Gemeinden. Ich kann mich schon auch an andere Jahre erinnern wo das nicht so der Fall war. Ich kann mich noch an Zeitungsberichte erinnern von vor einem Jahr wo die Neustädter gesagt haben, was wollt ihr in euren kleinen Gemeinden? Uns geht es prächtig, wir verdienen mit unserem Krankenhaus, wir verdienen mit unserer

Strahlentherapie. Auch davon noch später. Aber ich gebe zu, es ist ein Problem, das Finanzierungssystem ist ungerecht. Und jetzt sehen es eben auch einmal die großen Krankenhäuser, dass das so einfach eben nicht ist. Manchmal auch in den Schwerpunktkrankenhäusern nicht.

Es braucht also, und das ist auch eine Frage der 15a-Vereinbarung, es braucht also ganz allgemein, was die Finanzierung betrifft und was Einsparungen betrifft, die patientenfreundlich sind - wir wollen nicht am Rücken der Patienten sparen - es braucht Reduktionen im stationären Bereich. Österreich hat eine Krankenhaushäufigkeit, die, glaube ich, um 15 Prozent oder mehr über dem EU-Durchschnitt liegt. Es braucht eine Aufwertung des ambulanten Bereiches, es braucht eine Aufwertung des niedergelassenen Bereiches. Wiewohl die Bundesregierung, und zum Teil natürlich auch das Land mit, in der Meinung diese Bereiche aufwerten zu müssen, oft den falschen Weg geht. Und damit sind wir bei den Ambulanzgebühren.

Diese Ambulanzgebühren sind ein Chaos! Eine Wochenzeitung hat das festgestellt und ich pflichte ihr bei. 60.000 Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher kommen plötzlich zur Gebietskrankenkasse und sagen, Leute, da hat es was. Wir haben jetzt unsere Rechnung bekommen. Und Tausende davon führen Beschwerden weil das nicht in Ordnung war. Jetzt sagt natürlich die Krankenkasse, das sind die Abrechnungen in den Krankenhäusern, die nicht in Ordnung sind. Und damit sind wir wieder bei dem, was wir eigentlich seinerzeit kritisiert haben. Nämlich dass man das den Spitälern aufgebrummt hat. Dass man den Spitälern aufgebrummt hat, Gebühren einzuheben von denen sie selber überhaupt nichts haben. Sondern von denen die Krankenkassen etwas haben, die ausgerechnet für die Finanzierung der Spitäler das wenigste beitragen. Nämlich, ich glaube den Bericht richtig im Kopf zu haben, 44 Prozent. Im Vergleich zu den Niedergelassenen, da zahlen sie nämlich alles. Und es ist natürlich interessant, wenn jetzt der Herr Landesrat Mag. Sobotka die niederösterreichischen Spitäler in Schutz nimmt und sagt, die haben garantiert alle richtig abgerechnet und da kann es keine Fehler gegeben haben. Wir hoffen und glauben das auch. Doch wenn es Fehler gegeben hat, dann kann ich mir das schon vorstellen. Weil in Wirklichkeit arbeitet in diesen Krankenhäusern medizinisches Personal. Und dieses soll schauen dass die Leute gesund werden und nicht dass die Budgetlöcher des Finanzministers und des Finanzlandesrates gestopft werden oder jene der Krankenkassen. Dafür sind andere Menschen da die diese Aufgaben haben.

Interessant ist aber auch der Slalomkurs des Landesrates Mag. Sobotka in dieser Frage. Zunächst einmal hat er sich ganz zu Beginn dieser Debatte um die Ambulanzgebühren einmal ein wenig skeptisch geäußert. Vorsichtig skeptisch, gemeinsam mit, glaube ich, den Tiroler Kolleginnen. Wo er gemeint hat, man muss sich das einmal anschauen. Dann wurde er vom Herrn Bundeskanzler, vermute ich, sanft oder unsanft überzeugt, dass das etwas Gutes zu sein habe. Und daher habe er sich sehr vehement dafür ausgesprochen für diese Ambulanzgebühren. Und plötzlich lesen wir, wenn das nur ein Nullsummenspiel ist, dann müssen wir zurück an den Start. Das ist ein interessanter Slalomkurs, Hohes Haus. Der Lenkungseffekt, sagt Landesrat Mag. Sobotka, ist doch nicht so groß wie man sich das vorgestellt hat. Das hätte ich ihm damals aber auch schon sagen können! Wir haben es auch gesagt, aber damals hat man ja leider nicht auf uns gehört. Wenigstens, das muss man ihm zugute halten, nimmt er die Spitäler in Schutz. Die Konsequenz daraus kann eigentlich nur sein Abschaffung dieser unsinnigen Gebühren. Sie bringen nichts außer Belastungen, wir haben das gesehen. Es wird auch heute einen Resolutionsantrag dazu geben, der interessanterweise auch von der ÖVP mit eingebracht wird. Wie schön ist es doch, dass die ÖVP gelegentlich lernt von dem was die Grünen und die SPÖ in diesem Haus sagen. Wir hoffen zumindest dass die ÖVP mitgeht, ich glaube es.

Die Ambulanzabgeltungen aber sind ein anderes Problem. Herr Kollege Pietsch, nur zur Illustration: Die Trägeranteile 1 bis 4 haben mit den Ambulanzabgeltungen, mit den Abgeltungen der Ambulanzleistung in den Spitälern nichts zu tun. (*Abg. Pietsch: Das hab ich ja nicht gemeint!*) Ach so. Dann habe ich das nur anders verstanden.

Aber natürlich sind die Leistungen für die Ambulanzen in Spitälern mit großen Ambulanzen und geringen finanziellen Möglichkeiten ein großes Problem, das große Problem. Es hat durch den Ambulanzkatalog Verbesserungen gegeben. Allerdings nicht so, dass es tatsächlich zufriedenstellend zu lösen wäre. Das heißt, hier muss nach wie vor etwas geschehen. Die Aufgaben des NÖGUS, die ansonsten in diesem Bericht stehen sind schon sehr interessant. Und wir gestehen auch zu, dass hier etwas getan wurde. Etwa Überarbeitung des Normkostenmodells, Festlegung von Versorgungsaufträgen, das ist natürlich wichtig. Das heißt nämlich, dass es nach den Versorgungsaufträgen finanzielle Zuwendung an die Häuser gibt. Dass sich aber Leistungen, die über diese Versorgungsaufträge hinaus gehen, eigentlich nicht rentieren. (*Abg. Kautz: Sich nicht rentieren dürfen!*) Oder sich nicht rentieren dürfen, ist schon klar. Das

heißt natürlich, dass sich das nicht nur an die zuständigen kaufmännischen Leiter, an die zuständigen Rechtsträger sondern natürlich auch an die Primärärzte richtet. Denn die operieren ja. Und manchmal sehr gerne. Und das kann auch zu Problemen führen.

Es wurde auch von Kooperationsmodellen gesprochen in dem Bericht, die wurden vorangetrieben - wir begrüßen das - etwa Korneuburg und Stockerau. Und wir würden auch sehr begrüßen wenn es zwischen Baden und Mödling zu besseren Kooperationen kommen würde. Wenn Mödling vielleicht entsprechend agierte als Rechtsträger oder wenn das Land agierte als Rechtsträger wie es die Rechtsträgerschaft von den Gemeinden auch verlangt. Denn das Land hat sich mit dem Krankenhaus Mödling und mit den Zuständen, die der Rechnungshof dort aufgezeigt hat, keineswegs als vorbildhaft für die Tätigkeit eines Rechtsträgers erwiesen. Und in Baden auf der anderen Seite - auch hier gibt es natürlich Hemmschwellen was die Kooperation betrifft - hat man ganz einfach gegen dieses System Widerstand geleistet. Ich möchte allen Gemeinden empfehlen das zu tun: Widerstand gegen dieses ungerechte Finanzierungssystem. Indem die Gemeinde Baden schlicht und ergreifend gesagt hat, wir legen unsere Rechtsträgerschaft nieder. Für die Versorgung ist laut KAG das Land zuständig. Dass mittlerweile das nicht ganz so gehandhabt wird in Baden, dass man auch Privatisierungsgedanken hegt, das steht auf einem anderen Blatt. Aber es geht doch insgesamt in eine Richtung die nicht ganz unvernünftig ist. Und es hat auch, das muss man ganz offen sagen, der Badener Bürgermeister durchaus hier ein entsprechendes Rückgrat bewiesen. Die Nachrede, die er deshalb gehabt hat, war nicht die Allerbeste. Das finde ich eigentlich schade. Denn ich würde mir wünschen, dass mehrere Abgeordnete, die gleichzeitig Bürgermeister sind, dieses Rückgrat haben, zu erkennen, dass sie in Wirklichkeit gelegentlich im Landtag und in der Gemeindestube den jeweiligen Interessen dann widersprechen könnten. (*Beifall bei den Grünen.*)

Was noch auftaucht ist natürlich die Frage der Vollversorgung. Und ein Beispiel hat der Kollege Pietsch schon genannt, nämlich Vollversorgung im Zusammenhang etwa mit der Frage, dass Niederösterreich ja gewisse fixe Zuteilungen hat. Und dass auf der anderen Seite die medizinischen Aufgaben immer anwachsen. Beispiel dafür ist eben unter anderem die Strahlentherapie. Wr. Neustadt hatte eben eine LKF-Abgeltung für die Strahlentherapie, die aber eine ambulante Leistung ist. Und daher hat der NÖGUS gesehen, dass man mit diesen LKF-Punkten so viel verdient hat, mehr ver-

dient hat fast als die Abteilung wert ist. Das konnte der NÖGUS naturgemäß nicht akzeptieren. Obwohl ich schon einsehe, dass das natürlich einem Finanzstadtrat Schmerzen bereitet.

Insgesamt aber ist zur Strahlentherapie in Niederösterreich schon einiges zu sagen. Wr. Neustadt ist nämlich derzeit das einzige Haus das eine Strahlentherapie hat. Und Wr. Neustadt arbeitet hier vorbildlich und leistet einen wesentlichen Beitrag, kann aber natürlich bei weitem nicht das alles aufnehmen was in Niederösterreich an Krebspatientinnen oder Krebsbehandlungen vollzogen werden müsste. Und da tritt ein ganz interessantes Phänomen auf. Nämlich dass die Häuser aus Niederösterreich zum Teil in großem Maße nach Wien überweisen und sozusagen eine Fremdpatientenversorgung in Wien anstreben. Das Krankenhaus Mistelbach etwa trägt, glaube ich, im SMZ Ost zu 40 Prozent der Patientinnen bei. Das ist durchaus eine erkleckliche Anzahl. Und das führt zum Teil zu Engpässen in der Versorgung in Wien. Und da tritt schon etwas Interessantes zutage, was ich dem Herrn Landesrat Mag. Sobotka auch nicht ersparen kann.

Im Österreichischen Krankenanstalten- und Großgeräteplan ist festgelegt eine zweite Strahlentherapie, ein zweiter Linearbeschleuniger für das SMZ Ost in Wien unter Beteiligung aus Niederösterreich, weil Niederösterreich einen wesentlichen Patientinnenbeitrag hier leistet. Und da kann man eben als Finanzlandesrat nicht sagen das interessiert mich nicht, die kriegen keinen Schilling, und sich auf den österreichischen Krankenanstaltenplan berufen, wo das aber drinnen steht. Es hätte niemand den Herrn Landesrat gehindert, einen vernünftigeren Plan auszuarbeiten. Es hätte niemand den Herrn Landesrat gehindert, gemeinsam mit seiner Bundesregierung, die seiner Partei angehört, gemeinsam mit dieser Koalition ein anderes Finanzierungsmodell auszuhandeln. Und diesen Überhang, den Wien tatsächlich hat, geringer zu gestalten. Und dieses Minus das Niederösterreich hat, eben besser zu gestalten. Das wäre durchaus möglich gewesen. Aber zuerst diesen Krankenanstaltenplan mit ausverhandeln, ihm zuzustimmen, ihn hier zu vertreten und dann zu jammern, dass das nicht entsprechend abgegolten wird, das kann man nicht tun.

Zwei Sätze zum Bereich Soziales des NÖGUS. Uns gefällt dieser Berichtsteil eigentlich sehr gut. Wir glauben, dass hier Erfolge erzielt wurden, beispielsweise in der Umsetzung des Psychatrieplanes, beispielsweise an der Teilnahme, die Arbeit des Suchtplanes betreffend. Das ist für uns eine wichtige Tätigkeit die der NÖGUS im Bereich Sozi-

ales hier begonnen hat. Und wir würden uns durchaus wünschen, dass hier die Vernetzungstätigkeit des NÖGUS im Bereich Soziales zunimmt. Und dass dieser Bereich auch an Bedeutung zunimmt. Würde es eine getrennte Abstimmung geben, könnten wir diesem Bereich Soziales durchaus unsere Zustimmung geben. Nachdem der NÖGUS Rechnungsabschluss aber sozusagen die finanzielle Bilanz, für die Finanzpolitik des Krankenanstaltenwesens in Niederösterreich ist, können wir diesem Bericht unsere Zustimmung nicht geben. *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. Rosenkranz (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Der NÖGUS ist jene Institution, die, wie wir jetzt schon vielfach gehört haben, die Spitalsfinanzierung regelt. Es werden beinahe 13 Milliarden Schilling umgesetzt, eine gewaltige Summe also. Und deswegen ist es umso notwendiger, dass die Mittel vollkommen effizient eingesetzt werden. Es ist also wirklich kein Schilling Luft um ihn irgendwo zu verschwenden oder irgendwo zu haben wo er eigentlich nicht notwendig ist. Denn wir wissen, die Kosten im Gesundheitswesen steigen ständig. Ein Ergebnis der demografischen Situation. Und wir sind also gezwungen um das Notwendige zu sichern wirklich auf alles Überflüssige zu verzichten.

Es ist eine Frage, ist alles zielorientiert eingesetzt? Keine Frage, der NÖGUS leistet gute Arbeit. Aber wenn ich mir die Struktur des NÖGUS anschau, dann stelle ich fest, es kann gar nicht alles zielorientiert eingesetzt sein. Es haben auch meine Vorredner schon erwähnt: Der NÖGUS hat einen Konstruktionsfehler, für den er natürlich nicht allein verantwortlich ist, es ist das das Finanzierungssystem der Spitalsfinanzierung in Österreich überhaupt. Es gibt also verschiedene Einzahler. Und es muss jedesmal ausgehandelt werden, wer wieviel. Und wie gut einer so verhandelt, so geht das dann auch zu Lasten des anderen. Es ist nicht so, dass der, der zahlt dann auch die Verantwortung trägt. Das ist auch ziemlich gesplittet. Und das Dritte, aus dem NÖGUS wird ja lediglich das Spitalswesen finanziert und eben nicht das niedergelassene Gesundheitswesen. Und auch das ist eigentlich ein Zustand, der geradezu provoziert dass sich jeweils der eine bemüht, die Kosten dem anderen zuzuschieben und dass aus diesem Wechselspiel dann natürlich sehr oft resultiert, dass nicht dort behandelt wird, wo es medizinisch am vernünftigsten und ökonomisch am günstigsten ist. Und so lange diese Konstruktionsfehler bleiben, werden wir eben eine

gewisse Schiefelage haben, die dazu führt, dass die Finanzierung nicht so effektiv umgesetzt wird wie es auch sein könnte.

Das Problem mit den verschiedenen Finanziers und der Rechtsträgerschaft ist angesprochen worden. Dieses Problem ist ja erst im Entstehen begriffen. Die ersten Gemeinden fangen an zu revoltieren. Wir haben in Baden einen Fall erlebt wo das wirklich durchgespielt worden ist. Und ich kann mich da nur anschließen: Dem Herrn Bürgermeister Breininger ist für seine Geradlinigkeit zu danken. Denn ohne Zweifel ist es so, dass ein Bürgermeister andere Interessen bezüglich seines Spitals haben muss, er möchte ja gewählt werden. Kein Bürgermeister kann zulassen, ohne massivsten Widerstand entgegenzusetzen, dass etwas in seinem Spital reduziert wird. Und das, obwohl er manchmal wissen muss, dass es aus übergeordneten gesundheitspolitischen Gründen notwendig ist. Das heißt, der Interessenskonflikt zwischen einem Bürgermeister, der einer spitalerhaltenden Gemeinde vorsteht und der gleichzeitig im Landtag eine vernünftige überregionale Gesundheitspolitik mittragen soll, ist evident. Und ich denke, es würden sich manche vielleicht leichter tun, würden sie diese Unvereinbarkeit nicht zulassen und sich für das eine oder für das andere entscheiden.

Gleichzeitig haben Sie sicher auch die Eingabe der Stadt Baden bekommen, die sich darauf bezieht, dass es möglich sein müsste, die Rechtsträgerschaft niederzulegen. Denn es ist ja die Verpflichtung des Landes, das Spitalswesen aufrecht zu erhalten. Ich glaube, dass man diesen Vorschlag sehr ernst prüfen muss. Speziell weil ich überzeugt davon bin, dass mit der zunehmenden Beschwer der Gemeinden durch das Spitalswesen immer mehr Gemeinden auf die Idee kommen werden, das so zu machen. Und ich glaube, dass es eben notwendig ist, und dass wir uns nicht vom Zwang so weit treiben lassen sollten dass es dann übereilt passieren muss, wirklich hier an Reformen zu denken. Nämlich an eine Reform bezüglich der Rechtsträgerschaft der niederösterreichischen Spitäler überhaupt. Ich sagte es schon oft und ich erinnere wieder daran, dass Landeshauptmann Dr. Pröll als er Finanzreferent war im Jahr 1991 zum Beispiel angeregt hat, die NÖ Spitäler in einer Holding zusammenzufassen. Deswegen um sie gut durchstrukturieren zu können und damit finanzierbar zu halten. Also das ist ein Vorschlag, den der Landeshauptmann als Landesfinanzreferent gemacht hat, den wieder aufnehmen sollte.

Ich bin überzeugt, dass wir uns den Kopf darüber zerbrechen müssen. Denn diese Reformen, über die wir jetzt schon jahrelang reden und die uns

aber immer dringender abverlangt werden, sind – und das ist eigentlich zu bedauern – lediglich finanzpolitische Themen. Wir unterhalten uns nur über die Finanzierbarkeit des Gesundheitswesens und sollten uns doch eigentlich hier und da auch über den Inhalt von Gesundheitspolitik unterhalten. Wo soll es eigentlich hingehen Richtung Volksgesundheit? Da liegt ja einiges im Argen. Wir sollten uns auch darüber unterhalten. Und deswegen ist es eigentlich doppelt schade, dass wir aus diesen Reformversäumnissen im finanzpolitischen Bereich gleichzeitig dann auch in die Lage kommen uns über die wirklich wichtigen inhaltlichen Dinge der Gesundheitspolitik zu verschweigen. Ich meine, man kann immer wieder nur diese Reformen einfordern und hoffen, dass wir irgendwann einmal wirklich auch über Volksgesundheit unterhalten können. Und nicht nur darüber, wie wir versuchen, das Bestehende über die Runden zu bringen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. Kautz (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Schade, mein Kollege Mag. Fasan ist, als ich ihn loben wollte, hinaus gegangen. Aber er wird es auch draußen hören.

Die Frage NÖGUS-Bericht, Krankenhaussituation und Finanzierung ist eigentlich eine Frage, die Niederösterreich allein nicht lösen kann. Und die Gemeinden allein schon gar nicht. Ich darf zur aktuellen Situation kommen. Wie ist es zur Zeit? Wir haben vom alten System her mit übernommen eine gewisse Kopflastigkeit der großen Städte, nämlich Wien, Innsbruck, Graz und Salzburg. In den Finanzausgleichsverhandlungen haben diese Städte oder Länder einen gewissen Sockelbetrag bekommen für die Spitzenmedizin. Ich stehe auch dazu. Denn dort sind Universitäten, dort ist die Ausbildung. Doch ab dem Zeitpunkt, da man eine andere Finanzierung aufgebaut hat, stimmen diese Sockelbeträge nicht mehr. Und wenn Kollege Mag. Fasan jetzt davon gesprochen hat von den Überweisungen nach Wien, das hängt ja damit zusammen, denn Niederösterreich ist dabei, diese Spitzenmedizin aufzubauen. Allerdings ohne diese Sockelbeträge, die die großen Städte Wien, Graz, Innsbruck und Salzburg haben. Das heißt, die haben automatisch einen Vorteil von der Finanzierung her. Denn sie bekommen Sockelbeträge plus die LKF-Punkte. Niederösterreich hat hier nur die LKF-Punkte oder nur diese 12 Milliarden Schilling in Summe zur Verteilung. Jetzt kann man diskutieren wie man will. Mehr Punkte für die Ambulanz, momentan sind sie nur zu 20 Prozent gedeckt - weni-

ger Punkte für die Ambulanz. Mehr Punkte für die Spitzenmedizin - weniger Punkte für die Spitzenmedizin. Momentan sind wir dort, dass der Bund die Spitzenmedizin niedriger bepunktet. Das heißt, die großen Häuser, jene, die große Vorhaltekosten haben, die alle Abteilungen haben, sind schlechter dran als die Grundversorgungskrankenhäuser. Momentan. Das wird sich wieder ändern. Denn wenn wir versuchen, im NÖGUS mit verschiedenen Töpfen Ausgleich zu finden, gibt es nur Verlierer. Es kann keinen Gewinner geben. Und daher ist es notwendig, von der Bundesebene her die Situation anders zu betrachten und auch hier für Niederösterreich für die Spitzenmedizin gewisse Sockelbeträge zu bekommen. Das wurde - bewusst, unbewusst, möglich, nicht möglich, das will ich jetzt im Raum stehen lassen - bei den letzten Finanzausgleichsverhandlungen nicht geschafft. Ich will keine Schuldzuweisung treffen, es war nur nichts drinnen. Und damit sind die niederösterreichischen Krankenhäuser schlechter dran. Eine Situation.

Die zweite Situation. Wir haben heute zu Beginn der Sitzung über die Volkszählung gesprochen. Naja, Niederösterreich bekommt, Land und Gemeinden, um 600 Millionen Schilling mehr jährlich der Volkszählung entsprechend auf Grund einer neuen Aufteilung. 400 Millionen Schilling soll das Land bekommen. Das bedeutet aber, wir haben mehr Menschen in diesem Land. Mehr Menschen in diesem Land zu haben bedeutet, dass zusätzliche Personen zusätzliche medizinische Leistungen in Anspruch nehmen. Wenn wir mehr medizinische Leistung in Anspruch nehmen mit dem alten System, so heißt das, dass wir mit dem Geld von gestern die Medizin von morgen betreiben müssen. Daher würde ich den Herrn Finanzreferenten auffordern, nachzudenken, ob nicht der Landeszuschuss von diesen 400 Millionen Schilling mehr auch in die Krankenfinanzierung, in die NÖGUS-Finanzierung hinein fließen sollte. Denn wenn es mehr Menschen gibt, wird auch dieser mehr in Anspruch genommen. Und dazu kommt noch, dass natürlich die Investitionen, die vielleicht 2008, 2010 irgendwann notwendig sind, ja auch Einsparungseffekte mit sich bringen. Das heißt, wenn wir überlegen das vorzuziehen wäre es natürlich auch eine Möglichkeit, entsprechend mehr für die Gesundheit unserer Mitmenschen tun zu können. Das ist das eine, das ich zu bedenken geben will.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, heute wurde schon einiges über die Ambulanzgebühren gesprochen. Dass wir immer gegen diese Ambulanzgebühren waren, ich glaube, damit sage ich nichts Neues. Damit verrate ich kein Geheimnis. Die Ambulanzgebühren sind unmensch-

lich, sind unsozial und haben keinen Steuerungseffekt! Sie sind eigentlich nur ein Geldbeschaffungsinstrument. Nur, für die Krankenkassen oder für den Herrn Sozialminister. Dass wir solche Inseparate aufgeben können ... *(Abg. Kautz zeigt Zeitungsausschnitt. – Abg. Buchinger: Und was habt ihr alles mit Steuergeldern gemacht?)*

Ja, ja, ich weiß! Ihr geniert euch ja überhaupt nicht dafür dass ihr mit Steuergeldern die Opposition offiziell beschimpft. Das ist Amtsmissbrauch, Herr Kollege! Mit Steuergeldern, offiziellen Steuergeldern, andere Oppositionsparteien zu beschimpfen, zu befehlen, das ist Amtsmissbrauch. Und das ist bitte dem Herrn Haupt vorbehalten geblieben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Er schröpft die Kranken um für seine Werbung Geld zu haben. 6.000 Menschen könnten die Ambulanzgebühren zurückgegeben werden nur für dieses eine Inserat. Und ich darf daher einen Resolutionsantrag einbringen ... *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Herr Kollege! Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass das parteipolitische Propaganda mit Steuergeldern ist und das ist Amtsmissbrauch. Bitte, Herr Kollege! Zeige mir ein Inserat aus den letzten 30 Jahren wo die SPÖ in der Regierung war wo eine andere Partei auf Steuerkosten beschimpft wurde? Zeig mir bitte ein Inserat. Nicht lachen, herzeigen bitte! *(Beifall bei der SPÖ. – Anhaltende Unruhe im Hohen Hause.)*

Herr Kollege! Noch einmal gesagt: Nicht Äpfel mit Birnen verwechseln. Geld der Partei ist nicht Steuergeld. Aber das ist Steuergeld, was der Herr Haupt verwendet. Ich stelle daher folgenden Resolutionsantrag *(liest:)*

„Resolutionsantrag

des Abgeordneten Kautz zum Bericht der Landesregierung betreffend Rechnungsabschluss und Tätigkeitsbericht des NÖGUS für das Jahr 2000, Bereich Gesundheit und Soziales, LtG. 814/B-44/3, betreffend Abschaffung der Ambulanzgebühren.

Nach einer Änderung des allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes wurden mit 1. 3. 2001 Gebühren für den Besuch von Ambulanzen eingeführt. Nicht nur dass chronisch Kranke, wie etwa Dialysepatienten, für die regelmäßigen Kontrolluntersuchungen an den Ambulanzen diese Gebühren vorgeschrieben bekommen und Notfallpatienten nur dann von der Gebühr befreit sind, wenn sie anschließend stationär aufgenommen werden, zeigt ein erster Beobachtungszeitraum, dass diese unsozial gestaltete Gebühr keineswegs den als Begründung vorgegebenen Zweck eines Lenkungseffektes von den Spitalsambulanzen zu den niedergelassenen Ärzten bewirken konnte. Es bewahrheitet sich daher die bereits bei der Einführung der Ambulanz-

gebühren geäußerte Vermutung, dass es sich dabei um eine reine Geldbeschaffungsaktion handelt.

Aktuelle Ereignisse zeigen jedoch, dass es mit der angeblichen Spargesinnung der Bundesregierung gerade im Gesundheits- und Sozialressort nicht immer sehr ernst gemeint sein kann. So wurde beispielsweise in den Ausgaben der Neuen Kronen Zeitung, des Kuriers und der Kleinen Zeitung am Donnerstag, dem 4. 10. 2001 in groß aufgemachter Form im Auftrag des Bundesministeriums für Soziale Sicherheit und Generationen und damit auf Kosten der Steuerzahler ein halbseitiges Inserat geschaltet, das die Ambulanzgebühren trotz der angeführten Auswüchse als sozial bezeichnet und daneben in einer nie dagewesenen Form die parlamentarische Opposition kritisiert. Allein durch die Einsparung dieser Inserate könnten rund 6.000 Menschen von der Ambulanzgebühr befreit werden.

Daneben hat der erste Beobachtungszeitraum auch gezeigt, dass es in der Vollziehung und Auslegung der einschlägigen Bestimmungen zu massiven Problemen kommt. Es reicht allerdings nicht aus, über eine Modifizierung dieser Gebühr zu diskutieren, so dass nur die Abschaffung der Ambulanzgebühren eine wirklich soziale Lösung dieses Problems darstellt.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung und infolge der bisher gemachten Erfahrungen bei der Bundesregierung auf eine möglichst rasche Abschaffung der Ambulanzgebühren zu drängen.“

Ich darf Sie um Ihre Zustimmung bitten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Gansch.

Abg. Ing. Gansch (ÖVP): Herr Präsident! Frau Landeshauptmannstellvertreterin! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Dieser Bericht des NÖGUS, der alljährlich vorliegt, sorgt natürlich für Diskussion. Aber ich glaube, man soll die Kirche auch im Dorf lassen. Denn es geht darum, diesen Bericht zu kommentieren und nicht das gesamte Gesundheitswesen in Niederösterreich. Sondern es ist lediglich das Werkzeug NÖGUS sozusagen durch diesen Bericht zu kommentieren.

Natürlich gibt es viele Überlegungen, und die müssen angestellt werden in Zukunft, im Gesundheitswesen und auch im Krankenhauswesen besonders.. Und ich würde schon sagen, wir haben über verschiedene wichtige und wichtigste Themen Aktuelle Stunden abgehalten. Vielleicht ist es einmal wirklich möglich, auch über dieses Gesundheitswesen eine Aktuelle Stunde abzuhalten und vorher die Konzeption des „Gesundheitswesens Neu“ sozusagen zustande zu bringen.

Es geht im Bericht des NÖGUS um die Verwaltung sozusagen der Geldflüsse für das Gesundheitswesen in den Krankenhäusern und im sozialen Bereich. Der NÖGUS wurde vor fünf Jahren gegründet um die Finanzströme, die ja aus verschiedenen Richtungen kommen, sozusagen zu lenken. Und es gibt ein Gesetz, wonach der NÖGUS verpflichtet ist, der Landesregierung jedes Jahr bis 31. Mai einen Geschäftsbericht über das abgelaufene Jahr vorzulegen. Die wichtigste Aufgabe des NÖGUS ist zweifellos das Zustandekommen der Artikel 15a B-VG-Vereinbarung über die Krankenhausfinanzierung und die Reform des Gesundheitswesens für einen Zeitraum von 2001 bis 2004 einschließlich des Österreichischen Krankenanstaltenplanes und des Großgeräteplanes. Und hier ist auch in diesem Jahr und in diesem Berichtszeitraum sehr viel geschehen.

Der Krankenanstalten-Finanzierungsbereich ist in Niederösterreich besonders positiv zu werten. Es gibt nämlich kein Bundesland in dem diese Dinge tatsächlich so ordentlich geregelt sind. Wir haben eine andere Struktur in diesem Lande was die Krankenhäuser betrifft. Wir haben viele Grundversorgungskrankenhäuser, wir haben Schwerpunkt-krankenhäuser. Und die Universitätskliniken, die hochwertigsten, die sind in einem anderen Bundesland, wobei wir sie aber auch wirklich nützen müssen und nützen können.

Ich möchte den Verantwortlichen des NÖGUS hier auch danken. Sie werden sich erinnern, hier in diesem Raume wurde voriges Jahr ein Beschluss gefasst, wonach zur Ausfinanzierung oder Zwischenfinanzierung im NÖGUS 500 Millionen Schilling aufgenommen hätten werden sollen. Und der NÖGUS wurde ermächtigt, diese 500 Millionen Schilling sozusagen aufzunehmen. Diese Kreditaufnahme wurde nicht getätigt, weil es – wie man jetzt in dem Bericht sieht – nicht vonnöten war. Und ich glaube, das zeigt auch vom guten Wirtschaften. Oder eine andere Zahl: In den Jahren bevor der NÖGUS seine Arbeit aufgenommen hatte, lagen die Steigerungen in den Budgets der Krankenhäuser bei 10 bis 12 Prozent jährlich. Aus diesem Bericht geht nun hervor, dass die Steigerung der Bud-

gets im Gesamten 2,86 Prozent betragen. Und das kann man durchaus als Erfolg werten.

Und vielleicht noch zu weiteren Zahlen. Die Gesamtsumme wurde ja schon genannt. Der Rechnungsabschluss des Jahres 2000 sieht eben 12,8 Milliarden Schilling an Einnahmen und dasselbe an Ausgaben vor. Und man muss sich ja vor Augen halten, wir haben Krankenkassen, deren Hauptaufgabe ist, die Mittel sozusagen auch zur Verfügung zu stellen. Von den 12,8 Milliarden Schilling werden aus dem Hauptverband der Versicherungsträger 5,7 Milliarden Schilling aufgebracht. Das Land Niederösterreich bringt 2,1 Milliarden Schilling auf – um nur die größeren Positionen zu nennen – und die Gemeinden außer den Trägern 1,6 Milliarden. Und die Trägergemeinden insgesamt 751 Millionen Schilling. Das ist so der Spiegel des Aufkommens der Mittel, die dann über die Punkte entsprechend gerecht verteilt werden sollen und auch können.

Ich glaube, der Bericht ist sehr umfassend. Dieser Bericht ist auch sehr aufschlussreich. Und es darf all jenen, die hier mitarbeiten im NÖGUS, von der Geschäftsführung über alle, die eben dabei sind, herzlicher Dank ausgesprochen werden. Voriges Jahr habe ich an dieser Stelle gesagt, wenn es etwas zu kritisieren gibt und zu erneuern, dann sollen wir es tun. Und es wird natürlich einiges zu ändern geben. Frau Kollegin Rosenkranz meinte, dass man in Niederösterreich eine Holding dieser Krankenhäuser machen könnte. Das ist durchaus auch eine Überlegung. Aber ich weiß nicht, Frau Abgeordnete, haben Sie sich schon einmal umgehört in der Steiermark? Ich habe das vor noch gar nicht so langer Zeit getan. Es funktioniert nicht so wie man geglaubt hat am Anfang. Und daher müssen solche Dinge auch gut überlegt werden. Und ich glaube halt, man sollte sich dieses Themas wirklich auch hier im Landtag annehmen. Dass man in all unseren möglichen Bereichen dieses Thema Gesundheitswesen und Krankenanstaltenwesen wirklich auch neu diskutiert. Und es ist ja nicht gesagt, dass man immer bei demselben bleiben soll. Es gibt ja eine Entwicklung, die gerade im Gesundheitswesen sehr rasant ist. Und an uns sollen diese Dinge sicher nicht vorbeigehen.

Auftrag ist die flächendeckende Versorgung im Gesundheitswesen. Das ist im niedergelassenen Bereich und das ist auch im Bereich der Krankenhäuser so. Und davon ausgehend müssen eigentlich alle Überlegungen angestellt werden. Und wenn das Messer NÖGUS wenn ich so sagen kann, vielleicht ein bisschen stumpf an manchen Stellen ist, dann wird man es halt dem Schleifer geben und es wird wieder scharf gemacht in die-

sem Sinne. Und das ist ja auch unsere Aufgabe. Und wenn wir sagen, wir wollen diese Dinge lösen, dann ist sicher nicht das die Lösung dass man sagt als Trägervertreter - ich bin ein Freund von Gustl Breininger, das muss ich schon sagen, ich verstehe ihn schon auch - ich will von dem Ganzen nichts mehr wissen oder ich will nichts mehr zu tun haben damit. Das geht nicht!

Und wenn viele unserer Krankenhausträger anfangen und sagen, wir schenken das alles dem Land, man wird es nehmen. Irgendwo ist ja der Auftrag da. Aber man bringt das Gefüge nach dem wir jetzt im heurigen Jahr die Geldmittel verteilen, noch mehr durcheinander. Denn was wird passieren, wenn jetzt drei, vier Gemeinden sagen, so, wir legen die Trägerschaft zurück? Der Trägeranteil ist irgendwo in irgendeiner Form aufzubringen. Es besteht Sanierungsbedarf. Man wird den Ausgleichstopf des NÖGUS nehmen und sagen, so von dort nehmen wir das Geld. Und die, die es brauchen, die auch brav wirtschaften, die kriegen aus dem Ausgleichstopf nichts. Und daher würde ich warnen vor so Ad hoc-Dingen. Es gehört abgesprochen. Wenn man ein System hat, dann soll man sich an dieses System auch halten. Vielleicht war es ein Signal, das da was krank ist. Das stimmt schon. Aber ob es der ganz richtige Weg war, das bezweifle ich. Und dass unser Herr Landesrat Mag. Sobotka natürlich da in die Zwickmühle kommt durch den österreichischen Krankenanstaltenplan als Landesfinanzreferent diese Dinge zu regeln. Dem geht es genauso wie einem Bürgermeister, der da im Landtag sitzt und dann in der Gemeinde draußen diese Dinge mehr oder weniger auch zu vertreten hat. Aber ich glaube, dass es wichtig ist, dass man die Erfahrung von draußen hier herein bringt. Und dass das Bürgermeister-Amt durchaus vereinbar ist mit der Funktion eines Landtagsabgeordneten.

Meine Damen und Herren! Ich komme schon zum Schluss, möchte aber noch einen Resolutionsantrag zur Kenntnis bringen (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Ing. Gansch und Kautz zum Tätigkeitsbericht des NÖGUS für das Jahr 2000, Ltg. 814/B-1, betreffend Ausgleichsfonds des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger.

Auf Grund der angespannten Finanzsituation einzelner Krankenkassen will der Sozialminister den Ausgleichsfonds innerhalb des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger neu regeln. Konkret soll auch die NÖ Gebietskrankenkasse, die Rücklagen, die mit den Beiträgen von niederöster-

reichischen Versicherten gebildet wurden, zur Verfügung stellen. In diesem Zusammenhang hat der Sozialminister auch angekündigt, dass sich der Bund aus der Vereinbarung nach Art. 15a B-VG mit den Ländern über die Spitalsfinanzierung zurückziehen werde.

Der Landtag von Niederösterreich bekennt sich grundsätzlich dazu, dass Niederösterreich einen Beitrag zum Ausgleichsfonds des Hauptverbandes der Sozialversicherungen leistet. Jedoch kann es nicht sein, dass die Niederösterreichische Gebietskrankenkasse über den bereits jetzt in den Ausgleichstopf einbezahlten Betrag hinaus ihre gesamten Rücklagen für die Sanierung der im Hauptverband zusammengefassten Kassen zur Verfügung stellt.

Darüber hinaus ist ein Konzept für die Sanierung der im Hauptverband zusammengefassten Kassen und die Absicherung der Finanzierung der Gesundheitsvorsorge unserer Bevölkerung Grundvoraussetzung für den Beitrag Niederösterreichs.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung vorstellig zu werden,

1. dass im Sinne der Antragsbegründung eine etwaige Neuregelung des Ausgleichsfonds nur in Abstimmung mit den Ländern erfolgen darf und
2. auf die Einhaltung der Vereinbarung nach Art. 15a B-VG im Hinblick auf die Spitalsfinanzierung zu drängen.“

Ich ersuche, diesem Resolutionsantrag die Zustimmung zu geben und auch den Bericht des NÖGUS entsprechend zur Kenntnis zu nehmen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin Abg. Krammer (SPÖ): Ich verzichte!

Präsident Mag. Freibauer: Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Gesundheits-Ausschusses, Ltg. 814/B-44/3:)* Danke. Gegenstimmen? Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Abg. Gratzner; Ablehnung Grüne.)*

Ich komme zur Abstimmung über die beiden Resolutionsanträge und beginne mit dem Resolutionsantrag des Abgeordneten Kautz betreffend Abschaffung der Ambulanzgebühren. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Danke. Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt! *(Zustimmung SPÖ, Grüne; Ablehnung ÖVP, FPÖ, Abg. Gratzner.)*

Und jetzt zum Antrag der Abgeordneten Kautz und Ing. Gansch zum Tätigkeitsbericht des NÖGUS betreffend Ausgleichsfonds des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Danke. Gegenstimmen? Keine. Dieser Antrag ist einstimmig angenommen!

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Kautz, die Verhandlungen zum Geschäftsstück Ltg. 820/H-11/15 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Kautz (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Zum Antrag Ltg. 820/H-11/15, NÖ Landesnervenklinik Klosterneuburg/Gugging, Neubau der Anstaltsküche, liegt ein Bericht vor. Ich darf den letzten Satz dieses Berichtes zitieren: „Der Bauberrat für die NÖ Landesnervenklinik Klosterneuburg/Gugging, Neubau der Anstaltsküche, genehmigte in seiner Sitzung vom 2.7.2001 den Schlussbericht für das Projekt NÖ Landesnervenklinik Gugging, Neubau der Anstaltsküche mit den aufgelaufenen Gesamtkosten von ATS 1,692.728,48 excl. MWSt. und erklärt dieses Projekt infolge nicht weiterer Ausführung für abgeschlossen.“ Ich darf damit den Antrag stellen des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Landesnervenklinik Klosterneuburg/Gugging, Neubau der Anstaltsküche, Schlussbericht wird zur Kenntnis genommen.“

Ich ersuche die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

Präsident Mag. Freibauer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt keine Wortmeldung vor. Wir kommen sofort zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zu Ltg. 820/H-11/15:)* Gegenstimmen? Keine. Einstimmig angenommen!

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Dipl.Ing. Toms, die Verhandlungen zum Geschäftsstück Ltg. 826/B-42/3 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Dipl.Ing. Toms (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich berichte über die Vorlage des jährlichen Berichtes über die Lage der Energieversorgung in Niederösterreich an den NÖ Landtag. Der Bericht befindet sich in den Händen der Abgeordneten und ich stelle daher namens des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses folgenden Antrag (*liest:*)

„Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Energiebericht 2000 – ‚Bericht über die Lage der Energieversorgung in NÖ 1999‘.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Energiebericht 2000 – ‚Bericht über die Lage der Energieversorgung in NÖ 1999‘ wird zur Kenntnis genommen.“

Ich ersuche dich, Herr Präsident, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

Präsident Mag. Freibauer: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. Weinzinger (Grüne): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich werde mich auf drei Aspekte zum Energiebericht beschränken. Allgemeine energiepolitische Anmerkungen zum Energiebericht habe ich in Vorjahren ausführlich getätigt und sind nicht zu wiederholen.

Der Punkt 1, dem ich mich widme, ist das Klimabündnis, auch motiviert durch eine wunderschöne, großflächige Anzeige, die uns Landesrat Mag. Sobotka in Großformat beschert hat. „176 Klimabündnisgemeinden“ (*zeigt Zeitung*). An sich eine erfreuliche Tatsache, dass es so viele Gemeinden sind. Weniger erfreulich ist, dass an Umsetzungsmaßnahmen dem Inserat sonst wenig entgegen steht. Und so zeichnet sich auch das Bild im Energiebericht wider. Diese 176 Gemeinden plus das Land Niederösterreich als solches haben eine Bilanz aufzuweisen von plus 5,2 Prozent Energieverbrauch und damit CO₂-Emission. Von den geplanten Einsparungen ist nichts in Reichweite.

Ich darf erinnern, das Klimabündnisziel lautet minus 50 Prozent CO₂-Emission bis zum Jahr 2010. Es bleiben also noch neun Jahre. Und statt eine Trendumkehr einzuleiten haben wir weiterhin einen deutlichen Anstieg beim Energieverbrauch. Und zwar einen deutlichen Anstieg, bei dem wir nur noch Tirol vor uns haben. Dort war der Energieverbrauchsanstieg noch größer. Im Unterschied dazu haben es die Bundesländer Steiermark und Wien tatsächlich geschafft, endlich einen Rückgang des Energieverbrauchs zu haben mit minus 2,4 Prozent. Das heißt, hier kann sich Niederösterreich ein deutliches Vorbild nehmen. Sonst muss man demnächst ein Inserat schalten wo drauf steht: Klimabündnis Niederösterreich und 176 Gemeinden führt zu weiterem Anstieg von 5,2 Prozent CO₂-Emission.

Besonders bedenklich dabei, nur einige Elemente da raus genommen. Wir haben allein im Vergleichszeitraum 1998 auf 1999 einen Anstieg bei den Kfz um weitere plus drei Prozent. Und wir haben vor allem auch beim Energiemix dieses Energieverbrauchs unerfreuliche Entwicklungen, nämlich dass Holz als Brennstoff weiter rückläufig ist. Und zwar um mehr als den österreichischen Durchschnitt, was ich für ein Armutszeugnis der niederösterreichischen Energiepolitik halte. Erdgas als nicht erneuerbare Ressource ist deutlich im Vormarsch. Und die erneuerbaren Energieträger stagnieren österreichweit, sind im Schnitt sogar weit rückläufig. Man möge sich da jetzt nicht hinwegtäuschen lassen über gut klingende Zahlen von rund 15 Prozent Anteil an der erneuerbaren Energieproduktion. Das ist rein die heimische Produktion. Am Verbrauch haben die erneuerbaren Energieträger österreichweit einen Anteil von rund einem Prozent. Das ist wirklich beschämend für das Potenzial das wir zur Verfügung haben.

Zum Klimabündnis lässt sich darüber hinaus eigentlich nur festhalten an den nicht anwesenden zuständigen Landesrat Mag. Sobotka: Ich kann mich erinnern, zumindest ich kann mich erinnern wenn vielleicht er nicht, dass dieser Landtag einstimmig einen Beschluss gefasst hat vor inzwischen rund zwei Jahren, dass dem Landtag jährlich ein Bericht vorzulegen ist über die Umsetzung und die erreichten Ziele bei den Treibhausgasemissionen. Wieviel hat das Land jeweils reduziert? Diesen Bericht ist uns der Landesrat bis heute schuldig. Er ist säumig. Und ich behaupte, mit Absicht, weil es ihm nicht gelingt, diese Zahlen und diese Reduktionen nachzuweisen. (*Beifall bei den Grünen.*)

Damit sind wir schon beim zweiten Thema auf das ich eingehen möchte, dem Energiemix in diesem Verbrauch, gerade vor dem Hintergrund der

Stromliberalisierung ein heißes Thema. Deswegen auch ein heißes Thema, weil Niederösterreich Berichten zufolge Spitzenreiter in einer traurigen Position ist, nämlich beim Anteil des Atomstroms. Der Hauptenergieversorger in Niederösterreich, die EVN, hat einen Atomstromanteil diesen Berichten zufolge von inzwischen 24 Prozent. Wir haben in den letzten Jahren dabei deutlich steigende Tendenzen gehabt und es ist zu befürchten, dass diese Tendenzen weiterhin ansteigen. Ganz interessantes Detail am Rande. In diesem nicht ganz dünnen Bericht, Seitenangaben sind nicht dabei, es werden so knapp 80 Seiten sein schätze ich, kommt das Wort Atomstrom kein einziges Mal vor. (*Abg. Präs. Ing. Penz: Wo haben Sie dann die Ziffern her?*) Die Ziffern habe ich von Global 2000, die Ihnen die Quellen jederzeit ebenfalls zur Verfügung stellen. Und wenn Sie so sicher sind dass es nicht stimmt, frage ich Sie, warum hat die EVN das noch kein einziges Mal dementiert? (*Abg. Präs. Ing. Penz: Weil sie gar keinen importiert!*)

Weil sie keinen importiert. Ich sage Ihnen warum sie es nicht dementiert, Herr Präsident. Um dementieren zu können, müsste nämlich die EVN offen legen woher ihr Strom kommt. Und dann kommt man vermutlich drauf, dass das inzwischen bereits mehr als die 24 Prozent sind.

In jedem Fall sollten solche Themen nicht ausgeklammert werden in einem Energiebericht. Im Übrigen klammern wir auch den Begriff Energie Contracting etwa aus. Einer der schlagenden Begriffe. Wir führen dafür fast eine Seite lang in dem Bericht aus wie man eine Informations-Homepage und Suchkategorien genauer betätigt. So als wäre das ein Handbuch zur Internet-Einschaltung.

Aber zurück tatsächlich zum Energiebericht. Ich denke, eine Schlüsselfrage vor dem Hintergrund des im Juni geschlossenen EIWG und vor der Thematik, welchen Energiemix und welchen Strom beziehen die Stromkundinnen in Niederösterreich kommt dem Thema der Kennzeichnung zu. Es ist ja im EIWG enthalten, dass genauere Ausführungsbestimmungen auf dem Verordnungsweg vorzulegen sind. Mir ist zum Beispiel von der Oberösterreichischen Landesregierung eine ziemlich detaillierte Verordnung im Entwurf bekannt, mir ist eine solche Verordnung nicht bekannt aus dem Land Niederösterreich. Ich weiß auch nicht, ob daran schon gearbeitet wird oder nicht. In jedem Fall, denke ich, muss eines klargestellt werden: Die Kennzeichnung, die vorgesehen ist, die, wie mir der Landesrat Dipl.Ing. Plank damals ja auch zugesichert hat, tatsächlich nach dem Primärenergiemix ausfallen soll, braucht eine detaillierte Verordnung damit sie transparent, klar und vollständig erfolgt. Und damit man die jeweiligen Stromanbieter auch

verpflichten kann, seriöse Information vorzulegen, möchte ich einen Resolutionsantrag einbringen, der eine genauere Anregung zur Erlassung einer Kennzeichnungsverordnung bietet (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzinger, Mag. Fasan zu Ltg. 826/B-43/3, Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Energiebericht 2000, betreffend Kennzeichnungsverordnung für Stromhändler.

Das NÖ EIWG 2001, LGBl. 7800, sieht in § 46 (Pflichten der Stromhändler – Untersagung) Abs. 7 vor, dass Stromhändler, die Endverbraucher in Niederösterreich beliefern, verpflichtet sind, auf der Stromrechnung, die einem Endverbraucher zugeht, den Anteil an den verschiedenen Primärenergieträgern auszuweisen, auf Basis derer die von ihnen gelieferte elektrische Energie erzeugt worden ist. Die Primärenergieträger sind vollständig, gegliedert nach Ökoenergie, Wasserkraft, Gas, Erdölprodukten, Kohle, Atomenergie und sonstigen Energieträgern auszuweisen.

Gerade im Zusammenhang mit der Diskussion um grenznahe Atomkraftwerke und Lieferverträge mit Atomstromproduzenten bzw. Atomstromhändlern ist es für viele Endverbraucher in NÖ besonders wichtig, mittels einer eindeutigen Kennzeichnung auf der Stromrechnung sicherzustellen, dass der eigene Energieverbrauch unter Garantie von Produzenten bzw. Händlern stammt, in deren Energiemix kein Atomstrom vorkommt.

Eine eindeutige Kennzeichnungsverordnung für Stromhändler muss die Vorgabe erfüllen, dass für Endverbraucher unzweifelhaft garantiert der Produktionsmix nachvollziehbar ist, auf dessen Basis der betreffende Stromlieferant ins NÖ Verteilernetz Energie einspeist.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag möge beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, ehebaldigst einen Verordnungsentwurf vorzulegen, der entsprechende Richtlinien für die Kennzeichnungspflicht für Stromlieferanten an NÖ Endverbraucher vorgibt. In dieser Kennzeichnungsverordnung ist einerseits der vollständige Produktionsmix, gegliedert nach den Prozentsätzen der Produktion aus Ökoenergie, Wasserkraft, Gas, Erdölprodukte, Kohle, Atomenergie und sonstige Energieträger deutlich sichtbar zu machen. Andererseits hat der Stromhändler für allfällige Vorlieferanten von sich aus den entsprechend detaillierten und vollständigen Nachweis deren Produktionsmixes vorzulegen.“

Ich gehe davon aus, dass all jene, die das Gefühl haben, Transparenz ist ein Recht der Konsumentinnen und Konsumenten, und die EVN und andere Stromanbieter soll nichts verbergen können oder haben nichts zu verbergen, dieser Resolution ihre Zustimmung geben werden. Das heißt, eigentlich müsste das eine einstimmige Resolution sein wenn man die Zielsetzung als gegeben voraussetzen kann.

Jenseits der reinen Kennzeichnung denke ich, dass aber im Energiebericht weitere Themen angesprochen sein sollten, die mir in der Klarheit der Aussage fehlen. Es werden zwar drei unterschiedliche Szenarien genannt wie man mit CO₂-Emissionen umgeht, Stabilisierung, mittlere Eingriffe und größere Eingriffe zur Reduktion. Es gibt aber keinerlei Aussagen darüber, welches Szenario, welche Strategie das Land denn wählen wird. Das ist ein bisschen eigenartig für einen Energiebericht wenn man sagt, die drei Möglichkeiten gibt's, aber wir sagen nicht dazu, welche das Land begehen wird. Wir schlagen daher vor, dass wir ein deutliches Reduktionsszenario fahren sollten. Und das begleiten dadurch, dass wir die Ökostromproduktion in Niederösterreich ankurbeln und günstigere Rahmenbedingungen schaffen. Auf den wirtschaftlichen Stellenwert dieser Frage bin ich heute bereits eingegangen. Ich darf daher nur die drei zentralen Bereiche der Forderungen nur kurz ansprechen.

Erstens sind wir für eine Abschaffung der vorgesehenen Deckelung im EIWG, die im Übrigen auch verfassungswidrig scheint, für Windenergie mit drei Prozent. Wir sind für bessere Bedingungen bei den Einspeisetarifen, bei den erneuerbaren Energieträgern. Und da muss es natürlich auch heißen, einen gleichermaßen fairen Ausbau von Biomasse, Windenergie und anderen erneuerbaren. Und keine Diskriminierung zwischen den Energieträgern. Und drittens für eine Abschaffung der sogenannten „Strafmaut“ im umgangssprachlichen Jargon, das heißt Durchleitungsgebühren, die eine massive Benachteiligung für Ökostrom mit sich bringen. Unser Ziel, unsere Vision seitens der Grünen ist es, ein atomstromfreies Niederösterreich zumindest mittelfristig zu erreichen. Das Potenzial haben wir. Die kolportierten 24 Prozent Atomstromanteil lassen sich innerhalb von fünf bis 10 Jahren locker durch die Nutzung der heimischen Ökoenergiequellen ersetzen. Davon hätten wir in mehrfacher Hinsicht etwas. Jedenfalls wären auch die Gemeinden und öffentlichen Einrichtungen des Landes gefordert, sicherzustellen, dass die Energie, die sie beziehen, unter Garantie keinen Atomstromanteil beinhaltet.

Damit komme ich zum dritten Bereich, Stichwort Atom. Und ich darf in diesem Sinne aus-

nahmsweise einmal den Landeshauptmann Dr. Pröll in einer Passage zitieren wo ich ihm zustimme. Im Vorwort zum Energiebericht führt Landeshauptmann Dr. Pröll aus zum Thema AKW Temelin, das als einziges hier namentlich genannt ist: Die bis jetzt nicht wirklich erfolgte Umsetzung des Melker Abkommens ist eine unabdingbare Forderung an die Regierung in Prag etc. Das heißt, wir stimmen hierin überein, dass das Melker Abkommen, das ja mit viel Mühe und unter viel Skepsis ausverhandelt wurde, bislang nicht umgesetzt wurde.

Wir haben darüber hinaus zwei Vorkommnisse in den letzten Wochen gehabt, die eine neue und verschärfte Dimension in die Auseinandersetzung um Temelin bringen. Abgesehen von den fast schon nonstopp auftretenden Störfällen. Das eine ist, dass es auf europäischer Ebene zu einem Durchbruch im Europa Parlament gekommen ist. Es ist den grünen Europaabgeordneten, deren Initiative gelungen, dass das Europa Parlament eine EntschlieÙung getroffen hat im Zuge der Diskussionen über den Stand der Beitrittsverhandlungen Tschechiens, dort eine Ausstiegskonferenz auf internationaler Ebene zu fordern. Das heißt, das EU-Parlament fordert im Zuge der Verhandlungen mit Tschechien eine Ausstiegskonferenz aus Temelin ein. Ich glaube, die Bundesregierung wäre gut beraten, sich einer ähnlichen Initiative anzuschließen und sozusagen das, was man jetzt im EU-Parlament über den Weg der Grünen geschafft hat, über den Weg der Bundesregierung in den EU-Rat hineinzutragen. Und sicherzustellen, dass man sich dort ebenfalls dem Thema widmet und eine Ausstiegskonferenz und Ausstiegsverhandlungen einfordert, weil das Thema ja wohl nicht eine reine bilaterale Angelegenheit bleiben kann.

Das heißt, hier besteht aus unserer Sicht ein gewisser Handlungsbedarf. Umso mehr als wir auch vor kurzem, nämlich am 22. September 2001, die Präsentation eines Berichtes der Sicherheitskommission erfahren haben. Jener Sicherheitskommission, die die Bundesregierung selbst hier eingesetzt hat und die zu sehr gravierenden Mängeln im Kraftwerk Temelin Stellung genommen hat. Eigentlich ein erschütterndes Ergebnis, wenn man sagt, wenn man sich die Sicherheitsdefizite anschaut, die es in Temelin heute gibt, dann hätte unter diesen Umständen noch nicht einmal die Beladung mit Brennstäben stattfinden dürfen. Es hinkt in mehrerer Hinsicht hinter üblichen Standards der Vorgangsweise und der Sicherheit hinterher. Und es wäre jetzt dringend zu prüfen, wie man diese Sicherheitsdefizite beheben kann, ob man sie beheben kann. Und im Übrigen diese Sicherheitsdefi-

zite auch unter dem Licht der Nullvarianten-Prüfung zu betrachten.

Ein paar Beispiele nur für diese Sicherheitsdefizite: Wir haben beim Reaktordruckbehälter Zweifel daran, wie haltbar, wie robust er ist, wie groß die Integrität ist. Wir haben vor allem große Probleme bei sehr eng geführten und hoch beanspruchten Rohrleitungen unterschiedlicher Systeme, wo ein kleiner Unfall in einer Dampfrohrleitung zu größeren Folgewirkungen im AKW selbst führen könnte. Wir haben schließlich die alte Diskussion um die Qualität des Containments, um nur einige der Punkte zu nennen. Wenn es Interesse gibt oder jemand den Bericht noch nicht haben sollte, auf der Homepage des Umweltbundesamtes findet sich ein ausführlicher Bericht mit allen aufgelisteten Sicherheitsmängeln. Ich glaube, dass es daher notwendig ist, angesichts der großen und offenen Fragen, angesichts dieser schwerwiegenden Sicherheitsmängel, die die Kommission festgestellt hat und vor allem auch angesichts der weitgehend fehlenden Umsetzung des Melker Abkommens eine Resolution, einen gemeinsamen Beschluss einzufordern. Und ich freue mich, einen gemeinsamen Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzinger, Mag. Leichtfried, Dr. Prober und Mag. Fasan einbringen zu dürfen (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzinger, Mag. Leichtfried, Dr. Prober, Mag. Fasan betreffend Sicherheitsdefizite beim AKW Temelin als Hindernis für Abschluss des Energiekapitels.

Im Rahmen des Melker Abkommens wurde von Experten ein Sicherheitsbericht („Austrian Technical Position Paper“) erstellt und am 22. September 2001 veröffentlicht, der wissenschaftlich fundiert gravierende Sicherheitsdefizite im AKW Temelin belegt. Die Mängel sind demnach so schwerwiegend, dass nach europäischer Sicherheitspraxis nicht einmal die Beladung der Reaktoren mit Brennstäben zulässig gewesen wäre. Die anhaltenden Störfälle im AKW Temelin und die von den Experten festgestellten sicherheitstechnischen Mängel stellen ein gravierendes Sicherheitsrisiko dar, das für Österreich im Interesse der Sicherheit seiner Bürger nicht akzeptabel ist.

Zu diesen Sicherheitsdefiziten zählen unter anderem Fragen betreffend die Integrität des Reaktordruckbehälters, betreffend die Sicherheit hochbeanspruchter und parallel geführter Rohrleitungen, betreffend die Integrität des Containments unter Unfallbedingungen oder die Erdbebengefähr-

dung des Standortes. Nach Ansicht der Experten ist die Behebung dieser sicherheitstechnischen Mängel äußerst kompliziert und mit erheblichen Mehrkosten verbunden. Um die Machbarkeit, den Umfang und die konkreten Kosten derartiger Nachrüstungsmaßnahmen klären zu können, sind laut Expertenbericht umfangreiche Detailanalysen mit einer Dauer von bis zu einem Jahr erforderlich. Diese Kosten der sicherheitstechnischen Nachrüstung stellen einen wichtigen Faktor bei der Bewertung der Nullvariante dar.

Das Europäische Parlament hat sich am 5. September in einer Entschließung zum Stand der Beitrittsverhandlungen mit Tschechien mit großer Mehrheit für die Notwendigkeit der Untersuchung der Nullvariante – also den Verzicht auf die Inbetriebnahme des AKW Temelin - ausgesprochen und eine internationale Konferenz zur Beratung von Ausstiegsmöglichkeiten gefordert. Eine solche Untersuchung der Nullvariante war auch Gegenstand des Melker Abkommens, ist aber bis heute nicht erfüllt.

Die gegenwärtige Faktenlage in sicherheitstechnischer Hinsicht, die fehlende Umsetzung des Melker Abkommens sowie die zahlreichen offenen Fragen im Zusammenhang mit dem AKW Temelin stehen aus heutiger Sicht einem raschen Abschluss des Energiekapitels im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen mit Tschechien entgegen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung zu appellieren

1. der tschechischen Regierung unverzüglich mitzuteilen, dass Österreich im Interesse der Sicherheit seiner Bürger auf die Behebung der im Expertenbericht angeführten schwerwiegenden Sicherheitsdefizite, deren Vorhandensein eine gravierende Abweichung von europäischen Praktiken und Standards darstellt, mit Nachdruck besteht;
2. die tschechische Regierung umgehend aufzufordern, den Prozess der Inbetriebnahme des ersten Blocks des AKW Temelin bis zur vollständigen Klärung der notwendigen Nachrüstungsmaßnahmen sowie ihrer vollständigen Realisierung zu unterbrechen, da die Fortsetzung des Inbetriebnahmeprozesses im derzeitigen Zustand der Anlage ein unververtretbares Risiko darstellt, und die allfällige Beladung des zweiten Blocks nicht vor der Realisierung dieser Nachrüstungsmaßnahmen durchzuführen;

3. sicherzustellen, dass die Evaluierung der zur Behebung der oben angeführten Sicherheitsmängel notwendigen Maßnahmen unter Beteiligung von Experten aus Österreich und anderen EU-Ländern unter Berücksichtigung des aktuellen Stands der Technik der EU-Länder, besonders des deutschen Sicherheitsstandards, durchgeführt wird;
4. auf einer vollständigen Klärung der möglichen Folgen von schweren Unfällen im AKW Temelin für Österreich zu bestehen, wobei die Verwendung von Original-Quelltermen für die Berechnung der Unfallfolgen als unerlässlich angesehen wird; sowie die uneingeschränkte und vollständige Offenlegung und zur Verfügungstellung aller hiezu benötigten und angeforderten Unterlagen einzufordern;
5. einem vorläufigen Abschluss des Energiekapitels im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen mit Tschechien nicht zuzustimmen, solange insbesondere die oben angeführten sicherheitstechnischen Mängel nicht einwandfrei behoben sind und die Prüfung der Nullvariante nicht durchgeführt, Ausstiegsszenarien nicht geprüft sowie die vom Europaparlament vorgeschlagene Ausstiegskonferenz nicht einberufen wurde;
6. im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Melker Abkommen auf eine vollständige Prüfung der Nullvariante als Voraussetzung für den Abschluss des UVP-Prozesses zu bestehen sowie die Initiative des Europäischen Parlaments zur Prüfung der Nullvariante (auch) im Rahmen einer internationalen Konferenz zur Auslotung der Ausstiegsmöglichkeiten durch diplomatische Initiativen sowie durch einen konkreten Vorstoß im Rahmen des nächsten EU-Rates von Laeken in allen Bereichen aktiv zu unterstützen und relevante Stellen und Behörden sowohl im EU-Bereich als auch in Tschechien über die im österreichischen Expertenbericht aufgezeigten schweren Mängel zu informieren und für eine breite Unterstützung eines derartigen Ausstiegsszenarios zu werben;
7. unverzüglich einen Temelin-Gipfel unter Einbeziehung von VertreterInnen der Bundesländer einzuberufen und NGOs dabei einzubinden bzw. beizuziehen, um auf der Grundlage des Expertenberichts eine akkordierte österreichische Verhandlungsposition festzulegen.“

Ich hoffe, dass mit dieser gemeinsamen Resolution, die, wie ich vernommen habe, in ähnli-

chem Wortlaut heute auch im Oberösterreichischen Landtag beschlossen wird, es gelingt, sicherzustellen, dass der Verhandlungsweg in den Beitrittsverhandlungen genutzt werden kann um die Sicherheitsinteressen Österreichs im AKW Temelin durchzusetzen und dass hier nicht ein vorzeitiger, rascher Abschluss des Energiekapitels, der diesen Verhandlungsweg versperren würde, geschieht und Platz greift.

Ich halte es auch deswegen für wichtig, weil wir auf der anderen Seite mit einer Bewegung zur Zeit konfrontiert sind, mit einer Initiative der Freiheitlichen Partei, ein Veto-Volksbegehren durchzuführen, die in höchstem Maße sich als kontraproduktiv im Widerstand gegen Temelin herausgestellt hat. Einmal abgesehen von der Tatsache, dass Parteien und sogar Regierungsparteien andere Instrumentarien zur Verfügung haben als ein Volksbegehren, stellt sich heraus, dass dieses Veto-Volksbegehren von den Hardlinern unter den Temelin-Befürwortern in Tschechien mit großer Freude aufgenommen wurde und im anlaufenden Wahlkampf in Tschechien eine nicht unmaßgebliche Rolle spielt. Es gibt schon Zyniker, die sagen, da muss es irgendwelche Absprachen gegeben haben zwischen den Leuten um Gregor, Klaus und Co. und der Freiheitlichen Partei, weil beider Interessen werden offensichtlich bedient. Auf der Strecke bleiben die Interessen der Bevölkerung, die sich von Temelin bedroht fühlen. (*Abg. Marchat: Die Argumentation halte ich jetzt nicht mehr aus! – Beifall bei den Grünen.*)

Wenn Sie ein bisschen Ahnung hätten, Herr Kollege Marchat, wie in Tschechien die Stimmung ist, dann würden Sie sich das nicht einmal zu sagen trauen. Sie haben dort jenen Oberwasser verschafft, die das bislang schon gar nicht mehr hatten, nämlich den Hardlinern in der Befürwortung von Temelin. (*Beifall bei den Grünen.*)

Die machen jetzt nämlich genau diesen Schulter-schlusseffekt. Wenn die sagen, es geht ihnen ja nur um den Beitritt Tschechiens, und das ist der Vorwurf mit dem Sie sich auseinander setzen müssen, dann kann man das nicht so verknüpfen. Ich werde daher immer sehr vehement gegen dieses kontraproduktive Veto auftreten und für den vernünftigen Weg einer Ausstiegspolitik, die es ermöglicht, Temelin stillzulegen. Und die nicht nur parteipolitische Manöver im Hinterkopf hat. Und daher halte ich es für wichtig und für einen wichtigen Fortschritt, dass hier dieser Resolutionsantrag beschlossen werden kann, wie ich hoffe. Dass sichergestellt wird, dass die Bundesregierung einen weiteren Verhandlungsauftrag von uns erhält und nicht vorzeitig das Energiekapitel abschließt. (*Abg. Waldhäusl: Gott beschütze uns vor den Grünen!*)

Das werde ich jetzt nicht kommentieren, Herr Abgeordneter.

In jedem Fall werden Sie sich ja wohl deklarieren und entlarven ob Sie jetzt gegen Temelin sind oder gegen den Tschechien-Beitritt. Weil genau das ist die kritische Frage. Wer gegen Temelin ist, muss den Verhandlungsweg nutzen um zu einer Stilllegung zu kommen und das jetzt im Rahmen der Beitrittsverhandlungen noch möglich zu machen. Wir werden ja dann die weiteren Entwicklungen durchaus verfolgen. Ich sehe sie mit gewisser Beunruhigung, wenn ich tschechische Kommentatoren, Medien und die Stimmung dort verfolge. Was schade ist, weil wir gerade jetzt die besten Chancen haben wenn es noch ein halbes Jahr sich hinzieht, was die Sicherheitsprobleme ja fast schon garantieren, dort endlich zu einem Umschwung zu kommen. Und den sollten wir nicht vermasseln.

Im Übrigen bin ich auch in diesem Punkt der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratie-reform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Haberler.

Abg. Haberler (FPÖ): Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Man lernt in der Politik wahrlich nie aus. Was meine ich damit? Ich meine damit, dass sich hier eine Abgeordnete des Hauses herstellt und tatsächlich anschaulich lang und breit zu erklären versucht, wie man sich als Komplize von ČES hergibt. Und das tun Sie, Frau Mag. Weinzinger, indem Sie die Interessen der tschechischen Hardliner nämlich in Wirklichkeit hier vertreten, dass man dann am besten gegen das Kraftwerk in Temelin vorgeht. Die Tschechen biegen sich vor Lachen wenn man solche Argumentationen anbringt. Die Tschechen biegen sich vor Lachen und können sich sicher sein, dass, so lange in Österreich solch eine Politik betrieben wird, dass sie machen können mit uns was sie wollen. Dass es den 30., den 40. und den 50. Störfall geben kann. Und sie Temelin weiter in Ruhe betreiben können, wenn Sie sich als nützliche Idioten der Tschechen, der Firma ČES und der Hardliner, der Anti-Österreichischen und Anti-Deutschen in der Tschechoslowakei hier von diesem Rednerpult und in diesem Land ausgeben.

Es ist wirklich ein Trauerspiel, es ist eine Schande für diesen Landtag, das sage ich ganz offen, dass Sie sich als Komplizen der Tschechen

erweisen. Und dass Sie die Interessen der niederösterreichischen Bürger und aller österreichischen Bürger hier in Wirklichkeit mit den Füßen treten. Ich will das einmal ganz klar gesagt haben. Denn nichts anderes ist das, was Sie hier betreiben.

Sie gehen her und bringen einen Resolutionsantrag ein, wo jetzt die ÖVP und die SPÖ draufgegangen ist, mit sieben Punkten. Jeden dieser sieben Punkte kann man unterschreiben, gar keine Frage. Aber den achten Punkt, wenn ich diese sieben Punkte umsetzen könnte, der Punkt, der in Wirklichkeit die Tschechische Republik und ihre politischen Vertreter dorthin bringen würde wo sie hingehören, nämlich in europäische Standards, nämlich in eine europäische Verantwortung mit einem europäischen Sicherheitssystem, genau diesen achten Punkt schreiben Sie nicht dazu. Denn das ist der Punkt, den die Tschechen verstehen würden. Den Punkt, wo man sagt, wenn ihr nicht bereit seid, euch in der zivilisierten Welt auch zivilisiert zu benehmen, wenn ihr nicht bereit seid, Energiestandards, die im östlichen Europa, vor allem im ganzen westlichen Europa längst gang und gäbe sind einzuhalten, dann gibt es für euch keinen Weg in diese EU, gerade den Punkt sabotiert ihr mit diesem Antrag. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist ein Pharisäertum einen solchen Antrag einzubringen. Und ich sage es auch der ÖVP. Wir werden euch schon auf Linie bringen, meine lieben Freunde. Den Herrn Landeshauptmann und euch auf Bundesebene. Wenn ihr in einer Koalition drinnen bleiben wollt, wenn ihr nicht längst schon mit den Sozialdemokraten packelt, was ja vom Strasser abwärts bei manchem nicht ganz von der Hand zu weisen ist. Der Herr Dirnberger fehlt leider, der hat ja das bereits anschaulich in den letzten Wochen ein paar Mal der Gesamtbevölkerung vor Augen geführt welche Linie hier in Wirklichkeit vertreten wird. Aber es kann und darf ganz einfach nicht sein, dass man der Bevölkerung vorgaukelt, gegen Temelin zu sein um in Wirklichkeit hier Anträge zu stellen, denen jeder Zahn gezogen ist. Und die in Wirklichkeit – ich sage es ganz offen, Frau Kollegin Mag. Weinzinger – auch von ČES gestellt werden könnten, von der Betreibergesellschaft von Temelin. Weil das ist Schall und Rauch! Das sind Lippenbekenntnisse! Das einzige, was in Wirklichkeit da draußen verstanden wird ist der Punkt 8. Der, den die Freiheitliche Partei - und Sie kritisieren es ja nicht umsonst – die Freiheitliche Partei mit der Einleitung ihres Volksbegehrens in Wirklichkeit vertritt, nämlich das Veto gegen Temelin. Das fürchten die Tschechen. Das fürchten die Atombetreiber in ganz Europa. Und das ist in Wirklichkeit die einzige wirksame Waffe. Und die ist anzuwenden. Im Interesse Österreichs, im Interesse Nieder-

österreichs und unserer Kinder und Kindeskinde, die wir nicht vergiften und verstrahlen wollen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich sage das einmal ganz offen und klar um hier wirklich, und dazu stehen wir von der Freiheitlichen Partei, deutsch zu sprechen von diesem Rednerpult aus.

Jetzt komme ich zum eigentlichen Tagesordnungspunkt, wo schon einige Feststellungen zu machen sind, die in Wirklichkeit leider auch nur Jahr für Jahr Fortschreibungen sind. Fortschreibungen nämlich in die Richtung - ist schon gesagt worden - dass etwa die Holzheizungen in Niederösterreich von Gas abgelöst worden sind, was die Nummer 1 betrifft. Eine bedauerliche Entwicklung, ist auch richtigerweise festgestellt worden, dass, wenn man die Wasserkraft, die verschwiegen wurde, ausnimmt, etwa nur ein Prozent aus den restlichen Ökoenergien, von der Energie her aus der Alternativenergie kommt.

Es gibt auch weitere Zahlen, die wirklich sehr, sehr bedenklich sind. Ich nehm' den Bereich Photovoltaik her, wo Oberösterreich 40,2 Prozent der Anlagen stellt, Vorarlberg etwa 16 Prozent österreichweit. In Niederösterreich gibt es vom Gesamtkuchen der Anlagen her nur 8,7 Prozent der Photovoltaik-Anlagen, die österreichweit in Betrieb gegangen sind, die bisher installiert worden sind.

Lassen Sie mich aber auch noch einiges zum Energiemarkt selbst sagen. Es gibt ja einige erfreuliche Entwicklungen, etwa im Bezug auf die Liberalisierung. Dass es – und das war auch eine Leistung der jetzigen Bundesregierung, allen voran des freiheitlichen Parts in der Bundesregierung – dass es ab jetzt auch für die Haushalte möglich ist, Strom billiger und wechselweise von günstigeren oder weniger günstigeren Beziehern, je nachdem wie man will, zu beziehen. Was allerdings ein trauriges Kapitel ist was die Liberalisierung betrifft habe ich selbst in meiner Gemeinde miterlebt. Es ist die Liberalisierung in Bezug auf die Gemeinden. Wo die EVN nämlich hergegangen ist und in vielen Gemeinden mit Drohungen gearbeitet hat: Wir drehen euch die Pauschalierung bei der Straßenbeleuchtung ab beispielsweise. Alles aus dem Bezirk Wr. Neustadt alleine.

(Zweiter Präsident Schabl übernimmt den Vorsitz.)

So wurde gedroht. Und auf der anderen Seite erweisen sich so manche Gemeinderatsfraktionen von ÖVP und SPÖ – in Wr. Neustadt ist es etwa der Fall – als nützliche Helfershelfer, die unnötigerweise dem Steuerzahler Millionen aus der Tasche

ziehen um die EVN in Zukunft weiter zu bevorteilen gegenüber anderen Anbietern, etwa, wie es in Wr. Neustadt war, dem Verbund.

Das heißt, diese Sache werden wir uns miteinander noch wesentlich genauer anschauen müssen als bisher. Denn es kann nicht sein, dass das Monopol europaweit aufgehoben wird, dass das Monopol auf dem Papier in Österreich aufgehoben wird, dass das Monopol auch auf dem Papier in Niederösterreich aufgehoben wird, in der Realität aber es tatsächlich gang und gäbe ist, dass nach wie vor dieses EVN-Monopol durch zwei Parteien in diesem Lande, in den meisten Gemeinden - nicht mehr in allen Gemeinden - nach wie vor aufrecht erhalten wird. Gegen die Interessen der Steuerzahler. Gegen die Interessen der Bürger. Gegen die Interessen der Gemeinden und gegen die Brieffaschen der einzelnen Menschen. Das sei auch einmal ganz klar und hier von diesem Rednerpult aus gesagt.

Hier werden wir neue Wege zu beschreiten haben. Dann herzugehen und zu sagen, wir haben langfristige Lieferverträge, das ist ja ein neuer Skandal. Ein neuer Skandal insofern, weil es nicht sein kann, dass man Lieferverträge über den Zeitpunkt einer Stromliberalisierung hinaus abschließt. Wo man Jahre zuvor bereits weiß, wie das in der EU läuft. Jahre zuvor bereits weiß, dass eine Liberalisierung und damit eine massive Finanzbewegung, was den Strompreis betrifft, am Strommarkt eintreten wird.

Angesichts der fortgeschrittenen Stunde fasse ich mich kurz. Wie gesagt, das Nullwachstum, wenn ich es salopp sagen darf, im Bereich der Alternativenergie - Wasserkraft will ich hier beiseite lassen - ist bedenklich. Bedenklich deshalb, weil wir hier enorme Effekte für eine Kleinindustrie auslösen könnten. Einen enormen Wachstumsschub auslösen könnten, neue Arbeitsplätze erschließen könnten. Und schlussendlich dem Arbeitsplatz Bauernhof auch neue Perspektiven erwachsen könnten, was in Niederösterreich, leider aber auch österreichweit nicht genützt, nicht im richtigen Ausmaß genützt wird. Nachdem die Zuwachsraten, Kollegin Mag. Weininger hat es vorher schon gesagt, immer mehr und mehr Richtung Null gehen.

Nachdem traditionellerweise sich im Energiebereich - Toronto- und Kioto-Ziel darf ich auch noch nennen, auch hier sind wir genau in die andere Richtung unterwegs. Die Ausstöße steigen anstatt dass sie sinken was wir uns vorgenommen haben mit minus 20 und minus 50 Prozent. Beides ist nicht der Fall. Wir haben im Gegenteil einen Zuwachs beim CO₂-Ausstoß von über 5 Prozent niederöster-

reichweit. Das heißt, auch hier gehen wir genau in die andere Richtung gegenüber jenen Verträgen, wo wir uns international und auch national verpflichtet haben, hier eine Reduktion im Sinne der Umwelt, im Sinne der Zukunft unserer Kinder vorzunehmen.

Das heißt, alles in allem ist das Energiekapitel in Niederösterreich eher düster was die Entwicklung für die Zukunft betrifft. Es wäre notwendig, hier wirklich alle Köpfe einmal, Herr Landesrat, zusammen zu holen. Wir haben sehr, sehr viele gute Köpfe in Niederösterreich, zweifelsohne, in der Politik, auch welche, die etwas verstehen, in allen Fraktionen, das gestehe ich neidlos zu. In allen vier Fraktionen dieses Hauses sitzen Leute die in der Lage wären, tatsächlich politisch richtungsweisende, positive, neue Akzente zu setzen. Wir haben auch hervorragende Spezialisten in diesem Land, ob es die Windenergie betrifft, Wasserkraft, überhaupt keine Frage. Hier sind wir auch ganz gut unterwegs, auch im Photovoltaik-Bereich. Oder auch viele, viele Bauern, die hier als Kleinzulieferer in den letzten Jahren viel dazu gelernt haben, die aber nicht ausgelastet sind. Das heißt, hier liegen enorme Potenziale in Niederösterreich offen. Potenziale, die wir gemeinsam nützen sollten. Potenziale, wo wir ganz einfach nicht den Kniefall etwa vor einer EVN machen dürfen, die hier natürlich im eigenen Geschäftsinteresse immer wieder die eine oder andere Entwicklung hintertreibt. Ich will das gar nicht nur negativ sehen. Ich sehe das ein, dass ein Monopolist, der langsam das Monopol abtreten muss versucht das hinauszuzögern. Damit er keine Geschäftseinbrüche hat, damit der Umsatz stimmt. Aber wir in der Politik haben ja in Wirklichkeit zwei Aufgaben: Die Grundversorgung zu sichern - die ist gesichert. Allein die Leitungsabgabe versichert der EVN, dass, egal, wie die Entwicklung auf dem Strommarkt verläuft in Zukunft auch als Betrieb weiter bestehen zu können mit allen Arbeitsplätzen, allem Drum und Dran.

Wir haben aber auch die Aufgabe, zukunftsweisende Möglichkeiten aufzuzeigen und im Land zum Durchbruch zu verhelfen. Ich würde wirklich bitten, nachdem Sie sicherlich ein Landesrat sind, der inhaltlich in der Lage ist und hier auch durchaus weitsichtige Dinge immer wieder von sich gegeben hat, setzen wir uns zusammen. Machen wir einmal unverbindlich einen Arbeitskreis wo wir sagen, okay, über die Parteigrenzen hinweg führen wir landesweit die klugen Köpfe zusammen. Da kann einmal ein Steirer, ein Salzburger oder ein Kärntner dabei sein. Denn auch dort habe ich Leute kennen gelernt in den anderen Bundesländern, die richtungsweisende Projekte haben. *(Abg. Ing. Hofbauer: In Kärnten!)*

In Kärnten immer, selbstverständlich! Dort gibt es besonders richtungsweisende Projekte, der Herr Kollege hat das ganz richtig erkannt.

Das heißt, wir sollten hier wirklich alle an einen Tisch holen und sagen, wie kommen wir weg von dem Stillstand, der in manchen Bereichen hier eingetreten ist. Und wie können wir tatsächlich erneuerbaren Energieträgern zum Durchbruch verhelfen. Und auf der anderen Seite fossilen und nicht erneuerbaren Energien den einen oder anderen Rang ablaufen. Es wäre notwendig! Die gegenteilige Entwicklung, das wurde schon gesagt, die etwa im Holz-, Gasbereich läuft in Niederösterreich, ist bedenklich. Wir sind weit überdurchschnittlich beim Gasverbrauch österreichweit, hätten aber auf der anderen Seite die größten Holzressourcen bundesweit. Das heißt, hier liegt vieles brach, was man nützen könnte. Hier liegt viel Wertschöpfung brach, viele Möglichkeiten, neue Arbeitsplätze zu schaffen, zukunftsweisende Energieformen aufzubauen und zu nützen. Ich würde mich freuen, wenn wir die Diskussion in die Richtung in Gang brächten. Und würde auch bitten, Frau Kollegin Mag. Weinzinger, das sage ich schon, dieses Pharisäertum in der Politik, das Sie hier hereingebracht haben in der Umweltpolitik wieder zurückzustellen. Nämlich im Sinne einer Umweltpolitik und einer Energiepolitik in diesem Lande, die einzig und allein für einen da zu sein hat.

Das ist nämlich auch die Aufgabe, auf die wir laut Landesverfassung in Wirklichkeit vereidigt worden sind. Wir sind für die Interessen der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher da. Und nicht Handlanger der Tschechen, der Firma ČES oder von anderen Personen, die Niederösterreich nichts Gutes oder nicht nur Gutes wollen. Das will ich auch einmal ganz klar von diesem Rednerpult aus gesagt haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zweiter Präsident Schabl: Als nächster zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Rupp.

Abg. Rupp (SPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Bevor ich auf meine Rede eingehe, möchte ich auf meinen Vorredner eingehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir waren gerade Zeuge eines Pharisäertums. Ich möchte das qualifizieren. Deine Aussage, Kollege Haberler, wenn du in die Richtung der Grünen gesprochen hast, dass dieser Antrag, der getragen ist von der grünen Partei, von der ÖVP und von der SPÖ, wenn du diesen als Pharisäertum bezeichnet hast, dann darf ich sagen, das geht sehr tief hinein in die Beleidigung. Ich glaube, ihr seid deswegen nervös, weil

euer Parteimitglied von Kärnten versucht hat, in der Bundesregierung das Veto gegen Temelin durchzusetzen. Das ist aber bis zum heutigen Tage nicht durchgegangen. Ich glaube, es wird auch nicht durchgehen. Jetzt versucht ihr einen anderen Weg, versucht, mit Dringlichkeitsanträgen in den Gemeinden zu operieren. Das geht euch auch nicht durch. Vielleicht hat die eine oder andere Gemeinde das beschlossen. Ein paar werden es schon sein. Aber die kann man an einer Hand abzählen. (*Unruhe bei der FPÖ.*)

Ich würde bitten, dass du dich von dem Begriff „Pharisäertum“ distanzierst. Denn sonst müssten wir die Gegenfrage stellen, was bist dann du, wenn du Derartiges ins Gespräch bringst? Ich glaube, euer Problem ist der zukünftige EU-Beitritt und ist nicht Temelin. Und weil ihr den Weg nicht erreicht, versucht ihr es auf diese Weise.

Damit möchte ich auf den Energiebericht 2000 eingehen. Meine Damen und Herren! Es wird alles unternommen bei der Erzeugung von erneuerbarer Energie bis zum Jahr 2010 die Schadstoffsenkung des CO₂-Gehaltes um 50 Prozent der Emissionen zu erreichen. Davor sollte laut Toronto-Ziel bis zum Jahr 2005 die Reduktion des CO₂-Gehaltes um 20 Prozent gelingen.

Der Anteil an erneuerbarer Energie im Besonderen durch Windkraftanlagen, Biomasse oder Photovoltaik-Anlagen konnte von 1999 bis 2000 um 2,5 Prozent von 12,2 auf 14,7 Prozent erhöht werden. Die Windenergie ist ein wichtiger Bestandteil der Energiekonzeption in Österreich, wobei derzeit von 122 Windkraftanlagen allein in Niederösterreich 91 Anlagen stehen. Der energetische Bruttoinlandsverbrauch stieg von 1998 auf 1999 um 0,6 Prozent auf 1.198 Petajoule, während das reale Wirtschaftswachstum 2,1 Prozent betrug. Die Entkoppelung von Energieeinsatz und gesamtwirtschaftlicher Produktion setzt sich also fort. Bei der erneuerbaren Energieproduktion liegen wir in Niederösterreich bei 14,7 Prozent. Der österreichische Durchschnitt beträgt 12,2, wir liegen also um 2,5 Prozent höher. Der Verkehr ist jene Nutzungsenergiekategorie mit der höchsten absoluten Steigerung. Der Bestand von Kraftfahrzeugen insgesamt hat von 1998 auf 1999 innerhalb eines Jahres um drei Prozent zugenommen. Der Bestand an benzinbetriebenen PKW hat um 0,8 Prozent verloren, dem gegenüber hat dem Bestand an dieselbetriebenen PKW um 11,9 Prozent zugenommen. Diese Feststellung, meine Damen und Herren, bedeutet für die gesamte Autoindustrie ein rasches Umdenken. Wenn man sich heute einen Pkw kauft, meine Damen und Herren, wird sofort von den Vertretern gesagt, zwei Drittel werden in Zukunft nur mehr von dieselbetriebenen Motoren

gefahren. Es gibt manche Autotypen gar nicht mehr für benzinbetriebene Motoren, sondern nur noch für Dieselmotoren.

Die große Importabhängigkeit, derzeit durch den Terrorangriff auf Amerika noch verschärft, sollte durch den Ausbau heimischer Energieträger vermindert werden. Österreich deckte 1999 mehr als zwei Drittel seines Primärenergieaufkommens aus dem Ausland. Eine hohe Importquote bestand mit 88,9 Prozent bei Rohöl. Feste mineralische Brennstoffe wurden zu 84,2 Prozent und Erdgas zu rund 78 Prozent importiert. Eine hohe Stromversorgungssicherheit besteht durch die Nutzung der heimischen Energiequelle Wasserkraft. Das nach Österreich importierte Rohöl verteuerte sich 1999 um 21,4 Prozent. Die gesamte Kostensteigerung bei Energielieferungen aus dem Ausland stiegen um 10,8 Prozent. Bei den österreichischen Haushalten stiegen die Energiepreise um 7,4 Prozent nachdem diese 1998 noch um 3,3 Prozent gesunken waren.

Die Energiesituation in unserem Bundesland ist durch das große Angebot an national bedeutenden Anlagen zur Elektrizitätserzeugung in Österreich an führender Stelle. In Niederösterreich wurde 1999 eine Erdgasmenge von 1.106 Millionen Kubikmeter gefördert. Bei Erdöl zeigt sich ein ähnliches Bild: Über 94,8 Prozent des in Österreich geförderten Erdöl wird in Niederösterreich gewonnen.

Ein wichtiger Energieträger für elektrischen Strom aus Wasserkraft sind 264 Kleinwasserkraftwerke, von den 52 von der EVN betrieben werden. Der Anteil am elektrischen Strom aus Kleinwasserkraftwerken beträgt 8 Prozent oder 4.150 Gigawattstunden. Meine Damen und Herren! Bei dieser Passage meiner Ausföhrung möchte ich kurz auf ein Beispiel im Traisental eingehen. Wir haben im Traisental vom Bezirk Linienfeld bis zur Donaumündung 57 Kleinwasserkraftwerke. Und wir haben die Werksbäche östlich und westlich der Traisen. In diesen Werksbächen haben wir die 57 Kleinwasserkraftwerke. Die Vertreter der Kleinwasserkraftwerke waren bei mir und bei vielen anderen Abgeordneten und Bürgermeistern. Sie haben einen Vorschlag erarbeiten lassen, Herr Präsident, sie möchte an der Traisen mehr Wasserföhrung haben. Das ist eine ganz überraschende Wende. Sie würden bereit sein, meine Damen und Herren, von den beiden Werksbächen oder Mühlbächen, wo sie seit 1927 eine Bewilligung haben dass fünf Kubikmeter Wasser pro Sekunde entnommen werden darf, dass man das Wasser bis auf einen Kubikmeter entnimmt, und der Traisen zuföhrt. Das heißt, dass vier Kubikmeter je Werksbach der Traisen zugeföhrte werden könnten. Aber nur unter der Voraus-

setzung, wenn dann an der Traisen 30 Kraftwerke gebaut werden können. Das heißt, meine Damen und Herren, und ich hab auch schon mit der Wasserrechtsbehörde gesprochen, ich möchte von hier aus unsere zuständigen Techniker des Landes bitten, dieses Anliegen zu überprüfen. Ein solches Kraftwerk an der Traisen würde 30 Millionen Schilling kosten. Und man muss sich vorstellen, dass wir den Hochwasserschutz an der Traisen beinahe abgeschlossen haben. Das würde bedeuten, dass wir das Flussbett wieder verändern müssten. Dass wir höhere Solstufen bräuchten und dass in diesen höheren Solstufen bei einer Fallhöhe von 4 bis 5 Meter, dann Turbinen eingebaut würden und Strom produziert und der Strom dann in das Netz geliefert werden könnte. Und dass man mit EU-Mitteln, Mitteln vom Land und mit der Energiegewinnung dann die notwendigen Kredite zurückzahlen könnte. Ob das technisch möglich ist, meine Damen und Herren, ich glaube, wir haben genug Techniker im Land, die das überprüfen könnten. Es ist eine neue Variante, durch die wir eine höhere Dotierung der Traisen hätten. Auf der anderen Seite haben wir wieder die Werksbäche oder Mühlbäche dann frei vom Wasser, was auch nicht sehr schön ausschaut. Aber ich glaube, es ist eine Überlegung. Und die Kraftwerksbetreiber warten sicherlich auf eine Antwort.

Bei den Hackschnitzelheizungen oder Pelletsheizungen gibt es ebenfalls eine beachtliche Zuwachsrate. Im Bundesländervergleich liegt bei den installierten Leistungen Oberösterreich mit 410 Megawatt deutlich vor Niederösterreich mit 267 Megawatt und der Steiermark mit 216 Megawatt. Bei den Solaranlagen zur Warmwasseraufbereitung liegt ebenfalls Oberösterreich mit einem Marktanteil von 25 Prozent vor Niederösterreich mit 18,8 Prozent und der Steiermark mit 17,9 Prozent in Führung. Eine große Steigerung an erneuerbarer Energie sowie eine Senkung der CO₂-Emissionen kann durch die Bewilligung zusätzlicher Windkraftanlagen erzielt werden, die wir auch bei der Beschlussfassung des NÖ EIWG berücksichtigt haben.

Somit, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich noch einmal abschließend bitten, dass wir vielleicht doch unsere Techniker mit diesen Fragen befassen - wir werden selbst mit ihnen Kontakt aufnehmen - Zuführung, Dotierung der Traisen oder Wasser in den Werksbächen belassen und Weiterbetrieb von 57 Kraftwerken. In diesem Sinne sage ich herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Schabl: Als nächste zu Wort gemeldet Frau Abgeordnete Mag. Weinzing.

Abg. Mag. Weinzing (Grüne): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Nachdem mir so prominente Würdigung durch den Herrn Abgeordneten Haberler zuteil wurde, darf ich drei Anmerkungen noch anfügen: Erstens: Nach diesen mehr als erhellenden Ausführungen, die der Herr Abgeordnete getätigt hat hier, erlaube ich mir die Anmerkung, ich schätze seine Sachkenntnis in Fragen Temelin in etwa so groß ein wie seine strategischen und diplomatischen Talente. *(Beifall bei den Grünen.)*

Zur Frage der Wirksamkeit eines Vetos darf ich nur daran erinnern, wie etwa die Reaktionen einer Freiheitlichen Partei wären wenn aus dem Ausland Österreich bestimmte Vorschriften von anderen EU-Mitgliedern gemacht würden oder bestimmte Meinungen vertreten würden. Es hat bislang in den seltensten Fällen noch einen einlenkenden Effekt gegeben, im Gegenteil, einen eindeutig verhärtenden! Und ich weiß nicht, warum das in Tschechien anders stattfinden sollte als das in Österreich war.

Die Diktion entlarvt sich ja selbst. Wer von Waffen und vom Pharisäertum spricht, sagt selbst über sich genug aus. Nur, was ich schon anmerken will: Dieser angeblich fehlende Punkt 8, da hat man offensichtlich die Punkte davor sich nicht genau angeschaut. Denn da fehlt kein Punkt 8, sondern es ist eine glatte Unvereinbarkeit. Man kann nicht jemanden an den Verhandlungstisch bekommen wollen und ihm gleichzeitig die Tür auf die Nase schlagen, um es einmal bildhaft genug zu formulieren um vielleicht verstanden zu werden.

Eine Anmerkung, nachdem der Herr Abgeordnete Haberler selbst Wr. Neustadt ins Spiel gebracht hat, darf ich jetzt doch machen, betreffend Glaubwürdigkeit eines freiheitlichen Anti-Atom-Engagements. Ich habe die Frage schon einmal mit Journalisten erörtern müssen, die wissen wollten, welche Anti-Atom-Initiativen der Herr Landesrat Windholz bereits gesetzt hat in Niederösterreich. Sie alle werden diese ebenfalls so zahlreich aufzählen können wie ich. Der Herr Abgeordnete Haberler, der seines Zeichens ja auch noch Umweltsprecher seiner Partei ist, hat in Wr. Neustadt nun aber im Zuge der Stromliberalisierung und Verträge einen veritablen Kampf in der Gemeinde ausgefochten oder auszufechten, wo er sich vehement gegen die EVN wendet. Aber nicht etwa weil die Atomstrom im Angebot haben und er etwa optiert für einen Stromlieferanten der keinen Atomstrom im Angebot hätte. Nein, seine Interessen sind nicht der Atomstrom sondern ganz andere: Dass man billigen Atomstrom konsumiert und nach Österreich 'reinholt ist ihm ganz offensichtlich,

wenn nicht willkommen, dann zumindest egal. Und so konsequent ist die Linie. Im Übrigen bin ich der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratie-reform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei den Grünen und Abg. der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Schabl: Als nächster zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Dr. Prober.

Abg. Dr. Prober (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte ganz kurz zu einigen Berichten der Vorredner kommen. Zum Ersten zur Kollegin Mag. Weinzinger und zum Kollegen Haberler. Ich glaube, der Resolutionsantrag zum AKW Temelin, der ist vernünftig. Der hat etwas für sich. Wir sind ihm auch beigetreten. Und aus dem Grund glaube ich, dass wir ihn auch gemeinsam hier im Hohen Haus beschließen werden.

Zum Zweiten, zum Resolutionsantrag betreffend Kennzeichnungsverordnung für Stromhändler. Ich meine hier, dass die Verordnung in Arbeit ist, in der Regierung. Ich habe mich erkundigt. Und ich glaube, daran wird sehr sorgfältig gearbeitet. Und ich glaube, dass wir hier die Regierung arbeiten lassen sollten. Und nicht aus irgendeinem Grund eine neuerliche Aufforderung starten sollten, der Regierung etwas aufzuerlegen was sie ohnehin tut.

Ich bin außerdem der Meinung, dass wir uns auf den Energiebericht hier in diesem Hohen Haus beziehen sollten. Dass bei der Sache bleiben sollten und - auch an die Adresse des Kollegen Haberler gemünzt - nicht alles verteufeln sollten, nicht alles schlecht machen sollten. Sondern dass wir versuchen sollten, die Dinge konstruktiv zu sehen. Ich meine, da war heute wieder ein Missklang hier herinnen was die Energiepolitik des Landes betrifft, die durch zwei Jahrzehnte hindurch auf der Grundlage des Aufbaues und der Weiterentwicklung nachwachsender Rohstoffe sehr viel bewegt hat, sehr viel in die Wege geleitet hat. Und ich glaube, dass damit auch jene, die hier mit involviert gewesen sind und dazu beigetragen haben, dass die Entwicklung gut Platz greifen konnte, hier auch brüskiert worden sind. Weil hier der Eindruck vermittelt wird, dass einfach nichts geschehen wäre.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, als Hohes Haus hier in Niederösterreich wären wir gut beraten, die Dinge wirklich sehr emotionslos zu diskutieren, konstruktiv zu diskutieren. Vor allem im Hinblick auf die Verantwortung die wir in Richtung der Verwendung nachwachsender Rohstoffe und überhaupt im Bereich der Energiepolitik des Landes Niederösterreich haben. Ich

möchte daher zum Energiebericht kommen und vor allem den Beamten danken für die Erstellung dieses Berichtes. Jenen, die hier mit Hand angelegt haben für die Konzeption bis zur Ausformung des Berichtes, den wir heute für das Jahr 1999 vorliegen haben, der zur Behandlung uns anheim gestellt ist.

Die Energiepolitik basiert auf vier Grundsätzen und Zielen. Das ist im Bericht vermerkt, nämlich auf den Vollzug eines umfassenden Klima- und Umweltschutzes, auf der sparsamen Nutzung von Ressourcen, auf der Sicherung der Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen und auf der Erreichung einer breiten Partizipation und Kooperation. Und ich glaube, daher ist es legitim und notwendig, vor allem die Nutzungsentwicklung erneuerbarer Energieträger in Niederösterreich näher zu beleuchten. Wobei vor allem, das haben die Vorredner auch schon gesagt zum Teil, der Wasserkraft und der Potenziale der Kleinwasserkraftwerke besonderes Augenmerk zugewandt werden soll.

Wir haben hier 264 Anlagen zur Zeit mit knapp 55 Megawatt, wobei die noch ausbaufähigen Kleinwasserkraftpotenziale derzeit 80 Megawatt betragen und 40 davon konkret ausbaufähig sind. Ich glaube, dass das auch einen wesentlichen Beitrag dazu leisten könnte, die Klimabündnisziele des Landes Niederösterreich zu erreichen. Wie wohl dies im Besonderen aus unserer Sicht auch mit der Entwicklung bei Hackschnitzelheizungen und ihrer Forcierung einfach Hand in Hand gehen muss, die sich auch 1999 sehr positiv weiter entwickelt und fortgesetzt hat. Ich darf hier ein paar Zahlen im Anschluss an den Abgeordneten Rupp auch zitieren. Die Gesamtzahl der Hackschnitzel- und Pelletsheizungen österreichweit lag bei fast 35.000 für das Jahr im Berichtszeitraum, davon fast 8.000 aus dem Land Niederösterreich. Das heißt, fast jeder vierte Hackschnitzel- oder Pellets-Heizungsanlagenbauer hat hier in Niederösterreich investiert. Wobei bei Kleinanlagen Oberösterreich vor Niederösterreich liegt, bei den mittleren Anlagen ebenfalls, bei den Großanlagen allerdings Niederösterreich – und das Dank der EVN, die sich hier wesentlich engagiert und sehr stark in diese Entwicklung mit eingebracht hat - hier an erster Stelle vor der Steiermark liegt.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der heute noch nicht deutlich zur Sprache gekommen ist, ist sicherlich die Solaranlagenentwicklung. Hier haben wir im Jahr 2000 laut Bericht wieder neue 28.000 m² Kollektorfläche dazu bekommen und liegen zur Zeit in Niederösterreich bei weit über 200.000 m². Auch das, meine sehr verehrten Damen und Herren, soll

man nicht unter den Tisch fallen lassen, auch das kann sich sehen lassen.

Das Dritte, das sich sehen lassen kann, und das war heute auch schon Teil des Gesprächs und der Diskussion, ist sicherlich die Windkraft. Wir haben zur Zeit in Niederösterreich 91 netzgekoppelte Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von rund 62 Megawatt. Und das sind immerhin österreichweit bezogen drei Viertel aller Anlagen. Auch das kann sich sehen lassen. Womit ich auch schon beim EIWG und bei den Klimabündnisgemeinden bin. Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass diese gute Entwicklung, die hier auch die Vorredner skizziert haben, weiter zu professionalisieren ist über einen gezielten Einsatz der Klimabündnisgemeinden. Ich glaube, da haben wir ein Instrument in der Hand das uns Möglichkeiten einer Weiterentwicklung gibt, die durchaus geeignet sein kann, die nachwachsenden Rohstoffe noch wesentlich stärker als bisher in Front zu bringen.

Ich möchte hier auch einen Dank sagen. Einen Dank an den Landesrat für Umwelt, Wolfgang Sobotka. Und einen Dank an den Landesrat für Landwirtschaft, an Dipl.Ing. Josef Plank. Die hier im Besonderen sehr viel dazu beigetragen haben dass dieses Ergebnis hier möglich geworden ist. Aufbauend auf das, was Franz Blochberger in den letzten eineinhalb Jahrzehnten von dieser Stelle aus, und das möchte ich hier ganz bewusst sagen, eingeleitet, weiter initiiert und mit sehr vielen Initiativen landauf und landab versucht hat, zum Tragen zu bringen. Weit über 130 kleine, mittlere und große Anlagen, auch mit der EVN zusammen, legen Zeugnis davon ab, dass das keine Chimäre ist wovon wir hier heute reden, wobei das oft wegdiskutiert wird, von den Grünen und auch von den Freiheitlichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten Zeugnis davon ablegen, was wir gemeinsam hier zu schaffen in der Lage gewesen sind. Und ich glaube, das gehört heute auch entsprechend gewürdigt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und ich möchte eines auch sagen, dass natürlich auch die Investitionen einen wesentlichen Ausfluss und Einfluss genommen haben darauf was hier passiert ist in der Vergangenheit. Dass wir nicht unter den Teppich kehren sollten, dass bis 2005 Niederösterreich rechnet, dass aus dieser Grundlage des weiteren Ausbaues nachwachsender Rohstoffe rund 1,6 Milliarden Schilling an Investitionen und damit auch an Arbeitsplatzsicherung im Land anfallen werden und in das Land hineinfließen werden.

Zum Schluss kommend möchte ich noch auf das EIWG eingehen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir wissen, dass wir vor nicht allzu langer Zeit hier in diesem Hohen Haus die Mindestgrenze für Windkraft mit 3 Prozent beschlossen haben. Wir sind uns aber auch darüber einig geworden, dass es notwendig gewesen ist, diese Limitierung einzuziehen. Weil wir sonst den anderen nachwachsenden Rohstoffen insgesamt und insbesondere der Biomasse und natürlich allen damit zusammenhängenden Konvoluten keine weitere Entwicklungschance gelassen hätten. Wir waren gemeinsam der Überzeugung dass es notwendig ist, auch der Entwicklung einen relativ freien Raum zu lassen. Der Entwicklung, die bis in die nächsten Jahre, in das nächste Jahrzehnt hinein reichen muss und hinein reichen wird. Und ich darf Ihnen versichern, dass wir ganz konkret zur Biomasse über diese 3 Prozent Windkraft hinaus 2, 3 oder 4 Prozent versucht haben und auch versuchen werden, und auch zwei Jahre bereits daran gearbeitet haben, hier in einer intensiven Arbeitsgruppe zusammen mit der Landwirtschaftskammer, zusammen mit der Agrar Plus, zusammen mit der Energiegeschäftsstelle, zusammen mit dem Agrarmanagement usw. der Biomasse aus verschiedenen Grundstoffbereichen produktionstechnisch optimieren zu helfen einerseits und andererseits auch preislich wettbewerbsfähiger zu machen. Und wenn wir diese beiden Parameter zusammen bringen, auch mit Landeshilfe, wo wieder jene Persönlichkeiten Pate stehen werden von denen ich heute schon gesprochen habe, dann werden wir auch das EIWG für Niederösterreich bewältigen. Denn die Vorteile von Biomasse liegen auf der Hand.

Nicht nur deshalb weil heute Heizen mit Holz ungefähr die Hälfte nur kostet von Öl oder Gas, sondern es bringt auch eine verbesserte landwirtschaftliche und regionale Wertschöpfung. Es bringt eine Verringerung der Umweltbelastung, bringt mehr Unabhängigkeit von vielen Energieimporten. Es geschieht kein Devisenabfluss an den Öl- und Gasbereich. Und es gibt - auch damit verbunden - mehr Resistenz für die heimischen Wälder. Und damit für mehr Umwelt, damit für mehr Heimat, damit für mehr Niederösterreich. Und in dem Sinne, glaube ich, sollten wir gemeinsam diesen Energiebericht herzlich begrüßen. Unsere Fraktion wird ihm die Zustimmung geben. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Gratzner.)*

Zweiter Präsident Schabl: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Dipl.Ing. Toms (ÖVP): Ich verzichte!

Zweiter Präsident Schabl: Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 826/B-42/3:)* Das ist die Stimmenmehrheit. Der Antrag ist angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, Abg. Gratzner; Ablehnung FPÖ, Grüne.)*

Es liegen weiters zwei Resolutionsanträge vor. Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzierer und Mag. Fasan bezüglich Kennzeichnungsverordnung für Stromhändler. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Das ist nicht die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt! *(Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Abg. Gratzner.)*

Wir kommen zum Resolutionsantrag Nr.7, Sicherheitsdefizite beim AKW Temelin als Hindernis für Abschluss des Energiekapitels, eingebracht von Abg. Mag. Weinzierer, Mag. Leichtfried, Dr. Prober und Mag. Fasan. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Einstimmig angenommen!

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Moser, die Verhandlungen zum Geschäftsstück Ltg. 828/S-5/13 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Moser (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich berichte zu Ltg. 828/S-5/13.

Der NÖ Landtag hat in seiner Sitzung am 29. Juni 2001 einen Resolutionsantrag zur Gruppe 3 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 2002 betreffend NÖ Tonkünstler mit folgendem Antragswortlaut zum Beschluss erhoben: „Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, beim NÖ Tonkünstlerorchester darauf zu drängen, dass es bei der Beibehaltung des Qualitätsstandards zu einer Umstrukturierung kommt und sie bei zeitgemäßen Finanzierungsformen zu unterstützen.“ In der Begründung zum Antrag wird unter anderem festgehalten, dass Reorganisationsnotwendigkeiten im hohen Ausmaße bestehen, eine Neustrukturierung sinnvoll und notwendig ist und eine optimale Relation zwischen Kosten und künstlerischer Qualität erzielt werden soll. Wie im Resolutionsantrag festgestellt, wurden schon seit längerer Zeit intensive Verhandlungen mit allen Betroffenen geführt. Die nun vorliegenden und in der Beilage angeschlossenen Vertragsentwürfe stellen das Ergebnis der Verhandlungen dar. Um die dargestellte Struktur umzusetzen ist es erforderlich, die in der Beilage angeschlossenen Verträge, Grundsatzübereinkommen in Form von Notariatsakten abzuschließen. Ich berichte daher über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschus-

ses über die Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Tonkünstler Betriebsgesellschaft mbH *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die beiliegenden Vertragsentwürfe – Grundsatzübereinkommen und Abtretungsanbot Put und Call – werden genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die zur Durchführung dieses Beschlusses erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“

Ich darf den Herrn Präsidenten ersuchen, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

Zweiter Präsident Schabl: Ich eröffne die Debatte. Das Wort hat Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Herr Präsident! Hohes Haus!

Die NÖ Tonkünstler sollen restrukturiert, reorganisiert und optimiert werden. Das Tonkünstlerorchester ist ein Spitzenorchester mit etwa 120 Konzerten pro Jahr. Sie sind ein kulturelles Aushängeschild für Niederösterreich. Sie haben ein Gesamtbudget von rund 120 Millionen im Jahr, von dem ein Großteil klarerweise vom Land selbst kommt mit etwa 100 Millionen.

Wenn man den Intentionen folgt die man bisher aufnehmen konnte bezüglich dieser Restrukturierung und Reorganisation und insbesondere Optimierung, wobei die wirtschaftliche Optimierung aber auch, wie angeführt wird und immer wieder versichert wird, die künstlerische Optimierung. Wenn man sich das ein klein wenig genauer ansieht, dann wird man den Verdacht nicht los, das Land will weniger zahlen und gleich gute Musik haben. Ob das geht, darf bezweifelt werden. *(Abg. Dr. Michalitsch: Das ist ja legitim!)*

Legitim ist es schon. Ob es künstlerisch sinnvoll ist eine andere Frage. Ob es kulturpolitisch sinnvoll ist auch. *(Abg. Präs. Ing. Penz: Sonst sind Sie immer fürs Sparen!)*

Herr Präsident! Sie wissen, Sparen und Sparen ist nicht immer ein paar Schuhe. Es gibt verschiedene Kriterien. Es gibt finanzielle, wirtschaftliche Kriterien, es gibt kulturelle Kriterien und es gibt das, was man Umwegrentabilität nennt. Und ich weiß nicht, ob man durch die Maßnahmen, die man hier setzt, die Umwegrentabilität in Sachen zum Beispiel Tourismus tatsächlich erfüllt.

Ich weiß aber, dass laut NÖ Kulturkonzept sehr wohl die Umwegrentabilität immer wieder eine beachtliche Rolle spielt in einem Ausmaß, wie es uns manchmal gar nicht so recht ist. Uns ist es manchmal sogar ein wenig zu viel, weil wir manchmal das Gefühl haben, dass die Kultur da manchmal ein bisschen zu wenig zum Tragen kommt oder ein bisschen zu kurz kommt. In diesem Fall wäre es vielleicht wünschenswert mehr zu investieren oder diese Sparmaßnahmen ein wenig zu überdenken unter der Prämisse der Umwegrentabilität. Ich darf das dann ein klein wenig ausführen um nicht zu lange auf Ihren Zwischenruf einzugehen. Weil sonst könnte man ja den Verdacht schöpfen dass Sie den Zwischenruf machen damit ich möglichst lang rede. Das nehme ich ja nicht an.

Es wird also eine GesmbH gegründet. 100 Prozent sind der Hypobank zuzurechnen. Es ist bereits erfolgt die Ausschreibung eines Geschäftsführers. Es gibt wechselseitige Abtretungsangebote durch ein Kaufrecht des Landes, ein Andienungsrecht der Hypobank. Es sollen die Tonkünstler nach St. Pölten übersiedeln. Es sollen, und das ist meiner Ansicht nach die Crux, Dienstvereinbarungen geschaffen werden, die man nicht näher definiert, eventuell noch als zeitgemäß, glaube ich, bezeichnet. Zeitgemäße Dienstvereinbarungen, was das immer auch heißen möge. Und jetzt kommt die berechtigte Sorge der Musiker, nämlich des Orchesters, über das, was hier geschieht. Es gibt bereits Berichte über Versuche, in bestehende Dienstverträge einzugreifen. Es gibt, und das ist die eigentliche Crux, keinerlei Information darüber, wie zukünftig Musiker aufgenommen werden sollen, wie man dienstrechtlich mit ihnen verfährt und wie diese Dienstverträge zustande kommen sollen und abgeschlossen werden sollen.

Damit ist nicht gemeint, und das hört man aus dem Orchester heraus, damit ist nicht gemeint dass man seitens der Bediensteten nicht gewillt wäre, entsprechende Änderungen vorzunehmen. Denn dass diese bisherigen definitiven Verhältnisse nicht mehr zukunftsträchtig sind, das sieht jeder ein. Daraus aber Geheimnistuerei zu machen, keine entsprechenden Informationen zu geben und gleichzeitig diese Betriebsgesellschaft zu gründen und sozusagen hier über einen Leisten zu scheren, das halten wir für problematisch. Es gibt Unklarheiten, die werden im Orchester, die können zumindest im Orchester zu Unsicherheiten führen. Sie könnten auch zu einer Reduktion des Personalstandes führen. Es wird ja schon reduziert von 98 auf 91. Also das heißt, die 91 quasi Definitiven. Und da wird es dann musikalisch auch schon ein wenig eng. Eine Mahler-Symphonie mit 90 Leuten

ist knapp. Bei allem was man natürlich noch an Substitution dazu nehmen kann. Aber ein Stand des Orchesters, der sukzessive auf Grund von Unsicherheiten reduziert wird, kann künstlerisch die Qualität nicht halten. Und die große Befürchtung ist, dass die künstlerische Qualität mit dem was hier angepeilt wird, nicht mithalten kann und dass damit eigentlich dem kulturellen Auftrag nicht nachgekommen wird. (*Abg. Präs. Penz: Die spielen ja nicht bei jedem Auftritt ein Mahler-Werk!*)

Herr Präsident! Es ist schon klar. Aber selbst wenn sie ein Vivaldi-Konzert spielen, haben sie grundsätzlich das Problem der Qualität und des Nachwuchses. Und wenn man dem Nachwuchs nicht sagt, unter welchen Bedingungen er spielen kann, dann wird man Nachwuchsprobleme haben. Und das wird sich langfristig auf die Qualität auswirken. Das ist die Befürchtung des Orchesters. Und diese Befürchtung teile ich.

Daher kann es durchaus sein, dass diese Reorganisationsmaßnahmen wirtschaftlich gut sind, aber künstlerisch vielleicht nicht. Wir halten die Maßnahmen so wie sie uns jetzt vorgelegt werden, für nicht ausreichend. Wir sehen hier zunehmend Diskussionsbedarf. Wir halten das für unausgegrenzt. Wir würden eine Betriebsgesellschaftsgründung in dieser Phase, wo Informationen ganz einfach fehlen, für die Betroffenen nicht für zweckmäßig erachten und wollen diesem Antrag daher nicht unsere Zustimmung geben. (*Beifall bei den Grünen.*)

Zweiter Präsident Schabl: Als nächster zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. Rambossek (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Worum geht es im Hintergrund? Maastricht-konform budgetieren! Was heißt Maastricht-konform budgetieren? Die Budgetziele Österreichs und Niederösterreichs zu realisieren bedeutet, am Papier ganz einfach weniger auszugeben. Aus diesem Grund wurden bzw. werden in Niederösterreich, wie wir wissen, auch eine Reihe von Finanztransaktionen durchgeführt. Ich denke an die Verwertung der Wohnbauförderungsdarlehen. Ich denke daran, 100 Grundstücke und Häuser des Landes werden bzw. wurden in eine Verwertungsgesellschaft ausgelagert. 1,1 Milliarden Schilling sollen lukriert werden. Oder: Der Bereich des Landesstraßenbaus soll durch eine leasingähnliche Sonderfinanzierung durch Private finanziert werden.

Man könnte meinen, Hohes Haus, das reicht nun. So ist es allerdings nicht. Mag. Sobotkas

Mühlen malen stetig und auch gar nicht so langsam. In einem ersten Schritt lässt er sich und die NÖ Landesregierung im Rahmen der Budgetdebatte 2002 durch die Österreichische Volkspartei, durch die SPÖ und auch durch die Grünen - darum bin ich sehr verwundert über die Worte des Herrn Mag. Fasan heute - mittels eines Resolutionsantrages auffordern, beim NÖ Tonkünstlerorchester darauf zu drängen, dass es unter Beibehaltung der Qualitätsstandards zu einer Umstrukturierung kommt und sie, die NÖ Tonkünstler, bei zeitgemäßen Finanzierungsformen, zu unterstützen. So der Wortlaut des Antrages. Die Begründung des damaligen Antrages muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Ich werde sie heute angesichts der fortgeschrittenen Stunde dem Hohen Haus nicht noch einmal vorlesen. Ich meine dazu, das Konzept für eine Neustrukturierung der NÖ Tonkünstler in Form einer NÖ Tonkünstler Betriebs GesmbH lag längst vor diesem Resolutionsantrag in einer, zwei oder drei Schreibtischladen von Mitgliedern der NÖ Landesregierung. Und das zum Zeitpunkt des Resolutionsantrages! Und nun folgt der zweite Schritt. Perfekt ausgeklügelt: Landesrat Mag. Sobotka legt dem Landtag einen Antrag zur Beschlussfassung vor, zu welchem ihn der Landtag im Juni dieses Jahres hier aufgefordert hat. Er kann sagen, er vollzieht nur einen Landtags-Resolutionsbeschluss. Und jetzt schließt sich für mich, für uns Freiheitliche der Kreis zum Maastricht-konform Budgetieren.

Mit Hilfe der NÖ Hypothekenbank AG wird die NÖTON gegründet, eine Gesellschaft, die in Zukunft die Betriebsführung des Orchesters übernehmen soll. Im Evaluierungsdeutsch, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist dies im vorliegenden Antrag unter anderem wie folgt festgeschrieben: Die NÖTON soll die Betriebsführung des Orchesters übernehmen und damit einen Restrukturierungs- und Optimierungsprozess einleiten. Sagt viel aus. Die Zielvorgabe besteht dabei, in einer qualitativen Neupositionierung des Orchesters, verbunden mit einer Verbesserung ökonomischer Handlungsprämisse - sagt auch sehr viel aus - unter zukünftiger Führung des Klangkörpers.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schöne Worte, nur die Realität sieht einfach anders aus. Es geht darum, Maastricht-konform zu budgetieren. Die NÖTON wird vom Land auf Grund eines noch abzuschließenden Fördervertrages für den Zeitraum von drei Jahren bis 31. Dezember 2004 nur 90 Millionen statt 300 Millionen, wie dies den Budgets der Vergangenheit entsprach, erhalten. Die fehlenden 70 Millionen Schilling jährlich sollen über Einnahmen und Fremdfinanzierung und sprich Kredite hereingebracht werden. Und so sieht es auch das Grundsatzübereinkommen zwischen dem

Land Niederösterreich und der NÖ Landesbank Hypothekenbank AG vor, nämlich dass die NÖTON ab Gründung von der Hypobank einen Kreditrahmen zur Finanzierung des Geschäftsbetriebes, ausnützlich bis 31. Dezember 2004 in der Höhe von maximal 20 Millionen Euro, also rund 250 Millionen Schilling eingeräumt erhält. Weiters sieht das Übereinkommen vor, dass der dann am 31. Dezember 2004 aushaftende Kreditrahmen ab 2005 für längstens 15 Jahre gestundet wird, davon zumindest die ersten 5 Jahre rückzahlungsfrei, tilgungsfrei zur Verfügung gestellt.

Was mich aber wirklich ganz eigenartig anmutet ist, dass die „Landes-Hypo“, die Hypobank in diesem Grundsatzübereinkommen vom Land sogar eine Haftungserklärung verlangt. Und zwar für Schäden, die von durch das Land vorgeschlagenen und in der NÖTON bestellten Organen durch Handlungen oder Unterlassungen verursacht werden.

Hohes Haus! Ich meine, hinter dieser Klausel des Grundsatzübereinkommens verbirgt sich doch auch ein gewisses Misstrauensvotum. Wir Freiheitlichen werden zu dieser Flucht aus dem Budget, der Ausgliederung der NÖ Tonkünstler aus dem Budget sicherlich nicht zustimmen, da dieser offensichtlich von ÖVP und SPÖ gewollte Schritt mit einem Ausgliedern der Verantwortung für die Mitglieder der NÖ Tonkünstler, mit einem Ausgliedern der Verantwortung für Menschen gleichzusetzen ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zweiter Präsident Schabl: Als nächster zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Jahrmann.

Abg. Jahrmann (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Wir haben es heute schon gehört von der Berichterstattung, von meinen Vorrednern, wir haben uns heute damit zu befassen, dass der Landtag in seiner Sitzung vom 29. Juni auf eine Neustrukturierung der Tonkünstler drängt. Natürlich, wie könnte es anders sein, unter Beibehaltung der Qualitätsstandards. Meiner Meinung nach eines sehr hohen Qualitätsstandards. Als Begründung wird dort wortwörtlich von hohen Reorganisationsmöglichkeiten und von notwendiger Neustrukturierung gesprochen. Und einer zu erzielenden Optimalrelation zwischen Kosten und künstlerischer Qualität.

Die Finanzgebarung soll nun vom Verein Tonkünstler zu 100 Prozent zur Landeshypothekenbank übergehen und das mit entsprechenden bereits erarbeiteten Verträgen festgelegt werden. Eine weitere Aufgabe der NÖTON, auch das haben wir

gehört, ist die Sicherstellung der Finanzierung des Orchesters bis Ende 2004, dann soll eine Evaluierung des Gesamtkonzeptes erfolgen. Es entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie dass wir am Sessel des Finanzlandesrates schon einmal einen Exponenten des ÖAAB gehabt haben, einen Exponenten des Bauernbundes. Aber es blieb einem Hobbydirigenten vorbehalten, hier die seidene Schnur an die Finanzierung dieses Orchesters zu legen.

Es ist hier sicherlich nicht Zeit, das Thema „was darf Kultur kosten?“ zu beleuchten. Tatsache ist eines: Diese Vorgangsweise, und ich möchte sie bewusst hier nicht werten, kann sehr leicht für den außenstehenden Beobachter zu Schlussfolgerungen führen, wie dass man unseren Tonkünstlern als Verein keine effektive und zufriedenstellende Finanzgebarung für die Zukunft zutraut. Dass man die Gebarung dieses kulturellen Aushängeschildes in Zukunft wesentlich stärker aus dem Blickwinkel einer Bank und nicht aus dem Blickwinkel des künstlerischen Niveaus sieht. Und wenn man in den Prämissen die Beibehaltung der Qualitätsstandards um das gleiche Geld quasi verlangt, erweckt das den Anschein als wäre in der Vergangenheit hier mit dem Geld etwas leichtfertig umgegangen worden. Oder es wird der Anschein erweckt, man könnte für weniger Geld gleich viel oder mehr Qualität erhalten.

Ich kann mich dabei – und da bin ich einer Meinung mit meinem Vorredner – auch mit gewissen bombastischen Phrasierungen nicht ganz abfinden. Da gibt es also gewaltige Wortkonstruktionen, die selbst gewiegte Interpreten vor Rätsel stellen. Ich darf eine davon zitieren: Die Zielvorgabe besteht dabei in einer qualitativen Neuorientierung des Orchesters, verbunden mit einer Verbesserung ökonomischer Handlungsprämissen in der zukünftigen Führung des Klangkörpers. Das steht tatsächlich drinnen. Und ich muss ehrlich sagen, ich habe mich erkundigt, ganz genau weiß eigentlich niemand was damit gemeint ist. Bedeutet die angesprochene qualitative Neuorientierung für die Zukunft mehr oder weniger Qualität der Spieler oder des Programmes? Oder bedeutet die geforderte Verbesserung der ökonomischen Handlungsprämissen der Führung des Orchesters weniger Honorar für den Dirigenten oder bricht man das Neujahrskonzert in der Hälfte ab oder schreibt man den nächsten zu gebrauchenden Taktstock aus damit drei Anbote hereinkommen? Wie dem auch sei. Die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder in der Landesregierung haben trotz der von mir ansatzweise eingangs genannten Punkte dieser Vorgangsweise grundsätzlich zugestimmt, weil – und das gebe ich hier durchaus zu – trotz aller Kri-

tikpunkte zumindest der Versuch unternommen werden sollte abzutesten in wie weit Synergieeffekte durch Kooperationen mit NÖ Kulturwirtschaft und Festspielhaus erzielt werden können.

Allerdings, der kulturpolitische Anstrich dieser Umstrukturierung ist meiner bescheidenen Meinung nach keineswegs der Hauptgrund für diese Aktion. Und da bin ich ebenfalls mit meinem Vorredner eins. Denn die haben nicht etwa den Obmannstellvertreter im Kultur-Ausschuss Buchinger herausgeschickt um zur Kultur zu sprechen oder auch den Herrn Kollegen Waldhäusl, der sich auch schon einmal zur Kultur geäußert hat, sondern den Fachmann Dkfm. Rambossek, der ein Finanzfachmann ist. Und ich seh' das genauso. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Ja, ich bin sehr um das gute Verhältnis mit der FPÖ bemüht heute und bin für einen friedlichen Ausklang dieser Sitzung. Daher verkneife ich es mir zu sagen, dass mit den 900.000,- Schilling des Herrn Ministers Haupt die Tonkünstler ein Jahr auskämen. Wie gesagt, ich verkneif' mir diese Bemerkung.

Ich bin davon überzeugt, dass der Einsparungseffekt aus den verschiedenen Gründen sich im Jahr 2004 im Rahmen der geforderten Evaluation als marginal herausstellen wird. Aber durch diese Maßnahme hat Finanzminister Mag. Sobotka in den nächsten Jahren einige gewaltige Finanzbrocken aus dem Budget entsorgt oder besser gesagt in die Zukunft verschoben. Jetzt blauäugig anzunehmen, dass 2004 das große Aha-Erlebnis in Form einer gewaltigen Einsparung bei den Tonkünstlern zutage treten wird, darf man jetzt schon als Luftschloss deklarieren.

Verschiebung von derzeitigem Finanzbedarf in die Zukunft. Bei dieser Gelegenheit fällt mir ein, und das ist knappe neun Stunden her, wie hier lange darüber gesprochen wurde, welches ungeheure Verbrechen es ist, die Verschuldung der öffentlichen Hand in die Zukunft zu verschieben. Welches ungeheure Maß an Verantwortungslosigkeit dahinter steckt, Schulden künftig Generationen von Politikern und Bürgern zu übertragen und aufzubürden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Das, meine Damen und Herren, ist genau die Methode, die Sie uns ankreiden. Fälschlicherweise ankreiden, möchte ich sagen. Die Sie hier selbst verwenden um das derzeitige Budget auf Kosten zukünftiger fein herauszuputzen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Trotz dieser klar erkannten Absichten, die hinter dem stecken, werden wir dem Entwurf zustimmen. Vor allem deshalb, weil wir hoffen, dass trotz

künftiger hypobanklicher Aufsicht die Tonkünstler jene finanziellen Mittel zur Verfügung haben, die sie zum Erhalt ihres hohen künstlerischen Niveaus brauchen. Ob es manche von Ihnen nun wahr haben wollen oder nicht. Kunst und Kultur hat eben ihren Preis! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Schabl: Als nächste zu Wort gemeldet Frau Abgeordnete Roth.

Abg. Roth (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Mit dem Fall überkommener zentralistischer Strukturen und der eingetretenen europäischen Wende werden sukzessive an Kunst und Kultur neue Herausforderungen gestellt. Sie heißen: Erhöhte Argumentationspflicht gegenüber dem finanzierenden Bürger und permanente Auseinandersetzung mit marktwirtschaftlichen Mechanismen. Und ich sehe gerade hier in der angesprochenen Kombination des Künstlers und Finanziers, dass er sehr wohl weiß wie er mit einem Klangkörper und einem künstlerischen Instrument umgeht. Ich sehe hier die Garantie gegeben.

Nicht zuletzt auch aus diesem Grunde hat der NÖ Landtag in seiner Sitzung vom 29. Juni 2001 einen Resolutionsantrag zur Gruppe 3 des Vorschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2002, die NÖ Tonkünstler betreffend, mit folgendem Antragswortlaut zum Beschluss erhoben: Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, beim NÖ Tonkünstlerorchester darauf zu drängen, dass es bei Beibehaltung des Qualitätsstandards zu einer Umstrukturierung kommt und sie darüber hinaus bei der Umsetzung zeitgemäßer Finanzierungsformen zu unterstützen.

Ich bin eigentlich irgendwo verwundert über die Besorgnis wie sie der Herr Kollege Mag. Fasan in seiner APA-Meldung zum Ausdruck gebracht hat und auch jetzt wieder hier in seiner Ansprache, wenn er meint, die Qualität sei keineswegs gesichert und wir wenden uns nicht gegen sinnvolle Spar- und Organisationsmaßnahmen. Ich verstehe es nicht ganz. *(Abg. Mag. Fasan: Weil es um die zukünftigen Musiker geht! Weil es um den Nachwuchs geht!)*

Sollten jetzt plötzlich auf Grund dieser Umstrukturierungsmaßnahmen die NÖ Tonkünstler ihre fachliche Qualifikation verlieren? Es ist doch ein bewährter und geübter Klangkörper und die Qualifikation verliert man ja nicht.

Und wenn ich mir auch das Programm, das durchaus engagierte Programm dieser Saison anschau: Beethoven-Tripelkonzert, Strauss-Violin-

konzert, Mahler – allerdings nur die Wunderhorn-Lieder. Aber ich kenne nur eine einzige Mahler-Symphonie wozu man 100 Musiker braucht. So viele braucht man nicht bei jeder Symphonie. Da schlägt der Turnlehrer durch. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Mag. Fasan: Ich bin Leibesezierer!)*

Das 2. Saint-Saens-Klavierkonzert, Rodrigo-Flötenkonzert, Klarinettenkonzerte von Copland und Artie Shaw, Berg-Violinkonzert. *(Abg. Kautz: Programme können wir selber lesen!)*

Ich lese Ihnen das trotzdem vor, denn einige dürften Sie vergessen haben wenn Sie an der Qualität zweifeln. Ich bringe das gerne in Erinnerung.

Erstens Brahms-Klavierkonzert, Dvořák-Requiem. Bitte, das ist das Feinste vom Feinen! Ich weiß nicht, wo man da die Qualität vermissen könnte. Und jetzt bitte, Herr Kollege Mag. Fasan, zum fünfjährigen Bestehen des St. Pöltner Festspielhauses am 8. März 2002 Mahlers zweite Symphonie. Bitte schön. Es ist alles da was man sich nur wünschen kann.

In der Begründung zum Antrag wird unter anderem festgehalten, dass Reorganisationsnotwendigkeiten in hohem Ausmaße bestehen, eine Neustrukturierung sinnvoll und notwendig ist und eine optimale Relation zwischen Kosten und künstlerischer Qualität erzielt werden sollen.

Wie im Resolutionsantrag festgestellt, wurden schon seit längerer Zeit intensive Verhandlungen mit allen Betroffenen geführt. Die nunmehr dem Landtag vorliegenden Vertragsentwürfe stellen das Ergebnis dieser Verhandlungen dar. Die erarbeitete Neustrukturierung sieht folgende wesentliche Schritte vor: Erstens, und das ist jetzt dieser umstrittene Passus: Dem Jahresbudget der NÖ Tonkünstler entsprechend und zur Verbesserung der ökonomischen Handlungsprämisse wird eine NÖ Tonkünstlerbetriebs GesmbH gegründet, die eng mit dem Verein Niederösterreichischer Tonkünstler und dem Festspielhaus St. Pölten kooperiert. Sie haben das in Ihrer APA-Aussendung, Herr Kollege Mag. Fasan, als geschwollen bezeichnet, diese Ausdrucksweise. Ich muss Ihnen als Obfrau des Kultur-Ausschusses schon dazu sagen, wo, wenn nicht genau im Bereich der Kultur sollte man sich der gesamten Bandbreite eines gepflegten Wortschatzes vorbildhaft bedienen? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir sollten uns davor hüten, zu einer weiteren Ausdünnung und Minimierung der deutschen Sprache beizutragen. Schon Karl Kraus hat davor gewarnt.

Der zweite Punkt ist, das Orchester wird im Festspielhaus St. Pölten seinen Sitz haben. Der

Sitz in St. Pölten soll gewährleisten, dass alle nur möglichen Synergieeffekte genutzt werden können. Ich sehe diese Synergieeffekte im Bereich des Marketings und der Werbung. Drittens: Der bisherige Verein Niederösterreichische Tonkünstler bleibt bestehen. Er hat einerseits die Funktion eines Fördervereines und ist andererseits durch Geschäftsbesorgungsverträge mit der NÖ Tonkünstler BetriebsgesmbH verbunden.

Durch die vorliegenden Vertragswerke wird die Finanzierung des Orchesters für die nächsten drei Jahre sichergestellt. Und jetzt, Herr Mag. Fasan, weil Sie schreiben als großes Fragezeichen, was ist nach den drei Jahren? Das ist ganz klar zum Ausdruck gebracht! In dieser Zeit wird ein Restrukturierungs- und Optimierungsprozess umzusetzen sein, dessen Effektivität am Ende dieser Periode evaluiert werden wird. Die nachfolgende Übernahme des notwendigen Finanzierungsbeitrages in das Landesbudget - ohnedies wieder Budget - wird wohl von der Effektivität dieses Prozesses abhängig zu machen sein. Ich finde das ganz klar ausgedrückt was nach diesen drei Jahren passieren wird. (*Abg. Sacher: Da wird's keine Tonkünstler mehr geben!*) Das bezweifle ich.

Ich verstehe auch nicht ganz die Panikmache in der Sorge um das Eingreifen in bestehende Dienstverträge. Wenn Sie sich so genau erkundigt haben, dann müssten Sie wissen, dass Verhandlungen laufen über den Abschluss neuer allgemeiner Dienstvereinbarungen. In die sogenannten wohl erworbenen Rechte soll nicht eingegriffen werden. Wobei ich sagen muss, für mich passt es nicht ganz zusammen, ein beamtenähnlicher Status mit den dienstzeitlichen Voraussetzungen für Künstler. Dass hier Umstrukturierungsmaßnahmen auch vom Dienstrecht erforderlich sind, das leuchtet mir schon ein. Und dass Änderungen der Dienstverträge immer nur in beiderseitigem Einverständnis möglich sind, das wissen wir alle auch. Es laufen zum Beispiel Verhandlungen über Durchrechnungszeiträume. Bitte, das ist nichts Außergewöhnliches. Das passiert in anderen Branchen auch. Es liegt ein Antrag des Arbeitgebers vor, es liegen Wünsche des Arbeitnehmers vor und man wird sich irgendwo in der Mitte treffen. Das sind übliche Vorgangsweisen. Für mich ist da keine Panik angesagt. Das ist in anderen Branchen genauso üblich.

Es sind diese drei Jahre eine Zeit der Bewährung für unsere NÖ Tonkünstler. Ich bin aber sicher, dass das Management des Orchesters die gebotene Chance nützen wird, an der Hand des Landes Niederösterreich jene privatwirtschaftlichen Strukturen aufzubauen, die notwendig sind, ein

langfristiges Wirken unseres Orchesters abzusichern. Das Land Niederösterreich wird alles tun, diese erfolgreiche, überregionale Entwicklung zu unterstützen und wird auch künftig in entsprechender Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Ich bin überzeugt, dass unser NÖ Tonkünstlerorchester diese Herausforderung annimmt und gestärkt in eine neue eigene Zukunft erfolgreich gehen wird. Danke schön! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zweiter Präsident Schabl: Als nächster zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Herr Präsident! Frau Kollegin Roth! In aller Kürze: Wenn Sie eine Presseaussendung als Panikmache bezeichnen wo wir hineinschreiben es wird in bestehende Dienstverträge oder es wird diskutiert, in bestehende Dienstverträge einzugreifen, wenn Sie das schon als Panikmache bezeichnen, dann weiß ich nicht als was Sie bezeichnen wenn wirklich einmal irgend etwas passiert. Also ich würde schon meinen ... (*Abg. Roth: Wenn es richtig ist nicht!*) Es geht mir um den Ausdruck. Lassen wir die Kirche im Dorf. Eine APA-Meldung ist noch keine Panikmache. Ich glaube, darüber sind wir uns einig.

Zweitens: Ich habe dazu gesagt in meiner Rede vorhin, ich sehe schon ein, dass man bei den pragmatisierten Dienstverhältnissen etwas tun muss. Das wird im Orchester auch so gesehen. Das habe ich auch gesagt. Das heißt, Sie haben da irgendwo wahrscheinlich hinter mir vorbei argumentiert und wollten mich dann von hinten wieder erwischen. Aber so habe ich es tatsächlich nicht gesagt. Die Frage, was ist danach? Sie haben es auch zitiert. Es soll restrukturiert werden, es soll optimiert werden und es soll evaluiert werden. Was passiert höre ich daraus nicht. Was ist, wenn sich nach der Evaluierung herausstellt, es ist eigentlich das ganze Projekt misslungen? Das frage ich mich. Und das ist nicht klar.

Und zum Abschluss: Ich habe nicht die Qualität, die bestehende Qualität kritisiert. Wenn Sie das aus meiner Rede herausgehört haben, dann muss ich mich wahrscheinlich in meiner Rede auch häufig räuspern damit mir die Leute besser zuhören. Ich habe sehr wohl gesagt, ich halte die Qualität der Tonkünstler für ausgezeichnet. Aber ich fürchte darum, dass sie nicht bestehen bleibt. Weil unter diesen unklaren Verhältnissen möglicherweise Musiker dieser Qualität nicht mehr kommen werden. Und das drückt a la longue auf

die Qualität. Und das ist meine Befürchtung. So einfach ist es. *(Beifall bei den Grünen und Abg. der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Schabl: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Moser (ÖVP): Ich verzichte!

Zweiter Präsident Schabl: Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 828/S-5/13:)* Das ist die Stimmenmehrheit. Der Antrag ist angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ, Grüne.)*

Ich beabsichtige, zum nächsten Tagesordnungspunkt die Geschäftsstücke Ltg. 824/J-2/1 und Ltg. 806/S-2/1 wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln. Berichterstattung und Abstimmung werden jedoch getrennt erfolgen. Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? *(Einwand von Abg. Mag. Fasan.)* Wer ist für diese Vorgangsweise? Das ist die Stimmenmehrheit. Somit ist diese Vorgangsweise mehrheitlich gewählt. Ich ersuche daher zuerst Herrn Abgeordneten Hintner zum Geschäftsstück Ltg. 824/J-2/1 und danach Herrn Abgeordneten Weninger zum Geschäftsstück Ltg. 806/S-2/1 zu berichten.

Berichterstatter Abg. Hintner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich berichte zu Ltg. 824/J-2/1, zum des Antrag des Sozial-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Jugendwohlfahrtsgesetzes 1991. Der Motivenbericht liegt den Abgeordneten vor, sodass ich den Antrag des Sozial-Ausschusses stelle *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Jugendwohlfahrtsgesetzes 1991 wird in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Herr Präsident! Ich ersuche, die Debatte einzuleiten und dann die Abstimmung vorzunehmen.

Berichterstatter Abg. Weninger (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich berichte zur Änderung des NÖ Sozialhilfegesetzes 2000. Die Unterlagen zu Ltg. 806/S-2/1 befinden sich in den Händen der Abgeordneten. Ich stelle daher den Antrag des Sozial-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Sozialhilfegesetzes 2000 *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Sozialhilfegesetzes 2000 wird in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Ich ersuche, die Debatte einzuleiten.

Zweiter Präsident Schabl: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Vladyka.

Abg. Vladyka (SPÖ): Werter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hoher Landtag!

Durch die Novelle des Jugendwohlfahrtsgesetzes 1991 soll neuen Entwicklungen Rechnung getragen und in wichtigen Teilbereichen der Jugendwohlfahrtsbestimmungen Verbesserungen eingeleitet werden. Die wichtigsten Änderungen betreffen die Berücksichtigung der anonymen Geburt, die gesetzliche Verankerung von Mutter-Kind-Wohnungen und Streetwork, Konkretisierungen im Bereich der sozialpädagogischen Familienintensivbetreuung sowie die Schaffung eines verpflichtenden Meldewesens bei Kindeswohlgefährdung.

Zu Jahresbeginn, meine Damen und Herren, erschütterte uns eine Zeitungsmeldung über eine 17-jährige Schülerin aus dem Bezirk Krems, die ungewollt schwanger geworden ist. Dem Mädchen ist es gelungen, ihre Schwangerschaft bis zur Geburt vor Mitschülern, Lehrern und sogar vor ihren Eltern zu verheimlichen. Sie gebar in ihrem Elternhaus ohne Beistand eines Arztes oder einer Hebamme ein gesundes Kind. In ihrer Verzweiflung und beeinträchtigt durch die Nachwirkungen der Geburt erdrosselte sie das Neugeborene und legte es in einen Kasten. Danach vertraute sie ihre Schreckenstat ihrer Mutter an. Ich glaube, keiner von uns kann sich vorstellen, was dieses junge Mädchen in den Monaten der Schwangerschaft durchgemacht und gelitten haben muss. Und ge-

rade im letzten Jahr vermehrt sich leider Medienberichte über Kindesweglegungen und Kindstötungen. Die Frage, wie den betroffenen Müttern geholfen werden kann wird in letzter Zeit auch sehr häufig diskutiert und ist zu einem aktuellen Thema in unserer Gesellschaft geworden.

Welche Maßnahmen sind hier zu setzen um ungewollte Schwangerschaften zu verhindern und wie kann die Präventionsarbeit verbessert werden? Man muss sich auch die Frage stellen, ob es genügend Beratungsangebote für schwangere Frauen und Mädchen gibt. Sind die Betroffenen zu wenig über die vorhandenen Angebote informiert und erfahren die werdenden Mütter wohin sie sich wenden können? Wie kann man die Barrieren, Beratungs- und Hilfsangebote in Anspruch zu nehmen, abbauen? Und wie kann Mädchen und Frauen, die ihre Schwangerschaft verdrängen und daher nicht in der Lage sind, Beratungsangebote in Anspruch zu nehmen, geholfen werden?

Meine Damen und Herren, obwohl unsere Tage allgemein als Informationszeitalter bezeichnet werden und man heute offen über Verhütung, Sexualität, menschliche Gefühle redet, werden immer wieder Frauen ungewollt schwanger. Und hier ist vor allem die Präventionsarbeit in Schulen ganz besonders wichtig. Sie sollte massivst ausgebaut werden. Gerade in der Schule besteht die beste Möglichkeit, eine große Zahl an Kindern und Jugendlichen zu erreichen und diesen das Thema Verhütung auch näher zu bringen.

Auch wenn soziale oder wirtschaftliche Probleme ausschlaggebend dafür sind, dass die betroffenen Mädchen und Frauen ihr Kind nicht behalten können, soll die Jugendwohlfahrt die Betroffenen bei der Bewältigung und bei der Lösung dieser Probleme hilfreich unterstützen. Gerade für minderjährige Mütter muss eine Schwangerschaft in so frühen Lebensjahren sowohl psychisch als auch physisch eine fast unerträgliche Belastung sein. Obwohl im Vergleich zu den älteren Generationen die heutige Gesellschaft mehr Offenheit gegenüber sexuellen Themen zeigt, sehen viele Mädchen die Schwangerschaft als Schande für ihre Familie und für sich selbst.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es gibt wohl kein erbärmlicheres Bild als das eines Neugeborenen in einer Mülltonne. Und doch sehen verzweifelte Mütter keine andere Alternative als ihr Kind einfach wegzulegen. Deshalb sollen Maßnahmen wie die sogenannte anonyme Geburt oder die Babyklappe helfen, derartige Panikhandlungen einzudämmen. Es muss aber auch klar sein, dass solche Maßnahmen nur Behelfskonstrukte sein

können um Schlimmerem vorzubeugen. Und die anonyme Geburt bedeutet, dass die vor der Geburt stehende schwangere Frau in einem Krankenhaus, das diese anbietet, ohne Angabe ihres Namens das Kind zur Welt bringen kann.

Äußert eine Frau den Wunsch nach einer anonymen Geburt, so ist künftighin von der Aufnahme der persönlichen Daten in der Krankengeschichte Abstand zu nehmen. Und es freut mich daher besonders, dass alle Krankenhäuser in Niederösterreich ihre Bereitschaft und Möglichkeit bekundet haben, im Rahmen ihrer geburtshilfflichen Abteilung anonyme Geburten durchzuführen. Und bei der anonymen Geburt soll vor allem die Gesundheit des Kindes und der Mutter im Mittelpunkt stehen. Hier findet auch eine Betreuung der Mutter vor und nach der Geburt statt. Und ich halte es für besonders wichtig, dass die Frauen, die betroffen sind, eine optimale psychologische Nachbetreuung erhalten. Dass die Mütter in ihrer Not nicht allein gelassen werden und in der Folge ausgegrenzt werden.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Kinder sind das wertvollste Gut, das eine Gesellschaft besitzt. Sie sollen in unserem Bundesland Niederösterreich ideale Voraussetzungen für ein glückliches und erfülltes Leben vorfinden. Ein besonderes Augenmerk ist dabei aber in der Bedeutung der eigenen Familie zu suchen und ist der bestmöglichen Entfaltung der Kinder und Jugendlichen besonderes Augenmerk zu schenken.

Eine tragfähige Beziehung zwischen Kindern und Erwachsenen ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung des Kindes hin zu einer gesunden, unabhängigen und Verantwortung übernehmen könnenden Persönlichkeit. Die Familie soll befähigt werden, ihre Aufgabe der Pflege und Erziehung ihres Kindes selbst wahrnehmen zu können. Aufgabe der Jugendwohlfahrt ist es dabei, die Familien in der Erfüllung ihrer Aufgaben zu beraten und zu unterstützen.

Die wohl massivste Form des Eingriffs in die Welt des Kindes bzw. des Jugendlichen durch die Behörde stellt die Fremdunterbringung dar. Sie bedeutet, dass ein Kind aus dem geschützten Verband der Familie, seiner Erziehungsberechtigten und somit aus seiner bisherigen Umgebung herausgerissen wird. Die sozialpädagogische Familienintensivbetreuung stellt derzeit das wohl effizienteste Mittel zur Hilfestellung für gefährdete Kinder in ihren Familien dar und bietet die letzte Stufe vor der vollständigen Entfernung des Kindes aus dem bisherigen Umfeld.

Durch die gesellschaftlichen Veränderungen bedingt ist es aber gerade in jüngster Zeit leider oft passiert, dass die Zahl der Problemfamilien zugenommen haben, wodurch vermehrt eine intensive Betreuungstätigkeit durch die Jugendabteilungen erforderlich geworden ist. Familiäre Bereiche und Beziehungen dürfen nur insofern und insoweit beeinträchtigt werden als es zum Wohl der Kinder bzw. der Jugendlichen notwendig ist. Und dies trifft insbesondere dann zu, wenn Gewalt angewendet oder dem Kind bzw. dem Jugendlichen körperliches oder seelisches Leid zugefügt wird. Und hier gibt es die sozialpädagogische Familienintensivbetreuung. Sie ist eine Form der Hilfen zur Erziehung, die von geeignetem Personal, Fachpersonal eines bescheidmäßig anerkannten privaten Trägers der Jugendwohlfahrt und ausschließlich im Auftrag der Behörde der Jugendabteilung an eine Familie herangetragen wird.

Weitere wichtige Punkte, meine Damen und Herren, in dieser Novelle sind die Mutter-Kind-Wohnungen, betreute Notschlafstellen und Streetwork. Das wird hier zur Zeit in Niederösterreich unter anderem von den Vereinen Tender und Jugend und Arbeit betrieben. Streetwork bezeichnet eine Methode der Sozialarbeit und bedeutet, dass die Diplomsozialarbeiterinnen ihre Hilfe und Beratung dort anbieten, wo die Klienten anzutreffen sind. Das heißt auf der Straße, in Bahnhöfen, Szenetreffs und so weiter. Ziel der Arbeit von Streetworkern ist die Hilfe bei der Lebensbewältigung und die Verbesserung der Lebenssituation der Jugendlichen.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Mutter-Kind-Wohnungen. Sie werden derzeit bereits durch das Land Niederösterreich und einzelne private Vereine angeboten. So werden hier zum Beispiel Mädchen im Mutter-Kind-Haus in Hollabrunn bei der Schwangerschaft, bei der Geburt und der Betreuung des Säuglings bzw. des Kleinkindes unterstützt und auch begleitet. Ziel dieser Einrichtung ist es, die soziale Selbständigkeit der Mütter zu fördern. Zudem haben sie dort die Möglichkeit, einen Schulabschluss und in der Folge eine Berufsausbildung zu machen um die Zukunft des Kindes und ihre eigene zu sichern. Auch Frauenhäuser, die es in Niederösterreich flächendeckend gibt, verfügen über die Möglichkeiten, dass Frauen mit ihren Kindern dort aufgenommen werden können.

Krisen- und Notschlafstellen, zum Beispiel Kidsnest in Wr. Neustadt, gewinnen in der Jugendwohlfahrt auch zunehmend an Bedeutung. Sie stellen vor allem für Jugendliche eine Möglichkeit dar, in Konfliktsituationen kurzfristig ein Dach über

dem Kopf zu finden. Kennzeichen dieser Notschlafstelle ist, dass im Gegensatz zu Kriseninterventionseinrichtungen von den Betroffenen Eigeninitiative aufgesucht und bei Bedarf auch länger in Anspruch genommen werden können. Durch betreute Notschlafstellen sollen aber vor allem sehr junge Jugendliche erfasst werden, die in keiner Institution zu integrieren sind.

Einer der wohl wichtigsten Punkte der Jugendwohlfahrtsnovelle 2001 ist aber die Einführung einer Meldepflicht bei Vorliegen konkreter Tatbestände bei Kindeswohlgefährdung an die Jugendwohlfahrtsbehörden. Ergibt sich für in der Begutachtung, Betreuung und Behandlung von Minderjährigen tätige Angehörige eines medizinischen Gesundheitsberufes sowie für in der Jugendwohlfahrt tätige oder beauftragte Personen, die auf Grund berufsrechtlicher Vorschriften zu Verschwiegenheit verpflichtet sind, zum Beispiel Psychologinnen, Psychotherapeuten, der Verdacht, dass Minderjährige misshandelt, gequält, vernachlässigt oder sexuell missbraucht worden sind, haben sie, sofern dies zur Verhinderung einer weiteren erheblichen Gefährdung des Kindeswohls erforderlich ist, dem Jugendwohlfahrtsträger Meldung zu erstatten. Darüber hinaus ermächtigt bzw. verpflichtet sogar die neue Rechtslage den Jugendwohlfahrtsträger, die Daten der Meldung zur Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Jugendwohlfahrt zu verarbeiten, benützen, übermitteln und zu überlassen. Die Verwendung von Daten ist ein Eingriff in das Grundrecht auf Datenschutz und bedarf natürlich daher gesetzlicher Grundlagen sowie einer sachlichen Rechtfertigung und darf immer nur verhältnismäßig erfolgen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die Entwicklung in der Jugendwohlfahrt ebenso wie in der Sozialhilfe haben in den letzten Jahren nicht still gestanden. Allzu oft ist eine Jugendwohlfahrtsbehörde vor der Tatsache gestanden, für besondere Erscheinungsformen der Störung eines Minderjährigen keine adäquaten Angebote machen zu können. Trotz einer großen Auswahl an Heimplätzen konnten zunehmend schwierige Jugendliche nicht mehr gefördert werden. Auf der anderen Seite hat eine rasante Zunahme an familiären Defiziten aber zum Ansteigen der vollen Erziehung geführt, was sich natürlich auch in großen Steigerungen beim Jugendwohlfahrtsbudget niedergeschlagen hat. Aus all diesen Umständen war es natürlich notwendig, Alternativen zu finden. Es wurden Spezialangebote entwickelt die als Erlebnispädagogik bezeichnet werden. Andererseits versucht man zunehmend die Herausnahme des Minderjährigen aus seiner Herkunftsfamilie zu vermeiden, indem Fachleute in die Familien entsendet werden, die die

Erziehung durch die Eltern fachlich unterstützen bzw. auch steuern.

Die öffentliche Jugendwohlfahrt hat die Aufgabe, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten auf allen Ebenen geeignete Strukturen und Regelwerke für frühzeitige Erkennung und Bearbeitung der Probleme zu schaffen und deren Funktionieren möglichst zu sichern. Ich halte es daher für notwendig, eine breite Palette von Einrichtungen anbieten zu können um auf die speziellen Bedürfnisse des einzelnen Kindes oder Jugendlichen eingehen zu können. So soll mit der Novelle des Jugendwohlfahrtsgesetzes und auch des Sozialhilfegesetzes auch in Zukunft gewährleistet werden, verstärkt auf die spezifischen Bedürfnisse der Hilfesuchenden eingehen zu können, damit niemand, der Hilfe braucht, in Niederösterreich auf der Strecke bleibt. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Schabl: Als nächster zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist jetzt vieles gesagt worden. Ich beschränke mich auf das, was man noch dazu fügen kann. Erstens: Anonyme Geburt. Wesentlich in diesem Gesetz ist der Zugang über die Jugendwohlfahrt. Man sagt sich zunächst einmal, es geht ums Kind. Ich halte das für den richtigen Zugang. Das schließt ja nicht aus, dass selbstverständlich die in Not geratenen Mütter, Eltern, beraten werden müssen und auch werden. Aber das Wesentliche ist, dass man sich hier sagt, hier ist ein Kind, das braucht die Hilfe der Jugendwohlfahrt. Daher läuft das sozusagen auch über die Jugendwohlfahrt und daher wird es auch über die Jugendwohlfahrt finanziert.

Zweitens: Eignungskriterien für private Träger, regionale Bedarfserhebungen sind sicher sinnvoll. Man muss nur bedenken, die Bevölkerungsdichte ist sehr unterschiedlich in Niederösterreich, die Bevölkerungsstruktur ist sehr unterschiedlich. Hoffentlich wird das auch berücksichtigt.

Drittens: Neue konkrete niederschwellige Hilfsangebote. Ich halte das eigentlich für die zentrale Neuerung in dieser Gesetzesnovelle, weil das ja in sehr, sehr vieler Hinsicht tatsächlich Präventionsmaßnahmen sind, die hier angeboten werden. Mutter-Kind-Wohnungen, Streetwork. Das ist eigentlich die Form der Drogenprävention wie sie da doch jetzt auch anläuft. Das ist direkte Hilfe vor Ort, das ist Soforthilfe, das ist Kontaktaufnahme mit Leuten, die gefährdet sind. Das heißt natürlich

nicht, dass man die entsprechend verpflichten kann. Kein Streetworker, keine Streetworkerin kann junge Menschen verpflichten, sich mit ihnen auseinander zu setzen. Aber sie können das Angebot machen. Und das ist ganz wesentlich. Und jetzt stellen wir uns vor, solche Leute unterliegen einer Anzeigepflicht und sehen illegale Handlungen bei Klienten. Nehmen wir das konkrete Beispiel beispielsweise Besitz von weichen Drogen. Und die Leute müssen als erstes zur Gendarmerie rennen und sagen, die haben das. Da wird Streetwork sinnlos sein! Weil keiner, das spricht sich innerhalb weniger Wochen herum, kein Mensch geht mehr zu solchen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern.

Ein anderes Beispiel, vielleicht anschaulicher: Sexueller Missbrauch. Es kommt ein Familienmitglied, es gibt Kontakte zwischen einem Familienmitglied und einem Streetworker, einer Streetworkerin, wo ein Verdacht ausgesprochen wird. Und dieser Verdacht müsste sofort von Sozialarbeitern der Gendarmerie mitgeteilt werden. Es kommt zur Anzeige und die Geschichte ist gelaufen. Man kann nicht mehr entsprechend eingreifen.

Das heißt, es ist sinnvoll, dass die Behörde hier Möglichkeiten hat, die außerhalb der Anzeige stehen. Weil hier entsprechend von ausgebildeten Leuten eingegriffen werden kann und die Bedarfslage für die gesamte Familie etwa einmal erhoben werden kann. Und dann entsprechende Maßnahmen vorbereitet werden können, die dann Lösungen auch haben, die nicht zu Lasten des Opfers gehen. Sondern wo das Opfer vorher vielleicht heraus gelöst werden kann und sinnvoll in andere Ob-sorgen gebracht werden kann. Nur als Beispiel.

Drittens, Notschlafstellen. Auch ganz wichtig. In Wr. Neustadt und St. Pölten gibt es das ja schon. Das sollte ausgebaut werden. Es ist wie immer auch ein Problem der Erreichbarkeit. Es ist klar, jemand aus Bruck a.d. Leitha wird sich schwer tun nach St. Pölten oder nach Wr. Neustadt in eine Krisen- und Notschlafstelle zu kommen. Gerade weil das eben Einrichtungen sind, die von den Jugendlichen zum Teil selber aufgesucht werden. Natürlich überweisen auch die Jugendämter oder die Jugendabteilungen hin. Aber vor allem können die Leute selber hinkommen, auch im Falle von Missbrauch, auch im Falle von Gewalt, auch im Falle von massiver Vernachlässigung und so weiter. Und es gibt dort Unterbringung, Anamnese eventuell auch Therapieansätze.

Viertens: Familienbetreuung. Ich kann mich gut erinnern als wir im Jahr 1999 hier gestanden sind und ich habe einen Resolutionsantrag in der Budgetsitzung eingebracht betreffend Familienintensiv-

betreuung und er wurde von allen anderen Landtagsparteien abgelehnt. Gottseidank hat sich hier die Meinung geändert. Denn genau das, was jetzt kommt, genau das haben wir beantragt. Ich habe ihn sogar mit. Genau das.

Es sind Bereiche, die Jugendwohlfahrtsträger nicht leisten können, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf den Jugendabteilungen nicht leisten können, weil sie die Ressourcen ganz einfach nicht zur Verfügung haben. Daher muss hier die Familienintensivbetreuung einsetzen. Gottseidank auch als zusätzliche Stufe, als Schiene, die eingebaut wird vor der Kindesabnahme. Denn das ist ja das Wesentliche. Dass man hier eine Betreuung einschleibt die sich direkt mit der Familie auseinandersetzt auf Vereinbarungsbasis, also nicht verordnet. Verordnen kann nach wie vor nur die Behörde, das ist auch klar.

Was ich ein bisschen schade finde, dass man in die Erläuterungen gleich hinein schreibt, dass entsprechende finanzielle Begrenzungen natürlich vorhanden sind entsprechend dem Jugendwohlfahrtsbudget. Ich meine, wenn man diesen Weg geht, und der ist durchaus nachvollziehbar, dass man sagt, man versucht die Heimunterbringung zu reduzieren und die Direktbetreuung zu intensivieren, dann muss man auch investieren. Und dann muss man entsprechend auch in die Intensivbetreuung investieren. Und wir hoffen, dass es hier zu keinen Engpässen kommt. Und im Falle der Abnahme ist natürlich immer die Frage nach Pflegefamilien. Auch da wiederhole ich etwas, was wir schon vor zwei Jahren oder mehr als zwei Jahren gesagt haben, nämlich eine bessere Betreuung für Pflegefamilien. Das wäre auch in Niederösterreich ganz wichtig.

Insgesamt bringt dieses Gesetz aber doch wesentliche positive Neuerungen und wir wollen diesem Gesetzesentwurf daher unsere Zustimmung geben. Auch zustimmen wollen wir einem Gesetzesentwurf, der mit Jugendwohlfahrt eigentlich nur sehr peripher etwas zu tun hat, nämlich einer Reform des Sozialhilfegesetzes im Hinblick auf ein neues Dateninformationsnetz. Ich möchte gern wissen was das mit Jugendwohlfahrt zu tun hat, aber bitte. Erleichterung von Informationsweitergabe, Verbesserung und Erleichterung - und das ist hoffentlich die Konsequenz - Verbesserung und Erleichterung des Zuganges zur Sozialhilfe. Nicht dass jetzt die Leute, die Sozialhilfebezieherinnen dieses Netz nützen können, aber dass die Abläufe etwa zwischen der Bezirksbehörde und der Landesregierung verbessert werden. Dass Informationen, die ohnedies ja jetzt auch schon hin- und hergetauscht werden oder hin- und hergeschickt

werden, dann besser und rascher zum Ziel kommen.

Was ich nur abschließend erwähnen möchte in diesem Zusammenhang: Es ist wichtig, und wir halten diese Forderung aufrecht, dass man bundeseinheitliche Sozialhilferichtsätze hat. Denn es ist eigentlich eine Schande dass in einem Bundesland offensichtlich soziale Notlage anders definiert wird als in anderen Bundesländern. Mir ist schon klar, dass da sehr viele verschiedene Determinanten zum Tragen kommen. Dass die direkte gesetzliche Lage nicht 1:1 vergleichbar ist, dass die Zuwendungen nicht 1:1 vergleichbar sind. Das alles müsste man insgesamt evaluieren. Aber ich hielte es für sinnvoll wenn man das macht und ich verweise auf den Bericht der Volksanwaltschaft aus dem Jahr 1999, die das auch schon gemacht hat. Das war's. *(Beifall bei den Grünen.)*

Zweiter Präsident Schabl: Als nächste zu Wort gemeldet Frau Klubobfrau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. Rosenkranz (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Zuerst kurz zu der Neuerung, die beide Gesetze betrifft. Die Schaffung eines Informationsverbundsystems halten wir für sehr klug. Sowohl was die Jugendwohlfahrt betrifft als auch die Sozialhilfe. Erstens weil es möglich macht, dass sozialer Missbrauch verhindert wird, aber andererseits auch möglich macht, dass Sozialhilfe effektiver helfen kann. So nach dem Motto, es ist ja ideal wenn nicht nur Sozialhilfe ausgezahlt wird, sondern wenn Hilfsmaßnahmen eingeleitet werden. Nach dem Motto, dass Sozialhilfe nicht Hängematte, sondern vielmehr Sprungbrett sein soll.

Zum Jugendwohlfahrtsgesetz im Besonderen: Zur Einrichtung der anonymen Geburt haben wir uns ja schon vor dem Sommer bekannt und jetzt ist eben die Möglichkeit geschaffen, dass diese Sache auch finanziert wird. Zu der Frage, welche Mittel für die Jugendwohlfahrt in Anspruch genommen werden können wenn es eben zu Defiziten und zu Missständen kommt, ist ohne Zweifel zuzustimmen und zu billigen, dass jeweils das gelindeste Mittel seine Anwendung finden soll. Ich freu mich sehr, dass auch die linke Reichshälfte anerkennt, dass der Wert der Familie selbst dann wenn sie bereits gestört ist ein so großer ist, dass man nicht ohne zwingende Not ein Kind, und sei es, dass es auch eine schwierige Situation gibt, aus einer Familie entfernen soll. Das heißt also Erziehungshilfe zuerst, Familienintensivbetreuung als zweiter Schritt. Und erst wenn es gar nicht mehr anders geht die

Entfernung aus der Familie und die Unterbringung im Heim. Also ich halte das für einen sehr guten Stufenaufbau.

Zu den modernen Mitteln der Pädagogik vielleicht nur eine kritische Anmerkung. Erlebnispädagogik mag vom Prinzip her eine gute Sache sein. Ich denke aber, dass man schon sehr genau anschauen muss was an Projekten hier angeboten wird. Ich denke, einige von ihnen werden sich an diese gescheiterte Geschichte mit Erlebnispädagogik heuer im Sommer in Oberösterreich erinnern, wo eine Gruppe verhaltensauffälliger Jugendlicher mit ihren Sozialarbeitern zu einer Exkursion in die Wüste aufgebrochen ist und nur deswegen, weil sozialpädagogisch nicht sehr geschulte Beduinen eingegriffen haben konnten die Betreuer dann Leib und Leben retten und die Jugendlichen nicht auf ihrem Vorhaben weiter vorankommen, nämlich die Ausflugskasse zu rauben und sich irgendwohin abzusetzen. Und die Erzieher zuvor mit Steinschlägen auf den Kopf so weit schachmatt zu setzen, dass man diese lästige Verpflichtung, mit Sozialpädagogen durch die Wüste zu marschieren, jetzt endlich hinter sich lässt und macht was man möchte. Ich glaube, man muss sich die Dinge genau anschauen und nicht allem, was der Zeitgeist so vorschlägt und präsentiert, gleich hinten nachfolgen.

Summa summarum halten wir die Novellierungen in beiden Gesetzen für sehr vernünftig und werden zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zweiter Präsident Schabl: Als nächster zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Cerwenka.

Abg. Cerwenka (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Als ich heute in der Früh beim Herfahren Radio Niederösterreich gehört habe, sind im Wesentlichen im Mittelpunkt gestanden der Welttierschutztag, das Jugendgesetz und die Aktuelle Stunde. Und das zeigt eigentlich ein bisschen den Ist-Stand. So notwendig die Jugendwohlfahrt ist, man redet nicht gerne darüber. Dabei ist gerade diese Novelle 2001 eine neue Orientierung mit neuen Antworten und gibt uns ein verbessertes Instrumentarium für sich verändernde, gesellschaftliche Anforderungen.

Faktum ist, eine positive Weiterentwicklung liegt vor uns und die wird auch in Hinkunft permanent notwendig sein. Es ist eine generelle Richtungsänderung im Bereich der Jugendwohlfahrt, die seit einiger Zeit angestrebt und auch schon praktiziert wird. Das dokumentiert sich ja durch die Verpflichtung, das gelindeste Mittel, die gelindeste

Maßnahme zu setzen und die Möglichkeit neuer Betreuungsformen anstatt Reduzierungen anzupfeilen.

Es wird aber auch notwendig sein, das Kostenbewusstsein zu stärken. Denn gerade das ist das beste Argument für gelinde Maßnahmen und wird schließlich gesellschaftspolitisch auch effizienter sein. Ich bin überzeugt, die Vorlage ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Und den neuen Gesetzesrahmen sollte man auch als Chance sehen. Und da gehe ich jetzt am Beispiel der Kollegin Rosenkranz ein bisschen auf die Erlebnispädagogik ein. Bisher wurde diese in erster Linie partiell in Einzelfällen eingesetzt als letzter, extremer Ausweg, der auch extrem teuer war. Und gerade hier liegt die Chance, und es ist durchaus denkbar für mich, dass man jetzt Möglichkeiten schafft, diese neue Form der Pädagogik in kleineren, in gezielteren Dosen einzusetzen.

Oder, es gibt Probleme, die heute noch niemand angesprochen hat: Die Herabsetzung der Großjährigkeit auf 18 Jahre. Es ist ein gesellschaftlicher Prozess, eine Tendenz, dass heute die Jugendlichen eigentlich wesentlich später im Durchschnitt das Elternhaus verlassen. In der Jugendwohlfahrt müssen sie früher entlassen werden um ein volles Jahr. Und das ist oft schon ein Problem. Denn gerade in diese Zeit fällt die Zeit des Lehrabschlusses. Wenn manchmal ein Jahresverlust da ist sind sie mit 18 Jahren mit der Lehre noch gar nicht fertig. Und daher wird es wichtig sein, hier Evaluierungsmöglichkeiten zur Sicherung auch nach dem 18. Lebensjahr zuzulassen und ins Auge zu fassen. Begleitende Wohnmöglichkeiten. Was ja auch zusammenhängt mit den geringen Finanzen der jungen Menschen zu dieser Zeit.

Ich bin der Auffassung, dass sich Landesrichtungen, sprich Landesheime und private Träger, den neuen Herausforderungen stellen müssen. Das heißt, den Bedarf an die Bedürfnisse anpassen. Gutes Beispiel ist morgen die Eröffnung der Wohngruppe Airbag in St. Pölten. Es kann aber auch in der Praxis bedeuten, oder wird es vielleicht auch bedeuten, dass es zu einer Reduzierung der Heimstruktur kommt. Das ergibt sich ja aus der neuen Grundtendenz.

Ein Wort zum regionalen Bedarf, der vom Verfassungsdienst des Landes kritisch betrachtet wird. Es ist schon eine Tatsache, es gibt wesentliche, regionale Unterschiede: Stadt-Land-Gefälle, Schulstädte, Ballungsräume, die Infrastruktur der Regionen usw. Daher glaube ich auch, dass es notwendig sein wird, eine Vernetzung in den Regionen anzustreben. Die Fachabteilung GS6, die

Jugendämter, die Gemeinden oder auch die Vertreter der Gemeinden und die regionalen Anbieter im Kontext. Ein gemeinsames Mitspracherecht und ein partnerschaftlicher Prozess. Und es gibt Möglichkeiten, Arbeitsinstrumentarien zu schaffen. Und man sollte andenken, Jugendämter, Sozialarbeiter einer Region als Arbeitsinstrumentarium wirklich einzusetzen.

Und jetzt noch kurz, wie in der EDV, ein „Link“ zu einer verwandten Materie. Ich glaube, es ist auch sehr wichtig, den Stellenwert der Schulsozialarbeit zu erkennen und diesen zu institutionalisieren. Denn wie hat es denn ausgeschaut? 1995 eine Enquete zu diesem Thema, 1999 Projektbeginn, im Jahr 2000 über die Landesakademie eine Evaluierung. Und herausgekommen ist bei dieser Evaluierung, dass die Projekte – und es gibt nur zwei in Niederösterreich, in Neulengbach und im Stiftsgymnasium Melk – fortgesetzt werden. Dabei ist gerade die Schule der erste Leistungsdruck für die Kinder. Und da ist Schulsozialarbeit ein niederschwelliger Zugang zur Beratung und Betreuung. Das ist für mich präventive Sozialarbeit. Und ich bin überzeugt, die Zeit ist reif. Daher weg von den Versuchen. Und ich kann mich noch sehr gut erinnern, bereits in Wien habe ich einen Antrag dazu gestellt, in jedem Bezirk Schulsozialarbeiter einzusetzen, der auch beschlossen wurde und bis heute nicht umgesetzt ist! Ich glaube, mittelfristig, auch vom Kostenfaktor her, ist gerade das interessant, notwendig und passt in die neuen Tendenzen der Jugendwohlfahrt.

Die neue Vorlage, um wieder zum Jugendwohlfahrtsgesetz zurückzukehren, ermöglicht es, näher, früher an die Wurzeln zu kommen. SFH, Sozialpädagogische Familienhilfe, Außenwohngruppen etc. Es gibt jede Menge an Möglichkeiten. Das beweist auch die Richtigkeit dieser Maßnahmen. Darum glaube ich auch, dass es nicht die letzte Novelle ist. Und wir als Politiker sind stets gefordert, durch permanente Weiterentwicklung, auch wenn die Kosten für einige Jahre steigen, aber sie werden sich wieder verflachen, hier tätig zu werden. Wir Sozialdemokraten werden sicher gerne unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Schabl: Als nächster zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Nowohradsky.

Abg. Nowohradsky (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Nachdem über das Jugendwohlfahrtsgesetz und das Sozialhilfegesetz sehr ausführlich von meinen Vorrednern schon berichtet wurde, möchte

ich eigentlich nur auf zwei, drei Dinge noch eingehen. Zunächst einmal, warum eigentlich eine Zusammenfassung dieser beiden Gesetze heute in einer Debatte. Es geht eigentlich um die Datenerfassung, dass sie hier im NÖ Sozialen Informationsnetz beide Gesetze verankert werden, und auch um die Euro-Anpassung. Wobei wir ja wissen, dass bei der Euro-Anpassung der Strafraumen nicht ausreichend war. Und daher wurde, nur in diesem Fall der Strafraumen erhöht, vor allem im Bereich des Sozialhilfegesetzes.

Bei den Daten sollte also Doppelgleisigkeit und sollten Insellösungen vermieden werden. Es soll hier eine Zusammenfassung gemacht werden, raschere Hilfe für den Betroffenen, aber auch, dass der Missbrauch hier ausgeschaltet wird. Bei allen anderen Dingen muss man sagen, geht hier Niederösterreich einen ganz neuen Weg, eine gesetzliche Verankerung eben dieser Datenerfassung, damit jeder Missbrauch ausgeschaltet wird von vornherein. Und es sind auch die Empfehlungen des Datenschutzrates übernommen worden, ja sogar bis zum Schluss, noch im Ausschuss wurden zwei getrennte Datenbanken, die hier gefordert wurden, mit eingebaut.

Ich möchte eigentlich zu der Sache selbst nichts mehr erwähnen. Ich freue mich, dass diese beiden Gesetze und vor allem das Jugendwohlfahrtsgesetz hier heute gemeinsam beschlossen werden können, weil sehr viele Dinge, die wir schon zum Teil in Niederösterreich gehabt haben, auf eine gesetzliche Basis gestellt werden. Aber wie heute schon gesagt wurde, auch für die Zukunft wird eine zukunftsweisende Jugendwohlfahrt in unserem Land gewährleistet.

Ich möchte mich abschließend bei all jenen bedanken, die dafür zuständig waren. Ich kann mir vorstellen, dass diese beiden Gesetze, aber vor allem das Jugendwohlfahrtsgesetz nicht sehr leicht zu erstellen waren. Ich darf mich daher bei beiden Abteilungen, Soziales und Jugendwohlfahrt, sehr herzlich bedanken. Und kann natürlich die Zustimmung der ÖVP hier schon versprechen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Schabl: Die Rednerliste ist erschöpft. Die Berichterstatter haben das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Hintner (ÖVP): Ich verzichte!

Berichterstatter Abg. Weninger (SPÖ): Ich verzichte!

Zweiter Präsident Schabl: Sie verzichten. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Sozial-Ausschusses, Ltg. 824/J-2/1:)* Danke. Das ist einstimmig angenommen!

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Sozial-Ausschusses, Ltg. 806/S-2/1. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Sozial-Ausschusses:)* Danke. Das ist ebenfalls einstimmig angenommen!

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Hiller, die Verhandlungen zum Geschäftsstück Ltg. 831/A-1/52 einzuleiten.

Berichterstatterin Abg. Schittenhelm (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich berichte als Obfrau des Europa-Ausschusses über den Antrag betreffend Euro-Anpassungen, Gemeindeabgaben und Gebühren. Der Antrag liegt Ihnen vor und ich stelle daher an den Hohen Landtag folgenden Antrag *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die dem Antrag der Abgeordneten Schittenhelm, Kadenbach u.a. beiliegenden Gesetzentwürfe betreffend Änderung des NÖ Kurzparkzonenabgabegesetzes, Änderung des NÖ Hundeabgabegesetzes 1979, Änderung des NÖ Gemeindewasserleitungsgesetzes 1978 und Änderung des Gesetzes über den Gemeindewasserleitungsverband der Triestingtal- und Südbahngemeinden werden genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieser Gesetzesbeschlüsse Erforderliche zu veranlassen.“

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

Zweiter Präsident Schabl: Wortmeldung liegt keine vor. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Europa-Ausschusses, Ltg. 831/A-1/52:)* Danke. Einstimmig angenommen!

Die Tagesordnung ist somit erledigt. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekannt gegeben. Die Sitzung ist geschlossen. *(Ende der Sitzung um 22.45 Uhr.)*